

Stenographisches Protokoll

97. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich

XV. Gesetzgebungsperiode

Montag, 14. Dezember 1981

Tagesordnung

Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1982

Beratungsgruppe VI: Unterricht und Kunst

Beratungsgruppe XIV: Wissenschaft und Forschung

Inhalt

Personalien

Krankmeldungen (S. 9729)

Entschuldigung (S. 9729)

Tatsächliche Berichtigung

Dr. Stix (S. 9800)

Geschäftsbehandlung

Antrag des Abgeordneten Dr. Neisser, dem Ausschuß für Wissenschaft und Forschung zur Berichterstattung über den Antrag 136/A betreffend Änderung des Allgemeinen Hochschul-Studiengesetzes gemäß § 43 der Geschäftsordnung eine Frist bis 30. Jänner 1982 zu setzen (S. 9729)

Ablehnung des Fristsetzungsantrages (S. 9826)

Vertagungsbeschluß (S. 9826)

Verhandlungen

Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (815 und Zu 815 d. B.): Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1982 samt Anlagen (900 d. B.)

Gemeinsame Beratung über

Beratungsgruppe VI: Kapitel 12: Unterricht, Kapitel 13: Kunst, Kapitel 71: Bundestheater

Spezialberichterstatte: Fister (S. 9729)

Beratungsgruppe XIV: Kapitel 14: Wissenschaft und Forschung

Spezialberichterstatte: Gärtner (S. 9731)

Redner:

Dipl.-Ing. Dr. Leitner (S. 9732),

Peter (S. 9739),

Dr. Schnell (S. 9745),

Dr. Blenk (S. 9752),

Wille (S. 9758),

Dr. Stix (S. 9764),

Dr. Höchtl (S. 9770),

Vizekanzler Dr. Sinowatz (S. 9774),

Edith Dobesberger (S. 9779),

Wolf (S. 9781),

Grabner (S. 9784),

Bundesminister Dr. Hertha Firnberg (S. 9788),

Dr. Neisser (S. 9794)

Dr. Stix (S. 9800) (tatsächliche Berichtigung),

Dr. Nowotny (S. 9801),

Probst (S. 9805),

Bayr (S. 9809),

Dr. Hilde Hawlicek (S. 9812),

Dr. Frischenschlager (S. 9817),

Otilie Rochus (S. 9820) und

Bergmann (S. 9821)

Entschließungsantrag der Abgeordneten Peter, Dr. Hilde Hawlicek und Genossen betreffend Ergänzung des Kunstberichtes (S. 9819) — Annahme E 70 (S. 9826)

Annahme der Beratungsgruppen VI und XIV (S. 9825)

Eingebracht wurden

Regierungsvorlage

950: Bundesgesetz, mit dem das Bundesgesetz über die Beschäftigung von Kindern und Jugendlichen geändert wird (S. 9729)

Anfragen der Abgeordneten

Dr. Ermacora, Dr. Ludwig Steiner und Genossen an den Bundesminister für Landesverteidigung betreffend Beschaffung von Abfangjägern (1597/J)

Deutschmann und Genossen an den Bundesminister für Verkehr betreffend Anschlußkostenbeitrag für Telefonbewerber im Rahmen von Telefonanschlußgemeinschaften (1598/J)

Dr. Hafner und Genossen an den Bundesminister für soziale Verwaltung betreffend arbeitsmarktpolitische Maßnahmen (1599/J)

Dr. Marga Hubinek und Genossen an den Bundesminister für Inneres betreffend die Teilnahme einer Polizeimusikkapelle bei der Eröffnung einer Filiale des „Konsum“ in der Burggasse am 4. 12. 1981 (1600/J)

Dr. Kohlmaier und Genossen an den Bundesminister für soziale Verwaltung betreffend unbefriedigende Beantwortung einer schriftlichen Anfrage (1601/J)

Grabher-Meyer, Dr. Frischenschlager und Genossen an den Bundesminister für Gesundheit und Umweltschutz betreffend Verwendung von Insektiziden, Herbiziden und Fungiziden in Österreich (1602/J)

Grabher-Meyer, Dr. Frischenschlager und Genossen an den Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft betreffend Verwendung von Insektiziden, Herbiziden und Fungiziden in Österreich (1603/J)

Grabher-Meyer, Dr. Frischenschlager und Genossen an den Bundesminister für Gesundheit und Umweltschutz betreffend Belastung von Lebensmitteln mit Schwermetallen, insbesondere mit Cadmium (1604/J)

Dr. Steger, Grabher-Meyer und Genossen an den Bundesminister für Justiz betreffend angebliches Gnadenverfahren für den Strafgefangenen Walter Schubirsch (1605/J)

Dr. Stix, Dr. Frischenschlager und Genossen an die Frau Bundesminister für Wissenschaft und Forschung betreffend „Leistungsangebot der Hochschulen an die Wirtschaft“ (1606/J)

Dkfm. Bauer, Peter, Dr. Stix und Genossen an den Bundesminister für Finanzen betreffend DDSG — Transportverzögerungen bei Holzexporten (1607/J)

Dr. Jörg Haider, Grabher-Meyer und Genossen an den Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie betreffend Grundpreisauszeichnungsverordnung — Schmelzkäse (1608/J)

Dr. Stix, Grabher-Meyer und Genossen an den Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie betreffend Förderung von Kleinwasserkraftwerken (1609/J)

Probst, Dr. Frischenschlager und Genossen an den Bundesminister für Unterricht und Kunst betreffend verstärkte Verankerung des Tierschutzgedankens im Schulunterricht (1610/J)

Dr. Reinhart, Egg, Weinberger, Dr. Lenzi, Wanda Brunner und Genossen an den Bundesminister für Finanzen betreffend Sonderfinanzierung von Bundesstraßenbauten im Bundesland Tirol (1611/J)

Dr. Ettmayer und Genossen an den Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten betreffend Ausgaben für Zeitungen und Zeitschriften (1612/J)

Dr. Ettmayer und Genossen an den Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten betreffend Ausgaben für Sonstige Druckaufträge (1613/J)

Anfragebeantwortungen

der Frau Bundesminister für Wissenschaft und Forschung auf die Anfrage der Abgeordneten Dr. Stix und Genossen (1429/AB zu 1439/J)

der Frau Bundesminister für Wissenschaft und Forschung auf die Anfrage der Abgeordneten Dr. Höchtel und Genossen (1430/AB zu 1449/J)

des Bundeskanzlers auf die Anfrage der Abgeordneten Dr. Schranz und Genossen (1431/AB zu 1451/J)

des Bundesministers für Inneres auf die Anfrage der Abgeordneten Dr. Ofner und Genossen (1432/AB zu 1445/J)

des Bundesministers für Inneres auf die Anfrage der Abgeordneten Dr. Jörg Haider und Genossen (1433/AB zu 1458/J)

des Bundesministers für Bauten und Technik auf die Anfrage der Abgeordneten Dr. Feurstein und Genossen (1434/AB zu 1476/J)

des Bundesminister für Inneres auf die Anfrage der Abgeordneten Dr. Wiesinger und Genossen (1435/AB zu 1454/J)

des Bundeskanzlers auf die Anfrage der Abgeordneten Dipl.-Vw. Josseck und Genossen (1436/AB zu 1427/J)

des Bundesministers für Inneres auf die Anfrage der Abgeordneten Kraft und Genossen (1437/AB zu 1505/J)

Beginn der Sitzung: 13 Uhr

Vorsitzende: Präsident **Benya**, Zweiter Präsident Mag. **Minkowitsch**, Dritter Präsident **Thalhammer**.

Präsident: Die Sitzung ist eröffnet.

Die Amtlichen Protokolle der 95. Sitzung vom 9. Dezember und der 96. Sitzung vom 10. Dezember 1981 sind in der Parlamentsdirektion aufgelegt und unbeanstandet geblieben.

Krank gemeldet sind die Abgeordneten Vetter und Ing. Murer.

Entschuldigt hat sich der Abgeordnete Dr. Ludwig Steiner.

Einlauf

Präsident: Seit der letzten Sitzung wurden die schriftlichen Anfragen 1597/J bis 1604/J an Mitglieder der Bundesregierung gerichtet.

Ferner sind die Anfragebeantwortungen 1429/AB bis 1437/AB eingelangt.

Ich gebe bekannt, daß die Regierungsvorlage:

Bundesgesetz, mit dem das Bundesgesetz über die Beschäftigung von Kindern und Jugendlichen geändert wird (950 der Beilagen), eingelangt ist.

Fristsetzung

Präsident: Vor Eingang in die Tagesordnung teile ich mit, daß der Herr Abgeordnete Dr. Neisser beantragt hat, dem Ausschuß für Wissenschaft und Forschung zur Berichterstattung über den Antrag 136/A betreffend Änderung des Allgemeinen Hochschul-Studiengesetzes gemäß § 43 der Geschäftsordnung eine Frist bis 30. Jänner 1982 zu setzen.

Dieser Antrag wird gemäß der Geschäftsordnung nach Beendigung der Verhandlungen in der heutigen Sitzung zur Abstimmung gebracht werden.

Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (815 und Zu 815 der Beilagen): Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1982 samt Anlagen (900 der Beilagen)

Beratungsgruppe VI

Kapitel 12: Unterricht (einschließlich Konjunkturausgleich-Voranschlag)

Kapitel 13: Kunst (einschließlich Konjunkturausgleich-Voranschlag)

Kapitel 71: Bundestheater

Beratungsgruppe XIV

Kapitel 14: Wissenschaft und Forschung (einschließlich Konjunkturausgleich-Voranschlag)

Präsident: Gegenstand der heutigen Verhandlung ist der Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (815 und Zu 815 der Beilagen): Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1982 samt Anlagen (900 der Beilagen).

Im Einvernehmen mit den Parteien wird die Debatte über die Beratungsgruppen VI: Unterricht und Kunst, sowie XIV: Wissenschaft und Forschung, des Bundesvoranschlages zusammengefaßt.

Wir gehen in die Tagesordnung ein.

Spezialberichterstatte über die Beratungsgruppe VI ist der Herr Abgeordnete Fister. Ich ersuche ihn um seinen Bericht.

Spezialberichterstatte Fister: Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Ich erstatte den Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (815 und Zu 815 der Beilagen): Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1982 samt Anlagen; Spezialbericht zu Beratungsgruppe VI, Kapitel 12: Unterricht, Kapitel 13: Kunst, Kapitel 71: Bundestheater.

Der Finanz- und Budgetausschuß hat die in der Beratungsgruppe VI zusammengefaßten Teile des Bundesvoranschlages für das Jahr 1982 unter dem Vorsitz des Obmannstellvertreters Abgeordneten Sandmeier in seiner Sitzung am 25. November 1981 in Verhandlung gezogen.

In dem von der Bundesregierung vorgelegten Bundesvoranschlag 1982 ist für das Unterrichts- und Kunstbudget ein Gesamtausgabenrahmen von 31 966 174 000 S vorgesehen. Hievon entfallen auf den Personalaufwand 10 660 584 000 S und auf den Sachaufwand 21 305 590 000 S. Gegenüber dem BVA 1981 ergibt dies eine Steigerung im Personalaufwand von 674 440 000 S und im Sachaufwand eine solche von 1 077 996 000 S.

Fister

Die Bundestheater sind mit 1 608 237 000 S präliminiert. Auf den Personalaufwand entfallen 1 280 520 000 S und auf den Sachaufwand 327 717 000 S. Die Steigerung gegenüber dem BVA 1981 beläuft sich im Personalaufwand auf 95 895 000 S, im Sachaufwand ist eine Krediterhöhung von 27 063 000 S zu verzeichnen.

Im einzelnen stellt sich das Unterrichts- und Kunstbudget (Kapitel 12 und 13) wie folgt dar:

Ausgaben Personalaufwand Kapitel 12 und 13

Die um 674 440 000 S erhöhten Ansätze auf dem Personalsektor der Kapitel 12 und 13 sind bedingt durch die am 1. Jänner 1982 in Kraft tretende Bezugserhöhung. Die wesentlichsten Aufstockungen im Personalaufwand sind bei den Ansätzen

1/12700 — „Allgemeinbildende Höhere Schulen“ von 4 536 800 000 S auf 4 819 500 000 S, ergibt + 282 700 000 S,

1/12800 — „Technische und gewerbliche Lehranstalten“ von 1 798 820 000 S auf 1 938 436 000 S, ergibt + 139 616 000 S,

1/12810 — „Sozialakademien — LA für Fremdenverkehrs-, Frauen- und Sozialberufe“ von 983 894 000 S auf 1 047 900 000 S, ergibt + 64 006 000 S sowie

1/12820 — „Handelsakademien und Handelsschulen“ von 1 203 100 000 S auf 1 283 210 000 S, ergibt + 80 110 000 S

vorgenommen worden.

Ausgaben Sachaufwand Kapitel 12 und 13

Im Sachaufwand des Unterrichts- und Kunstressorts ist eine Steigerung um 1 077 996 000 S vorgesehen.

Die Steigerung bei den „Aufwendungen, Gesetzliche Verpflichtungen“ ist größtenteils auf die am 1. Jänner 1982 in Kraft tretende Bezugserhöhung für Pflichtschullehrer und auf die Erhöhung des Stellenplanes zurückzuführen. Die wesentlichsten Aufstockungen bei den „Aufwendungen, Gesetzliche Verpflichtungen“ sind bei den Ansätzen

1/12757 — „Allgemeinbildende Pflichtschulen“ von 15 041 733 000 S auf 15 783 733 000 S, ergibt + 742 000 000 S,

1/12857 — „Berufsbildende Pflichtschulen“ von 615 464 000 S auf 647 500 000 S, ergibt + 32 036 000 S

vorgenommen worden.

Im Kunstsektor wurden einzelne Schwerpunkte gesetzt:

Im Bereich der Literaturförderung ist gegenüber dem BVA 1981 eine Steigerung von 618 000 S zu verzeichnen.

Beim Ansatz Kunstförderungsbeiträge kam es zu einer Krediterhöhung um 25 676 000 S. Der Schwerpunkt bei diesem finanzgesetzlichen Ansatz liegt unter anderem beim Kulturpolitischen Maßnahmenkatalog (15 865 000 S) sowie beim Steirischen Herbst (2 820 000 S).

Der wachsenden Bedeutung der Schulservice-Stelle wird insofern Rechnung getragen, als im BVA 1982 dafür 5 755 000 S gegenüber 4 755 000 S im BVA 1981 vorgesehen sind.

Ausgaben Kapitel 71

Das Kreditvolumen bei den Bundestheatern — Kapitel 71 — hat sich von bisher 1 485 279 000 S im Jahre 1981 auf 1 608 237 000 S im Jahre 1982 ausgeweitet. Der Personalaufwand erfuhr eine Steigerung auf 1 280 520 000 S, und der Sachaufwand beträgt für das Jahr 1982 327 717 000 S.

Einnahmenentwicklung

Die Einnahmen der Kapitel 12 und 13 stiegen von 398 337 000 S im Jahre 1981 auf 434 547 000 S im BVA-Entwurf 1982.

Die Einnahmen des Kapitels 71 — Bundestheater — betragen für das Jahr 1982 307 312 000 S.

Die beim Bundesministerium für Bauten und Technik veranschlagten Baukredite der Unterrichtsverwaltung betragen im Jahre 1982 1 308 910 000 S.

Konjunkturausgleichsbudget

Abschließend darf noch erwähnt werden, daß ein Betrag von 85 746 000 S im Konjunkturbelebungsprogramm des Konjunkturausgleichs-Voranschlages für die Kapitel 12 und 13 „Unterricht und Kunst“ vorgesehen ist.

An der Debatte, die sich an die Ausführungen des Spezialberichterstatters anschloß, beteiligten sich die Abgeordneten Dipl.-Ing. Dr. Leitner, Dr. Schnell, Peter, Dipl.-Ing. Maria Möst, Edith Dobesberger, Bayr, Dr. Hilde Hawlicek, Bergmann, Wolf, Haas, Pischl, Grabner, Ottilie Rochus, Gärtner und Steinbauer.

Vizekanzler Dr. Sinowatz beantwortete ausführlich die an ihn gerichteten Anfragen.

Bei der Abstimmung am 27. November 1981 hat der Finanz- und Budgetausschuß die finanzgesetzlichen Ansätze der zur Beratungsgruppe VI gehörenden Teile des Bundes-

Fister

voranschläges für das Jahr 1982 unverändert mit Stimmenmehrheit angenommen.

Der Finanz- und Budgetausschuß stellt somit den Antrag, der Nationalrat wolle beschließen:

Dem Kapitel 12: Unterricht,

dem Kapitel 13: Kunst und

dem Kapitel 71: Bundestheater samt den zu den Kapiteln 12 und 13 dazugehörenden Teilen des Konjunkturausgleich-Voranschlags des Bundesvoranschlags für das Jahr 1982 (815 der Beilagen) wird die verfassungsmäßige Zustimmung erteilt.

Herr Präsident, ich bitte, die Diskussion zu eröffnen.

Präsident: Spezialberichterstatte r über die Beratungsgruppe XIV ist der Herr Abgeordnete Gärtner. Ich bitte um seinen Bericht.

Spezialberichterstatte r Gärtner: Herr Präsident! Hohes Haus! Ich bringe den Spezialbericht zu Beratungsgruppe XIV, Kapitel 14: Wissenschaft und Forschung.

Der Finanz- und Budgetausschuß hat die gegenständlichen Ansätze des Bundesvoranschlags für das Jahr 1982 in seiner Sitzung am 25. November 1981 unter dem Vorsitz des Obmannstellvertreters Abgeordneten Sandmeier in Verhandlung gezogen.

In dem von der Bundesregierung eingebrachten BVA für 1982 ist für den Bereich des Bundesministeriums für Wissenschaft und Forschung — Kapitel 14 — ein Gesamtausgabenrahmen von 10 174 789 000 S vorgesehen. Gegenüber dem BVA 1981 ergibt dies eine Gesamtsteigerung von 927 099 000 S oder 10,02%.

Im einzelnen entfallen auf den Personalaufwand 4 694 649 000 S und auf den Sachaufwand 5 480 140 000 S.

Gegenüber dem BVA 1981 ergibt dies eine Steigerung im Personalaufwand von 345 500 000 S oder 7,94% und im Sachaufwand eine Steigerung von 581 599 000 S oder 11,87%.

Der Anteil des Wissenschafts- und Forschungsbudgets am Gesamtbudget beträgt wie im Vorjahr 2,76%.

Personalaufwand

Der Personalaufwand für das Wissenschaftsressort wurde für 1982 mit 4 694 649 000 S fixiert. Der größte Anteil hievon entfällt mit 3 770 500 000 S auf die Universitäten.

Sachaufwand

Die Budgetrichtlinien für den BVA 1982 sahen eine 10%ige Kürzung bei den Förderungen (ausgenommen Investitions- und Forschungsförderungen) vor; die Kreditmittel für den Forschungsbereich liegen über den Budgetrichtlinien.

Die Kredite des Forschungsbereiches betragen für das Jahr 1982 1 161 222 000 S.

Der Fonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung sowie der Forschungsförderungsfonds der gewerblichen Wirtschaft wurden um 13 000 000 S bzw. 35 000 000 S gegenüber dem BVA 1981 aufgestockt und liegen damit bei 176 873 000 S bzw. 283 894 000 S.

Die Förderungskredite der Forschungseinrichtungen stiegen von 76 083 000 S auf 82 983 000 S.

Neu aufgenommen wurde die Post 7665 „Stiftung Dokumentationsarchiv“ mit einem Betrag von 1 200 000 S.

Die Kredite für die Österreichische Akademie der Wissenschaften — Förderungsausgaben wurden um 8 000 000 S auf 115 121 000 S erhöht.

Bei den Förderungsausgaben für Forschungsunternehmen wurde die Post „Betriebskosten des Österreichischen Forschungszentrums Seibersdorf“ um 20 000 000 S auf 170 010 000 S (das sind 13,3%) erhöht.

Die unmittelbar für die Universitäten — inkl. Personalaufwand — im Kapitel 14 ausgewiesenen Ausgaben steigen von 5 615 190 000 S im Jahre 1981 auf 5 963 377 000 S im Jahre 1982; der gesamte Sachaufwand der Universitäten ist mit 2 192 877 000 S präliminiert. Bei den Verwaltungsaufwendungen steigen vor allem die Unterrichts- und Forschungserfordernisse von 186 000 000 S auf 206 000 000 S bzw. 10,8%.

Für das Universitätszentrum Wien-Althanstraße, welches die Wirtschaftsuniversität Wien und das Zoologische Institut der Universität Wien aufnehmen soll, ist im Haushaltsjahr 1982 ein Betrag von 346 840 000 S vorgesehen, da ab diesem Jahr die Rückzahlungsquote nach den tatsächlichen Baukosten berechnet wird.

Im Bereich der Wissenschaftlichen Anstalten wurde für den Vollzug des Lagerstättengesetzes im BVA 1982 wie in den Vorjahren ein Betrag von 10 000 000 S veranschlagt.

Für den Bereich der Bibliotheken (Ansatz

Gärtner

1/1423) sind 385 534 000 S gegenüber 357 706 000 S präliminiert.

Der Gesamtaufwand der Kunsthochschulen steigt von 558 132 000 S auf 607 301 000 S im BVA 1982.

Der Aufwand im Musealbereich ist von 239 709 000 S auf 255 501 000 S gestiegen. Das Kreditvolumen des Sachaufwandes erhöhte sich von 87 686 000 S um 12,35% auf 92 951 000 S.

Der Aufwand für den Gesamtbereich des Denkmalschutzes und der Denkmalpflege ist von 154 728 000 S auf 158 424 000 S gestiegen. Diese Steigerung ist vor allem darauf zurückzuführen, daß bei den Förderungsausgaben zur Erhaltung denkmalgeschützter Objekte die Kredite von 79 206 000 S auf 83 528 000 S gestiegen sind.

Die Einnahmenentwicklung im Rahmen des Kapitels 14 weist eine Steigerung von 340 474 000 S im Jahre 1981 auf 360 116 000 S für 1982 auf; dies entspricht einer Steigerung von 5,76%.

Schließlich sind im Konjunkturausgleichsvoranschlag des Kapitels 14 „Wissenschaft und Forschung“ 206 771 000 S im Rahmen der Konjunkturbelebungsquote veranschlagt.

An der Debatte beteiligten sich 11 Abgeordnete.

Der Bundesminister für Wissenschaft und Forschung beantwortete ausführlich die an ihn gerichteten Fragen.

Bei der Abstimmung am 27. November 1981 wurden die finanzgesetzlichen Ansätze der zur Beratungsgruppe XIV gehörenden Teile des Bundesvoranschlags für das Jahr 1982 unter Berücksichtigung eines gemeinsamen Änderungsantrages der Abgeordneten Dr. Stix und Wille mit Stimmenmehrheit angenommen.

Der Finanz- und Budgetausschuß stellt somit den Antrag, der Nationalrat wolle beschließen:

Dem Kapitel 14: Wissenschaft und Forschung samt dem dazugehörenden Teil des Konjunkturausgleich-Voranschlags des Bundesvoranschlags für das Jahr 1982 (815 der Beilagen) mit den angeschlossenen Änderungen wird die verfassungsmäßige Zustimmung erteilt.

Ich bitte, in die Debatte einzutreten.

Präsident: Ich danke den Berichterstattern.

Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Dr. Leitner.

13.10

Abgeordneter Dipl.-Ing. Dr. **Leitner** (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Sehr geehrte Damen und Herren! Der österreichische Nationalrat kann heute in voller demokratischer Freiheit eine Diskussion über die Schul- und Bildungspolitik in unserem Lande abführen.

Zur gleichen Zeit ringen in Polen die großen gesellschaftspolitischen Kräfte, die kommunistische Partei, die Gewerkschaft „Solidarität“ und die katholische Kirche, um ein Mindestmaß an Selbstbestimmung, um die Sicherung demokratischer Rechte, um die Anerkennung der Grund- und Freiheitsrechte für den einzelnen Menschen. Die Weltöffentlichkeit mußte gestern erfahren, daß in einem kommunistischen Land die Antwort auf die berechtigten Forderungen dieser Menschen die Verhängung des Kriegsrechtes ist.

Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich glaube, wir sollten hier als österreichischer Nationalrat nicht wegschauen. Daher hat die Österreichische Volkspartei die Einberufung des Außenpolitischen Rates gefordert. Ich möchte mich kurz fassen: Es ist einfach notwendig, daß wir einen gemeinsamen Weg finden, der den Interessen unseres Staates gerecht wird und der die Humanität Österreichs auch jetzt wieder unter Beweis stellt, so wie sie unter Beweis gestellt wurde durch das großzügige Verhalten, das unser Staat, unsere Regierung, aber auch unsere Menschen gegenüber den Flüchtlingen während der ungarischen Revolution 1956 und während der Tschechenkrise 1968 an den Tag gelegt haben. *(Beifall bei der ÖVP und bei Abgeordneten der SPÖ.)*

Ich glaube, ich brauche dazu nichts mehr zu sagen, weil ich hoffe, daß wir diesen gemeinsamen Weg finden werden.

Jetzt zum Kapitel Unterricht. Herr Vizekanzler Dr. Sinowatz, Sie haben heute, vor drei Stunden, eine Pressekonferenz abgehalten und den Ministerialentwurf für die 7. Schulorganisationsgesetz-Novelle vorgestellt. Diese Terminplanung, Herr Vizekanzler, ist Ihr gutes Recht. Die Terminübereinstimmung mit der Debatte des heutigen Tages zum Kapitel Unterricht zeigt aber doch ein bißchen Ihr schlechtes Gewissen wegen der sehr spät erarbeiteten Vorlage. Es handelt sich um eine umfangreiche Novelle mit weitreichenden Auswirkungen; Sie, Herr Vizekanzler, haben den Entwurf als die wichtigste Novelle bezeichnet, und dies erfordert eine gründliche Begutachtung durch alle zuständigen Stellen, Landesschulräte, Kammern, Eltern-, Lehrer- und Schülerorganisationen

Dipl.-Ing. Dr. Leitner

und Kirchen. Ich glaube, die gesamte Öffentlichkeit Österreichs ist an der Weiterentwicklung der Schule sehr interessiert.

Herr Vizekanzler! Wir sind in Zeitnot. Ich denke daran, daß jetzt erst das Begutachtungsverfahren anläuft, daß die Stellungnahmen sicher in Ihrem Haus verarbeitet werden und wir bis Ende dieser Sitzungsperiode eine Beschlußfassung erreichen sollen. Ich möchte Ihnen aber andererseits danken, daß Sie mir und, ich glaube, auch dem Herrn Abgeordneten Peter den Entwurf vorige Woche übermittelt haben, sodaß heute bereits die Möglichkeit besteht, zu wichtigen Teilen dieses Entwurfes seitens der Österreichischen Volkspartei Stellung zu nehmen.

Ich möchte zugeben und bestätigen, daß im Entwurf eine Reihe von wichtigen Verbesserungen und weiteren Entwicklungen des Schulwesens enthalten ist, die auch oder gerade von der ÖVP gefordert wurden und jetzt scheinbar durchgesetzt werden können.

Ich erinnere hier an die Neugestaltung der Hauptschule durch Abschaffung der starren Klassenzüge und durch Einführung von drei Leistungsgruppen in den Fächern Deutsch, Mathematik und Fremdsprachen.

Ich erinnere hier an die Senkung der Klassenschülerhöchstzahl, vorerst wenigstens im Bereich der Volksschule. Nach unserer Auffassung wäre es aber notwendig und auch möglich, diese im Bereich der weiterführenden Schulen, der Hauptschule, des Gymnasiums zu senken. Ich werde im Laufe meiner Ausführungen noch genauer darauf zu sprechen kommen.

Ich erinnere hier an die verbesserte Lehrerbildung, an die sechssemestrige Ausbildung der Volksschullehrer an den Pädagogischen Akademien, an die volle Ausbildung an diesen Pädagogischen Akademien für die Arbeitslehrer, an die Kindergärtnerinnen- und Erzieherinnenausbildung, die in Zukunft mit der Matura abschließen soll, an die Weiterbildungsmöglichkeit für die AHS-Lehrkräfte, eine wichtige Forderung, die wir immer gestellt haben.

Herr Vizekanzler, ich möchte aber auch nicht verhehlen, daß es sehr viele Bestimmungen in diesem Entwurf gibt, denen die ÖVP nicht zustimmen kann und nicht zustimmen wird. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Wenn — so wie Sie formuliert haben — politische Übereinstimmung in weiten Teilen besteht, bei der Grundschule, bei der Lehrerbildung — Sie haben auch das berufsbildende Schulwesen gemeint, Herr Vizekanzler, dar-

über haben wir eigentlich wenig oder nicht gesprochen —, so darf nicht der Eindruck entstehen, daß dieser Entwurf das fertige Ergebnis von Parteienverhandlungen ÖVP — SPÖ ist und daß dieser Entwurf quasi Gesetz wird.

Herr Vizekanzler! Ich möchte dem Begutachtungsverfahren nicht vorgreifen, ich möchte es auch nicht präjudizieren. Ich möchte nur sagen, daß die ÖVP klare Vorstellungen über die Weiterentwicklung der Schule erarbeitet hat. Kleine Klassen in überschaubaren Schulen; die Aufrechterhaltung der Bildungsvielfalt, auch im Bereich der Schule der Zehn- bis Vierzehnjährigen, also die Aufrechterhaltung der Langform der AHS; gut ausgebildete Pädagogen als Lehrer, die sich ständig weiterbilden können; eine innere Schulreform, die zu einer besseren, kindgerechten Leistungsschule führt. Wir fordern die gute Zusammenarbeit aller Gruppen, Eltern, Lehrer, Schüler, die am Schul- und Bildungsgeschehen interessiert sind.

Herr Vizekanzler, Sie wissen genau, daß unsere Vorschläge die Zustimmung der meisten Menschen finden, die von diesen Bestimmungen betroffen sind. Das ist unsere Stärke, Herr Vizekanzler, daß die österreichische Bevölkerung keine Ganztagschule, keine „Eintopfschule“, sondern die Bildungsvielfalt will. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Daher möchte ich hier — und ich glaube, das erfordert die politische Redlichkeit — klarstellen, daß die ÖVP nicht zu haben ist für die Integrierte Gesamtschule, auch nicht, wenn diese durch eine Hintertür eingeführt werden soll.

Sie und die Schulfachleute der Sozialistischen Partei wissen genau, daß die Änderung der Schulgesetze eine Zweidrittelmehrheit erfordert. Nicht nur die ÖVP, ich glaube, die gesamte österreichische Bevölkerung kann der Sozialistischen Partei nur dankbar sein, daß sie 1962 diese Zweidrittelmehrheit vehement gefordert und auch durchgesetzt hat. Ohne eine solche Bestimmung, Herr Vizekanzler, wäre die österreichische Schule schon lange auf einem falschen Weg. Sie wäre schon lange eine Einheitsschule im Bereich der Zehn- bis Vierzehnjährigen und, wahrscheinlich weit darüber hinaus, eine Einheitsschule für die über Vierzehnjährigen.

Sie, Herr Vizekanzler, loben mit Recht — ich bestätige das — die Bildungsvielfalt der österreichischen Schule ab der neunten Schulstufe.

Aber, Herr Vizekanzler, wir wissen auch, daß linke Gruppen ganz andere Vorstellungen geäußert haben. Eine integrierte Gesamt-

Dipl.-Ing. Dr. Leitner

schule über vierzehn Jahre hinaus würde gerade dieses herrliche Schulwesen zerschlagen — das Gymnasium, die Oberstufe in den verschiedenen Formen, das berufsbildende mittlere und höhere Schulwesen im kaufmännischen Bereich, im technischen Bereich, im gewerblichen Bereich, im landwirtschaftlichen Bereich, im hauswirtschaftlichen Bereich — und auch die duale Berufsausbildung vernichten. Ich möchte Ihnen das nicht unterstellen, Herr Vizekanzler und Unterrichtsminister, aber wir wissen, daß in Ihrer Partei Kräfte am Werk sind, die solche Ziele anstreben.

Warum soll es nicht im Bereich der Zehnbis Vierzehnjährigen zwei Schulformen geben, die Hauptschule und das Gymnasium — die Langform der allgemeinbildenden höheren Schule, und dazu sicher in einzelnen Fällen die Volksschuloberstufe und die Sonderschule für die Behinderten.

Sie ziehen als Beweis für die Einführung der Gesamtschule immer internationale Erfahrungen heran. Ich glaube, daß gerade diese internationalen Erfahrungen nicht für die Einführung einer solchen Schulform sprechen, weder in den Vereinigten Staaten, wo die Eltern sehr kostspielige Privatschulen haben und dorthin ausweichen, noch in Schweden, wo es ja sehr erschütternde Berichte über die Schulentwicklung gibt.

Herr Vizekanzler, darf ich nur einige Berichte erwähnen. In der Zeitung „Die Presse“ wird folgendes berichtet:

„In Schweden ist nun die Saat jener sogenannten neuen Schulpolitik aufgegangen, die die frühere sozialdemokratische Regierung gesät hat.“ Es wird berichtet, daß es einen großen Bildungsmangel an den schwedischen Schulen gibt, von dem nicht nur die Kinder, sondern jetzt auch bereits die Lehrer betroffen sind, weil sie ja aus solchen Schulen kommen. Und es wird berichtet, daß die aus der Windstille der Schule kommenden Schüler nach dem Eintreten in das Berufsleben von einem Konkurrenzorkan empfangen werden und dem oft nicht gewachsen sind.

Herr Vizekanzler! Es gibt ebenso Berichte aus England. Auch sie sind nicht positiv. Wenn etwa bestätigt wird, daß die meisten britischen Sekundarschulen Gesamtschulen sind, so bedeutet dies keineswegs, daß es nun ein uniformes Einheitsschulwesen gibt. Es besteht nämlich eine Vielzahl lokaler beziehungsweise regionaler Schulbehörden, derer über hundert. Diese haben eine weitreichende Autorität. Sie können das Schulwesen nach ihren Vorstellungen gestalten. Es gibt dane-

ben sehr exklusive Privatschulen. Herr Vizekanzler, ich glaube nicht, daß das Ziel einer sozialistischen Schulpolitik wäre.

In Deutschland ist es ähnlich. Hier wird berichtet: Gesamtschule in der Bundesrepublik Deutschland gescheitert. In Konstanz kamen sogar so wohlwollend objektive Wissenschaftler wie Untersuchungsleiter Helmut Fend zu wenig ermutigenden Ergebnissen. In keinem anderen Bereich hat sich so sehr die Bestätigung von Befürchtungen gezeigt, wie beim Vergleich der Leistungen. Hätte man den gleichen Aufwand in traditionelle Schulorganisationen gesteckt, wäre das deutsche Schulsystem heute besser.

Und in einem Bericht „Kirche und Gesellschaft“, herausgegeben von der katholischen sozialwissenschaftlichen Zentralstelle Mönchengladbach, heißt es in der Zusammenfassung:

„Die Konzeption der integrierten Gesamtschule wurde geboren aus der Kritik am gegliederten Schulwesen. Sie erhob den Anspruch, alle pädagogischen Probleme zu lösen und das gegliederte Schulwesen in jeder Hinsicht zu übertreffen. Sie hat zweifellos die pädagogische Diskussion belebt, ihr neue Impulse verliehen. Und es ist gewiß notwendig, sich sachlich und sachkundig mit ihr auseinanderzusetzen.“

Aber es gilt auch, Hintergründe und Strategien aufzudecken, die über das Pädagogische hinausgreifen. Im praktischen Vollzug zeigt sich, daß die Gesamtschule ihren Anspruch nicht einlösen kann. Die Versuche zeigen, daß die Gesamtschule mehr Probleme bringt als sie löst und daß eine Weiterentwicklung des differenzierten, gegliederten Schulwesens den Interessen von Schülern, Eltern und Gesellschaft mehr gerecht wird. Denn mit einer Schule, die 40 Prozent mehr kostet, in der die Schüler dafür weniger lernen, ist unserer Gesellschaft, die auf die Entwicklung der geistigen Fähigkeiten angewiesen ist, nicht gedient.“

Es geht also, Herr Vizekanzler, um eine sinnvolle Weiterentwicklung der Schule im Interesse der Schüler, der Eltern, auch im Interesse unserer Gesellschaft. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich darf sagen, daß die Österreichische Volkspartei hiezu bereit ist; sie war es in der Vergangenheit und sie ist es in der 7. Schulorganisationsgesetz-Novelle. Die Österreichische Volkspartei ist auch dazu bereit, weil abnehmende Schülerzahlen, ein Lehrerüberschuß und das zu Ende gehende Schulbaupro-

Dipl.-Ing. Dr. Leitner

gramm den notwendigen Spielraum für neue bildungspolitische Überlegungen geben.

Herr Vizekanzler, Sie wissen, 1970/1971 gab es fast 600 000 Volksschüler, heute sind es 400 000. Zwischen 1966 und 1970, in der ÖVP-Alleinregierungszeit, nahm die Schülerzahl insgesamt um 217 000 zu; ein starkes Anwachsen in allen Bereichen. Seit 1970 gibt es nur noch ein starkes Anwachsen im Bereich der berufsbildenden mittleren und höheren Schulen. Hier hat sich die Schülerzahl praktisch verdoppelt. Es gibt aber schon insgesamt eine Abnahme um 12 000 Schüler. Und im letzten Jahr — Herr Vizekanzler, das wissen Sie ganz genau — nahm die Schülerzahl in Österreich um 38 000 ab. In einem Schuljahr um 38 000 Schüler weniger: 17 000 Schüler weniger in der Volksschule, 15 000 weniger an der Hauptschule und 730 weniger an der allgemeinbildenden höheren Schule.

Daher gibt es einen echten Spielraum, den es bildungspolitisch zu nützen gilt.

Die Schulpolitik der ÖVP hat folgende Grundsätze immer deutlich sichtbar gemacht:

Erstens: Die Familie hat den ersten Bildungsauftrag, und die Schule muß diesen Bildungsauftrag unterstützen. Sicher können heute die Eltern nicht mehr jenes Wissen und jenes Können vermitteln, das notwendig ist. Es gibt hier Konzilsaussagen — Herr Vizekanzler, ich habe sie hier schon öfter erwähnt —, daß die Eltern die ersten Erzieher ihrer Kinder sind, daß sie nicht nur die Pflicht, sondern auch das Recht haben, ihre Kinder zu erziehen, und daß sie in der Wahl der Schule frei sein müssen.

Aus diesem Grund lehnen wir die Ganztagschule ab. Wir wissen, daß es Mütter gibt, die verdienen müssen oder auch verdienen wollen, daß es Familien gibt, die die Kinder nicht betreuen können, und daher soll das Anbot der Tagesheimschule bestehen. Wir brauchen dazu aber keine Ganztagschule.

Und auch hier ein Bericht aus Deutschland: „Deutsche Ganztagschulen sind teurer, aber nicht besser.“

In diesem Zusammenhang ist auch der Diskussionsvorschlag des Landeshauptmann-Stellvertreters Dr. Prior interessant, in den Pflichtschulen eine 6 Tage-Woche mit je 5 Stunden, also eine Schulzeit von 30 Wochenstunden, einzuführen. Eine solche Überlegung würde bedeuten, daß die Schulfahrten viel einfacher und auch billiger wären, daß die Schüler mehr Freizeit und die Möglichkeit hätten, ihren Neigungen nachzukommen, und daß auch eine Lehrplanreform notwendig

wäre, die eine Reduzierung der Stofffülle verlangt. Wir sollten uns also doch über einen solchen Vorschlag Gedanken machen.

Der zweite Punkt: Die Menschen sind vielfältig in ihren Begabungen, in ihren Neigungen, in ihren beruflichen Zielvorstellungen. Das Leben ist vielfältig in der tatsächlichen Berufsausübung. Daher brauchen wir auch die schulische Vielfalt. Die starke Gliederung ab dem 14. Lebensjahr, so wie Sie, Herr Minister, sagen, das wirklich herrliche Schulwesen ist auch ein Beitrag zur Arbeitsplatzsicherung in Österreich.

Herr Vizekanzler! Die Österreichische Volkspartei wird sehr aufpassen, daß durch Lehrplanänderungen diese Vielfalt und auch die praktische Ausbildung in diesem Schulwesen nicht geschmälert werden. Die Vorschläge aus Ihrem Ministerium für die Schulen der wirtschaftlichen Frauenberufe sind sicher nicht zielführend. Es wäre zweckmäßiger, dafür zu sorgen, die 2 200 Schüler, welche trotz bestandener Aufnahmeprüfung wegen Platzmangels im letzten Herbst abgewiesen werden mußten, in diese Schulen aufnehmen und die notwendigen Plätze bereitstellen zu können.

Schulische Vielfalt aber auch im Bereich der Zehn- bis Vierzehnjährigen und eine Leistungsdifferenzierung nach Lehrplaninhalten sowie nach Stoffanforderungen, daher die drei Leistungsgruppen in der Hauptschule.

Aber, Herr Vizekanzler, es sei klargestellt, und darüber gab es eigentlich keine Differenzen bei den Verhandlungen zum Schluß: daß es nur die erste Leistungsgruppe in der allgemeinbildenden höheren Schule gibt.

Hier geht der Ministerialentwurf, den Sie heute vorgestellt haben, jedoch andere Wege, und ihnen werden wir nicht folgen. Die Unterstufe dieser allgemeinbildenden höheren Schule besuchen 103 000 Kinder. Ich glaube, es wäre nicht zu verantworten, diesen 103 000 Kindern und ihren Familien zu sagen, daß sie auf einer falschen Schule sind.

Die Österreichische Volkspartei will die Langform der AHS als bildungspolitische Einheit erhalten. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Daher keine zweigeteilten Bildungsziele, wie sie der Ministerialentwurf vorsieht, sondern nur ein Bildungsziel. Und wenn es an dieser Schule nur eine Leistungsgruppe gibt, dann braucht es auch einer Aufnahmevoraussetzung, und sie könnte so gestaltet sein, wie es die jetzige Praxis ist. Keine Aufnahmeprüfung bei einem guten Schulerfolg, da ist die Aufnahmemöglichkeit freigegeben. Bei

Dipl.-Ing. Dr. Leitner

weniger guten Noten müßte eine Aufnahmeprüfung abgelegt werden.

Und dazu, Herr Vizekanzler, eine verstärkte Schullaufbahnberatung bei den großen „Umsteigbahnhöfen“ mit 10 Jahren und mit 14 Jahren. Diese Bestimmung fehlt uns im Ministerialentwurf.

Wenn heute die „Sozialistische Korrespondenz“ in ihrer Aussendung sagt, daß ein positives Zeugnis bereits die Aufnahmemöglichkeit in die AHS gibt, vor allem dann, wenn in den Gegenständen Deutsch, Mathematik und Englisch die erste oder die zweite Leistungsgruppe besucht wurde, dann ist das, glaube ich, eine Irreführung. Ich nehme an, Herr Vizekanzler, daß dem Journalisten ein Irrtum passiert ist, weil es ja in der Volksschule keine Leistungsgruppen gibt und sich doch der größte Teil der Kinder, die in die AHS gehen, mit zehn Jahren, und nicht erst mit 12 oder noch später, entscheidet, ob sie von der Hauptschule in diese höhere Schule übertreten.

Wir brauchen diese verstärkte Schullaufbahnberatung! Ich glaube auch, gemeinsam sollen wir dafür sorgen, das falsche Prestigedenken mancher Eltern abzubauen: Mein Kind muß eine AHS besuchen; der Mensch beginnt eben mit der Matura. Wir brauchen die Aufwertung des Facharbeiters, des Handwerkers, des Meisters.

Ich habe hier, glaube ich, schon einmal gesagt: Meine Kinder gehen in die Hauptschule, obwohl sie leistungsmäßig sehr gut sind, weil sie es vorziehen, daheim bleiben zu können und nicht in ein Internat gehen zu müssen. Nach der Hauptschule haben sie alle Möglichkeiten offen.

Daher, glaube ich, ist es kein falscher Weg, wenn wir die Hauptschule verbessern.

Die Schulversuche an der AHS laufen noch, es gibt keine abschließenden Berichte. Die Schulreformkommission hat sich für die Weiterführung der Versuche ausgesprochen, und die ÖVP ist dazu bereit. Es wäre wohl wenig zweckmäßig, wesentliche Änderungen bereits jetzt vorzunehmen, da diese Schulversuche nicht abgeschlossen sind.

Anders liegen die Verhältnisse in der Hauptschule. Gemeinsam haben wir vor eineinhalb Jahren in diesem Haus bei der 6. Schulorganisationsgesetz-Novelle festgestellt, daß die Schulversuche jetzt nach zehn Jahren abgeschlossen sind, daß positive Ergebnisse vorliegen, die in das Regelschulwesen übertragen werden sollen. Ich möchte noch einmal daran erinnern, daß von 120 Ver-

suchsstandorten 119 Hauptschulstandorte waren.

Die Sozialistische Partei will diese Hauptschule in „Mittelschule“ umbenennen. Die ÖVP nennt sie „Neue Hauptschule“. Herr Vizekanzler! Ich glaube, wir sollen beim guten alten Namen „Hauptschule“ bleiben. (*Beifall bei der ÖVP.*) Und zwar deshalb, weil das die wichtigste Schule für 360 000 Kinder in Österreich ist und weil eine andere Bezeichnung Verwirrung stiftet. Das haben Sie ja heute bei Ihrer Pressekonferenz schon erfahren. Unter „Mittelschule“ verstehen sehr viele Österreicher immer noch das Gymnasium.

Dann gibt es im Entwurf die „Mittelstufe.“ Das ist die Bezeichnung für die Schule der Zehn- bis Vierzehnjährigen. Weiters gibt es eine Mittelstufe in der Volksschule. Die Österreichische Volkspartei will diese Verwirrung nicht. Sie könnte ja unter Umständen eine gesellschaftspolitische Strategie der Sozialistischen Partei sein, so wie uns das der Herr Minister Broda vorgezeichnet hat, wenn man Gesellschaftsveränderungen angeht.

Eine Änderung des Namens wäre auch eine gewaltige Aufblähung der Bürokratie. Stellen Sie sich vor, wie viele Gesetze, Verordnungen, Erlässe, Lehrpläne, Formulare bis hin zum Briefpapier und zu Aufschriften der Schulen und so weiter geändert werden müßten, und das nur, weil Sie statt Hauptschule Mittelschule sagen.

Bürokratie, Herr Minister, gibt es bereits genug. (*Zustimmung bei der ÖVP.*) Das zeigt das Anwachsen der Beamten in Ihrem Ministerium; 272 Personen sind seit der Teilung des Ministeriums zugewachsen, das sind 72 Prozent, und der Stellenplan wird noch um 94 Dienstposten überzogen. Die Steigerung des Personalaufwandes in der Zentralstelle ist auch heuer fast zweimal so hoch als bei den Landeslehrern. Daher, Herr Minister, kein unnötiger Verwaltungsaufwand!

Der dritte Bereich: Die Schule muß dem Erziehungsauftrag gegenüber den jungen Menschen gerecht werden. Die ÖVP hat sich immer zu diesem Auftrag der Schule bekannt. Kürzlich hat das auch der Herr Abgeordnete Blecha getan. Ich bin ihm eigentlich sehr dankbar dafür, wenn er schreibt, „daß wir in einem von Humanismus, Toleranz und Solidarität geprägten Verhalten unsere soziale Umwelt gestalten“.

Und er sagt dann: „Richtig verstandener emanzipatorischer Unterricht muß daher das Bewußtsein wecken, daß Veränderungen notwendig sind, aufzeigen, was geändert werden

Dipl.-Ing. Dr. Leitner

kann, und das Abgleiten in nicht realisierbare Wunschträume verhindern.“

Ich möchte gerade das letzte der Sozialistischen Partei sehr empfehlen.

Professor Heitger hat kürzlich gesagt, der Lehrer, der sich nicht zum Erziehungsauftrag des Pädagogischen in der Schule bekennt, flüchtet in die Stofffülle und in ein abprüfbares Faktenwissen. Das Kind muß lernen, um im Leben etwas zu können — das ist richtig. Das Kind braucht in der Schule ein Erfolgserlebnis — das wissen wir. Und daher muß die Schule den emotionalen Bereich und den musischen Bereich stärker beachten und dem Schüler Freiräume auch zeitlicher Art zur Entfaltung geben.

Dazu braucht man auch überschaubare Schulgrößen. Schulen mit mehr als 1 000 Kindern, Herr Minister, sind ein Greuel. Kürzlich hat mir eine Direktorin in Wien gesagt, sie könne die Konferenzen nur mit Lautsprecher durchführen und sei froh, wenn nicht alle Lehrer kämen, weil sie keinen Platz für die Lehrer hätte. Das ist doch ein Schreckgespenst, glaube ich, und keine humane Schule. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Wir verlangen kleine Klassen. Im Ministerialentwurf ist sicher der Fortschritt gegeben, solche kleine Klassen in den Volksschulen gemäß dem gemeinsamen Entschließungsantrag vorzusehen. Ich glaube, Herr Minister, die Österreichische Volkspartei hat Ihnen geholfen, sich in der Regierung durchzusetzen, daß Sie diese Regelung in das Gesetz aufnehmen konnten. Es ist allerdings eine abgeschwächte Form vorgesehen. Darüber wird noch sehr deutlich zu reden sein, warum wir nicht die gleiche Formulierung wählen wie beim Polytechnischen Lehrgang: darf 30 nicht überschreiten.

Aber für andere Schulen, Herr Minister, sehen Sie keine Änderung vor. Eine solche Herabsetzung der Klassenschülerzahl ist in den Schulen der Zehn- bis Vierzehnjährigen, in den Hauptschulen und in der AHS ebenso dringend erforderlich. Und diese Senkung ist auch möglich. Darum geht es nämlich. Wir verlangen ja nichts Unmögliches, Herr Minister.

Die Auflösung der beiden Klassenzüge hat eine Abnahme des Lehrerberarfes zur Folge. Es gibt, Herr Minister, eine Untersuchung des Oberösterreichischen Zentralverbandes für die Pflichtschulen, wo in den Schlußbemerkungen steht:

Bei Führung in drei Leistungsgruppen in der Hauptschule mit der Schülerhöchstzahl 36

käme es allein in Oberösterreich zu einem Dienstpostenverlust von 1 216 Dienstposten. Selbst bei Senkung der Klassenschülerhöchstzahl auf 30 käme es zu einem Verlust von 842 Dienstposten.

Die Berechnung hat eindeutig ergeben, daß sich die durchschnittliche Schülerzahl pro Klasse wesentlich verschlechtern würde. Aus den angeführten Gründen wird das dringende Ersuchen gerichtet, umgehend Kontakte mit den Vertretern der politischen Parteien aufzunehmen, um die notwendigen Maßnahmen bei der Auflösung der Klassenzüge beschließen zu können.

Herr Minister! Daher ist eine Senkung möglich, und daher sollen wir sie auch durchführen.

Im Gegensatz zu diesen Feststellungen hat der Herr Finanzminister Dr. Salcher in diesem Haus bei der Budgetdebatte erklärt: Würden die Forderungen der ÖVP erfüllt werden, benötigte man 5 000 Lehrer, das würde weitere 1,5 Milliarden Schilling erfordern.

Herr Vizekanzler! Auf meine Frage, wer denn dem Herrn Finanzminister einen solchen Unsinn — verzeihen Sie den Ausdruck — ausgerechnet hat, gaben Sie keine Antwort oder halt eine sehr umschreibende Antwort. Ich kann mir das sehr gut vorstellen. Wenn der Herr Finanzminister mehrere Berechnungen solcher Art in seinem Budget hat, dann schaut das sehr gut aus, meine sehr geehrten Damen und Herren! *(Beifall bei der ÖVP — Abg. Dr. Mock: Amtsgeheimnis!)*

Über den Vorteil kleiner Klassen ist viel geredet worden. Ich glaube, ich brauche hier nicht darauf einzugehen. Hoffen wir, daß Sie als Vizekanzler und Unterrichtsminister in der Regierung, aber auch in Ihrer Partei überzeugen können, die Klassenschülerzahlen im Bereich der Schule der Zehn- bis Vierzehnjährigen zu senken, ohne daß höhere Kosten entstehen und ohne daß zusätzliche Lehrer angestellt werden.

Ich bedaure, daß das Schul- und Heimbeihilfengesetz im Bereich Ihres Ministeriums um ein Jahr verzögert wurde. Es wäre möglich gewesen, hier die notwendigen gesetzlichen Bestimmungen so rechtzeitig zu fassen, daß sie mit den Universitätsstudenten gleichgezogen hätten.

Es gibt noch ein Problem, Herr Minister. Die Senkung der Klassenschülerzahlen erfordert für die Privatschulen einen erhöhten Aufwand für Gebäude, für Sachaufwand, und dadurch werden die Familien zunehmend stärker belastet. Diese ersparen dem Staat

Dipl.-Ing. Dr. Leitner

viele Millionen Schilling. Es wäre doch zweckmäßig, einen Teil dieses Geldes den Familien, der Schule wieder zurückzugeben und bedürftigen Schülern zusätzliche Stipendien zukommen zu lassen.

Über den Ministerialentwurf, Herr Vizekanzler, wäre noch sehr vieles zu sagen, Gutes und Schlechtes. Ich möchte mich sehr kurz fassen, damit ich meine Zeit einhalte.

Das Lehrerpaket hat Aufnahme gefunden, wir begrüßen das: Die sechssemestrige Ausbildung für den Volksschullehrer, die Überführung der Ausbildung der Arbeitslehrkräfte an die Pädagogische Akademie, damit diese vollwertige Lehrer mit zwei Fächern sind, die Matura für die Kindergärtnerin und für die Erzieherin, wenn das die Gemeinden und Länder auch sehr viel Geld kosten wird.

Positiv ist auch die Weiterbildungsmöglichkeit, welche für die AHS-Lehrer geschaffen werden soll. Das Pädagogische Institut als verwaltungsmäßige Dachorganisation für alle Schulbereiche können wir uns schon vorstellen, wenn es echte eigene Abteilungen gibt. Herr Minister! Wenn zwar in den Erläuternden Bemerkungen steht, daß man dafür kein Geld braucht, so kann ich mir das wieder nicht vorstellen. Ich hoffe, daß dieses Bekenntnis zur Weiterbildung der AHS-Lehrer nicht nur ein Lippenbekenntnis Ihrerseits oder Ihrer Partei ist.

Positiv ist die Weiterentwicklung der Sonderschule, ein besseres Auswahlssystem, aber keine Integration der Sonderschüler in die allgemeinbildende Pflichtschule. Ich bin froh, daß die Vorstellung, diese Sonderschule in die Pflichtschule, in die normale Volks- und Hauptschule zu integrieren, fallengelassen wurde. Ich glaube, das wäre ein Irrweg, wenn vielleicht auch in der Vergangenheit oft zu rasch die Einweisung in die Sonderschule erfolgt ist.

Negativ aber ist sicher die starke Ausdehnung der sogenannten Vorschule. Herr Vizekanzler, die ÖVP will keine zu frühe Verschulung der Kinder. Wir müssen dem Kind, gerade auch dem kleinen Kind das Kindsein erhalten. Und dafür ist der Kindergarten zuständig. (Beifall bei der ÖVP.) Die ÖVP hat daher klargestellt, Herr Vizekanzler, daß die Vorschule nur für schulpflichtige, aber nicht schulreife Kinder sein soll und daß keine Auffüllung mit Dispenskindern erfolgen soll.

Wir anerkennen, daß Sie die Vorschulgruppen — auch ein Vorschlag von uns — vorsehen, damit auch in ländlichen Bereichen vorschulpflichtige Kinder die Vorschule besuchen können.

Wir wollen nicht die Schule noch weiter nach unten drücken. Es wäre aber nach Ihrem Vorschlag sicher eine Versuchung der großen oder größeren Gemeinden, sich den Kindergarten zu ersparen, weil ja die Schule vom Bund bezahlt wird, wenigstens der Personalaufwand. Ich habe hier aus einer großen Gemeinde Tirols, mit 340 Kindern im Kindergarten, eine Aufstellung. Das Kind kostet die Gemeinde rund 16 000 S im Jahr. Die Elternleistungen sind 1 100 S. Sicher wäre die Gemeinde nicht abgeneigt, sich Kosten zu ersparen, wenn es der Staat zahlt, aber dann auf Kosten des Kindes und seiner zu frühen Verschulung. Und das lehnen wir ab!

Negativ sind auch, Herr Vizekanzler, die Versuche dieser Novelle, die Bildung der Mädchen in den hauswirtschaftlichen Schulen, in den Frauenschulen unkenntlich zu machen.

Ich habe, glaube ich, von dieser Stelle aus schon einmal gesagt: Für die Österreichische Volkspartei sind Mann und Frau sicher voll gleichberechtigt. Sie sind auch voll gleichwertig. Aber, Herr Vizekanzler, sie sind nicht gleichartig. Es gibt sie eben, den Mann und die Frau, von der Natur her. Und hier gibt es eine biologische Programmierung, die man Gott sei Dank nicht mit Parteiprogrammen oder auch mit Schulgesetzen beseitigen kann. (Beifall bei der ÖVP.) Ich würde Sie sehr bitten, mit dem Gesundheitsminister Ihrer Partei zu sprechen, der Sie vielleicht aufklären kann, oder mit den Verhaltensforschern Professor Lorenz und Professor König.

Ich glaube, es gehört zur echten Emanzipation, daß jeder Mensch, Mann oder Frau, jede Schule besuchen können soll, die Mädchen die Schulen, welche für technische Berufe zur Verfügung stehen, und die Burschen die hauswirtschaftlichen Schulen. Aber warum denn eine Umbenennung dieser Schulen? Warum denn das Wort „Hauswirtschaft“ streichen? Da steht dann der ominöse Name „Höhere Schulen für Wirtschaftsberufe“ oder auch „Mittlere Schulen für Wirtschaftsberufe“. Ja bildet die Handelsschule, die technische Schule nicht für Wirtschaftsberufe aus? Alle Berufe sind ja letztlich Wirtschaftsberufe. So weit möchte ich nicht gehen, Herr Vizekanzler, daß nur mehr die Hauswirtschaft Wirtschaft ist, sondern es gibt da eben weite Bereiche. Aber wir können zur Hauswirtschaft ruhig Hauswirtschaft sagen. Warum auch die Umbenennung der Bildungsanstalten für Kindergärtnerinnen? 99,9 Prozent der Schüler dort sind Frauen, Mädchen. Hier wird der Name geändert in „Kindergärtner“. Warum schon wieder Werkerziehung gemeinsam für Knaben und Mädchen in der Volksschule?

Dipl.-Ing. Dr. Leitner

Herr Vizekanzler, wenn das die Spuren der Staatssekretärinnen im Unterrichtsministerium sind, bitte ich Sie sehr dringend, diese Frauen einzubremsen und ihnen vielleicht andere Aufgaben zuzuordnen. *(Abg. Dr. Blenk: Irgend etwas müssen sie ja tun! — Bundesminister Dr. Hertha Firnberg: Im Wissenschaftsministerium gibt es ja keine Staatssekretäre!)*

Es gibt dort keine Staatssekretärinnen, Frau Minister, aber mir wurde berichtet, daß die Staatssekretärinnen in mehreren Ministerien, darunter auch im Unterrichtsministerium, gewisse Aufgaben wahrnehmen. Ich nehme an, daß hier ihre Handschrift spürbar ist.

Es gibt dann den Artikel VI, der neue Schulversuche im Bereich der Zehn- bis Vierzehnjährigen vorsieht, und zwar bis 1989, mit der Begründung, daß die IGS, also die Integrierte Gesamtschule, nicht verwirklicht werden konnte. Herr Vizekanzler, vor eineinhalb Jahren haben wir den gemeinsamen Beschluß gefaßt, daß die Schulversuche in diesem Bereich nach zehn Jahren abgeschlossen sind, daß eine zweijährige Übergangsphase eingeschaltet wird, um die Hauptschule zu verbessern und diese Verbesserung auch zu verwirklichen. Oder soll eine solche neue Bestimmung sicherstellen, daß der Bund, das Ministerium in gewissen Gebieten keine AHS errichten will, zum Beispiel in Liesing oder in Hartberg?

Es haben daher Proteste stattgefunden, und es gibt die Sorgen vieler Eltern, daß der Bund seinen Verpflichtungen, Schulen dort zu errichten, wo der Bedarf ist, nicht nachkommt. Daher auch die Forderungen des Katholischen Familienverbandes nach einem Bundesschulerhaltungsgesetz für Bundes-schulen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Es gäbe noch vieles zu sagen, aber ich möchte zusammenfassen: Herr Vizekanzler! Die 7. Schulorganisationsgesetz-Novelle ist sicher eine sehr wichtige Weichenstellung für die Weiterentwicklung der Schule. Sie enthält eine Reihe wichtiger Bestimmungen: Verbesserung der Hauptschule, Senkung der Klassenschülerzahlen, Verbesserung der Lehreraus- und -weiterbildung.

Die ÖVP bekennt sich auch zu den Gesprächen und Verhandlungen, die zwischen den großen Parteien geführt wurden. Aber ich glaube, daß die politische Redlichkeit es verlangt, die Punkte klar aufzuzeigen, in denen keine Übereinstimmung gegeben ist. Es wird keine Einführung der Integrierten Gesamtschule geben, und wir verlangen eine klare

Stellung dieser beiden Schulen im Bereich der Zehn- bis Vierzehnjährigen.

Ich glaube, die Schule hat die Aufgabe, Bildung und Ausbildung zu vermitteln. In diesem Vermittlungsprozeß hat sie auf die Erfordernisse des Kindes Rücksicht zu nehmen und soziale Gerechtigkeit walten zu lassen. Aber die Schule kann nicht die Aufgabe haben, alle gleichzumachen, weil jeder Mensch, auch das Kind, ein Recht darauf hat, verschieden zu sein. Die Schule darf nicht gleiche Menschen erziehen, sondern sie muß jedem Menschen das Recht bzw. die Möglichkeit geben, selbst seine Persönlichkeit zu entfalten, er selbst zu werden.

Die vielen Schritte in Richtung Gesamtschule für alle Zehn- bis Vierzehnjährigen, die Ausschölung des bewährten Gymnasiums, die Tendenz zu einer weiteren Verschulung, die Vernachlässigung der inneren Schulreform, die vielseitigen sprachlichen Verwirrungen und unklaren Formulierungen lassen daher eine Ablehnung dieser Teile des Entwurfes zu, ja sie erfordern die Ablehnung.

Herr Unterrichtsminister und Vizekanzler! Sie haben den Boden einiger konstruktiver Gespräche und auch öffentlicher Erklärungen zu Beginn des Jahres mit dem Ministerialentwurf eindeutig verlassen. Ich hoffe, daß Sie nach Ablauf des Begutachtungsverfahrens diesen objektiven, konstruktiven Boden wieder betreten, damit es zu einem erfolgreichen Abschluß der 7. Schulorganisationsgesetz-Novelle kommt, damit wir einen sinnvollen Schritt zur Weiterentwicklung der österreichischen Schule setzen können. *(Beifall bei der ÖVP)* 14.02

Präsident: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Peter.

14.02

Abgeordneter **Peter** (FPÖ): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich nehme die Ablehnung des Budgetkapitals Unterricht und Kunst durch die freiheitlichen Abgeordneten meinen Ausführungen vorweg. Das Nein der freiheitlichen Abgeordneten zu dieser Haushaltsgruppe wird aber nicht so sehr dadurch zu begründen sein, ob die eine Budgetpost mit mehr oder die andere Budgetpost mit weniger Millionen Schilling im Jahre 1982 ausgestattet sein wird. Ich habe nicht die Absicht, namens der freiheitlichen Abgeordneten einen Streit um Zahlen und Ziffern im Sinne des Hinauf- oder Hinunterlizitierens dieses Haushaltskapitals bezüglich seiner Einordnung in das Gesamtbudget zu führen.

So verlockend es wäre, Herr Abgeordneter

Peter

Leitner, aber ich habe auch nicht die Absicht, heute zu jenem Ministerialentwurf zur 7. Schulorganisationsgesetz-Novelle eingehend Stellung zu nehmen, den der Herr Bundesminister für Unterricht und Kunst heute ins Begutachtungsverfahren geschickt hat. Aber einen Eindruck darf ich mitnehmen: daß diese 7. Schulorganisationsgesetz-Novelle einmal mehr ein ungeliebtes Kind der Österreichischen Volkspartei werden dürfte. Es wird bei der Österreichischen Volkspartei wieder so wie bei den vorangegangenen Entscheidungen sein: Man redet dagegen, man wettet dagegen, man argumentiert dagegen und man wird letzten Endes den substantiellen Bestandteilen zum gegebenen Zeitpunkt zustimmen. *(Zwischenruf des Abg. Dr. Mock.)* Namens der freiheitlichen Abgeordneten, Herr Dr. Mock, knüpfe ich die Hoffnung und Erwartung an die 7. Schulorganisationsgesetz-Novelle, daß die Fragen und Probleme der inneren Schulreform nicht wieder vergessen und ignoriert werden.

Herr Bundesparteibeamte Dr. Mock! Ich hoffe, daß die Österreichische Volkspartei jenen Mahnungen eines ÖVP-Pädagogen, nämlich Universitätsprofessor Marian Heitger, gerecht werden wird, der in der „Presse“ schrieb: „Österreichs Bildungspolitik im Dilemma.“ Damit verlieh er seiner besonderen Besorgnis über die gegebene Situation Ausdruck. Einbegleitet wurde dieser Artikel mit folgender redaktioneller Feststellung der „Presse“:

„Die Diskussion um die Schul- und Bildungsreform scheint in mehrfacher Hinsicht unfruchtbar und unerfreulich zu werden. Sie hat sich vielfach in bloße Organisationsfragen verrannt. Ideologische und parteipolitische Festlegungen und Vorurteile lassen das an der Sache der Menschenbildung orientierte Gespräch verkümmern.“

Um so dringender wird man um einer pädagogisch verantwortbaren Reform willen fragen müssen, was denn der Sinn des zur Debatte stehenden Bildungssystems sei.“

Soweit Universitätsprofessor Dr. Heitger, der sicherlich dem Lager der ÖVP nicht ferne steht.

Ich möchte und werde heute jene grundsätzliche Debatte über Schule und Bildung fortsetzen, die ich bei der Beratung des Kapitels Unterricht und Kunst im Finanz- und Budgetausschuß mit dem Herrn Unterrichtsminister begonnen habe.

Aus vielen Kreisen der Bevölkerung kommen immer besorgniserregendere Fragen nach dem und über den Zustand von Schule

und Bildung in Österreich. Ich weiß, die Abgeordneten der sozialistischen Fraktion stellen in Abrede, daß dieses Unbehagen sprunghaft ansteigt und daß es sich immer mehr in den Medien vertieft. Zu viele „Warum“ sind bisher von den Verantwortlichen für Schule und Bildung unbeantwortet geblieben. Daher greife ich heute, meine Damen und Herren, einige dieser „Warum“ auf.

Warum steigt die Zahl der Schulverweigerer und Studienabbrecher ständig?

Warum steigt die Zahl der Schulausreißer von zu Hause?

Warum steigt die Zahl der Schülerselbstmorde in Österreich?

Warum beklagt die Rektorenkonferenz, daß viele Allgemeinmaturanten nicht mehr universitätsreif wären?

Warum beklagen Handel, Gewerbe und mittelständische Wirtschaft, daß die Absolventen der Pflichtschulen den Anforderungen einer Lehre oftmals nicht gewachsen seien?

Warum beklagt die Industrie, daß die Absolventen der Höheren technischen Lehranstalten und der technischen Universitäten den Betriebserfordernissen in vielen Fällen nicht entsprechen würden?

Warum? Warum? Warum? — Dieses Warum steht im Raum. Diese Fragen mehren sich.

Der Herr Unterrichtsminister steht aber auf dem Standpunkt — er wird es heute so wie im Finanz- und Budgetausschuß tun —, daß das nicht stimmen würde. Das hat man schon vor Jahrzehnten behauptet, war eine der Antworten des Herrn Unterrichtsministers im Finanz- und Budgetausschuß. Wer steckt den Kopf in den Sand: die Mahner oder die Verantwortlichen der Unterrichtsverwaltung?

Ich zitiere Anneliese Rohrer aus der „Presse“ vom 5. Dezember 1981: „Die Antworten“ — so meint sie — „haben einen gemeinsamen Nenner: Die Bildungsreform hat die Jugend vergessen, sie bot Quantität statt Orientierung.“ Die Bildungsreform leidet an uferloser Unübersichtlichkeit. Anneliese Rohrer schließt in ihrem Bericht mit dem Hauptvorwurf: „In der Bildungspolitik wurde an der jungen Generation vorbeireformiert.“

Meine Damen und Herren! Das ist ein Vorwurf, der sich an die Zweidrittel-Mehrheitspartner seit dem Jahre 1962 richtet, also an die Sozialistische Partei Österreichs, aber in gleichem Maße auch an die Österreichische Volkspartei.

Peter

Besorgniserregende Meinungsäußerungen und Kommentare kommen aus allen Ecken und aus allen Kreisen der Bevölkerung: von den Universitäten, von Handel und Gewerbe, aus der Industrie und aus der mittelständischen Wirtschaft, aus Kreisen von Pädagogen und Psychologen, von den Elternverbänden verschiedener weltanschaulicher Lager, aus dem Bereich der Studenten und Schüler und nicht zuletzt auch von den Lehrern. Sind das alles Irrmeinungen, irren all diese besorgten Stimmen, und irrt nur nicht der Unterrichtsminister, irrt nur nicht die Sozialistische Partei Österreichs?

Es besteht die große Gefahr, daß in einer absoluten Mehrheit ein unerhört gefährlicher politischer Krankheitskeim steckt, nämlich jener der politischen Erblindung. Zehn Jahre absolute Mehrheit trüben anscheinend den Blick und schränken die sachliche Urteilsbereitschaft ein. Ich glaube nicht, daß der sozialistischen Mehrheit die Urteilsfähigkeit verlorengegangen ist. Ich glaube vielmehr, daß es an der Urteilsbereitschaft fehlt. Eine ein Jahrzehnt mit absoluter Mehrheit ausgestattete Partei kann oder will Fehler und Fehleinschätzungen nicht zugeben. Das Opfer der Fehleinschätzung der Bildungsreform und damit der Bildungspolitik wird spätestens Ende der achtziger Jahre unsere Jugend, also der Entscheidungsträger der Demokratie von morgen, sein.

Ich habe mich Jahre hindurch bemüht, Einsicht und Verständnis bei den schulpolitischen Machthabern mit sachlichen Argumenten aus der freiheitlichen Fraktion zu finden. Es war vergebens. Bewußt spreche ich nicht von einem, sondern von mehreren schulpolitischen Machthabern und damit nicht nur von der sozialistischen Mehrheit allein. Die absolute sozialistische Mehrheit, meine Damen und Herren, hätte von 1971 bis 1981 allein überhaupt nichts bewirken können. Nur die Universitäten kann man ja bekanntlich in Österreich mit einfacher Mehrheit auf den Kopf stellen. Für schulgesetzliche Entscheidungen von der Pflichtschule bis zur Höheren Schule bedarf man der Zweidrittelmehrheit. Weder bei der Pflichtschule noch bei der Höheren Schule sind also Veränderungen mit einfacher Mehrheit möglich.

Das bildungspolitische „Vorbeireformieren“ an der jungen Generation vermochten daher die Sozialisten gar nicht aus eigener Kraft und aus eigener Machtvollkommenheit zu bewirken. Sie bedurften dabei eines Helfers, der den Sozialisten die Zweidrittelmehrheit gab und anscheinend nach den Ausführungen des Abgeordneten Leitner auch in

Zukunft geben wird. Die Sozialisten bekamen für jeden Kompromiß, den sie seit 1971 schulpolitisch herbeigeführt haben, die Zweidrittelmehrheit von der Österreichischen Volkspartei.

An dieser Stelle, meine Damen und Herren, ist jenem Mann ein Wort zu widmen, der sich zehn Jahre hindurch als Meister des Zweidrittel-Kompromisses mit der Österreichischen Volkspartei erwiesen hat, dem Herrn Unterrichtsminister und Vizekanzler Dr. Fred Sinowatz, dem Politiklassiker mit dem bildungspolitischen Nasenring, den er der Österreichischen Volkspartei äußerst erfolgreich eingezogen hat. Symbolisch trug und trägt diesen bildungspolitischen Nasenring der von der ÖVP gestellte Obmann des Unterrichtsausschusses. Dr. Sinowatzens bildungspolitischen Nasenring scheint eine Zauberkraft für die Österreichische Volkspartei eigen zu sein. Vizekanzler Dr. Sinowatz geht aber mit diesem bildungspolitischen Nasenring gegenüber der ÖVP äußerst subtil und behutsam um. Er zieht nur ganz langsam und ja nicht stärker, als der ÖVP-Obmann des Unterrichtsausschusses an Schmerzen ertragen kann. Dabei hat sich Dr. Sinowatz großer Geduld und umfassender Ausdauer bedient.

Dr. Sinowatz war erfolgreich, denn die ÖVP ist gegen jede Art von Nivellierung in der Bildungspolitik immun geworden. Die sozialistische Gesellschaftspolitik, von Dr. Sinowatz auf Samtpfoten vorgetragen, war im Schul- und Bildungsbereich dank des Mitgehens der ÖVP Jahre hindurch äußerst erfolgreich. Es hat, wie schon unterstrichen, den Anschein, daß die ÖVP bei der bevorstehenden 7. Schulorganisationsgesetz-Novelle keinesfalls an einen Sinneswandel denkt.

So gut der Österreichischen Volkspartei die oftmals wiederholte „Sinowatz-Kur“ auch zu bekommen scheint — auch Ihnen, Herr Steinbauer —, für Österreichs Jugend und für die Schule ist sie meines Erachtens abträglich. Das hat Unterrichtsminister Dr. Piffl-Perčević schon im Jahre 1969 erkannt. In dieser Erkenntnis lag auch eine der entscheidenden Ursachen für den Rücktritt Dr. Piffls als Ressortchef. Von geradezu historischer Bedeutung ist sein diesbezüglicher Schriftwechsel mit seinem Maturakollegen, Vizekanzler und Generalsekretär Dr. Hermann Withalm vom 19. Februar 1969. Ich zitiere aus dem Buch „Zuspruch und Widerspruch“ von Dr. Piffl-Perčević:

„Lieber alter Freund!“ Gemeint ist Dr. Withalm.

„Ich möchte es nicht aufgeben, die Chance

Peter

zu retten, das Bildungsniveau in Österreich, die Fremdsprachenkenntnisse, die Hochschulreife und anderes Gutes stärken und vermehren zu können ... Andererseits sind so weite Parteikreise und bedeutende Parteifreunde gegen diese Chance zum Kampf angetreten, weil sie diese Chance nicht erkennen oder nicht genügend hoch bewerten oder sie überhaupt verneinen, daß ich wohl im Interesse der Partei die Konsequenzen ziehen muß.“

Der Brief des Unterrichtsministers Dr. Piffl-Perčević vom 19. Februar 1969 an seinen Maturakollegen Dr. Hermann Withalm ist heute zu einem beinahe tragischen Dokument der österreichischen Schulgeschichte geworden. Die zwölf Jahre, die seit Piffls Rücktritt ins Land gezogen sind, haben dem Unterrichtsminister von damals leider recht gegeben. Um die Begabtenförderung, Herr Dr. Mock, ist es in Österreichs Bildungswesen 1981 noch schlechter bestellt, als es Piffl-Perčević aus der Ressortverantwortung heraus im Jahre 1969 vorausschauend dargestellt hat.

Ich komme noch einmal auf den Brief Dr. Piffls vom 19. Februar 1969 an Dr. Withalm zurück und zitiere den Schlußsatz:

„Ich wiederhole daher in aller Ruhe, wenn auch nicht ohne Bewegung, mein gestern gemachtes Angebot, mein Ministeramt zurückzulegen, und bitte Dich, lieber alter Freund, Bundeskanzler Klaus hievon zu verständigen und sogleich die Frage des Nachfolgers zu klären.“

Der Nachfolger war Dr. Alois Mock, und das erste bildungspolitische Kind, das der Nachfolger geboren hatte, war die Schulreformkommission. Was daraus wurde, ist nicht Dr. Mocks Schuld. Die Zeit ging über die Unterrichtsminister Dr. Mock und Gratz hinweg.

Seit zehn Jahren ist Dr. Fred Sinowatz Hausherr im Palais Starhemberg auf dem Minoritenplatz. Seine Rolle habe ich ausreichend dargestellt. Dr. Sinowatz ist der Meister des Zweidrittel-Mehrheitskompromisses mit der ÖVP und wird es nach den heutigen Ouvertüren zur 7. Schulorganisationsgesetz-Novelle vermutlich auch bleiben.

Ihre Position, Herr Bundesparteiobmann Dr. Mock, ist eine andere. Sie sind vom Unterrichtsminister am Ende der Ära Klaus zum ÖVP-Oppositionsführer an der Schwelle der achtziger Jahre geworden. Bleiben Sie bei der bildungspolitischen Linie, die sozialistischen Nivellierungstendenzen mit Zweidrittelmehrheit weiterhin zu exekutieren, oder werden Sie einen Kurswechsel in dieser entscheidenden Frage vornehmen?

Wenn „Die Presse“ am 5. Dezember dieses Jahres schrieb: „In der Bildungspolitik wurde an der jungen Generation vorbeireformiert“, dann richtet sich dieser Vorwurf sicherlich an beide Adressen und damit auch an die der Österreichischen Volkspartei. Das ist die Kritik einer der ÖVP nahestehenden Tageszeitung, denn das ist und bleibt „Die Presse“ unmißverständlich. Wie sagte oder schrieb Anneliese Rohrer? — „Die Bildungsreform hat die Jugend vergessen, sie bot Quantität statt Orientierung.“

Das heißt: SPÖ und ÖVP haben die Jugend bei der Bildungsreform vergessen!

Ich weiß, daß die verantwortlichen Repräsentanten der sozialistischen Alleinregierung diese freiheitlichen Argumente nach wie vor mit einer Handbewegung abtun und in den Wind schlagen. Ich gehe daher nicht fehl in der Annahme, daß „Die Presse“ mit diesem Artikel jener Besorgnis Ausdruck verleihen wollte, von der weite Kreise des ÖVP-Wirtschaftsbundes bezüglich der Misere in Österreichs Schulen befallen sind. Nur der Herr Bundesminister für Unterricht und Kunst ist der Meinung, daß dies alles nicht stimme. Diese politischen Kassandrarufer kommen aber nicht allein aus dem Lager der ÖVP, sondern in gleicher Weise auch aus dem der Sozialistischen Partei Österreichs. Ich weiß, die SPÖ liebt es nicht, wenn man Altbürgermeister Dr. Ernst Koref zitiert, aber er widmete in den „Gezeiten seines Lebens“ den Sorgen um Schule und Bildung breiten Raum. Das Wort eines Weisen in der SPÖ hat für die Aktiven von heute kein bedeutendes Gewicht mehr. Dr. Ernst Koref unterstreicht in seinen Memoiren mit aller Deutlichkeit, daß das Ausleseprinzip alles andere als eine kapitalistische Erfindung sei. Dr. Ernst Koref warnt vor der Auflösung der Klassen in Leistungsgruppen, eine Fehlentwicklung, die voraussichtlich in der 7. Schulorganisationsgesetz-Novelle in einem überreichen Maße Platz greifen wird!

Ich zitiere Seite 525 aus den „Gezeiten meines Lebens“ von Dr. Ernst Koref:

„Die in überreichem Maße vorgesehene Gliederung der Klasse in Leistungsgruppen, und zwar in Deutsch, Mathematik und Fremdsprachen, zerstört die erzieherisch und soziologisch begrüßenswerte Einheit der Klasse, zerbricht also die Klasseneinheit und stellt an die Schuladministration ... unerfüllbare Anforderungen.“

Und weiter führt Dr. Ernst Koref in seinen Memoiren aus:

„Der Denkfehler der Programmierer

Peter

besteht darin, daß sie nur die Wiener Verhältnisse vor Augen haben“ und die Verhältnisse in den anderen Bundesländern zu wenig berücksichtigen.

Das, Herr Präsident Dr. Schnell, ist der gravierende Vorwurf an Sie in Ihrer Eigenschaft als Schulsprecher der Sozialistischen Partei Österreichs. *(Zustimmung bei der FPÖ.)*

Dieser Denkfehler passiert aber seit Jahren dem Herrn Präsidenten Dr. Schnell, dessen Verdienste um den Wiener Stadtschulrat ich keinesfalls schmälern möchte, der aber mit dem Übertragen von Wiener Erfahrungen auf das gesamte Bundesgebiet der österreichischen Schule nicht immer gute Dienste erwiesen hat. Den grundlegenden Fehler — und wahrscheinlich auch eines Tages die historische Schuld des derzeitigen Unterrichtsministers Dr. Sinowatz — sehe ich darin, daß er Präsident Dr. Schnell blind vertraut und sich dessen Fehleinschätzung voll zu eigen gemacht hat.

Zur Steuer der Wahrheit muß festgehalten werden, daß es die warnenden Stimmen innerhalb der Sozialistischen Partei in den zurückliegenden Jahren sehr wohl gegeben hat. Diese warnenden Stimmen sind vermutlich aus Gründen der Parteidisziplin nicht zum Ausdruck gebracht worden. Ich denke an den sozialistischen Abgeordneten Dr. Maderner. Er hat seine Bedenken gegen die nivellierenden Tendenzen im österreichischen Bildungswesen nie von diesem Rednerpult aus im Nationalrat geäußert. Kollege Dr. Maderner hat sie aber sehr wohl in einem Buch festgehalten. Es lautet: „Bildungspolitik jenseits der Standesinteressen“. Warum Hofrat Maderner als Sozialist die Integrierte Gesamtschule ablehnte und ablehnt, begründete er so:

erstens, weil sie aus Verfassungsgründen ohnehin nicht verwirklicht werden kann;

zweitens, weil sie den Wünschen der Bevölkerung widerspricht und

drittens, weil sie der Förderung aller Begabungen nicht dienlich ist, weil sie überdurchschnittlich intelligenten, kulturell aufgeschlossenen Kindern nur wenig bieten kann. Soweit der Sozialist Maderner zu diesem Thema.

Was Unterrichtsminister Dr. Piffl-Perčević schwere Sorgen bereitete und 1969 zu seinem Rücktritt führte, das artikuliert auch der hochgeachtete Sozialdemokrat Dr. Ernst Koref unter dem Titel „Freimütige Gedanken eines Skeptikers und Ketzers zur Bildungsexplosion“ aus Anlaß des 25jährigen Bestands-

jubiläums des Sozialistischen Lehrervereins, Landesgruppe Oberösterreich. Diese Gedanken eines sozialistischen Humanisten wurden wohl an der Schwelle der siebziger Jahre zu Papier gebracht, aber erst in Dr. Korefs Memoiren zehn Jahre später, nämlich 1980, veröffentlicht. Warum sie erst nach zehn Jahren veröffentlicht wurden, begründet der Linzer Altbürgermeister so:

„Ich hielt die 32 handschriftlich verfertigten Kleinformatblätter zurück, um dem Verein und der Partei keine Verlegenheit zu bereiten.“

Als ich seinerzeit Dr. Korefs Memoiren im Nationalrat zitiert habe, hielt mir Unterrichtsminister Dr. Sinowatz entgegen, daß diese Kritik aus 1970/71 durch die seit damals getroffenen schulgesetzlichen Maßnahmen gegenstandslos geworden wären.

Ich muß den Herrn Vizekanzler nicht nur enttäuschen, sondern ihn an jenen Dreispalter erinnern, den „Die Presse“ erst am 3. Dezember 1981 Dr. Koref gewidmet hat. Veröffentlicht wurden diese Meinungen in der Rubrik „Politiker von gestern — Meinungen von heute: Ernst Koref“. Die folgende Schlagzeile ist beinhart und weder ein Kompliment für die ÖVP noch für die Sozialistische Partei Österreichs.

Sie lautete am 3. Dezember 1981: „Ein SP-Humanist: ‚Die Schulreformen machen mehr kaputt, als sie Nutzen bringen.‘“ Das ist keine böswillige Behauptung eines freiheitlichen Abgeordneten, sondern die Feststellung von Dr. Ernst Koref im Dezember 1981. Ein hartes Urteil aus berufenem sozialistischen Mund von einem, der es eigentlich wissen muß.

Eine absolute Mehrheit scheint die absoluten Machthaber aber taub und blind zu machen! Taub und blind zu machen auch für jene wohlmeinenden Argumente, die aus der Ecke der eigenen sozialistischen Parteifreunde kommen. Der Bogen der sozialistischen Mahner reicht von Professor Klenner über Hofrat Maderner, über eine Reihe sozialistischer Jungprofessoren bis zu Altbürgermeister Dr. Ernst Koref.

Professor Fritz Klenner veröffentlichte seine „Denkanstöße zum Überleben“ schon vor fünf Jahren, also 1976. Ich führte in diesem Zusammenhang von diesem Pult aus, daß Professor Klenner gegen die Nivellierungstendenzen in seinem eigenen sozialistischen Lager und gegen die unzulängliche Förderung der Begabten in unserem Bildungswesen sei.

Man muß Ihnen, meine Damen und Herren, weil Sie all diese Argumente immer wieder

Peter

vom Tisch wischen, diese sozialistischen Argumente, wenn es sein muß, im Interesse von Schule und Jugend bis zum Überdruß in Erinnerung rufen, eben deswegen, weil Dr. Schnell eine ausreichende Begabtenförderung in unserem Bildungswesen nicht wahrhaben will. Denn wollte er sie wahrhaben, dann würde sie existieren. Und diese ausreichende Begabtenförderung, Herr Präsident Schnell, sie existiert im derzeitigen österreichischen Bildungswesen leider nicht! Hätte Präsident Dr. Schnell das gewollt, dann hätte er als Schulsprecher der Sozialistischen Partei der Schulgesetzgebung des letzten Jahrzehnts einen anderen Stempel aufdrücken müssen, als er es getan hat.

Zu beklagen ist, daß der Herr Bundesminister für Unterricht und Kunst und leider auch, Herr Dr. Mock, die Österreichische Volkspartei den nivellierenden Tendenzen des Präsidenten Dr. Schnell gefolgt sind.

Daher sei heute einmal mehr Herrn Dr. Schnell die Meinung ehrenwerter Genossen in das politische Stammbuch geschrieben, was sie unter Nivellierung, Begabtenförderung und Elite meinen. Ich zitiere Professor Klenner:

„Alle gleichmäßig fördern zu wollen, scheint sozial, ist in Wirklichkeit aber unsozial, denn es beschränkt die Möglichkeiten der Gemeinschaft zur Förderung jener, die diese Förderung am meisten verdienen würden.“ Ende des Klenner-Zitates.

Das gibt einen Erfahrungswert wieder, Herr Präsident Dr. Schnell, den Pioniere wie Fritz Klenner als Autodidakten in harter Arbeit in den Arbeiter-Bildungsvereinen alter Prägung erarbeitet haben, in jenen Arbeiter-Bildungsvereinen, deren Wert gar nicht hoch genug geschätzt werden kann.

Und weiter heißt es bei Professor Fritz Klenner: „Eine geringere Ausleseförderung hemmt die Heranbildung von Spitzenkräften, die auf allen Gebieten der Wirtschaft, Technik, Wissenschaft und Forschung gebraucht werden.“

Beginnt man einmal“ — so Fritz Klenner — „mit der Demontage elitärer Einrichtungen, dann kann man niemals oder nur mit gigantischen Kosten wieder umschalten.“

Wie sagte doch Dr. Ernst Koref? „Der Denkfehler der Programmierer besteht darin, daß sie nur die Wiener Verhältnisse vor Augen haben.“

Die Wiener SPÖ, Herr Präsident Dr. Schnell, sie war Jahre und Jahrzehnte eine Elite der sozialistischen Bewegung. Sie ist es

heute nicht mehr. Warum sie es nicht mehr ist, Herr Präsident Dr. Schnell, darüber sollten unter anderem auch Sie einmal gründlich nachdenken. Oder vielleicht sollten Sie, Herr Präsident Schnell, doch Ihren Koref, Maderner und Klenner besser studieren, als Sie es bisher getan haben.

Ernst Koref vertritt eine nicht uninteressante Milieutheorie. Ich zitiere: „Aber das durch das biologische Erbgut naturbedingte elitäre Prinzip kann man nicht kompensieren und auch die Wirkung dessen, was man Milieu nennt, nicht wegdiskutieren, ohne das Niveau zu senken.“

Daher haben wir Freiheitlichen von Haus aus das Aktivelement der Gesellschaft, das nicht nur Akademiker sondern alle Berufsgruppen umfaßt, in unserem Freiheitlichen Manifest zur Gesellschaftspolitik verankert.

Dem Schul- und Bildungswesen, meine Damen und Herren, fehlen nach fast zwanzigjähriger Reform ausreichende Förderungsmöglichkeiten für die begabten jungen Menschen unserer Republik.

Nach 15 Jahren österreichischer Alleinregierungen sind verschiedene großkoalitionäre Bande nach wie vor ungebrochen. Neue werden, so führt es ja unter anderem auch der Abgeordnete Leitner aus, intensiv geknüpft. (Abg. Dr. Mock: Ein freies Zitat war das!) Die großkoalitionären Bindungen reichen, Herr Doktor Mock, von der Agrar- über die Wirtschafts- bis zur Schulpolitik. Diese großkoalitionären Bindungen, Herr Doktor Mock, sind verkrustet und erstarrt. Wo sie neu geknüpft werden, unterscheiden sie sich kaum von der Versteinierung der Vergangenheit. Überall dort, wo großkoalitionäre Bindungen den Gesetzesstrukturen zugrunde liegen, steht aber, meine Damen und Herren, die unteilbare Verantwortung der Sozialistischen Partei und der Österreichischen Volkspartei unübersehbar im Raum. (Zustimmung bei der FPÖ.)

Diese gemeinsame Verantwortung der Sozialistischen Partei und der Österreichischen Volkspartei, Herr Doktor Mock, diese gemeinsame Verantwortung trifft im besonderen Maße für die Schul- und Bildungspolitik zu!

Die Ablehnung des Kapitels Unterricht und Kunst durch die Freiheitlichen hat, das sei abschließend noch einmal unterstrichen, nichts mit der finanziellen Ausstattung dieser Haushaltsgruppe zu tun.

Unser freiheitliches Nein zu diesem Budgetkapitel entspringt der Sorge und Befürchtung,

Peter

daß unsere Pflicht- und Höheren Schulen auf Grund der Schulreform seit 1962 nicht imstande sind, Österreich mit in die Lage zu versetzen, der geistigen und wirtschaftlichen Herausforderung der achtziger und der neunziger Jahre gerecht zu werden.

Der Herr Unterrichtsminister wird in seiner Replik heute einmal mehr mit wohlgesetzten Worten im Plenum feststellen, daß dem nicht so sei.

Meine Damen und Herren! Erst der Nachwelt wird zum gegebenen Zeitpunkt das Urteil darüber vorbehalten sein, wer an der Schwelle der achtziger Jahre recht hatte und wer irrte. Ich wiederhole, was ich dazu schon im Finanz- und Budgetausschuß feststellte: Für Österreich und seine Jugend wäre es von Nutzen, wenn ich mich im Irrtum befinden sollte.

Toleranz ist eine der höchsten Tugenden des Liberalen, daher hat er stets in seine Überlegungen einzuschließen, Herr Abgeordneter Dr. Blenk, daß der andere recht haben könnte. Sollte ich aber die Lage richtig einschätzen und später einmal recht behalten, dann soll man in zehn oder zwanzig Jahren aber auch wissen, daß wir Freiheitlichen versucht haben, aber schon alles versucht haben, rechtzeitig zu warnen und unabsehbare Folgen abzuwenden.

Wir Freiheitlichen haben konsequent und beharrlich versucht, die sozialistische Bundesregierung, den Herrn Unterrichtsminister Dr. Sinowatz, den Herrn Präsidenten Dr. Schnell, die Österreichische Volkspartei, aber auch deren Obmann Herrn Dr. Mock im Interesse Österreichs und seiner Jugend dazu zu bringen, diese Entwicklung abzuwenden und die wahren Machthaber der Schulpolitik, die Sozialistische Partei und die Österreichische Volkspartei, vor diesen Irrtümern zu bewahren. *(Beifall bei der FPÖ).* 14.35

Präsident: Als nächster zum Wort kommt der Abgeordnete Schnell. *(Abg. Graf: Die Zwei-Ohrfeigen-Theorie hat wieder funktioniert!)*

14.35

Abgeordneter Dr. Schnell (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich werde im Verlaufe meiner Rede gerne auf meine beiden Vorredner zu sprechen kommen, möchte aber vielleicht doch einleitend zuerst einmal feststellen, daß man das Unterrichts- und Bildungsbudget nicht losgelöst von der wirtschaftlichen sowie gesellschaftlichen Gesamtsitua-

tion und von der finanziellen Lage des Staates betrachten kann.

Die weltweite Rezession und die schwierige wirtschaftliche Lage betreffen auch Österreich, man muß daher das Unterrichtsbudget auch von diesem Gesichtspunkt her sehen.

Das Unterrichtsbudget war ein Jahrzehnt hindurch während der sozialistischen Regierung Schwerpunkt im Gesamtbudget. Wenn auch die Steigerungsraten heute nicht mehr so hoch sind — dazu kommt noch, daß die Schülerzahlen sinken —, wird das Budget trotzdem nicht nur allen steigenden Anforderungen gerecht, sondern setzt auch eine Reihe von beachtlichen Akzenten. Im allgemeinbildenden und im berufsbildenden Schulwesen, das noch starke Zuwachsraten besitzt, werden die notwendigen Sacherfordernisse gedeckt. Im pädagogisch-psychologischen Dienst, von dem heute der Herr Kollege Leiter gemeint hat, daß eine stärkere Bildungsberatung in Zukunft einsetzen muß, sind die Voraussetzungen auch durch dieses Budget gegeben, denn wir verfügen jetzt bereits über fast 100 Bildungsberater, pädagogisch-psychologische Berater, die in den einzelnen Bezirken in Österreich sehr wohl die Möglichkeit haben, zur Bildungsberatung und Schulbahnberatung beizutragen. *(Beifall bei der SPÖ.)* Ein wesentlicher Teil betrifft aber auch die Sonderpädagogik; die hohe Dotierung des Budgets für Blinde und Gehörlose ist ein Merkmal dafür, daß im Jahr der Behinderten die sozialistische Regierung dieses Anliegen als besonders wichtig ansieht. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Sozialistische Abgeordnete haben im Herbst die Chance gehabt, eine Studienreise nach England, Schweden und in die Bundesrepublik Deutschland zu unternehmen, um das Gesamtschulwesen zu studieren, dabei haben wir uns natürlich auch über die Dotierung des Schulwesens unterrichten lassen. Wenn heute in Österreich die Steigerungsrate geringer wird, aber insgesamt das Bildungswesen höher dotiert ist als im Vorjahr, so ist das, wie ich glaube, in Europa fast eine Einmaligkeit. Denn in England und in Schweden, in jenen Staaten, in denen konservative Regierungen tätig sind, sind Abstriche zwischen 5 und 10 Prozent in den einzelnen Budgetkapiteln im Bildungswesen von vornherein selbstverständlich vorgesehen. Die Bildung in diesen Staaten ist dadurch gekennzeichnet, daß in den kommenden Jahren die Klassenschülerzahlen steigen, während sie bei uns sinken, daß die materiellen Anforderungen, die an die Schule gestellt werden, im geringeren Ausmaß realisiert werden können als bei

Dr. Schnell

uns. Ein deutliches Zeichen, daß auch die Bildungspolitik in Österreich im Jahre 1982 einen Schwerpunkt in der Gesamtpolitik setzen wird.

Lassen sie mich, meine Damen und Herren, zuerst ein paar Worte über die Leistungen der sozialistischen Regierung in den siebziger Jahren sagen. Denn im Grunde genommen ist das die Voraussetzung für die Infrastruktur der Bildung in den achtziger Jahren.

Von der Überwindung der Krise des österreichischen Bildungswesens von 1969 bis zur Gegenwart führt ein einheitlicher Weg, und ich möchte diesen einheitlichen Weg nur kurz in fünf Dimensionen darstellen.

Erstens: Die Bildungsexplosion wurde bewältigt. Herr Kollege Leitner! Wenn Sie heute sagen, daß wir sinkende Schülerzahlen haben, während in der Zeit der ÖVP-Regierung steigende Schülerzahlen zu verzeichnen waren, so nehme ich nicht an, daß Sie der sozialistischen Regierung und schon gar nicht der sozialistischen Bildungspolitik den Vorwurf machen, daß heute die Schülerzahlen sinken. Aber in den Jahren 1970, 1971 und 1972 hatten wir stark steigende Schülerzahlen, vor allem an den weiterführenden Schulen. Wir haben diese Schülerzahlen auch bewältigt, wenn ich allein daran denke, daß im Bereich der berufsbildenden höheren Schulen in der Zeit von 1969/70 bis 1979/80 ein Zuwachs von 144 Prozent zu verzeichnen war. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Zweitens: Die Schulraumnot gehört in Österreich endgültig der Vergangenheit an. Die Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg sind dadurch gekennzeichnet, daß nie genügend Schulraum für Bundesschulen zur Verfügung stand. Daß 230 Schulen in 180 Schulgebäuden in einem Jahrzehnt errichtet wurden und 85 Schulen mit einer Gesamtsumme von 22 bis 23 Milliarden Schilling in Bau sind, ist ein Beweis dafür, daß die Infrastruktur auch für die kommenden Jahre gegeben sein wird und das Schulentwicklungsprogramm bis 1985 erfüllt ist. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Herr Vizekanzler! Als das Schulentwicklungsprogramm auf den Tisch gelegt wurde, konnte ich aus meiner damaligen Perspektive des Wiener Schulwesens nicht glauben, daß wir in eineinhalb Jahrzehnten diesen Fortschritt erzielen könnten. Heute ist bereits für ein Drittel aller Fünfzehn- bis Neunzehnjährigen der Schulraum gesichert.

Herr Kollege Peter, ich komme später noch auf die Frage der Begabung zurück, aber hier ist eine Grundvoraussetzung für die Begabung und Förderung der österreichischen

Schüler gelegt worden: Für ein Drittel aller fünfzehn- bis neunzehnjährigen Schüler ist heute im Verhältnis von 1:1:1, allgemein bildende höhere Schule, berufsbildende höhere Schule und berufsbildende mittlere Schule, der Schulraum gesichert, das Stadt-Land-Gefälle ist endgültig beseitigt. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Drittens: Es unterrichteten noch nie so viele Lehrer wie heute an Österreichs Schulen. Rund 100 000 Lehrer stehen im Dienst. Sollte das nicht die Voraussetzung sein, die Anonymität zwischen Lehrer und Schüler endgültig abzubauen, ein gutes Verhältnis von Lehrern und Schülern zu sichern und eine individuelle Betreuung des Schülers durch den Lehrer zu bieten?

Die Zahl der Landeslehrer ist in den Jahren von 1969 bis 1982 von 51 000 auf 75 000 gestiegen, die Zahl der Bundeslehrer von 13 000 auf 24 000. Es ist eine Voraussetzung für jeden normalen Unterricht, daß genügend Lehrer zur Verfügung stehen.

Viertens: Die Klassenschülerzahlen wurden drastisch herabgesetzt. Herr Kollege Leitner, wenn Sie heute sagen, Sie haben durchgesetzt, daß die Klassenschülerzahlen herabgesetzt wurden, so ist das bereits in den letzten zehn Jahren durchgeführt worden. An den Volksschulen, um nur ein paar Zahlen zu sagen, von 1968/69 bis 1981/82 im Durchschnitt von 32 auf 22,6; es ist also fast ein Drittel weniger Schüler pro Klasse als vor zehn Jahren, als Sie, als die Österreichische Volkspartei für die Bildungspolitik in Österreich verantwortlich war. An den Hauptschulen von 31 auf 25, an den Sonderschulen von 15 auf 10. Das sind doch Zahlen, die beweisen, wie sehr wir uns über die Herabsetzung der Klassenschülerzahlen Sorgen gemacht haben und wie wir auch die notwendigen Voraussetzungen geschaffen haben.

Sie wissen ganz genau, daß es Einstimmigkeit darüber gibt, daß die Schülerzahlen herabgesetzt werden müssen, daß wir aber sehr wohl überlegen, welches System wir anwenden, weil die Angabe einer Höchstzahl von Schülern zweifellos dem Anliegen nicht gerecht würde.

Wenn Sie auch im Budgetausschuß dem Herrn Vizekanzler Vorwürfe darüber gemacht haben, daß in manchen Schulen einiger Bundesländer die Klassenschülerhöchstzahlen von 36 an den Hauptschulen überschritten wurden, dann muß man doch auch die Landesschulräte dafür verantwortlich machen. Es ist keine Zufall, daß da auch Landesschulräte, die mehrheitlich von Ihnen

Dr. Schnell

geführt wurden, beteiligt sind, denn die Klassenbildung erfolgt durch den Landesschulrat. Die Lehrer stehen zur Verfügung, aber wie der Landesschulrat die Lehrer einsetzt, ist seine Angelegenheit.

Fünftens: Die freien Schulbücher und die freien Schulfahrten leisten einen wesentlichen Beitrag zur Chancengleichheit.

Wenn man all dies zusammenfaßt, dann wird man doch sagen müssen, daß diese Leistungen insgesamt eine hervorragende Ausgangsbasis für die Arbeit im kommenden Jahrzehnt bieten.

Zu den Schulversuchen: Die Schulversuche haben einen wesentlichen Beitrag zur Verbesserung des österreichischen Schulwesens geliefert, und zwar — das darf ich allen Kritikern sagen — nicht nur im Hinblick auf die Struktur des österreichischen Schulwesens und auf seine Organisation, in diesen Schulversuchen wurden auch wesentliche Verbesserungen der Lehrpläne und eine grundlegende Verbesserung des Lehrer-Schüler-Verhältnisses angestrebt und auch erreicht.

Ich glaube, daß das primitive Vorurteil und die böse Unterstellung, daß Kinder als Versuchskaninchen mißbraucht werden, nach diesen zehn Jahren endgültig der Vergangenheit angehören und daß eine sachliche Diskussion über die österreichischen Schulversuche durchgeführt wird. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Die Hypothesen, die wir 1969 und 1970 entwickelt haben und die zweifellos von der sozialistischen Bildungspolitik ausgegangen sind, haben sich auf Grund von sorgfältigen Erhebungen und Analysen als richtig erwiesen. Die Weiterentwicklung des Schulwesens wird daher in Zukunft in diese Richtung gehen.

Daher sind auch die Schulversuche, von den Vorschulklassen bis zu den Gesamtschulen und zu den Oberstufen der allgemeinbildenden höheren Schulen, erfolgreich verlaufen, und ich freue mich, daß wir heute einen weitgehenden Konsens über die Übertragung der Schulversuche in das Regelschulwesen erzielen konnten.

Zweifellos gilt dieser Konsens nicht für die gemeinsame Schule der Zehn- bis Vierzehnjährigen.

Kollege Leitner! Da Sie heute wieder darauf angespielt haben, daß die Sozialistische Jugend eine gemeinsame Schule der Zehn- bis Achtzehnjährigen anstrebt, darf ich Ihnen sagen, daß die Idee dieser gemeinsamen Schule der Zehn- bis Achtzehnjährigen weniger von den sozialistischen Jugendlichen in

Österreich ausgegangen ist, sondern mehr von den beiden Bischöfen in Aachen und in Münster.

Der Bischof von Münster hat mit seiner neunjährigen Gesamtschule, die vom 10. bis zum 19. Lebensjahr reicht, die Gesamtschulentwicklung in der Bundesrepublik sehr, sehr stark beeinflusst. Daher hat es mich interessiert, in Nordrhein-Westfalen zu hören, daß die Sozialisten in Nordrhein-Westfalen durch diese stark progressive Haltung des Bischofs von Münster in ihrer Schulpolitik so beeinflusst wurden, daß sie eine neunjährige Gesamtschule zugesagt haben, obwohl die Sozialisten der Auffassung waren, es wäre sinnvoller gewesen, eine vierjährige Gesamtschule vom 10. bis zum 14. Lebensjahr einzurichten. *(Zwischenruf des Abg. Dr. Mock.)*

Herr Parteiobmann Mock! Nicht die Sozialistische Jugend in Österreich hat für die Gesamtschule sozusagen schuld, sondern wir sind sehr froh, daß kirchliche Kreise in Europa sich sehr vehement für eine Schule der Zehn- bis Neunzehnjährigen einsetzen. Sie wissen, daß die Friedensschule in Münster zu den bedeutenden Schulen Europas gehört und einen besonderen Namen in der Pädagogik besitzt. Ich hoffe nur, daß sie auch auf die Österreichische Volkspartei eine Ausstrahlungskraft haben wird und daß diese Ausstrahlungskraft nicht verkannt wird im Hinblick auf die Sozialistische Jugend in Österreich.

Wenn die Sozialistische Jugend in Österreich die Friedensschule in Münster als Vorbild ansieht, dann kann ich der Sozialistischen Jugend dazu nur gratulieren. Mit Marxismus hat das sehr, sehr wenig zu tun. Das möchte ich sehr deutlich hervorheben. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Ich möchte aber auch zu einem weiteren Punkt in dieser Frage Stellung nehmen, der sehr, sehr stark ... *(Abg. Dr. Mock: Verirrte Schafe!)*

Ich freue mich, daß auch in Wien Professor Olechowski bereits ein Gesamtschulmodell entwickelt hat, und ich hoffe, daß diese Entwicklung jetzt auch im Raum der Kirche stärker Platz greift. Vielleicht ist es so wie bei der Koedukation. Die Österreichische Volkspartei hat so lange die Koedukation verdammt, bis im kirchlichen Raum die Koedukation eine Selbstverständlichkeit wurde. Wir warten ... *(Abg. Dr. Mock: Alles zu seiner Zeit! Aber das hängt nicht mit der Gesamtschule zusammen, Herr Präsident Schnell!)*

Herr Parteiobmann Mock! Vielleicht ist es so — ich komme dann noch einmal darauf

Dr. Schnell

zurück —, wie es der Herr Kollege Leitner heute gesagt hat: daß er für die dreijährige Hauptschullehrerbildung, für die dreijährige Volksschullehrerbildung, für die Bildung der Arbeitslehrerinnen an der Pädagogischen Akademie immer eingetreten ist. Ich könnte Ihnen sehr deutliche Dokumente der Österreichischen Volkspartei aus der Zeit vor 1962 zeigen, als sie sich sehr gewehrt hat, die Pädagogischen Akademien einzurichten.

Herr Bundesparteiboss! „Alles zu seiner Zeit!“, haben Sie gesagt: Ich freue mich heute schon, wenn Sie in zehn Jahren oder in zwölf Jahren sagen werden: Die Gesamtschule, das war immer unsere Erfindung, die müssen wir jetzt einführen. Alles zu seiner Zeit. *(Beifall bei der SPÖ. — Abg. Dr. Mock: Weder in zehn noch in zwanzig Jahren!)* Machen Sie keine solchen Voraussagen, Sie könnten sich sehr, sehr täuschen. Denn in zehn oder in zwanzig Jahren wird die europäische Entwicklung so sein, und Sie werden von Ihren konservativen Freunden in England dazu aufgefordert werden, vielleicht die Frage zu überlegen. *(Neuerlicher Zwischenruf des Abg. Dr. Mock.)*

In der Frage der Gesamtschule, und damit kann ich dieses Kapitel abschließen, war für mich folgendes interessant: Nachdem die Konservativen in England die Regierung übernommen hatten, war man in Österreich der Ansicht, daß die Gesamtschulen in England weitgehend zurückgedämmt werden.

Das Gegenteil ist eingetreten. Wir haben bei unserem Besuch in England in Erfahrung gebracht, daß unter der konservativen Mehrheit — das englische Unterrichtsministerium ist dafür zuständig, die Bewilligung zur Errichtung einer neuen Schule, also einer neuen Gesamtschule zu erteilen —, daß unter der konservativen Regierung 13 neue Gesamtschulen eingerichtet wurden, sodaß jetzt in England bereits 90 Prozent aller Kinder im Alter zwischen elf und etwa sechzehn oder achtzehn Jahren Gesamtschulen und nur noch zehn Prozent traditionelle Schulen besuchen.

Zu meinen, daß die Konservativen in England gegen die Gesamtschule eintreten, ist völlig falsch, denn man ist dort der Auffassung, die Gesamtschule habe sich bewährt und man werde dagegen nichts mehr unternehmen. Ich möchte fast sagen, eine typisch konservative Haltung: etwas, was sich von selbst gesellschaftlich einführt, später als selbstverständlich zu akzeptieren. *(Zustimmung bei der SPÖ.)*

Meine Damen und Herren! Die Schulversu-

che haben aber auch einen wesentlichen Beitrag für die Bildungswissenschaft gebracht. Ich möchte sagen, daß es für mich sehr wichtig ist, gerade die normative und die theoretische Pädagogik ... *(Zwischenrufe.)*

Herr Kollege Peter! Alle Ihre Ausführungen werden von der normativen Pädagogik sehr stark beeinflusst. Die philosophische Pädagogik des 19. und 20. Jahrhunderts hat ihre Wertvorstellungen ohne Rücksicht auf die Schulwirklichkeit, ohne Rücksicht auf das Kind und ohne Rücksicht auf Analysen sowie Erhebungen artikuliert, und ich bin der Überzeugung, daß gerade die Schulversuche wesentlich zu einer empirischen Pädagogik beigetragen haben.

Man wird später auch einmal untersuchen, welcher Zusammenhang zwischen einer normativen Pädagogik auf der einen Seite und dem für uns heute unerwünschten Lehrerverhalten auf der anderen Seite besteht, weil diese Lehrer noch in eine Schule gegangen sind, in der sie nur Wertvorstellungen gehört haben, die sie in der Schule zu realisieren versuchen sollten, ohne sich auch mit der Psychologie des Kindes, mit dem Interesse des Kindes, mit der individuellen Eigenart des Kindes zu befassen und gerade diese Eigenart so zu entwickeln und so zu fördern, wie es notwendig wäre.

Ich möchte meinen beiden Vorrednern sagen: Es liegt uns sehr daran, daß jedes Kind seiner Eigenart entsprechend gefördert wird. Nichts liegt uns ferner, als alle Kinder zu gleichen Ergebnissen zu führen. Aber ein Ziel haben wir, von dem wir nicht abgehen: Allen Kindern die gleiche Chance in der Schule zu geben und jedem Kind die Möglichkeit zu bieten, sich tatsächlich so zu entwickeln, wie es seiner Eigenart entspricht. Denn es gibt niemanden, keinen Psychologen und keinen Lehrer, der einem Kind im Alter von sechs oder zehn Jahren und wahrscheinlich auch sehr schwer im Alter von 14 Jahren vorschreiben kann und vorschreiben soll und sich anmaßt zu sagen, wie es sich später entwickeln könnte und sollte. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Ein paar Worte, meine Damen und Herren, zu der eindimensionalen und undifferenzierten Kritik, die uns heute begegnet in der Form, daß sozialistische Bildungspolitik nur zu äußerer Reform, aber zu keiner Verbesserung des Unterrichts führt, daß auf der einen Seite die Schüler überfordert werden und auf der anderen Seite das Niveau gesenkt wird, was ja an und für sich schon eine Unmöglichkeit ist, wenn dies gleichzeitig behauptet wird.

Ich möchte vorbemerken und stimme mit

Dr. Schnell

meinen beiden Vorrednern überein: Auch wir sind nicht mit allen Bereichen unseres Schulwesens und mit allen Erscheinungen unseres Schulwesens zufrieden. Kollege Leitner, ist bin völlig einer Meinung mit Ihnen: Wir glauben, daß die Schule eine stärkere erziehlische Einwirkung auf den Schüler nehmen sollte. Wir glauben, daß mehr individualisiert werden sollte, daß an Stelle des starren Klassenunterrichts mehr Projektunterricht geboten werden soll, daß die Schüler durch einen Arbeitsunterricht, durch selbsttätiges Arbeiten, durch selbsttätiges Lesen, durch eigenes Erarbeiten mehr motiviert werden sollen, und wir glauben, daß auch mehr Hilfen für das Kind erforderlich sind.

Wir sind betrübt darüber, daß uns eine Untersuchung zeigt, daß sich 90 Prozent aller Lehrer in Österreich wünschen, nur mit begabten Kindern zu arbeiten. Meine Damen und Herren! Überlegen wir, was das heißt, wenn 90 Prozent der Lehrer den Wunsch haben, nur mit begabten Kindern zu arbeiten, während wir auf der anderen Seite jedes Kind fördern wollen und den Lehrer dazu gewinnen müssen, sich für jedes Kind einzusetzen!

Deshalb haben wir eine Reihe von Maßnahmen auf dem Gebiet der sogenannten inneren Schulreform unternommen. Eine wesentliche Maßnahme ist zum Beispiel unser Grundkonzept, und ich freue mich, daß Einverständnis im Hause besteht bezüglich der Partnerschaft von Schülern und Lehrern.

Es gibt in der demokratischen Gesellschaft nur die Möglichkeit, Schüler zu motivieren, zum Selbstlernen anzueifern, wenn diese Partnerschaft besteht und wenn Schüler und Lehrer als gleichberechtigte Teilnehmer in einem Bildungsprozeß, aber mit der größeren Erfahrung und mit der Beispielhaftigkeit, die der Lehrer einbringt, diesen Bildungsprozeß durchführen. (*Präsident Mag. Minkowitsch übernimmt den Vorsitz.*)

In der Lehrplanreform wurde eine Reihe von schrittweisen Verbesserungen durchgeführt, der Lehrplan für Biologie und Umweltkunde etwa und auch die neuen Mathematiklehrpläne sind ein deutlicher Beweis dafür. Wenn jetzt das Bundesministerium für Unterricht und Kunst darangeht, eine Reihe von Interpretationen des Lehrplanes für die Eltern und für die Lehrer vorzunehmen, sodaß der Lehrplan in seiner Zielsetzung und in seinen Ansprüchen für alle erkennbar ist, wird das sicherlich eine günstigere Situation sein. (*Beifall bei der SPÖ.*)

In der Lehrerbildung wurde vor allem die schulpraktische Ausbildung der Pflichtschul-

lehrer wesentlich verbessert, und ich bin der Überzeugung, daß auch die didaktisch-methodische Ausbildung in den kommenden Jahren besser und kindgerecht durchgeführt wird.

Ich weiß von den großen Schwierigkeiten, die Frau Minister Firnberg gerade mit der Einführung der Schulpraxis bei den Studierenden hat. Dazu möchte ich auch ganz offen, Herr Parteibmann Mock, ein Wort sagen. Wir sollen nicht glauben, daß es günstig ist, wenn ein Minister Schwierigkeiten hat, das parteipolitisch auszumünzen, denn das könnte zu großen Schwierigkeiten nicht nur für die eine oder für die andere Partei, sondern zu einem Negativum auch für den Staat führen. Das, glaube ich, zu verhindern, sollte in der Bildungspolitik ein Anliegen sein, das wir gemeinsam vertreten. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Ich möchte auch hinweisen auf die Leistungen bei der Integration der Gastarbeiterkinder, auf den zusätzlichen Unterricht in der Muttersprache und in Deutsch.

Herr Kollege Leitner! Ich würde mir wünschen, daß wir die behinderten Kinder noch stärker integrieren, als wir das jetzt bereits tun.

Dann kommt halt auch einmal die Frage — von diesem Gesichtspunkt aus gesehen — der Integration der Gastarbeiterkinder, der Integration der behinderten Kinder. Aber bei den Zehn- bis Vierzehnjährigen integrieren wir eben nicht, sondern da lassen wir zwei Gruppen von österreichischen Kindern nebeneinander die Schule besuchen, bisher mit verschiedenen Zielsetzungen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Staat — das ist meine grundsätzliche Überzeugung — kann nur mehr finanzielle Mittel für eine bessere Bildung zur Verfügung stellen und die Richtlinien für die Bildungsprozesse erstellen. Der Bildungsprozeß selbst vollzieht sich in der persönlichen Begegnung und in der persönlichen Auseinandersetzung des Lehrers mit dem Kind, der Eltern mit dem Kind.

Wir stimmen mit Ihnen überein, daß die Eltern für die Bildung des Kindes wesentlich sind, die primäre Funktion für die Bildung des Kindes ausüben. Da brauchen Sie sich kein Feindbild bei uns zu schaffen, da finden Sie unsere volle Zustimmung! Zum Beispiel ist das geschehen durch die Senkung der Klassenschülerzahlen. Aber Wärme, Geborgenheit in der Klasse, Motivation des Kindes, Rücksichtnahme auf das Kind, Vertrauen, Geduld und Liebe kann nicht der Staat entwickeln, das können nur die Lehrer und die Eltern, das können nur die beteiligten Personen in den

Dr. Schnell

Bildungsprozeß einbringen. Ich wünsche mir, daß das in Zukunft in einem noch viel größeren Ausmaß der Fall sein wird als bisher.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich auch eine Pressenotiz kommentieren, die ich gestern gelesen habe und die mich persönlich entsetzt hat.

Gestern hat Rektor Freisitzer in der „Presse“ einen Artikel geschrieben und hat gemeint:

„Es ist eine fast zwingende Entwicklung, daß die Früchte der Reformpolitik auf ihre Urheber zurückfallen.“

Dann heißt es weiter: „Sie haben Erwartungen begünstigt, die in einer rechtsstaatlichen parlamentarischen Demokratie einfach nicht erfüllbar sind. Am Ende demokratischer Prozesse bleiben immer welche übrig, die Mehrheitsbeschlüsse zur Kenntnis zu nehmen haben.“ Alles richtig!

Und dann heißt es: „Dies auch dann, wenn man . . . selbst überstimmt wurde. Es wäre die vordringliche sozialpädagogische Aufgabe einer Regierung, welche die Demokratisierung aller Lebensbereiche fördert, auch darauf aufmerksam zu machen.“

Meine Damen und Herren! Dieser Artikel hat mich deshalb so enttäuscht, weil ein Soziologe, der gleichzeitig Rektor einer Universität ist, der Regierung den Vorwurf macht, daß sie nicht dafür gesorgt hat, daß die Ideologie der Demokratie, daß das Verhalten in der Demokratie, daß die Grundsätze und Prinzipien der Demokratie den jungen Menschen bewußt werden.

Ich nehme den Erlaß des Bundesministeriums für Unterricht und Kunst über politische Bildung, der von den Politikern gemeinsam mit den Beamten des Bundesministeriums erstellt wurde, und lese dort genau das, was hier bekräftigt wird:

„Politische Bildung soll das Denken in politischen Alternativen schulen und dabei zu einer toleranten Einstellung gegenüber dem politisch Andersdenkenden führen. Dem Schüler soll bewußt werden, daß in einem demokratischen Gemeinwesen bei der Durchsetzung legitimer Interessen oft Zivilcourage nötig ist und daß Mehrheitsentscheidungen anzuerkennen sind . . .“

Wenn ein Soziologe kritisiert, daß das nicht geschieht, und selbst nicht weiß, was wir im Bildungswesen seit Jahren auf diesem Sektor unternommen haben, dann habe ich wirklich Sorge, daß unsere Bildungsanstrengungen

und die Realisierung unserer Bildungsziele nur sehr schwer verwirklicht werden können.

Nun, meine sehr geehrten Damen und Herren, ein paar Worte zur 7. Schulorganisationsgesetz-Novelle. Die 7. Schulorganisationsgesetz-Novelle enthält ein bildungspolitisches Programm für die achtziger Jahre, und ich persönlich bin der Überzeugung, daß zur Realisierung dieses Programms ein Jahrzehnt notwendig sein wird. Deshalb finde ich es nicht als schlechtes Gewissen, daß der Herr Vizekanzler die Novelle so spät vorgelegt hat.

Wir haben, meine sehr geehrten Damen und Herren, bis zum Juni 1981 verhandelt. Wer dieses Konvolut mit den vielen Texten überblickt — und ich muß sagen, es gehört den Beamten des Bundesministeriums für Unterricht und Kunst wirklich der Dank dafür ausgesprochen (*Beifall bei der SPÖ*), daß sie in dieser kurzen Zeit in der Lage waren, die schwierige Materie durcharbeiten —, der wird erkennen, daß es gar nicht möglich war und möglich sein konnte, früher zu einem Ergebnis zu kommen. Sie wissen, daß wir schon vor eineinhalb Jahren bei der Beschlußfassung der 6. Schulorganisationsgesetz-Novelle darauf hingewiesen haben, daß dies ein sehr schwieriges und umfangreiches Paket ist.

Die 7. Schulorganisationsgesetz-Novelle sieht die strukturelle Verbesserung von der Vorschulerziehung bis zur dreijährigen Volksschullehrerbildung vor. Ich bin sehr froh darüber, daß der Herr Kollege Leitner zum Ausdruck gebracht hat, daß er sich zu den Gesprächen bekennt, aber nicht alles, was in der Novelle enthalten ist, von vornherein schon beschlußreif ist. Wir haben ja auch in den Parteienverhandlungen vereinbart, daß wir darüber weiter diskutieren.

Ich muß aber doch einiges richtigstellen. Wenn Sie sagen, Herr Kollege Leitner, daß Sie die Hauptschule durchgesetzt haben, so muß ich erklären: Das stimmt nicht. Sie haben uns daran gehindert, die Integrierte Gesamtschule, wie wir sie als richtig ansehen — und gerade auf diesem Sektor unseres Schulwesens sind die großen Schwierigkeiten vorhanden —, durchzusetzen. Die Zweidrittelmehrheit gibt Ihnen diese Möglichkeit dazu. Das ist gar keine Frage. Aber das heißt nicht, daß wir von dieser Zielsetzung Abstand nehmen. Gerade die internationale Entwicklung, aber auch besonders die Ergebnisse der Schulversuche in Österreich haben gezeigt oder werden zeigen, daß wir sie brauchen.

Was wird eintreten, wenn wir die gemein-

Dr. Schnell

same Schule der Zehn- bis Vierzehnjährigen nicht bekommen? — In den Städten wird die Unterstufe der AHS noch stärker werden, und in den Bundesländern, vor allem in den regional abgelegenen Gebieten, werden auch die sehr begabten Kinder, die Sie immer fördern wollen, in die Hauptschule gehen und damit von vornherein, wenn sie später für den Übertritt in die Oberstufe kompetieren, in einer schwierigen Ausgangsposition sein.

Gerade das würde einen entscheidenden Beitrag zur Begabtenförderung darstellen, wenn wir eine gemeinsame Schule der Zehn- bis Vierzehnjährigen einrichten.

Sie sagen, daß die Sozialistische Partei im Jahr 1962 die Zweidrittelmehrheit gefordert hat. Das stimmt nicht. Es war schon vor dem Jahr 1962 durch die sogenannte paktierte Schulgesetzgebung jeder einzelnen Partei verwehrt, ein Schulgesetz zu beschließen, und beide Parteien haben sich 1962 sehr wohl zu dieser Zweidrittelmehrheit bekannt.

Noch etwas muß ich richtigstellen. Es ist nicht so, daß die Kinder, die die allgemeinbildende höhere Schule besuchen, heute alle für die erste Leistungsgruppe befähigt und schon so begabt sind, daß sie mit dem Eintritt in die erste Klasse der allgemeinbildenden höheren Schule die „Fahrkarte“ für die Reifeprüfung in der Tasche haben.

Es ist daher sehr sinnvoll, wenn diese Novelle eine Entwicklung nicht bremst, die längst eingetreten und vorhanden ist, daß nämlich Schüler, die ihrem gesamten Habitus nach nur die Leistungen einer zweiten Leistungsgruppe aufweisen, in der allgemeinbildenden höheren Schule verbleiben können.

Damit, meine Damen und Herren, möchte ich auch ein paar Worte zum Kollegen Peter sagen. Kollege Peter! Ich kann zu den vielen Vorwürfen, die Sie gerade im Hinblick auf die Förderung der Begabten ausgesprochen haben, noch eine Stelle zitieren, die für mich interessant ist.

In einem Dokument heißt es:

„Wir haben eine Überfülle von Absolventen von Gymnasien und Realschulen und damit eine Überfülle von Hochschulstudenten. Die Errichtung von Gymnasien und Realschulen an Orten, welche nicht ganz die Voraussetzung für solche bieten, das begreifliche Streben, solchen Gymnasien und Realschulen die nötige Schülerzahl zuzuführen, hat aber noch eine andere Wirkung gehabt, welche die Lehrfähigkeit unserer Universitäten stark beeinflußt, das ist eine Herabdrückung des geistigen Niveaus, der wir unter unseren Studieren-

den vielfach begegnen und die in ihren ungünstigen Wirkungen diejenigen Studenten selbst peinlich empfinden, welche die volle Eignung für das Universitätsstudium haben...“

Jetzt können Sie raten, aus welcher Zeit dies stammt. Die Gründung der vielen Schulen würde auf die Jahre 1970 bis 1980 schließen lassen. Aber nein! Diese Passage stammt aus der Inaugurationsrede des Professors Richard Wettstein an der Wiener Universität, gehalten am 20. Oktober 1913. Im Jahr vor dem Beginn des Ersten Weltkrieges wurde diese dauernde Klage über das unzureichende Niveau der Studenten und über ihre Unfähigkeit, zu studieren, vorgebracht, wurden die vielen Schulgründungen angeklagt, daß sie im Grunde genommen daran schuld seien.

Herr Kollege Peter! Sie haben in einer Anfrage an den Herrn Vizerektor vor kurzer Zeit gesagt: Was Sie von uns trennt, ist, daß wir ungeheuer viele Vorkehrungen — ich danke Ihnen für diese positive Aussage — für den normalbegabten und den schwachbefähigten Schüler treffen, daß wir aber keinerlei Voraussetzungen für den begabten schaffen.

Dazu möchte ich feststellen, daß die sozialistische Bildungspolitik und, ich glaube, wir alle von der Überzeugung ausgehen, daß alle Kinder gleichmäßig zu fördern sind; das heißt, daß wir auch den Begabten jene Förderung angedeihen zu lassen haben, die wir dem Normalbegabten und dem Minderbegabten bieten.

Die Schule hat auch die Aufgabe, gutbegabte Menschen zu ermitteln und in ihrem Bildungswesen hohe Ansprüche an sie zu stellen. Ich glaube, daß vor allem die berufsbildenden Schulen dies tun. Ich bin auch der Überzeugung, daß an unseren allgemeinbildenden höheren Schulen die Differenzierung auf der Oberstufe noch nicht so weit gediehen ist, um dies zu ermöglichen. Schuld daran ist aber — was man halt nicht sehen möchte —, daß unsere allgemeinbildenden höheren Schulen in den letzten Jahren unter dem Druck der Unterstufe gestanden sind. Denn sie haben vier, fünf und sechs Parallelklassen, aus denen dann zwei oder drei Oberstufenklassen entstehen. Die Förderungsmaßnahmen auf der Oberstufe würden uns durch eine größere Schülerpopulation ermöglichen, zusätzliche Förderungsmaßnahmen zu treffen, wozu ich mich sehr gerne bekenne und was wir auch gerne tun möchten.

Dann kommt aber noch eine Überlegung, die wir anstellen müssen. Kozlik spricht davon — ich glaube, er hat recht —, daß der durchschnittliche Intelligenzquotient der

Dr. Schnell

Maturanten so hoch ist, daß etwa die Hälfte aller Österreicher diesen Quotienten erreicht, und daß der durchschnittliche Intelligenzquotient der Akademiker so hoch ist, daß ein Drittel aller Österreicher diesen Quotienten erreicht.

Jetzt trennt mich etwas von meinem sehr verehrten Dr. Koref, nämlich die Tatsache, daß wir es nicht der Umwelt und der Familie überlassen sollen — allein überlassen sollen —, wer zur Hochschule geht und dort gefördert wird, sondern daß wir dem Menschen das persönliche Recht zubilligen, seine Bildung, die höchste Bildung, die er erreichen kann — und ich gebe zu, daß dies da und dort mißbraucht wird —, zu realisieren. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Das Reservoir an Hochbegabten ist aber begrenzt. Die moderne Gesellschaft braucht eine viel größere Zahl von mittleren und gehobenen Führungskräften.

Der Pädagoge Mierke — es ist kein sozialistischer Pädagoge — hat eine sehr plausible Erklärung gegeben, wenn er meint, eine beachtenswerte Reserve von Begabten steckt in der relativ großen Gruppe der anscheinend mittelmäßig begabten Normalschüler. Er folgert daraus, die Schule muß aber auch diesen pädagogischen Auftrag erkennen und die Schule muß diesen an und für sich begabten, häufig sich spät entwickelnden Schülern die Zeit zum Reifen lassen.

Daher, nicht um zu nivellieren — bei weitem nicht! —, sondern um diesen jungen Menschen, die als normalbegabte Schüler eintreten, aber später zu sehr hohen Leistungen kommen und auch sehr große Erfolge erreichen können, die Chance zu geben, trete ich so sehr für mehr Chancengleichheit in allen unseren Schulen ein. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Ich komme zum Schluß und ich möchte nochmals an Sie, Kollege Peter, anknüpfen. Sie haben heute aus Anlaß der zehnjährigen Tätigkeit des Herrn Vizekanzenlers in einem Bild seine Verdienste genannt. Ich möchte es anders ausdrücken.

Ich bin persönlich der Überzeugung, daß die siebziger und die achtziger Jahre als Periode einer dynamischen Bildungsentwicklung in die österreichische Schulgeschichte eingehen werden. Zu keiner Zeit wurden solche Leistungen erzielt, zu keiner Zeit hat sich, durch die Schule bewirkt, aber auch unabhängig von der Schule, rückwirkend auf die Schule ein solcher gesellschaftlicher Prozeß ergeben, der die Bildung mitbeeinflusst hat.

Ich bin der Überzeugung, daß für diese

Periode der Name Sinowatz ebenso stehen wird wie der Name Hasner für das Reichs-Volksschulgesetz, der Name Otto Glöckel für die Schulreform zwischen den beiden Kriegen und der Name Drimmel für das Schulgesetzwerk 1962. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Die Sozialistische Partei wird der Budgetgruppe die Zustimmung geben. *(Beifall bei der SPÖ.)* ^{15.18}

Präsident Mag. **Minkowitsch**: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dr. Blenk. Ich erteile es ihm.

^{15.18}

Abgeordneter Dr. **Blenk** (ÖVP): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte mich im Gegensatz zu meinen Herren Vorrednern, die sich speziell mit den Fragen des Unterrichts- und Kulturbereiches befaßt haben, in meiner Wortmeldung vorrangig mit den Fragen der Wissenschaft und insbesondere der Forschung auseinandersetzen. Sie wissen ja, daß wir diese beiden Budgetkapitel in einem verhandeln.

Zunächst, Herr Abgeordneter Schnell, ein Wort zu Ihrer doch recht euphorisch klingenden Abschlußfeststellung, zu der Feststellung nämlich, daß die Periode der siebziger Jahre quasi eine Periode dynamischer Bildungsentwicklung in Österreich sei.

Ich möchte nicht in Abrede stellen, daß manches getan wurde, daß viel Notwendiges getan wurde, in wesentlichsten Bereichen, wie Sie wissen, zum Teil durch die verfassungsmäßigen Bindungen bedingt, immer gemeinsam mit der Österreichischen Volkspartei.

Aber ich habe hier eine Zusammenstellung, Herr Präsident Schnell, die eigentlich weniger erfreuliche Aussagen macht.

Ich habe mir in früheren Jahren immer erlaubt, die Frage der Entwicklung des sogenannten Bildungsbudgets im Rahmen des Gesamtbudgets zu untersuchen. Und heute stelle ich fest, daß der Gesamtanteil des Kultur- oder Bildungsbudgets am Gesamtbudget seit acht Jahren ständig im Sinken ist. Das ist eine Zahl, die ich nur in den Raum stellen möchte und die gewissermaßen als Dämpfung Ihrer doch etwas euphorischen Gesamtdarstellung anzusehen ist.

Ich wiederhole: Das Kultur- oder Bildungsbudget, also die Kapitel Wissenschaft und Forschung sowie Unterricht und Kunst zusammen, sind seit acht Jahren ständig im Sinken. Ich meine, auch das ist eine Relativierung jener Aussage, die in Regierungserklä-

Dr. Blenk

rungen, in parlamentarischen Mitteilungen und in Pressemitteilungen immer gemacht wird, daß Bildung und Wissenschaft der Schwerpunkt dieser Regierung seien.

Herr Präsident Schnell! Ich würde auch meinen — ohne daß ich den Wortlaut des Artikels des Rektors Freisitzer, den Sie zitiert haben, kenne —: Aus Ihren Zitaten habe ich gar nichts so Erschreckendes entnommen. Denn wenn Sie beklagen, daß er, was ich entnommen habe, quasi der Regierung, der Sozialistischen Partei vorgeworfen habe, man habe Erwartungshaltungen im Laufe der Jahre geweckt, die dann nicht erfüllt werden konnten, dann hat das, würde ich sagen, nichts mit politischer Bildung zu tun, sondern einfach mit der Ankündigungspolitik dieser Regierung auch in vielen Bereichen und in vielen Sphären der Bildungspolitik und der Forschungspolitik.

Einleitend hat mein Parteifreund Leitner auf die dramatischen Entwicklungen in Polen verwiesen. Wir haben heute eine Parlamentsdebatte im Angesicht einer bedrückenden Entwicklung in einem unserer mittelbaren Nachbarländer. Wir leben also in Europa in einer Phase von Unsicherheiten, deren Entwicklung und Ergebnis wir noch nicht absehen können, wobei wir alle nur hoffen können, daß der Friede gewahrt wird und daß die Menschenrechte wiederhergestellt werden.

Diese Budgetdebatte spielt sich auch intern in einer Phase ab, in der die österreichische Wirtschaft und die allgemeine Entwicklung in Österreich krisenhaft wie eigentlich nie zuvor sind. Ich meine vor allem all die Wirtschaftsaspekte, die sich im Laufe der letzten Monate und des letzten Jahres in einer sehr dramatischen Weise zugespitzt haben.

Man sollte daher bei der Debatte über dieses Budget auch jenen Aspekt in den Vordergrund rücken und betrachten, der da lautet: Wie wird dieses Budget dazu beitragen, diese sehr, sehr kritische Entwicklung der gesamten österreichischen Wirtschaft in den Griff zu nehmen?

Wir wissen, daß wir in weiten Kreisen nicht nur, aber vor allem der verstaatlichten Industrie bereits Alarmstufe 1 haben, daß wir ein Budget haben — das wurde schon bei der ersten Debatte dargetan —, das in den wesentlichen Punkten dieser ganzen krisenhaften Wirtschaftsentwicklung eher entgegenläuft. Das muß ich feststellen, wenn ich etwa an die Reduktion der Investitionsanreize, an die Maximierung der Budgetdefizite, an die Fortführung von gigantischen Verschwendungsprojekten denke.

Der Wert und die Zukunftsträchtigkeit dieses Budgets sind daran zu messen, inwieweit es uns Anlaß gibt zu hoffen, daß diese Probleme besser in den Griff genommen werden. Ich sehe hier einen der entscheidenden Bereiche in der Forschung, in der Forschungspolitik, in der Art, wie man im Umweg über die Forschungsvoraussetzungen die Wettbewerbslage unserer Wirtschaft verbessern kann.

Denn, meine Damen und Herren, es ist international unbestritten und ist auch in Österreich, glaube ich, kaum mehr Gegenstand von Diskussionen, daß die Frage der Sicherung von Arbeitsplätzen, die ja heute mit Recht als vorrangig angesehen wird, nicht ein Thema der sozialpolitischen Lösung, sondern eine Angelegenheit einer langfristigen strukturpolitischen Lösung ist.

Die Rolle, die hier die Forschung sowohl im Grundlagenbereich als auch im angewandten Bereich spielt, die Rolle, die hier die Innovation spielt, ist ja weltweit unbestritten und müßte auch in Österreich außer Streit stehen. Es gibt heute keine internationale Wirtschaftsdiskussion mehr, bei der man nicht klar herausstellt, daß die Bewältigung der künftigen Wachstums-, der Ernährungs-, der Energie-, der Umweltprobleme, der Arbeitsmarktp Probleme letztlich entscheidend auch von der Frage der zukunftsorientierten technologischen Entwicklung der Forschung im weitesten Sinne abhängt.

Wenn wir unter diesem Aspekt das Budgetkapitel Wissenschaft und Forschung betrachten, das ja die Akzente zu setzen hat, dann werden wir auch zur Beantwortung der Frage kommen, inwieweit die Regierung diesem Problem entgegenzukommen tatsächlich versucht, inwieweit, anders gesagt, das Budget in der Lage ist, diesen Zukunftsaspekten, die uns heute schon in der Gegenwart so bedrängen, gerecht zu werden.

Mit scheint es unbestritten zu sein, daß man in der Wirtschaft im allgemeinen, bevor man verteilt oder umverteilt, zunächst einmal die Werte schaffen muß. Die Schaffung von Werten ist aber letztlich eine wirtschaftspolitisch-technologische zukunftsgerichtete Aufgabe und keine sozialpolitische Aufgabe, so sehr die Sozialpolitik in konkreten Fällen einzugreifen hat.

Ich meine, wir sind in Österreich — das zeigen immer wieder nationale Vergleiche — bezüglich der technologischen Entwicklung noch ein Stück von jener Spitze entfernt, mit der wir tagtäglich auf den Weltmärkten zusammenkommen.

Dr. Blenk

Ich meine daher — und das ist die Meinung der Österreichischen Volkspartei —, daß wir mit Recht seit Jahren verlangen, daß die Forschung in ihren verschiedensten Bereichen verstärkt dotiert wird, leider — und das werde ich an einigen wenig erfreulichen Zahlen beweisen — seit Jahren ohne besonderen Erfolg.

Wann immer Sie heute, meine Damen und Herren, in internationalen Diskussionen, Symposien, bei internationalen Konferenzen die Fragen der Zukunft der Weltwirtschaft, die Fragen der Zukunft der einzelnen Wirtschaften und ihrer Wettbewerbsfähigkeit diskutieren, kommen Sie immer wieder zu dem Grundproblem: Es ist eine Frage des technologischen Mithaltens an der Spitze, es ist eine Frage des technologischen, des forschungspolitischen Überlebens. Ich will gar nicht auf jene Bereiche eingehen, die heute eigentlich in allen Ländern schon die ganze Zukunftsdiskussion bestimmen, von der Mikroelektronik über Biotechnologien bis letztlich schon, wie wir wissen, zu Robotertechniken.

Ich meine, daß die Zukunft unserer Wirtschaft und die Zukunft unserer Gesellschaft, weil auch der Arbeitsplätze, mit der ständigen Ausweitung der Grundlagenforschung steht und fällt, jener Grundlagenforschung, die ihrer Natur nach und ihrer Aufgabe nach die langfristigen Entwicklungen, die langfristigen Überlebens- und Zukunftsaspekte der Wirtschaft und damit der Gesellschaft trägt, die daher auch nur langfristig und langfristig steigend abgesichert und konzipiert werden kann. Diese ganze Zukunftsentwicklung steht und fällt auch mit der Politik der industriellen Forschung und Entwicklung, der Dotierung jener Bereiche, die die Anwendung der Grundlagenforschung zum Gegenstand haben, der Innovation, also der Umsetzung von Grunderkenntnissen in die betriebliche und wirtschaftliche Praxis und damit in die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft.

Der Staat hat hier seine Forschungspolitik unterschiedlich anzusetzen, die Grundlagenforschung durch Stärkung vor allem der Hochschulforschung und — nach unserer derzeitigen Forschungsstruktur — des Fonds zur Förderung der Forschung in der Wissenschaft, darüber hinaus der Akademie der Wissenschaften und anderer Forschungsbereiche, die zur Grundlagen-, zur wissenschaftsbezogenen Forschung zählen.

Die wirtschaftsbezogene Forschung wieder kann nur durch eine optimale ständige Anreizschaffung für entsprechende Investitionen, durch maximale Förderungsanreize steuerlicher Art und dann vor allem eben

durch eine größtmögliche Dotierung jenes Fonds gefördert werden, der in der Zeit der ÖVP-Alleinregierung im Rahmen des Forschungsförderungsgesetzes geschaffen wurde.

Wir wissen, daß die staatlich gelenkte Forschungsförderung immer wieder Gefahr läuft, an den Notwendigkeiten vorbeizugehen. Daher meine ich, daß wir diesen ganzen Bereichen der staatlichen Auftragsforschung und der staatlichen Forschungsschwerpunkte besonderes Augenmerk schenken sollten.

Wir haben nämlich historisch — „historisch“ heißt hier „in den jüngsten Jahren“ — ein sehr wenig ermunterndes Beispiel im Bereiche der Energieforschung erlebt. Wir wissen, daß die Energie- und Rohstoffforschung ein Bereich ist, der durch die staatliche Auftragsforschung zu einem der Schwerpunkte, ja zum Schwerpunkt schlechthin erwählt wurde.

Wir alle haben noch in Erinnerung jenen erdrückenden Bericht, den das Energieforschungskomitee der OECD über die österreichische Forschungspolitik im Energiebereich vor etwa drei Jahren abgegeben hat, wo etwa festgestellt wurde, daß von den gesamten Mitteln, die man als Schwerpunktförderung ausgegeben hat, nur ein Drittel überhaupt zugeordnet werden konnte, daß die Ziele und Prioritäten dieser staatlichen Forschungsschwerpunkte unzureichend definiert waren. Der Bericht hat schließlich mit der eher resignierenden Feststellung geendet, daß die Informationen, die man für eine Prüfung der Effizienz dieser staatlichen Energieforschung unterbreitet bekommen habe, so mangelhaft gewesen seien, daß man nicht einmal beurteilen könne, ob die vorgegebenen Programme den österreichischen Gegebenheiten tatsächlich entsprechen.

Meine Damen und Herren! Das sage ich, um darzutun, wie problematisch manche Bereiche staatlicher Forschung sind, im übrigen, Frau Bundesminister, eine Tatsache, die auch international immer wieder beklagt wird, die uns, glaube ich, zu einer Neudurchdenkung führen müßte, vor allem, wie ich meine, eben im Lichte dieser eigenen sehr betrüblichen Erfahrungen. (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Trotz alledem kommen wir, wenn wir die Zahlen, die für die staatliche und allgemeine Forschungspolitik ausgeworfenen Werte ausweisen, zu einem Ergebnis, das an sich nicht so euphorisch stimmen kann, wie das in allen Berichten und auch in allen mündlichen Äußerungen seitens des Ressorts geschieht.

Dr. Blenk

Frau Bundesminister Firnberg hat im Ausschuß gemeint, auch dieses Budget 1982 drücke den Vorrang für Wissenschaft und Forschung aus und Wissenschaft und Forschung hätten hervorragend abgeschnitten. (*Abg. Wille: ... daß Sie eine depressive Phase durchmachen!*) Nein, nein, Sie meinen die Frau Minister? Ich hoffe, daß das wirklich nicht der Fall war. Die Frau Minister neigt, zumindest soweit ich sie kenne, nicht zu Depressionen. Ich glaube schon, daß das sehr überlegt gemacht wurde. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Herr Kollege Wille! Ich möchte Ihnen einige Daten geben. Sie werden ja mein Nachredner sein, nehme ich an. Ich darf Ihnen eines sagen: Wenn ich etwa feststelle, daß in den letzten sechs Jahren das Gesamtbudget um rund 71 Prozent, das Wissenschafts- und Forschungsbudget um 51 Prozent zugenommen hat, daß etwa der Fonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung trotz einiger Sprünge, die er hatte, insgesamt nur um 23 Prozent zugenommen hat — das ist alles nachrechenbar; ich bringe hier Zahlen, die Sie alle nachrechnen können —, dann ist das, wie ich meine, nicht besonders eindrucksvoll als Untermauerung einer Schwerpunktpolitik.

Ich habe Herrn Kollegen Schnell schon gesagt: das gesamte Bildungsbudget macht ja ähnliche Entwicklungen durch. Im übrigen wurde heute vom Herrn Berichterstatter erwähnt, der Prozentanteil des Budgets sei gleich hoch wie im vergangenen Jahr. Man hat einmal in der Inflation von einer „Stabilisierung auf niederer Ebene“ gesprochen. Ich darf Ihnen sagen, Herr Kollege, daß etwa in den letzten vier Jahren der Anteil des Wissenschaftsbudgets am Gesamtbudget eigentlich ständig gesunken ist, auch der des reinen Wissenschaftsbudgets, daß er letztes Jahr einen Tiefstand von 2,76 Prozent erreicht hatte und heuer auf dieser Ebene stabilisiert wurde. Ich meine, auch das ist kein besonders eindrucksvoller Beweis für eine Schwerpunktbildung.

Was ich aber vor allem meine — Frau Bundesminister, ich habe das schon im Ausschuß erwähnt —: Jene immer wieder hervorgestrichene besondere Bedeutung der Forschung ist eben nicht in den Budgets des Bundes zum Ausdruck gekommen.

Ich nehme hier sehr unverfängliche Unterlagen, nämlich jenen Hochschulbericht vom Jahr 1980, den wir vor kurzem diskutiert haben und in dem unter anderem die ganze Entwicklung der Forschungsausgaben dargelegt wurde. An Hand dieses Berichtes stellen wir fest, daß praktisch der Anteil des Bundes an den Forschungsausgaben ständig im Sin-

ken ist, und zwar ist er heute nicht nur um fast 30 Prozent geringer als etwa im Jahr 1975, sondern auch um mehr als 10 Prozent geringer als im Jahr 1970. Das geht herunter von 1975 bis heute: 43, 37, 36, 34 Prozent, und im Jahr 1981 sind es laut Hochschulbericht des Ministeriums 33,2 Prozent.

Was ich damit meine, meine Damen und Herren, ist, daß man aus berechnungstechnischen Gründen zwar durchaus immer mit einer Steigerung des Budgets für Forschungsausgaben operiert, daß aber unbeschadet der Diskussionswürdigkeit der Berechnung auch nach den eigenen Darstellungen der Anteil des Bundes in seinen Leistungen ständig am Abnehmen ist.

Das, meine Damen und Herren, ist eine sehr betrübliche Konsequenz der großen Erwartungen, die man etwa im Jahr 1970 geweckt hat, als man sagte: Wir werden im Jahr 1980 mit unseren Forschungsausgaben bei 2 Prozent des Bruttonationalproduktes liegen. Wir wissen, daß wir heute nach Ihrer eigenen Berechnung bei 1,42 Prozent liegen, wobei ich füglich wie seit Jahren bezweifle, daß all das, was hier dazugerechnet wird, tatsächlich der Forschung auch nur mittelbar dient. Man kann sich hier, wie ich immer wieder höre, auf gewisse internationale Usancen aussprechen, aber eines ist sicher: Die Prozentsätze, die hier zur Unterlage genommen werden, sind de facto nur zu einem Teil, manchmal nur zu einem Bruchteil tatsächlich der Forschung entsprechend zugute gekommen. (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Ich habe den ständigen relativen Rückgang kurz erwähnt; relativ natürlich, denn in absoluten Zahlen steigt es ja immer, und das ist eine der Techniken, mit denen man gelegentlich Schwächen überdecken kann, daß man je nachdem, wie es günstig ist und wie es gut aussieht, mit den sogenannten absoluten Zahlen operiert. (*Abg. Dr. Mock: Sogenannte inflationäre Forschungsförderung!*)

Der Fonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung, also jener Fonds, der eigentlich dazu da wäre, jene Grundlagenforschung zu finanzieren oder mitzufinanzieren, die praktisch die Zukunft unserer ganzen Wettbewerbsfähigkeit, die Zukunft unserer technologischen Konkurrenzfähigkeit darstellt, hat zwar gegenüber dem Voranschlag 1981 in diesem Budget einen Zuwachs von 8 Prozent ausgewiesen. Nun kommt aber das Interessante, und hier beginnt eben die Frage nach der Glaubhaftigkeit, nach der Budgetklarheit und -wahrheit. Wenn ich etwa, Herr Kollege Wille, die tatsächlichen Dotierungen dieses Fonds im Jahre 1980 mit dem Voran-

Dr. Blenk

schlag für nächstes Jahr vergleiche, dann stelle ich fest, daß wir im Budget 1982 22 Prozent weniger Mittel ausweisen, als im Jahr 1980 ausgegeben wurden. Das in einer Zeit, in der man sagt: Wir haben einen Schwerpunkt der Forschung, und zwar offenbar vor allem jener Forschung, in der man also selbst noch gewisse Einflußmöglichkeiten hat.

Es ist daher kein Wunder, daß sich der Fonds selbst seit Jahren beklagt. Es ist nur betrüblich, daß diese Klagen seit Jahren nicht nur nicht zur Kenntnis genommen werden, sondern, Frau Bundesminister, Sie wissen es, damit kommentiert werden, daß man sagt: Das sind eben Wunschzahlen, die der Fonds hat, er weiß ja sowieso, daß er die nicht kriegt. — So ähnlich wurde das dort gesagt. Natürlich weiß er, daß er sie nicht kriegt, weil eben die Budgetmittel fehlen.

Daher hat der Fonds mit Recht etwa in seinem jüngsten Bericht verlangt, man möge doch endlich die Frage der wissenschaftlichen Forschungsdotierung abkoppeln von der Frage des Wirtschaftswachstums. Dabei haben die Herren sicherlich nicht daran gedacht, daß das unter den nominellen Werten der Vorjahre steht, sondern daß es über den tatsächlichen Indizes stehen soll, und sie haben gemeint, man müsse mit Nachdruck gezielte Maßnahmen gegen die Verlangsamung des Innovationsprozesses setzen. Übrigens Dinge, die in jeder etwa einschlägigen internationalen Diskussion immer wieder im Vordergrund stehen. Natürlich liegen die Mittel, die der Fonds beantragt, weit darüber, wobei er immer wieder sagt: Das sind keine Wunschzahlen, das ist nicht aus dem Blauen gegriffen, sondern das ist der tatsächliche Bedarf. Dieser liegt immerhin um mehr als 40 Prozent höher als die Dotierung im kommenden Budget. Ich meine, daß das sehr betrüblich ist, meine Damen und Herren!

Es ist vor allem betrüblich, wenn ich bedenke, daß sich auch im Bereiche des gewerblichen Forschungsförderungsfonds die Dinge ja nicht sehr viel anders darstellen. Hier kann man natürlich auch wieder sagen: Die wissen eh, daß sie nicht mehr kriegen, die sollen ruhig verlangen. Der Fonds zur Förderung der gewerblichen Wirtschaft tut in seinem jüngsten Bericht etwa dar, und zwar tut er glaubhaft dar — denn dort sind ja Leute dabei, die tatsächlich dauernd mit den Dingen der Forschung und der technologischen Entwicklung zu tun haben —: Wir erwarten für das Jahr 1982 ein Antragsvolumen von 1 Milliarde Schilling; das heißt, die Wirtschaft wird etwa 11 Milliarden in die Forschung investieren, wir erwarten Anträge für 1 Milliarde.

Davon werden etwa 650 Millionen förderungswürdig sein, wovon 160 Millionen aus Darlehensrückflüssen gedeckt werden, sodaß an die 500 Millionen bleiben, die sie mindestens brauchen. Der Voranschlag sieht 283 Millionen vor, das sind etwa 60 Prozent des gesamten Ansuchens. Dazu muß ich sagen, daß die Quote der Förderung nur ein Drittel so hoch ist wie in der Bundesrepublik Deutschland.

Jetzt möchte ich ein Wort an unsere Herren Kollegen von der freiheitlichen Fraktion richten: Ich habe in der Ausschusssitzung etwas erlebt — es wurde heute vom Herrn Berichterstatter als definitive Entscheidung gebracht —, was mir fast tragikomisch zu sein scheint. Kollege Peter hat bei der Darlegung des Schulbudgets gemeint, die FPÖ werde die ganze Frage der Ablehnung eines Budgetkapitels nicht danach beurteilen, ob diese Budgetpost mehr oder jene weniger hat, für sie seien es grundsätzliche Fragen. Wenn ich jetzt sehe, wie sich die Freiheitliche Partei bei diesem Budgetkapitel verhalten hat, dann widerspricht das klar diesem Grundsatz.

Wir haben, wie ich schon gesagt habe, für die gewerbliche Forschungsförderung 284 Millionen Schilling im Budget. Allein im Jahr 1981 haben wir 309 Millionen gehabt, das sind also praktisch um rund 25 Millionen mehr.

Nun haben wir heute gehört, daß die Freiheitliche Partei gemeinsam mit der SPÖ einen Antrag eingebracht und davon — der Herr Kollege Stix hat das auch erwähnt — die Zustimmung zum Budgetkapitel abhängig gemacht hat. Er sagte: Wenn die gewerbliche Forschungsförderung von 284 auf 294 Millionen aufgestockt wird — also nur mehr 15 Millionen Schilling unter der Dotierung für 1981 plus Budgetüberschreitungsgesetz liegt, muß ich dazu sagen — und wenn gleichzeitig — quasi als Gegenleistung dafür — die Energieforschung oder der Bereich Auftragsforschung um 10 Millionen gekürzt wird, dann stimmen wir diesem Budgetkapitel zu. So ist es heute gesagt worden. Begründet wurde es damit, das sei ja sehr sinnvoll, denn die Übertragung der 10 Millionen aus der Energieforschung in den gewerblichen Forschungsfonds erzeuge einen Multiplikatoreffekt.

Ich würde meinen, wahrscheinlich ja, nur würde ich den Effekt woanders sehen, nämlich dort, wo ich heute angesetzt habe mit meiner Kritik der OECD an der Energieforschung im allgemeinen. So gesehen kann man vielleicht sagen, es ist nicht tragisch, wenn die Energieforschung 10 Millionen weniger hat, aber unverständlich bleibt, daß man deswegen, weil man bis auf 15 Millionen an das Budget des Jahres 1981 herankommt, die Zustim-

Dr. Blenk

mung zum Budget als möglich ansieht. Ich kann nur annehmen, daß das ein Irrtum war, der seitens der Freiheitlichen Partei sicherlich noch neu überdacht werden wird.

Meine Damen und Herren! Ich möchte noch einige Zahlen zum Hochschulbudget im allgemeinen nennen. Dieses Budget für 1982 ist im wesentlichen gleich hoch wie im Jahr 1981. Auch hier wurde gesagt, es habe hervorragend abgeschnitten. Wir stellen nur eines immer wieder fest: Wenn man die Einzelheiten betrachtet, dann sieht man eben, daß diese „hervorragenden Ergebnisse“ sehr einseitig verteilt sind, daß sehr wohl etwa im Personalbereich der Zentralstellen eine überdurchschnittliche Steigerung da ist, daß wir aber zum Beispiel in jenen Bereichen, die tatsächlich für die Arbeit an den Universitäten bedeutsam sind, nämlich in den ganzen Forschungs- und Unterrichtserfordernissen für die Universitäten, eine sehr betrübliche Stagnation haben. Es ist so, daß etwa die Aufwendungen für Universitäten von 1981 auf 1982 einen Steigerungskoeffizienten von 0,5 Prozent ausweisen, von 740 auf 744 Millionen Schilling. Ich nehme ja nicht an, daß all das, was man in den Ansätzen drinnen hat, etwa unter dem Prätext gemacht wird: Wir werden es dann, wenn es notwendig ist, schon erhöhen.

Wir wissen, wie schwierig die Lage der Universitäten ist. Vor wenigen Wochen mußten wir noch überall lesen, wie verschuldet unsere Universitäten seien. Im Ausschuß hat man dazu gesagt: Was sind schon 18 Millionen Schilling, die den Universitäten bei den Heizungskosten, den Gaskosten, Reinigungskosten und so weiter fehlen; das ist ja nicht so schlimm, wir wissen, daß das besteht! Hingegen meine ich, Frau Bundesminister, das dürfte nicht auf Kosten der Forschungs- und Unterrichtserfordernisse gehen. Aber es sieht leider so aus, wenn ich feststelle, daß in den letzten zwei Jahren die Forschungs- und Unterrichtserfordernisse um je 5,5 Prozent im Schnitt gestiegen sind und auch heuer — das muß ich zur Korrektur des Herrn Berichtstatters sagen, er möge die Zahlen noch einmal zusammenrechnen — diese Posten nicht um 10,8, sondern nur um 7,2 Prozent erhöht wurden.

Da kommt noch etwas dazu, was ich für sehr bedenklich halte: Man weiß nämlich gar nie, ob diese Mittel für die Unterrichts- und Forschungserfordernisse der Hochschulen auch tatsächlich dafür verwendet werden. Ich habe etwa herauskristallisiert, daß für das Jahr 1980, das letzte Jahr, das uns im Ergebnis zur Verfügung steht, im Voranschlag über

260 Millionen Schilling für die Forschungserfordernisse der Hochschulen vorgesehen waren, aber wie wir aus dem Rechnungsab-schluß erkennen, sind nur ganze 85 Millionen davon für diese Post verwendet worden. Also knapp ein Drittel der gesamten Mittel wurde letztlich tatsächlich für die Bedürfnisse der Hochschulen ausgegeben. Ich weiß nicht, was mit den anderen Millionen geschah, ob man sie dann zur Bezahlung dieser Lücken, die ja durch die Presse gehen, verwendet hat.

Das heißt, meine Damen und Herren: Das Budgetkapitel Wissenschaft und Forschung, das Budget, auf das sich die künftige Politik der österreichischen Universitäten und vor allem der österreichischen Forschung stützen muß, ist zunächst auch für das nächste Jahr unklar, unübersichtlich und nicht transparent. Es sieht Schwerpunkte vor, die nicht dort angesetzt sind, wo sie tatsächlich notwendig wären, nämlich im Hochschulbereich, im Forschungsbereich, im Bereich der Förderung der verschiedenen Fonds. Es ist Ausdruck — so möchte ich meinen — einer Stagnation, die wir seit einigen Jahren erleben und die mit diesem Budget fortgeschrieben wird. Es ist Ausdruck einer Ignorierung jener Bildungsentwicklung, von der Sie, Herr Präsident Schnell, gemeint haben, sie sei in den Griff genommen. Das stimmt eben nicht, wie auch die Zahlen zum gesamten Bildungsbudget und seine Entwicklung dargelegt haben. Es ist also weder die Bildungs- noch die Studentenexplosion in den Griff genommen, es wird vor allem — das scheint mir bedenklich zu sein in einer so kritischen Zeit, in einer so krisenhaften wirtschaftlichen Entwicklungsphase, in der wir langfristig einfach andere technologisch-wissenschaftliche und damit forschungspolitische Akzente setzen müssen — den ganzen Notwendigkeiten nicht entsprochen, und die Innovation ist letztlich durch die sehr bescheidene Dotierung der entsprechenden Fonds ebenfalls zu einem weiterhin nicht tragenden Element unserer Wirtschaft gemacht worden.

Ich bin aber sehr glücklich darüber — das möchte ich hier noch sagen —, daß im Zuge des jüngsten Abkommens, das Parteiobmann Mock mit Bundeskanzler Kreisky über die Sanierung gewisser Wirtschaftsbereiche gefaßt hat, erstmalig ausdrücklich die Frage einer Innovationsförderung, weiters die Frage einer notwendigen Aufstockung der Forschungsförderungsfonds von uns verlangt und auch im Abkommen festgehalten ist. Darin sehe ich einen Aspekt, der von Verständnis, von der Erkenntnis der Notwendigkeiten zeugt.

Dr. Blenk

Meine Damen und Herren! Elf Jahre sozialistischer Wissenschafts- und Forschungspolitik haben gezeigt, daß Österreich auf dem Gebiet der Forschung nach wie vor einen gewaltigen Aufholbedarf hat, dem leider kein längerfristiges Konzept gegenübersteht, daß die Mittel für die Universitäten so knapp sind, daß schon — siehe die gigantischen Schulden der letzten Zeit, die immer wieder Gegenstand von Pressemeldungen und Protesten waren — der Normalbetrieb nur mehr größte Schwierigkeiten bereitet und daß dieses Budget — wie auch die letzten Budgets — keinen Ausweg aus diesen Problemen zeigt. Daher werden wir dieses Budgetkapitel ablehnen. — Ich danke. *(Beifall bei der ÖVP.)* 15.50

Präsident Mag. **Minkowitsch**: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Wille. Ich erteile es ihm.

15.50

Abgeordneter **Wille** (SPÖ): Herr Präsident! Frau Bundesminister! Hohes Haus! Herr Kollege Blenk, ich habe schon meine Vermutung angekündigt, daß Sie gerade in einer depressiven Phase leben. Der Eindruck hat sich verstärkt, berechtigt verstärkt, weil selbst Ihre wiederholten Aussagen darüber, wie sich das gesamte Bildungsbudget entwickelt hat, einschließlich des Wissenschaftsbudgets, unrichtig sind. *(Abg. Dr. Blenk: Sie brauchen nur nachzurechnen!)* Wenn Sie mit Adam Riese rechnen, haben beide Kapitel 1971 11,5 Prozent des Gesamtbudgets betragen und betragen jetzt 12,5 Prozent. Dabei haben Sie noch zu berücksichtigen, daß in der gegenwärtigen Phase der Staatsschuldendienst stark überdurchschnittlich steigt und damit alle übrigen Kapitel zurückgesetzt sind, ausgenommen das Kapitel Wissenschaft und Forschung. Es liegt mit 10 Prozent weit über dem Durchschnitt. Aber darauf möchte ich dann in meinen Ausführungen eingehen. *(Zwischenruf des Abg. Dr. Blenk.)* Reden wir dann darüber, was Sie hinein- und was Sie herausgerechnet haben.

Hohes Haus! Das Budget 1982 — das haben wir zum wiederholten Male gesagt — ist ein Sparbudget, und ein Sparbudget ist allgemein erwartet und verlangt worden. Was sagt das nun? Wir werden 1982 mit einem wirtschaftlichen Wachstum von 2 Prozent und mit einer Inflationsrate von 6 Prozent rechnen können, also in etwa mit einem nominellen Wachstum von 8 Prozent. Die Ausgaben werden nach dem Budget um 7,4 Prozent steigen. Entscheidend für das Sparbudget ist aber nicht nur, in welchem Umfang die Ausgaben insgesamt zunehmen, sondern entscheidend dabei ist auch, daß die Ausgaben für die einzelnen

Kapitel ohne Staatsschuldendienst nur 4,9 Prozent steigen werden. Demgegenüber nehmen die Ausgaben für das Kapitel Wissenschaft und Forschung um 10 Prozent zu.

Wenn man hier eine normale, eine positive Einstellung zu den Dingen hat, dann hat man diese Entwicklung nur anzuerkennen. Herr Kollege Blenk! Ich werde Ihnen noch sagen, welche Entwicklung in unseren Nachbarstaaten zu registrieren ist. Demnach ist unsere Entwicklung eine einmalige. *(Beifall bei der SPÖ.)*

1982 sind veranschlagt für den Personalaufwand rund 4,7 Milliarden, das ist eine Steigerung um 8 Prozent. Für den Sachaufwand sind 5,5 Milliarden vorgesehen, das ist eine Steigerung um 12 Prozent. Also: Erstmals werden nun 10,2 Milliarden Schilling für das Kapitel 14, Wissenschaft und Forschung, ausgegeben, und damit bleibt der Anteil am Budget mit 2,8 Prozent gleich, obwohl es beträchtliche Verschiebungen auf Grund des verstärkten Staatsschuldendienstes gibt.

Der Großteil der Ausgaben entfällt naturgemäß auf das Hochschulbudget, das — mit dem Bauaufwand — nun knapp über 10 Milliarden liegt. Seit 1970 ist das eine Steigerung um 7,7 Milliarden oder um 333 Prozent. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Freilich haben sich die Universitäten und ihre Aufgaben stark verändert. Die Zahl der Studenten ist vermutlich von 51 000 auf 125 000 gestiegen. Die Ziffer 140 000, die herumgeistert, ist eine Horrorzahl. Sie stimmt nicht. Wir haben 125 000 inskribierte Hörer, doch ist auf Grund gründlicher Überlegungen anzunehmen, daß davon rund 20 000 Hörer abzuziehen sind. In den letzten zehn Jahren haben sich die sozialen Leistungen wesentlich verbessert, sodaß viele Inskriptionen mehr die sozialen Leistungen als das Studium zum Inhalt haben. Dazu kommt, daß auch die normalen Doppelinskriptionen nicht herausgerechnet werden können. Das heißt, wir schätzen heute rund 105 000 Studenten.

Die Zahl der Universitätslehrer ist im Zeitraum 1970 bis 1982 von 5 150 auf 7 900 oder um 53 Prozent gestiegen; zweifellos nicht in gleicher Weise, wir werden darüber noch reden.

Der Raumbestand betrug 1970 450 000 Quadratmeter, er liegt heute bei 729 000 Quadratmeter, 150 000 Quadratmeter sind vor der Fertigstellung. Das heißt, wir werden in Bälde über 870 000 Quadratmeter verfügen und damit in rund 14 Jahren so viel Hochschulraum geschaffen haben, wie in der ganzen Geschichte der Universitäten zuvor geschaffen worden ist. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Wille

Man könnte meinen, die Schwachstelle wäre die Entwicklung bei den Hochschullehrern. Wenn wir aber die Assistenten und Dozenten dabei berücksichtigen — sie bewältigen rund 54 Prozent des Lehrbetriebes — und feststellen, daß wir also 7 900 Hochschullehrer und 105 000 Studenten haben, dann sind das 13 Hörer auf einen Lehrer. Ich glaube, man kann Zahlen nicht einfach hochrechnen und fortschreiben. Wir wissen, daß wir eine Explosion der Hörerzahl haben, dennoch wird nicht gesagt werden können, daß die Entwicklung bei den Hochschullehrern eine unbefriedigende ist.

Ein wesentlicher Teil der Wissenschaft ist die Forschung. Insgesamt, aber ohne Wirtschaft, werden 1982 dafür 5,6 Milliarden Schilling ausgegeben werden, um 485 Millionen oder um 8,6 Prozent mehr. Herr Kollege Blenk! Wir sollten uns nicht die Rosinen vom einen oder anderen Teil herausuchen, wir sollten auch nicht Schwachstellen allein sehen, sondern wir sollten die globalen Entwicklungen aufzeigen. Natürlich können wir im Anschluß daran auf die eine oder andere Schwachstelle oder auf den einen oder anderen außergewöhnlichen Erfolg hinweisen. Jedenfalls ist die Entwicklung insgesamt befriedigend.

Ich will jetzt nicht auf die Fonds oder auf Seibersdorf eingehen, das wird einer meiner Kollegen tun.

Seibersdorf hat nun ein Unternehmenskonzept, doch sind noch Finanzierungsfragen zu lösen.

Die Boltzmann-Gesellschaft wird mit 38 Millionen dotiert.

Ein Problem ist die Österreichische Akademie der Wissenschaften, die 115 Millionen Schilling erhalten wird, das ist eine Steigerung gegenüber 1970 von 427 Prozent. Ich gehe nicht auf die 427 Prozent ein — das hätten Sie nämlich behandeln können —, sondern ich komme auf den Umstand zu sprechen, daß die Österreichische Akademie der Wissenschaften den Staat im Internationalen Institut für angewandte Systemforschung vertritt. Und warum ist das so interessant?

1972 haben auf Grund einer Initiative der Großmächte insgesamt 17 Industrienationen das Internationale Institut für angewandte Systemforschung gegründet. Wir haben in der Zwischenzeit 200 Millionen Schilling in Laxenburg investiert, wir zahlen jährlich 4 Millionen Schilling für Miete und Instandhaltung und wir leisten unseren Beitrag — ich glaube, er liegt jetzt bei 5 Millionen — so wie für jeden anderen Staat. Und was hören

wir nun? Darauf hätten Sie eingehen sollen: Amerika, einer der Initiatoren, der 33 Millionen Schilling Beitrag zu bezahlen hat, will ab 1982 diese Leistungen einstellen. Die Rüstungsausgaben wurden enorm erhöht, aber die Mittel für Wissenschaft und Forschung ganz beträchtlich gekürzt. *(Beifall bei der SPÖ. — Abg. Dr. Neisser: Was kann der Dr. Blenk dafür, daß die Amerikaner sich zurückziehen, Herr Kollege? — Heiterkeit.)* Er soll sich darüber den Kopf zerbrechen! Das können ja auch Sie tun als der Wissenschaftssprecher Ihrer Partei.

Wir haben für dieses Institut auf Grund internationaler Verträge insgesamt vielleicht 300 Millionen ausgegeben, da trifft uns diese Nachricht von einem Industrieführerland aus heiterem Himmel. Die USA sagen: Das freut uns nicht mehr, für uns ist jetzt die Rüstung wichtiger als die Wissenschaft! Das ist natürlich auch unser Problem und nicht nur das Problem der Amerikaner. *(Zwischenruf der Abg. Dr. Blenk und Dr. Neisser.)*

1972 sind 17 Industrienationen darangegangen, ein internationales Institut zu gründen, das vor allem Weltprobleme untersuchen soll: Welternährungsfragen, Weltenergiefragen. *(Abg. Dr. Blenk: Die werden uns sehr viel helfen bei der Lösung der Arbeitsplätze!)* Ich höre von Ihnen, Herr Kollege Blenk, Sie halten von dem Institut ja auch nicht viel! *(Abg. Dr. Blenk: Das habe ich gar nicht gesagt!)* Nein, nein: „Es wird uns nicht helfen bei den Arbeitsplätzen!“ Bei mir können Sie für Arbeitsplätze nicht werben, sondern bei mir müssen Sie da schon ein bisschen tiefer gehen. Auch Sie haben davon geredet, daß die Grundlagenforschung notwendig ist. Dann können Sie jetzt ein Institut dieser Größenordnung nicht einfach wieder beiseite schieben, gerade weil Ihnen das so paßt! *(Beifall bei der SPÖ.)*

Aber es ist ja nicht nur so, daß die Vereinigten Staaten von Amerika plötzlich nicht mehr Vorrang für Wissenschaft und Forschung geben. Außerdem haben sie für Arbeitsplätze auch noch nichts getan, denn die Arbeitslosigkeit war noch nie so hoch wie heuer, da sie die Ausgaben für Wissenschaft und Forschung kürzen. Sie wissen ja, daß Amerika noch nie soviel Arbeitslose hatte wie gegenwärtig *(Abg. Dr. Blenk: Nach meinen Erfahrungen...)* und in den dreißiger Jahren. *(Zwischenruf des Abg. Dr. Neisser.)* Herr Kollege Neisser, Sie können das nicht herunterspielen mit netten Zwischenbemerkungen! Ich rede von einem sehr ernstesten Thema. *(Beifall bei der SPÖ. — Abg. Dr. Blenk: Aber nicht über das hiesige!)*

Sie sollten sehen: Wir geben auch in diesem

Wille

Jahr, in dem die einzelnen Ressorts nur rund 5 Prozent mehr als früher zur Verfügung bekommen, weil wir ein Sparbudget vor uns haben, für Wissenschaft und Forschung 10 Prozent aus. Aber das genügt der ÖVP natürlich auch nicht. (*Abg. Dr. Blenk: Sie kommen nicht weiter...!*) Und überall dort, wo Konservative an der Macht sind, wird die Wissenschaft und Forschung gekürzt.

Und nicht nur dort. Sogar in Frankreich, das gegenwärtig allerdings eine sehr explosive Entwicklung des Budgets durchmacht, werden die Ausgaben für Wissenschaft und Forschung nicht die normalen Steigerungsraten erreichen. Ebenso nicht in der Schweiz. In der Bundesrepublik werden die Ausgaben für das Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft um 1 Prozent zunehmen, die Ausgaben für das Bundesministerium für Forschung und Technologie werden um 5 Prozent steigen (*Zwischenrufe bei der ÖVP*) und die für Hochschulen und Wissenschaft wurden um 10 Prozent gesenkt.

Das heißt also deutlich, daß die gegenwärtige krisenhafte wirtschaftliche Entwicklung dazu führt, daß viele Staaten die Ausgaben für Wissenschaft und Forschung kürzen. Österreich hat demgegenüber immer noch — auch für 1982 — die Ausgaben erweitert. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Wie groß das Problem auf diesem Gebiet ist, kann man der Deutschen Universitäts-Zeitung entnehmen, die sich unter anderem auch mit der Forschungspolitik in den Vereinigten Staaten befaßt und dazu den Artikel „Der Griff nach den Sternen wird zu teuer“ publiziert. Oder eine Untersuchung des deutschen manager-magazins. Hier finden wir den Titel: „Ist die deutsche Forschung noch zu retten?“

Ich möchte in diesem Zusammenhang noch auf einen Artikel hinweisen, der in der konservativen „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ mit dem Titel „Die Österreicher unter uns — oder: Die kleine, sympathische Großmacht“ erschienen ist. Hier wird von Jürgen Eick darauf hingewiesen, daß eine beträchtliche Zahl großer Österreicher in der Bundesrepublik tätig ist, von Karajan begonnen bis hin zu den großen Direktoren in der deutschen Automobil- und Stahlindustrie. (*Abg. Dr. Blenk: Wissen Sie auch, warum? Weil die nämlich keine Beschäftigungsmöglichkeiten haben bei uns!*)

Unter anderem sagt er: Natürlich kann ein so großes Land mehr bieten — und das kränkt uns ja zum Teil —, aber man nimmt die Österreicher ja nicht, weil wir nicht die entsprechende Arbeit dafür hätten, sondern weil sie

über so eine ausgezeichnete Qualifikation verfügen; das allein ist der Grund. (*Beifall bei der SPÖ. — Abg. Dr. Blenk: Aber der Artikel schreibt was anderes, den habe ich auch gelesen!*) Den haben Sie gelesen? Hätten Sie den Artikel von Freisitzer auch gelesen, dann hätten Sie auch dazu etwas sagen können. (*Zwischenruf des Abg. Dr. Blenk.*)

Jürgen Eick wörtlich: „Von Österreich aus gesehen, das traditionsgemäß viel Geld für Bildungsinvestitionen ausgibt, sieht sich das ein bißchen anders an,“ nämlich daß wir unsere Menschen zu einem beträchtlichen Teil in Deutschland beschäftigt sehen. „Deutsche Industrieunternehmen holen von den technischen Universitäten Wien und Graz die besten Leute ab — oft schon vor dem Examenabschluß.“

Dann: „Warum sind deutsche Unternehmen, die auf ihre Wettbewerbsfähigkeit bedacht sind, so interessiert an österreichischen Hochschulabsolventen? Es gibt keine andere Erklärung: Die Erfahrungen, die man mit diesen Leuten gemacht hat, sprechen eben für sie; offensichtlich sind sie hervorragend und oft besser ausgebildet.“ (*Abg. Dr. Blenk: Das bestreitet doch niemand!*)

Herr Kollege Blenk, darf ich Sie bitten, daß Sie mit Ernst, Ruhe und Fassung diese Mitteilungen zur Kenntnis nehmen! (*Beifall bei der SPÖ.*)

Übrigens kann ich Ihnen dazu sagen, daß der Autor über unsere Gymnasiasten Ähnliches zu berichten weiß. (*Zwischenruf des Abg. Dr. Blenk.*)

Und nun etwas zu unseren Universitäten beziehungsweise zu der Unruhe, die gegenwärtig einen Teil unserer Studenten plagt.

Am 1. Juli 1981 beschloß der Nationalrat einstimmig eine Novelle zum AHStG, zum Allgemeinen Hochschul-Studiengesetz. Darin ist festgelegt, daß neueintretende Studenten bereits nach den neuen Studienordnungen zu studieren haben, selbst wenn Studienpläne noch nicht vorliegen, und zweitens, daß Doppelinskriptionen ausgeschlossen werden.

Dieser Gesetzesbeschluß des Nationalrates hat dazu geführt, daß eine sehr beträchtliche Zahl von Studenten in einem eintägigen Streik dagegen protestierte, daß aber auch an der Universität Innsbruck und an der Universität Graz Demonstrationen ausgelöst wurden. Lassen Sie mich dazu einiges sagen.

Am 13. November sollte die Frau Bundesminister mit dem Landeshauptmann von Tirol in Innsbruck ein Hochschulgebäude übergeben. Der Rektor kündigte ein „bürgerliches Fest“

Wille

an. Einige Studenten, und zwar eine verschwindende Minderheit, haben angekündigt, sie werden ein derartiges Fest nicht zulassen.

Und es wurde auch nicht zugelassen. Von rund 15 000 bis 18 000 Studenten der Innsbrucker Universität haben 600 an der Quasi-Feierlichkeit teilgenommen, etwa 200 haben die Veranstaltung gesprengt. Es wurden Schmählcher gesungen, es wurden die Wände beschmiert, und es wurde ein Flugblatt publiziert.

Auf diesem Flugblatt werden Revolutionäre mit Maschinenpistolen gezeigt. Die Aufschrift: „Gut, jetzt sind wir dran.“, „... lieber lebendig als normal...“, „... außer einer noch tieferen abscheu vor den methoden der bürokraten- und arschkriecherbrut und einer schmerzlichen resignation unter vielen“ ist nichts geblieben. „... der neue UNI-bau ist ein versuch der einpferschung in beton und studienZUCHT!! neue studienvorschriften sorgen dafür, daß ja kein schäfflein entwischt.“ „die ,errungenschaft“, der arbeitspflicht- und zucht über den umweg der UNI zu entkommen — ist in gefahr...“

Und schließlich heißt es: „Kampf Dem Winterschlaf! Nehmt Euch, Was Ihr Braucht, Man Stiehlt Uns Unser Leben!!!“ „schlägt den rektor grün und blau.“ (Abg. Dr. B l e n k: Extremisten der RAF sind das!)

Ich sage ja: Es ist ein extremistischer Klüngel an unseren Universitäten, von dem wir uns klar zu distanzieren haben! (Beifall bei der SPÖ, bei der FPÖ und bei Abgeordneten der ÖVP. — Abg. Steinbauer: Werden wir dem Čap ausrichten!)

Während wir mit den offiziellen Studentenvertretern am 2. Dezember versucht haben, einer Lösung offener Probleme nahe zu kommen, nämlich mit ihnen zu beraten: Na was ist denn da Schlimmes, wenn man nach neuen Studienordnungen zu studieren hat?, hat sich gezeigt, wir können einen Weg finden, wir werden noch einmal eine Brücke suchen, diese neuen Studienordnungen zur Anwendung zu bringen, indem man die Studienpläne der Universitäten — und die Universitäten haben diese Studienpläne zu erlassen — einfach erzwingt.

Und das zweite war: Wir werden in der Frage der Doppelinskriptionen vor allem bewirken, daß der „Prüfungstourismus“ beendet wird, wir werden aber ermöglichen, daß man überall dort studieren kann, wo ein Studium an der eigenen Stammuniversität nicht angeboten wird.

Im Anschluß daran fand auch eine Aussprache mit den Besetzern der Grazer Universität statt — keine Verhandlung: eine Aussprache! Dabei hat sich gezeigt, daß man dort die „Basisdemokratie“ probiert. Man hat von den Wissenschaftssprechern und von der Frau Bundesminister verlangt, man möge in Graz konkrete Verhandlungen über die Studienreform und über das AHStG aufnehmen. Man redet von ÖH-Bossen, die packeln und manipuliert sind. Einer hat gesagt: Den Stockinger brauchen Sie ja nur anzuschauen, und Sie wissen, wieviel es geschlagen hat! — Das ist der Stil dieser Leute, aber wir werden diesen Stil nicht hinnehmen und nicht zulassen.

Der Rektor der UNI Graz war der Meinung, er müßte dazu auch seine Meinung abgeben, und er schreibt in einem Artikel der „Presse“ vom Samstag/Sonntag: „Die AHStG-Novelle zeigt die erschreckende Naivität unserer Volksvertreter. Sie wissen offensichtlich nicht, was an den Hochschulen vorgeht.“

Das sagt uns ein Rektor, der offensichtlich nicht weiß, daß die Akademikerquote in unserem Ausschuß vermutlich höher ist als die der Universitätslehrer, der offensichtlich nicht weiß, daß wir zwei Universitätsprofessoren und einen Universitätsassistenten in unseren Reihen haben, der offensichtlich nicht weiß, daß wir es mit einer Hochschulverwaltung zu tun haben, die seit elf Jahren auf das gründlichste und erfolgreichste die Hochschulreform vorangetrieben hat.

Und ich frage mich aus diesem Grunde: Was sagt er, was glaubt er, uns mitteilen zu müssen? — Er behauptet, daß sich die Studentenorganisationen zur Besetzung bekennen, was zweifellos ein Schmarrn ist. Das ist nicht wahr. Im ersten Aufschrei haben sich einige dazu bekannt, weil sie noch nicht gewußt haben, mit wem sie es zu tun haben! Es war ein Irrtum der ersten Stunde, auch mangelnde Standfestigkeit, die jedem passieren kann, weil sich 3 Prozent der Hochschulangehörigen einen Scherz erlauben und dabei eine gewisse Erfahrungslosigkeit um sich greift.

Freisitzer selbst ist es, der sagt: 500 bis 700 Hörer unterstützen die Besetzer, 19 000 andere bleiben ungefragt.

Müssen wir das wirklich hinnehmen? 3 Prozent Außenseiter gibt es in jeder gesellschaftlichen Organisation. 3 Prozent Außenseiter gibt es in jedem industriellen Unternehmen. Wo kämen wir hin, wenn wir alle derartigen Radikalinskis ernst nehmen würden oder wenn wir geneigt wären, das zu tun, was die 3 Prozent Außenseiter von uns verlangen? (Zwischenruf des Abg. Dr. B l e n k.)

Wille

Schließlich sagt Freisitzer: Wir wissen zwar nicht, was wir mit dem AHStG getan haben, aber die Gründe sitzen viel tiefer! Wieder sagt er: Die Politiker aller politischen Parteien haben keine Ahnung über diese Gründe!

Ich habe den Artikel eines Soziologen gelesen und mir die Frage gestellt: Was weiß der Soziologe von den tieferen Gründen?, und ich habe die Gründe nicht gefunden.

So geht es natürlich auch nicht, daß man die Politiker in einer maßlosen Weise kritisiert, aber selbst dazu nichts zu sagen hat. Wir werden in einer eigenen Enquete, in einer Wissenschaftsenquete über die Zukunft der Universitäten, ja hören, was man wirklich an substantiellen Einwänden zur Hochschulreform zu sagen hat. Hätte der Rektor und hätten die Studentenvertreter rechtzeitig die Terminologie der Besetzer, nämlich „Besetzergrüße“, „Besetzerbibliothek“, „Revolutionäre Handlung“, „ÖH-Bosse“, „Kuhhandel im Ministerium“, mit der Terminologie der „Volksstimme“ verglichen, dann hätten sie rechtzeitig gewußt, wessen Kind diese Besetzung wirklich ist. *(Zwischenruf bei der SPÖ.)*

Ich möchte aus diesem Grunde abschließend nur die Frage aufwerfen: Warum hat der Rektor Freisitzer nichts davon gesagt, daß von 20 Studienrichtungen, die ohne Studienplan sind, bereits 16 Studienordnungen fünf Jahre alt sind und die restlichen rund drei Jahre? Die Studienordnungen sind mindestens drei Jahre alt, in der Regel sogar fünf Jahre oder älter. Und trotzdem gibt es keine Studienpläne?

Aber die Politiker wissen angeblich nicht, was an den Universitäten geschieht. Ich gestehe aufrichtig: Ich habe mir das auch erst geben lassen, ich habe auch nicht gewußt, daß die Studienordnungen fünf Jahre alt sind und dennoch keine Studienpläne vorhanden sind. Da wird eine Besetzerriege auf die Politiker umgeleitet, weil wir angeblich nicht wissen, was an den Universitäten los ist.

Ich hätte ganz gern auch einmal von einem gehört, wie er es mit der Freiheit der Wissenschaft in Österreich hält. Ich habe gebeten, mir eine Aufstellung über den Numerus clausus oder über Studienbeschränkungen im Ausland zu übermitteln. Da gibt es serienweise nur Beschränkungen! Eine derartige Freiheit, wie sie in Österreich gang und gäbe ist, das findet man nicht noch einmal. *(Beifall bei der SPÖ. — Zwischenruf des Abg. Dr. Blenk.)*

Herr Kollege Blenk, wir bemühen uns redlich, ein ernstes Problem zu lösen. Aber dann muß man doch auf alle diese Dinge eingehen.

Da lesen Sie: Numerus clausus in der Bundesrepublik bei den verschiedenen Studienrichtungen. Ich rede nicht von Griechenland, wo der Unterrichtsminister die Bewilligungen festlegt. In Norwegen: Ein bestimmter Prozentsatz der Bewerber wird zugelassen. In Portugal: Frei werdende Studienplätze werden mit Neuen besetzt. In Schweden: Generelle Zulassungsbeschränkung nach Maßgabe der freien Plätze; Schulnoten spielen eine Rolle. In Finnland: Beschränkung der Aufnahmequoten durch die Bewertung der Zeugnisse der Kandidaten. In der Schweiz: Keine freie Wahl des Studienortes. *(Zwischenruf des Abg. Dr. Blenk.)* In Frankreich entscheiden die Universitäten autonom über den Zustrom. Von den Vereinigten Staaten wissen Sie selbst, daß die großen Universitäten Aufnahmeprüfungen haben, und dann zahlt man im Monat 10 000 S Studienbeitrag. Von den COMECON-Ländern reden wir nicht, denn das ist nicht ernst zu nehmen.

Dazu hat Rektor Freisitzer nichts zu sagen gewußt. Von einem Rektor, dessen Rektorat oder dessen Universitätsdirektion besetzt ist, hätte ich vor allem gerne gewußt, warum, und: Was hat die eigene Universität im eigenen Wirkungsbereich getan, um diese Probleme zu beseitigen?

Damit aber nicht der Eindruck entsteht, das wären die Professoren — so ist es ja nicht! —, zitiere ich mit Ehrfurcht und Anerkennung das, was Professor Dr. Manfred Welan als der Vorsitzende der Rektorenkonferenz zum Problem der Krise an den Universitäten in einem Artikel der Zeitschrift „Couleur 5/79“ geschrieben hat: „Universität, Gesellschaft und Studenten — eine Krise in Permanenz?“, betitelt er das.

„Die Geschichte der Universitäten scheint wie eine Krise in Permanenz. Aber wer die Geschichte der Hochschulreform kennt, ist verleitet, von einer Reform in Permanenz zu sprechen. Konnte man früher sagen, es gebe nichts an der Universität, was nicht reformiert werden sollte, so kann man heute feststellen, daß es nichts an der Universität gibt, was nicht reformiert worden ist. Trotzdem muß die Reform weitergehen.“

Noch nie haben Hochschulen für die verschiedenen Gruppen der Gesellschaft so viel geleistet, noch nie war die Öffnung der Hochschulen zur Gesellschaft so groß wie jetzt. Trotzdem ist die Öffentlichkeitsarbeit und die Öffnung der Hochschulen voranzutreiben.“

Ist das der gleiche Geist? — Nein, das ist eine andere Welt, von der Welan redet!

Nun lassen Sie mich noch in einem dritten

Wille

Abschnitt etwas zur Technikfeindlichkeit sagen, die gegenwärtig in der Gesellschaft immer wieder anzutreffen ist. Meiner Meinung nach in vielen Fällen unberechtigt, meiner Meinung nach in vielen Fällen aber auch sehr wohl berechtigt.

Es ist Walter Steinbacher, ein Mitarbeiter im Bundesministerium, der in der „Österreichischen Hochschulzeitung“ vom Dezember 1981 die Frage „Technikkritik braucht Kritik der Technik“ in einem Artikel behandelt. Dabei geht er von einer IFES-Umfrage aus, bei der 2 000 Akademiker über die Technik befragt worden sind. Die Antworten sollten uns zu denken geben, ohne sie zu werten:

„22 Prozent der leitenden Angestellten und Beamten und 32 Prozent der selbständigen Akademiker sind der Ansicht, daß die Technik inzwischen mehr Nachteile als Vorteile bringt.

55 Prozent der Führungskräfte, 60 Prozent der Ärzte, 58 Prozent der Absolventen naturwissenschaftlicher Studien, 43 Prozent der Diplomingenieure und 64 Prozent aller Wissenschaftler sind der Meinung, daß die Gesellschaft die technische Entwicklung nicht mehr im Griff hat.

90 Prozent aller Akademiker sehen die Gefahr einer Selbstzerstörung der Menschheit.“

Und das geht noch mit einigen Fragen weiter.

Da ist eben, glaube ich, zu fragen: Was wird wirklich kritisiert? — Ich glaube, es ist nicht die Technik, die man kritisiert. Es ist die Übertechnisierung an verschiedenen Stellen, die unkontrollierte Technik. Es ist zweifellos der Techniker und die Gesellschaft, die kritisiert werden, und nicht die Technik, die damit im Grunde nichts zu tun hat. Welan sagt dazu: Wir müßten die Techniker bis in das Jahr 2 000 mit historischem, ökologischem, soziologischem und philosophischem Wissen erziehen, dann entstünde aber die Frage: Sind die Techniker als solche noch zu gebrauchen?

Ich glaube, daß an dieser Fragestellung viel dran ist.

Steinbacher sagt aber: Die Techniker sollten die Verantwortung dorthin zurückweisen, wo sie hingehört, nämlich in den wirtschaftlichen, in den politischen und in den gesellschaftlichen Bereich.

Das ist zum Großteil richtig. Aber jeder von uns sollte seinen Teil tragen. Denn wenn man sich vergegenwärtigt, daß ein 21jähriger Student in der Lage ist, eine Atombombe mit der

fünffachen Sprengkraft jener von Hiroshima zu konstruieren, die von den Professoren als richtig bezeichnet wird, dann zeigt das doch offensichtlich, daß es irgendwo hapert. Es geht nicht nur darum, daß die Kärntner Seen verschmutzt sein können — um das geht es auch —, es geht um viel mehr.

Technikkritik ist also nötig, wir müssen sie aber richtig ansetzen, nicht so wie Professor Steinbuch in einem Artikel, den die „Zürcher Zeitung“ am 10. Dezember 1981 wiedergibt und wo er die völlig unnütze Frage stellt: „Zukunft ohne Technik?“ — Diese Frage hat niemand gestellt, sie wurde von ihm erfunden.

„Der Übergang vom äffischen Hominiden zum Menschen“, erklärt uns Steinbuch in überzeugender Weise, „ist durch technische Erfindungen markiert: Faustkeil, Messer und Harpunen ...“ waren dabei entscheidend. Das können wir ihm noch glauben.

Wenn er dann aber sagt, daß es Leute gibt, die die „verdammte Technik“ total abschaffen wollen, und daß „Hunger und Seuchen“ die Folgen wären, dann muß ich erwidern: Ich habe noch niemanden gehört, der Derartiges verlangt oder Derartiges erwartet.

Steinbuch beweist nur eines: daß auch renommierte Wissenschaftler in einer geradezu gründlichen Weise an gesellschaftlichen Fragen vorbeizugungeln können, weil sie ihre Vorstellungen fixiert und damit die eigene Vernunft blockiert haben.

„Zukunft ohne Technik?“, ist seine Frage. Aber von Marcuse über Adorno und Horkheimer bis hin zu den einfachen Menschen sagt jeder, die Auswüchse sollen verhindert werden. Und dazu können wir uns doch bekennen! Die Vernunft der Ziele darf nicht verlorengelassen! Das Bewußtsein, für die Gesellschaft da zu sein, kann nicht einfach zum Verschwinden gebracht werden. Ich will nicht auf weitere Fragen eingehen, wie sie auch von unserer Industrie sehr oft in den Vordergrund gestellt werden.

Ein eigenes Problem zu dieser Frage ist der Technikermangel, der sich an den Hochschulen und in der Wirtschaft zeigte. Wir hatten in den technischen Berufen 1961 eine Akademikerquote von 22 Prozent, 1978 war sie auf 12 Prozent abgefallen. Also eine recht unbefriedigende Entwicklung. Man wird über den Arbeitsmarkt, mit Öffentlichkeitsarbeit, mit der Fortführung der Studienreform einiges erreichen. Das Wesentliche wird aber sein, daß man einfach die Nachteile der technischen Entwicklung zu überwinden versucht und die Vorteile richtig zu nützen weiß.

Wille

Es hat in diesem Zusammenhang auch eine Reihe von Bemühungen gegeben, den Wissen-schaftstransfer zu erhöhen, die Verbindung von Praxis und Wissenschaft zu verdichten. In diesem Sinne möchte ich Dr. Sigurd Höllinger zitieren, der in den „Politischen Perspektiven“ 9/1981 schreibt:

„Universitätslehrer und Studenten müssen mehr mit dem Bewußtsein lehren, lernen und forschen, daß die Sicht der Welt, die die Universität und Wissenschaft zulassen, eine notwendigerweise eingeschränkte und nur eine der möglichen Sichtweisen ist... Der Ansatz der anstehenden Reform ist daher die Verbesserung der Organisation der kontinuierlichen Kommunikation der Universität und der Praxis.“

Schließlich möchte ich noch dankbar darauf hinweisen, daß auch die Bundeskonferenz des wissenschaftlichen Personals eine Reihe von Maßnahmen gesetzt hat: Wissenschaftsmessen und Tagungen mit der Bundeskammer über „Wissenschaftler für die Wirtschaft“, die alle dem Zweck dienen, den Kontakt zwischen Praxis und Wissenschaft zu verbessern.

Ich kann damit zum Schluß kommen: Ich glaube, wir können nachdrücklich und ehrlich nachweisen, daß das Budget 1982 ein neuerlicher Beweis dafür ist, daß wir die Aufgaben der Wissenschaft in unserem Land in jeder Weise ernst nehmen und entsprechend fördern. Wir wissen um die politische und um die gesellschaftliche Verantwortung. Wir haben aber auch die politische Verantwortung dafür zu übernehmen, daß Wissenschaft und Forschung im Einklang mit den gesellschaftlichen Zielen stehen.

Dem Budget geben wir aus diesem Grunde gern unsere Zustimmung. — Danke. *(Beifall bei der SPÖ.)* 16.29

Präsident Mag. **Minkowitsch**: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dr. Stix. Ich erteile es ihm.

16.30

Abgeordneter Dr. **Stix** (FPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Die Freiheitliche Partei gibt heuer dem Budgetkapitel Wissenschaft und Forschung ihre Zustimmung, da dieses Kapitel keine globalen Kürzungen hinnehmen mußte und prozentuell im gleichen Ausmaß wie das Gesamtbudget steigt.

Dabei gehen wir Freiheitlichen von der Maxime aus, daß in der gegenwärtigen Situation des Staatshaushaltes an sich ein Sparbudget anzustreben wäre. Leider ist das Gesamtbudget kein Sparbudget, weswegen wir es auch ablehnen. Bei unserer Beurtei-

lung von einzelnen Kapiteln kann natürlich nur dieses vorgegebene Ziel eines Sparbudgets der Maßstab sein.

Legen wir diesen Maßstab an das Kapitel Wissenschaft und Forschung an, dann zeigt sich, daß eine gewisse Trendumkehr erfreulicherweise eingesetzt hat. Wir haben uns nämlich in der ersten Hälfte der siebziger Jahre ansteigend einer Schwerpunktbildung im Bereich Wissenschaft und Forschung ständig genähert, dabei einen Gipfelpunkt etwa in der Mitte der siebziger Jahre erreicht, leider ging es aber von da an wieder bergab. Es war in den letzten Jahren eine ständige freiheitliche Kritik, daß diese Schwerpunktbildung verlassen wurde.

Wenn nun mit dem Budget für 1982 diese negative Abwärtsentwicklung — nicht zuletzt auch als eine Folge der freiheitlichen Kritik — eingebremst wird, wenn die Regierungspartei auf einem wichtigen Teilgebiet eine Einsicht signalisiert, eine Trendumkehr signalisiert, dann muß im Sinne einer konstruktiven Opposition die freiheitliche Fraktion, wenn sie diese Trendumkehr erkennt, auch ihrerseits ein Signal geben, und das bedeutet unsere Zustimmung. *(Beifall bei der FPÖ und des Abg. Dr. Fischer.)*

Im übrigen hat ja auch mein verehrter Vordrner, Abgeordneter Dr. Blenk von der Österreichischen Volkspartei, im Budgetaus-schuß diesem Kapitel wörtlich bescheinigt, daß es sogar einen leichten relativen Zuwachs aufweise. In der Tat kann man bei einem Sparbudget von einem Teilkapitel nicht viel mehr verlangen. *(Zwischenruf des Abg. Dr. Blenk.)*

Es gibt aber einen weiteren Grund — das heißt, sogar deren zwei —, warum die Freiheitliche Partei diesem Teilkapitel ihre Zustimmung erteilt. Es ist uns in Verhandlungen mit der Regierungspartei gelungen, zwei wichtige Vorstellungen der Freiheitlichen Partei in die Tat umzusetzen: Das eine betrifft eine Aufstockung der Mittel für den Forschungsförderungsfonds für die gewerbliche Wirtschaft, und das zweite betrifft eine Verbesserung der Begabtenförderung.

Lassen Sie mich zunächst einige Worte zu der Aufstockung der Mittel für den Forschungsförderungsfonds für die gewerbliche Wirtschaft sagen. Es geht zunächst um die Klärung des Sachverhaltes, daß aus dem Ansatz 1/1413, Expertengutachten und Auftragsforschung, 10 Millionen Schilling herausgenommen und auf diesen erwähnten Fonds umgeschichtet werden. Dort dienen sie der Zinsstützung, sie decken damit ein zusätzli-

Dr. Stix

ches Förderungsvolumen für diesen Gewerbforschungsfonds im Ausmaß von zirka 100 Millionen Schilling.

Um diesen multiplikativen Effekt ist es uns zum einen gegangen, zum anderen aber darum, eben diesem Fonds, der im Bereich der innovativen Umsetzung von Forschung in die wirtschaftliche Praxis tätig ist, einen zusätzlichen Brocken zu vermitteln.

Der Herr Abgeordnete Blenk hat gemeint, die Freiheitlichen müßten sich hier in einem Irrtum befinden. Ich vermag allerdings nicht zu erkennen, wo der Irrtum auf unserer Seite liegen soll. Hingegen scheint mir, daß beim Abgeordneten Dr. Blenk eine totale Verwirrung Platz gegriffen hat. *(Zwischenruf des Abg. Dr. Blenk.)*

Zunächst einmal, Herr Kollege Blenk, frage ich mich, wie Sie als erklärter Vertreter der Wirtschaft dazukommen, sich aufzuregen, wenn wir dem Forschungsförderungsfonds für die gewerbliche Wirtschaft 10 Millionen Schilling zukommen lassen, die er sonst nicht bekommen hätte. Sie wollen ein Vertreter der Wirtschaft sein? *(Zustimmung bei der FPÖ. — Weitere Zwischenrufe des Abg. Dr. Blenk.)*

Herr Kollege Blenk! Ihre Verwirrung muß noch größer sein, wenn ich mir vor Augen halte, daß Sie fast zehn Minuten Ihrer Rede... *(Abg. Dr. Blenk spricht mit FPÖ-Abgeordneten.)* Herr Kollege Blenk! Es wäre nett, würden Sie mir zuhören. — Ich sagte: Ihre Verwirrung muß noch größer sein, wenn Sie etwa zehn Minuten Ihrer Rede einer Auseinandersetzung über die Problematik der staatlichen Auftragsforschung widmen.

Sie haben zum Beispiel wörtlich gesagt: „Wir wissen, daß die staatlich gelenkte Forschungsförderung immer wieder Gefahr läuft, an den Notwendigkeiten vorbeizugehen.“ Sie haben sich in Ihrer heutigen Rede mehrfach kritisch und skeptisch *(anhaltende Zwischenrufe des Abg. Dr. Blenk)* — sehr kritisch! — zur staatlichen Auftragsforschung geäußert. Wenn wir dann aber in einem Umschichtungsvorgang aus der staatlichen Auftragsforschung für den gewerblichen Forschungsförderungsfonds 10 Millionen umleiten, dann regen Sie, der Sie gegen die staatliche Auftragsforschung sind und der Sie angeblich ein Vertreter der Wirtschaft sind, sich auf. Wo bleibt Ihre Logik? *(Zustimmung bei der FPÖ. — Abg. Dr. Blenk: Energieforschung!)*

Weil Sie das Stichwort „Energie“ erwähnt haben, Herr Abgeordneter Dr. Blenk: Das Stichwort „Energie“ führt mich zur dritten Eskalation Ihrer Verwirrung, denn Sie haben unter anderem kritisiert, daß diese 10 Millio-

nen Schilling der Energieforschung weggenommen werden. Soweit es die Auftragsforschung betrifft, stimmt das. *(Abg. Dr. Blenk: Ich war nur gegen Ihre unverständliche, um nicht zu sagen unsinnige Argumentation!)* Hören Sie zu, dann werden Sie gleich feststellen, wer „unsinnig“ argumentiert hat.

Sie haben zunächst festgestellt, daß von der Auftragsforschung auch die Energieforschung betroffen ist. Das stimmt. Nur habe ich Ihnen schon im Ausschuß entgegengehalten, daß auch der Forschungsförderungsfonds für die gewerbliche Wirtschaft Energieforschung betreibt und daß die Mittel somit keineswegs der Energieforschung verlorengehen. *(Neuerlicher Zwischenruf des Abg. Dr. Blenk.)*

Herr Vertreter der Wirtschaft! Ich zitiere Ihnen jetzt aus dem „Pressedienst der Industrie“ vom 30. November dieses Jahres, wo auch über die Forschungsausgaben gesprochen wird. Da steht wörtlich zu lesen — „Pressedienst der Industrie“, Herr Dr. Blenk *(der Redner zeigt dieses Druck-Erzeugnis vor — weitere Zwischenrufe des Abg. Dr. Blenk)* —, ich zitiere: „Zu einem der wichtigsten industriellen Forschungszweige hat sich in den letzten Jahren die Energietechnik entwickelt: Ein Viertel der vom Fonds unterstützten Projekte betrifft Verfahren zur Verbesserung des Energieeinsatzes und des Recycling von Rohstoffen.“

Das heißt also: Wir haben der Energieforschung gar nichts entzogen, sondern es kommt nur einer anderen Stelle der Energieforschung zugute. *(Erneuter Zwischenruf des Abg. Dr. Blenk.)* Aber mit einer Verzehnfachung, Herr Kollege! Und das betrachten wir Freiheitlichen als einen Erfolg. *(Zustimmung bei der FPÖ. — Rufe und Gegenrufe zwischen den Abg. Dr. Blenk und Wille.)*

Es steht außer Zweifel, daß in Österreich noch lange nicht das für die Forschung getan wird, was auf Grund einer OECD-Empfehlung notwendig wäre. Beispielsweise wäre der Sollwert bei den Ausgaben für wirtschaftsbezogene Forschung und Entwicklung etwa 1,4 Prozent des Bruttonationalproduktes, während sich die tatsächlichen Ausgaben für die wirtschaftsbezogene Forschung 1980 in Österreich erst auf 0,8 Prozent des BIP beliefen. Aber wir wissen auf der anderen Seite auch, daß Forschung im Prinzip ein Faß ohne Boden ist. Wenn wir auf der einen Seite völlig berechtigterweise festhalten, daß mehr getan werden muß, haben wir auf der anderen Seite aber auch jene Fortschritte, die erzielt wurden und erzielt werden, zu registrieren.

Im übrigen haben wir ja noch einen zweiten

Dr. Stix

Fonds, den Fonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung. Auch er hat eine bescheidene Erhöhung erfahren, doch sollte — und da stimmen wir jetzt überein, Herr Kollege Dr. Blenk — nach unserer Auffassung dieser wissenschaftliche Forschungsfonds ebenfalls mehr erhalten. Aber mehr war eben angesichts des vorgegebenen Sparzieles nicht möglich. Immerhin hat er jetzt durch das Budget 1982 mehr bekommen, und damit ist auch jene Trendumkehr signalisiert, die für uns Freiheitliche Maßstab unserer Beurteilung ist.

Nun zum zweiten Punkt jenes Verhandlungsergebnisses, das wir heimbringen durften. Ich meine damit die Begabtenförderung. In Österreich ist das Begabtenstipendium, der Begabtenförderungsbetrag pro Kopf seit dem Jahr 1969 eingefroren, eingefroren bei 5 000 S. Nun wird dieser Betrag um 1 000 S auf 6 000 S pro Kopf aufgestockt werden als Folge eines freiheitlichen Gesetzesinitiativantrages, dem die Sozialistische Partei zustimmen wird.

Auch das betrachten wir Freiheitlichen als einen Erfolg, sicherlich aber nur als einen Anfangserfolg. Denn wir sind uns ja alle einig, daß die bestehende Begabtenförderung in Österreich komplett reformiert gehört. Das ist überhaupt keine Frage. Die Beratungen darüber haben begonnen, und auch wir Freiheitlichen werden dazu, so wie wir es in der Vergangenheit gemacht haben, unsere Vorstellungen einbringen.

Aber wir glauben, daß Reformieren nicht allein darin bestehen kann, ewig lange über eine Großreform zu beraten und inzwischen nichts zu tun. Wir glauben, daß es daneben noch eine Politik der kleinen Schritte geben muß. Und diese Aufstockung der Begabtenförderung von 5 000 S auf 6 000 S gehört für uns Freiheitliche zu der Politik der kleinen Schritte, die in dem Fall 10 Prozent der besten Studenten an den österreichischen Universitäten zugute kommt. Das ist praktische Politik im Sinne einer Elitebildung, zu der wir Freiheitlichen uns bekennen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Ich darf in diesem Zusammenhang mit einigen wenigen Sätzen auf die Diskussion eingehen, die von den Abgeordneten Peter und Schnell zum Thema Begabtenpolitik in Österreich hier begonnen wurde. Wir sehen das aus der Sicht der Hochschulpolitik und der Wissenschaftspolitik, zunächst einmal eingeschränkt auf den Bereich der Universitäten. Aber selbstverständlich ist es auch eingebettet in die allgemeine bildungspolitische Diskussion.

Die Massenuniversität hat sicherlich die Chancengleichheit und die Chancengerechtigkeit geschaffen, vor allem vollendet spätestens ab dem Zeitpunkt, zu dem das Studium gratis geworden ist. Der Zugang zu den Universitäten ist geöffnet, ist offen, die Chancengleichheit, die Chancengerechtigkeit ist da.

Es ist aber im Zuge der Entwicklung zur egalitären Universität die Begabtenförderung ins Hintertreffen geraten. Es gibt sie noch, aber es gibt sie nur mehr rudimentär und in einem völlig unbefriedigenden System.

Wir glauben, daß Österreich die Förderung seiner Hochbegabungen braucht. Für uns Freiheitliche ist das Wort „Elite“ nichts Negatives. Sosehr wir uns für Chancengerechtigkeit auf der einen Seite einsetzen, so sehr setzen wir uns für eine Hochbildung unserer Begabungen auf der anderen Seite ein. Denn entgegen gleichmacherischen Tendenzen ist es für uns Freiheitliche ganz selbstverständlich, uns zu jener Elite zu bekennen, die auf Können, Fleiß und Leistung beruht. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Wenn sich Österreich im immer härter werdenden internationalen Wettbewerb wirklich auf die Dauer gut behaupten will, dann braucht Österreich die Spitze, dann braucht Österreich die Spitzenleistung. Wir können es uns vor lauter Nivellierungsbestrebungen im gesamtösterreichischen Interesse in Zukunft einfach nicht mehr leisten, unsere Begabungen derart ungefordert zu lassen.

Lassen Sie mich zurückkehren zur Massenuniversität. Verehrte Frau Bundesminister! Ich habe von diesem Rednerpult oft gesagt, für mich ist das Wort „Massenuniversität“ nicht primär negativ belastet, sondern es drückt einfach aus, daß wir es heute mit sehr viel mehr Studierenden als in früheren Zeiten zu tun haben. Es wächst eine breite Akademikerschicht heran. Wenn diese heranwachsende Akademikerschicht mit dem damit notwendig verbundenen Begabungsniveau übereinstimmt, wenn damit nicht ein Absinken in Mittelmäßigkeit verbunden ist, sondern einfach die Spitze auf eine breitere Grundlage gestellt wird, dann haben wir Freiheitlichen gar nichts dagegen.

Aber wir sehen mit Sorge, daß die Entwicklung ja leider nicht so läuft. Eines der trübsten Kapitel auf diesem Gebiet ist nach wie vor die hohe Abbrecherquote. Sie liegt gegenwärtig bei etwa 45 Prozent. Auf der einen Seite eine hohe Abbrecherquote, aber auf der anderen Seite da und dort die Sorge betreffend einen Akademikerüberschuß.

Dr. Stix

Nun weiß ich sehr wohl, Frau Bundesminister, daß Sie die Auffassung vertreten, Studium kann Selbstzweck sein, daher kann es auch im Grunde genommen, von dieser Sinngebung her betrachtet, nie einen Akademikerüberschuß geben.

Man kann aber sehr wohl einen Akademikerüberschuß analysieren, wenn man sich die Frage stellt: Stimmen Bildungssystem und Arbeitssystem überein? Und hier ist das Thema der Entkoppelung angeschnitten. Wir Freiheitlichen meinen, daß diese Fragen noch nicht restlos beantwortet sind.

Ich kann Ihnen aber in einem Punkt durchaus folgen, Frau Bundesminister, ich kann Ihrer Auffassung folgen, daß der Wert eines Studiums auch in diesem Studium selber liegt, unbeschadet der späteren beruflichen Tätigkeit. Nur tauchen dann zwei Fragen auf.

Frage Nr. 1: Darf ein Studium, das nur Selbstzweck ist, wirklich gratis sein? Haben die auf solche Art Studierenden das Recht, vom Steuerzahler, von der werktätigen Bevölkerung die volle Bezahlung ihres Studiums zu verlangen, wenn der Abschluß des Studiums dann nicht zu einer Tätigkeit führt, an der die Gesellschaft Interesse hat? Das ist die eine Frage, Frau Bundesminister.

Die andere Frage lautet aber: Sagen wir heute unseren Studenten die Wahrheit bezüglich ihrer Berufsaussichten? In der Tat stellen wir heute eine totale Verunsicherung der Studenten fest. Ein Teil dieser Unzufriedenheit manifestiert sich auch in den Streiks, zu denen ich nachher noch etwas sagen möchte.

Sie selbst, Frau Bundesminister, haben anlässlich der Inskriptionsfrist in diesem Herbst, wie ich aus der „Presse“ entnehme, die Studienanfänger beschworen, das Studium gut zu überlegen. Ich zitiere aus der „Presse“ vom 15. September 1981. Es heißt da:

Eindringlich beschwor Firnberg angesichts des Inskriptionsansturmes die Studienanfänger, sich ihre Wahl des Fachs gründlich zu überlegen. Vor allem warnte die Ministerin vor der oft anzutreffenden Gewohnheit, Fragen der späteren Berufstätigkeit überhaupt nicht zu berücksichtigen.

Frau Bundesminister! Mit dieser Warnung beschreiten Sie genau den Weg, von dem ich hier wiederholt gesprochen habe, daß wir nämlich alle gemeinsam die Verpflichtung haben, den Studenten die Wahrheit zu sagen. Wir müssen ihnen gegenüber erklären: Jawohl, ihr könnt studieren, wenn ihr das Zeug dazu habt, ihr studiert sogar gratis. Die Steuerzahler strengen sich von Jahr zu Jahr

mehr an, die Hochschulen noch besser zu dotieren. Aber ihr, die ihr studiert, müßt euch genau überlegen, was dann beruflich weiter geschieht. Ihr habt nämlich keinen Garantiebrief dafür in der Tasche, später jenen Beruf ergreifen zu können, den ihr euch möglicherweise auf Grund dieses Studiums erwartet. Wenn, Frau Minister, diese Ihre heuer ausgesprochene Warnung an die Studenten dem gleichen freiheitlichen Bestreben, unserer studierenden Jugend die Wahrheit zu sagen, entspricht, dann freue ich mich, Frau Bundesminister, daß unsere freiheitlichen Appelle in dieser Richtung offensichtlich gefruchtet haben. (Beifall bei der FPÖ.)

Ich möchte noch einmal kurz auf die Abbrecherquote zurückkommen, um an einem Beispiel zu demonstrieren, wie absurd zum Teil die studentische Diskussion im Rahmen der jüngsten Streikbewegung um das AHStG ist. Unter anderem wurden die Kurzstudien angegriffen, die wir als neue Form des Studiums in dieser Novelle im Allgemeinen Hochschul-Studiengesetz eingeführt haben. Die Kurzstudien wurden als eine Art Abwertung des Akademikerstudiums beurteilt. Wir haben jedoch dabei gedacht, daß man jenen, die sich über die Mitte eines Studiums nicht mehr hinaussehen fertig zu studieren, irgendwie auch die Möglichkeit geben sollte, wenn sie schon an der Universität sind, mit einem gewissen, sogar titelmäßig ausgewiesenen Abschluß in einem Teilbereich die Universität zu verlassen und mit einer sinnvollen, nachweisbaren Ausbildung in das Berufsleben hinauszutreten.

Das heißt also, wir haben uns — ich glaube, alle drei Parteien gemeinsam — sehr wohl den Kopf darüber zerbrochen, was man tun kann, um das beklagenswerte Los der Abbrecher zu mildern. Das war eines der Motive. Ausgerechnet diese Kurzstudien werden nunmehr von Teilen der Studentenschaft als eine Abwertung des Akademikerstudiums angesehen. Dies nur als Beispiel, wie irrational, wie unlogisch vielfach die Diskussion auf dem Hochschulboden abläuft.

Damit in Zusammenhang möchte ich einiges zu der Streikbewegung sagen. Auslösendes Moment für diese Streiks war nicht die Novelle zum Allgemeinen Hochschul-Studiengesetz, sondern war eindeutig der daraus erlassene Erlaß. Dieser Erlaß, Frau Bundesminister, war überflüssig, er war darüber hinaus ungeschickt und — ich möchte sogar noch weitergehen, ich habe den Wortlaut des Erlasses verglichen mit dem Wortlaut des Gesetzes — dieser Erlaß war einschränkend gegenüber

Dr. Stix

dem, was der Drei-Parteien-Gesetzgeber damit wollte.

Wenn man sich den § 45, insbesondere den Absatz 6, im AHStG anschaut, dann ist dort ganz eindeutig normiert — ich lese wörtlich —:

„Auf ordentliche Hörer, die ihr Studium vor dem Wintersemester 1966/67 begonnen haben oder noch vor dem Inkrafttreten der für ihre Studienrichtung zu erlassenden besonderen Studiengesetze, Studienordnungen und Studienpläne beginnen werden, sind die derzeit für die betreffende Studienrichtung geltenden besonderen Studienvorschriften weiter anzuwenden ...“

Ich behaupte, daß die Übergangsbestimmungen im Artikel II diesen § 45, so wie ich ihn jetzt zitiert habe, nicht einschränken, sondern lediglich das Wahlrecht des Studierenden noch einmal unterstreichen.

Tatsächlich hat aber der Erlaß hier ausgelegt, als ob das Studium neu Beginnende dieses Wahlrecht nicht mehr hätten, und hat damit, wie ich meine, unglücklicherweise den Willen des Gesetzgebers fehlinterpretiert.

Frau Bundesminister! Für diese Fehlleistung Ihres Ministeriums haben Sie die Quidung in Form dieser Streikbewegung erhalten. Es ist bedauerlich, in welchen Formen sich diese Streikbewegung abgewickelt hat. Ich kann mich diesbezüglich nur den Worten meines Vorredners Sepp Wille anschließen. Es ist richtig, daß auch den gewählten Studentenvertretern hier die Dinge aus der Hand geglitten sind, daß einige wenige Radikalinskas das Heft in die Hand genommen haben und daß hier wiederum in der Öffentlichkeit zum Schaden der Studenten ein Eindruck von den Studierenden entstanden ist, den wir alle nur bedauern können. Namens der 90 Prozent anständig und fleißig Studierender erkläre ich hier für die freiheitliche Fraktion, daß wir uns ebenfalls von diesen radikalen Gruppen, die nur geeignet sind, durch ihr unqualifiziertes Tun die große Mehrheit der fleißig Studierenden zu diskriminieren, distanzieren. (Beifall bei der FPÖ.)

Alles andere, was es rund um diese Proteste gegen das AHStG gegeben hat, kann man durchaus einer sachlichen Beratung unterziehen. Nur meine ich, Frau Bundesminister, wenn man die Gesetzesstellen, die einer Kritik unterzogen wurden, richtig interpretiert, dann löst sich diese Kritik in weitesten Bereichen in Nichts auf. Daß wir Doppelinskriptionen in der gleichen Studienrichtung verhindern wollten, das war ja ein Motiv. Wir wollten einen gewissen „Prüfungstourismus“

unterbinden. Wenn es dabei auch, wie ich höre, beispielsweise in Graz zwischen der Technischen Universität und der Grazer Universität zu bestimmten Fächern wie Chemie Probleme gegeben hat, dann ist das meines Erachtens ein Grund dafür, in einem vernünftigen Erlaß diese Dinge richtig zu interpretieren, denn der Wille des Gesetzgebers ist recht eindeutig.

Wenn auf der anderen Seite beispielsweise eingewendet wird, die AHStG-Novelle diskriminiere die Ausländer, muß ich für meine Fraktion diese Kritik zurückweisen. Wir haben niemals in dieser Novelle verlangt — der Gesetzgeber hat dies nicht getan —, daß das Studium in Österreich vom Vorhandensein eines Studienplatzes im Heimatland abhängig ist. Wir wollten lediglich dafür Sorge tragen, daß die Berechtigung zum Studium niveaumäßig, ausbildungsmäßig, reifemäßig einigermaßen adäquat ist, wobei wir sogar so großzügig waren und ohne nähere Prüfung gesagt haben, wenn im Heimatland der betreffende Ausländer studienberechtigt wäre, dann sollte er ungeschauter Weise auch in Österreich studieren dürfen. Das hat mit Diskriminierung überhaupt nichts zu tun und richtet sich am allerwenigsten gegen die Entwicklungsländer. Mir ist diese studentische Kritik am AHStG völlig unverständlich.

Ich will keineswegs jetzt auf alle Punkte eingehen, das würde hier zu weit führen. Als Wissenschaftssprecher der freiheitlichen Fraktion habe ich sämtlichen gewählten Studentenvertretern seit Wochen auch unsere Gesprächsbereitschaft mitgeteilt. Der Wissenschaftssprecher der FPÖ wird genauso wie die der anderen Parteien den Studentenvertretern zur Verfügung stehen.

Aber wenn sich im Zuge dieser Protestbewegung Äußerungen artikulieren wie Universitätsreform, zuwenig Mitbestimmung und so weiter oder von Rektorseite Kritik am UOG geübt wird, dann darf ich für die freiheitliche Fraktion nur noch einmal feststellend in Erinnerung rufen, daß wir dem UOG seinerzeit keineswegs zugestimmt, sondern es abgelehnt haben. Jede Kritik, die sich darauf bezieht, kann sich also sicherlich nicht auf die Haltung der Freiheitlichen Partei beziehen. *(Präsident Thahammer übernimmt den Vorsitz.)*

Es ist eine andere Sache, von der gegebenen Rechtslage nunmehr auszugehen und an den gemeinsamen Bemühungen teilzunehmen, die nun einmal stattgehabte Universitätsreform doch noch auf ein gutes Geleise zu bringen. Soweit zu dieser Streikbewegung der jüngeren Zeit.

Dr. Stix

Nun noch einiges zum Kapitel Forschung und Lehre. Wir haben, das ist eine Folge unserer Massenuniversität, ein Auseinanderklaffen zwischen Zahl der Studenten und Zahl der Lehrpersonen. Obwohl auch die Zahl der Lehrpersonen enorm gesteigert wurde, hat sie doch nicht Schritt gehalten mit der immer noch rasant anwachsenden Zahl der Studierenden. Die Planstellen für das wissenschaftliche Personal haben in ihrer Aufstockung nicht Schritt gehalten. Dieser Situation sehen wir uns voraussichtlich noch eine ganze Reihe von Jahren, wahrscheinlich bis gegen Ende der achtziger Jahre, gegenüber.

Im Zuge dieser Entwicklung hat der akademische Mittelbau an Bedeutung gewonnen. Zu einem ganz erheblichen Teil ruhen die Last der Lehre und die Last der Betreuung der Studenten auf den Schultern der Universitätsassistenten. Wir alle wissen, wie sehr die Probleme der Universitätsassistenten ungeklärt sind. Mit Recht ürgieren die Universitätsassistenten eine Reform des Hochschullehrerdienstrechtes. Mit Recht sind sie darüber verärgert, daß sich die Verhandlungen seit Jahren hinschleppen. Aber als noch mehr zu Recht bestehend muß man die Verbitterung betrachten, die sich in den Reihen der Assistenten darüber ausbreitet, daß eines der Hauptprobleme der bestehenden Assistentenschaft offenbar nicht gelöst werden kann: Ich meine damit das Problem jener ungefähr 12 Prozent aller Universitätsassistenten umfassenden Gruppe, die schon so lange an der Universität ist, daß sie nicht mehr ohne schwere berufliche Nachteile von der Universität weg kann, diese Gruppe aber auf der anderen Seite auch keine Möglichkeit mehr hat, eine Laufbahn zu beschreiten, die zur Professur führt.

Hier müssen wir uns unbedingt die Frage vorlegen, wo denn die richtige Lösung für diese genau umschriebene Gruppe der Universitätsassistenten ist. Und dafür möchte ich heute aus freiheitlicher Sicht einen Vorschlag vorbringen.

Ich glaube, daß wir die Probleme dieser genau definierten Assistentengruppe nicht im Rahmen eines allgemeinen Hochschullehrerdienstrechtes lösen können, das für alle in gleicher Weise gilt. Wir benötigen für diese Gruppe der Universitätsassistenten ein spezielles Maßnahmengesetz. Ich könnte mir das so vorstellen — und dieser Vorschlag soll als ein Denkanstoß aufgefaßt werden —, daß man die Zahl dieser Gruppe in Verbindung setzt zu der noch immer steigenden Zahl der Studenten, die zu einem Kulminationspunkt etwa Ende der achtziger Jahre führt, dann aber

abfällt. Das heißt, würden wir heute gewissermaßen für alle Ewigkeit Planstellen schaffen, die den steigenden Studentenzahlen gerecht wären, hätten wir — und das ist ein Einwand, Frau Bundesminister, der ja auch schon von Ihnen gekommen ist und der durchaus etwas für sich hat — etwa um die neunziger Jahre, Anfang der neunziger Jahre wahrscheinlich relativ zu viele Planstellen für die dann sinkende Zahl der Studierenden.

Wenn wir nun aber sagen, lassen wir doch für diesen Zeitraum der noch steigenden und erst später abfallenden Studentenzahlen diese Gruppe der besonders lang dienenden Universitätsassistenten im Wege eines speziellen Maßnahmengesetzes an der Universität, dann könnten wir damit zwei Fliegen auf einen Schlag treffen: Wir könnten auf der einen Seite die berufliche Lage dieser arg benachteiligten Gruppe stabilisieren und deren soziale Fragen lösen. Wir könnten auf der anderen Seite damit aber auch den Lehrerberuf für diese steigenden Studentenzahlen so lösen, daß mit dem Absinken der Studentenzahlen auch die Planstellen wieder zurückgehen.

Man müßte zu diesem Zweck das spezielle Maßnahmengesetz, das mir vorschwebt, lediglich an eine Jahrgangsbegrenzung anknüpfen, sodaß es von Universitätsassistenten späterer Jahrgänge nicht mehr in Anspruch genommen werden kann. Damit würden wir auch dem zweiten Problem begegnen können, das darin besteht, daß ein auf die Dauer Halten von Universitätsassistenten an der Universität die Nachwuchsassistentenschaft blockiert.

Alle diese Gesichtspunkte ließen sich wahrscheinlich in einem solchen speziellen Maßnahmengesetz für die Gruppe der langdienenden älteren Universitätsassistenten regeln. Diese Gruppe würde dann schließlich durch den völlig natürlichen Abgang auslaufen, und das würde terminlich zusammenfallen mit dem Zeitpunkt, zu dem in der Vorausschau die Zahl der Studenten wieder fallen wird. Wir glauben, hiermit einen Denkanstoß für die Lösung des so schwierigen Problems der Universitätsassistenten geben zu können.

Denn eines — und damit komme ich schon zum nächsten Abschnitt, über den ich noch einige Sätze verlieren möchte — dürfen wir hier nicht aus den Augen verlieren: Durch die Massenuniversität hat die Lehre an unseren Hohen Schulen ein derartiges Gewicht bekommen, daß die Forschung bereits darunter leidet. Und gerade diese ältere Universitätsassistentenschaft hat aber auch bereits

Dr. Stix

wesentliche Teile der Aufgaben innerhalb der universitären Forschung mitübernommen.

Wir brauchen die Forschung an den Universitäten! Obwohl es einen internationalen Trend gibt, immer mehr Teile der Forschung aus den Universitäten herauszunehmen, zu verselbständigen, ja sogar zu internationalen außeruniversitären Großprojekten der Forschung zusammenzufassen, dürfen wir doch nicht übersehen, daß die lebendige Quelle für die Forschung nach wie vor die Hochschulforschung in ihrer ganzen Breite ist. Wir Freiheitlichen werden es nicht zulassen, daß durch ein Überhandnehmen der Lehraufgaben die Hochschulforschung immer weiter ins Hintertreffen gerät. Wir Freiheitlichen werden das nicht zulassen! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Wir brauchen die Forschung an den Universitäten und daher können wir auch nicht auf besonders erfahrene Teile unseres akademischen Mittelbaues verzichten.

Im übrigen nehme ich an, daß diese Frage, sehr geehrte Frau Bundesminister, in Ihrem Forschungskonzept für die achtziger Jahre enthalten sein wird. Wir warten mit Geduld, um nicht zu sagen, wir warten schon sehr ungeduldig auf dieses immer wieder angekündigte Forschungskonzept, das jetzt angeblich in einem Entwurf vorliegt und, wenn ich richtig informiert bin, im Jänner/Februar dann umfassend beraten werden soll. Ich werde mich daher heute eher zurückhalten, was die Bewertung Ihrer Forschungspolitik betrifft, weil ich doch annehme, daß dieses vor der Tür stehende Forschungskonzept für die achtziger Jahre dann die eigentliche Diskussionsgrundlage für die Forschungspolitik in Österreich sein wird.

Lassen Sie mich abschließend zu einem ganz anderen Kapitel etwas sagen. Es hängt mit der Südtirol-Politik zusammen und mit der Universität Innsbruck als einer Universität, von der wir Freiheitlichen uns vorstellen, daß sie die eigentlich gegebene Landesuniversität für beide Teile Tirols sein sollte, für das österreichische Tirol und für Südtirol. Es ist unser Ziel — und wir befinden uns darin in Übereinstimmung mit wesentlichen und maßgeblichen Sprechern der Südtiroler Hochschülerschaft —, die Universität Innsbruck zu einer Landesuniversität für das kulturell gesamte Tirol auszubauen.

Dazu gehört freilich etwas, was fürs erste vielleicht verblüffend klingt, aber völlig auf der Linie einer konsequenten Betrachtung liegt. Wenn ich Innsbruck als Landesuniversität auch für Südtirol haben will, dann muß ich den Südtiroler Studenten die Möglichkeit

geben, auch jene italienischen Rechtsfächer in Innsbruck zu lernen, die sie benötigen, um dann in Südtirol im italienischen Staatsgebiet einen Beruf entsprechender Art ausüben zu können.

Daher hat auch beim letzten Landesparteitag in Tirol die Freiheitliche Partei eine Resolution gefaßt, die diesen Ausbau des Unterrichts der italienischen Rechtsfächer an der Universität Innsbruck fordert und begrüßt, weil wir nämlich glauben, daß dies eine wesentliche Voraussetzung dafür ist, die Universität Innsbruck zur Landesuniversität auch für Südtirol zu machen.

Frau Bundesminister! Ich habe Ihnen diesbezügliche Fragen im Ausschuß gestellt. Ich kann mit Genugtuung feststellen, daß Sie wohlwollende Erklärungen dazu abgegeben haben. Sie haben erklärt, Sie würden alles in Ihrer Macht Stehende tun, um die notwendigen remunerierten Lehraufträge im Sinne eines solchen Ausbaues der Universität Innsbruck zur Landesuniversität auch für Südtirol zu organisieren und zu finanzieren. Ich würde mich freuen, Frau Bundesminister, wenn Sie diese Ihre im Ausschuß gegebene Erklärung auch hier im Hohen Haus wiederholten.

Für uns Freiheitliche ist diese Südtirolfrage nicht nur eine Herzensangelegenheit, weil es um Südtirol geht, es ist uns auch eine europäische Angelegenheit, weil wir glauben, daß nichts so sehr berufen ist, zur europäischen Gemeinsamkeit beizutragen, wie eine europäooffene Hochschulpolitik. Wir Freiheitlichen wünschen uns darüber hinaus nicht nur eine europäooffene Hochschulpolitik, sondern überhaupt eine weltweit offene österreichische Wissenschaftspolitik. Darum, genau für diesen Zweck, wollen wir, daß Österreich wissenschaftlich Spitze ist. Wir bekennen uns auch zu einer Leistungselite in der Wissenschaft für Österreich, für Europa, für die Welt! *(Beifall bei der FPÖ.)* 17.12

Präsident Thalhammer: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Dr. Höchtel. Ich erteile es ihm.

17.12

Abgeordneter Dr. **Höchtel** (ÖVP): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Hohes Haus! Ich möchte zunächst auf meine beiden Vorredner, den Abgeordneten Dr. Stix und den Kollegen Wille, kurz eingehen.

Herr Dr. Stix! Es mutet schon etwas sonderbar an, wenn Sie Ihre Begründung, daß Sie heuer diesem Budget im Wissenschafts- und Forschungsbereich zustimmen, damit zu

Dr. Höchtl

machen versuchen, indem Sie sagen, es ist halt der gesamte Aufwand, der den Bereich des Forschungsförderungsfonds insgesamt ausmacht, nicht um 8 Prozent, sondern nur um 4,8 Prozent gegenüber dem Jahr 1981 gekürzt worden. Herr Dr. Stix, ich glaube, so eine Begründung für eine Trendumkehr im Abstimmungsverhalten, obwohl beispielsweise die Energieforschung um 10 Millionen Schilling gekürzt wird und der Forschungsfonds noch im Jahre 1981 309 Millionen Schilling bekam, während er im Jahre 1982 trotz dieser dazugekommenen 10 Millionen Schilling nur 294 Millionen Schilling erhalten wird. Derartiges haben wir als Begründung hier im Hause noch nicht erlebt. *(Zustimmung bei der ÖVP. — Zwischenrufe bei der FPÖ.)*

Ich weiß, Kollege Bundesparteivorsitzender der Freiheitlichen Partei Steger, Sie hören diese Argumentation nicht gerne. Aber das sind ganz einfach jene Zahlen, die Dr. Stix als wesentliche Begründung seines Meinungswandels hier dokumentiert hat, wir können nur das heranziehen, was er gesagt hat, und wir glauben nicht, daß das eine sinnvolle, fundierte Begründung sein kann. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Zum zweiten. Dem Kollegen Wille, der gerade nicht da ist, wollte ich folgendes sagen: Ich meine, er hat diesmal eine Fülle *(Zwischenrufe des Abg. Dr. Steger.)* — Kollege Steger, zuhören! —, Kollege Wille hat diesmal eine Fülle von Zahlen genannt, teilweise in einer sehr, sehr emotionellen Form argumentiert, was bei ihm eher ungewöhnlich ist, und hat unter anderem ein Argument gebracht, was, so glaube ich, sicherlich als kennzeichnend für den Glaubwürdigkeitsgrad der gesamten Argumentation aufgefaßt werden kann. Kollege Wille hat gesagt: Es entfallen an den österreichischen Universitäten 13 Studenten pro Professor. Dem muß man insoweit dagegenargumentieren — er hat das leider als Argumentation gesagt —, dem muß man insoweit entgegenhalten, daß im Hochschulbericht 1981, den wir erst vor kurzem erhalten haben, steht, daß insgesamt 73 ordentliche Hörer je Planstelle für einen ordentlichen oder außerordentlichen Professor in Frage kommen. Um noch ein anderes Extrem zu nennen — Kollege Nowotny, Sie wissen es ganz genau: An der Wirtschaftsuniversität sind es ganze 142 ordentliche Hörer, die auf eine Planstelle pro ordentlichen Professor oder außerordentlichen Professor kommen; das heißt, das Elffache dessen, was der Kollege Wille als den hervorragenden Wert erwähnt hat. Ich glaube, mit diesem einen Beispiel erübrigt sich ganz einfach all das, was man seinen verschiedenen Argumenten

gegenüberstellen könnte. Es ist eine Charakterisierung dessen, wie glaubwürdig seine Argumentationslinie gewesen ist. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich möchte mich nach diesen zwei Bemerkungen zu den Vorrednern, dem Wissenschaftskapitel gewidmet, nun dem Unterrichtskapitel zuwenden und in dem Bereich insgesamt auf drei Punkte eingehen.

Zunächst, Herr Unterrichtsminister: Wir haben jedes Jahr eine relativ ausführliche, zumindest aber auch heftige Debatte über das, was das Bundestheaterdefizit in diesen letzten Jahren an Entwicklungen genommen hat. Sie und ich wissen ganz genau, daß es Ihnen meist sehr, sehr unangenehm ist, daß Sie einen Großteil Ihrer Wahlkampfargumentation in den Jahren 1969 und 1970 mit diesem enormen Bundestheaterdefizit geführt haben, das — und das muß immer wieder in Erinnerung gerufen werden — im Jahre 1969 ganze 352 Millionen Schilling betragen hat. Warum sage ich also, daß es 352 Millionen Schilling betragen hat? Man muß sich, Ihre Argumente in Erinnerung rufend, die Zahlen der letzten Jahre nur ins Bewußtsein führen, um ungefähr bewerten zu können, was eigentlich die Glaubwürdigkeit Ihrer damaligen Argumentation bei den Nationalratswahlen 1970 ausmachte.

Wir haben in den Jahren 1970, 1971, 1972 nicht eine Verringerung des Bundestheaterdefizits erreicht. Im 71er Jahr ist es auf 428 Millionen Schilling hinaufgeschnellt, also keine Reduzierung, im 72er Jahr auf 491 Millionen Schilling, im 78er Jahr — um einen Sprung zu machen — haben wir bereits die 1 000-Millionen-Grenze an Bundestheaterdefizit übersprungen. Es war im Jahre 1979 mit 1 076 Millionen Schilling, im Jahre 1980 mit 1 116 Millionen Schilling gekennzeichnet. 1981 haben wir 1 205 Millionen Schilling an Defizit im Bundestheaterbereich verzeichnen können, und das Jahr 1982 bringt wiederum einen neuerlichen Rekord an Defizit im Bundestheaterbereich mit 1 300 925 000 Schilling hervor.

Herr Bundesminister! Das ist eine Kette von Zahlen, die wirklich gerade das Gegenteil dessen in der Tat gebracht hat, womit Sie im Jahre 1969/70 soundso viele Wähler zu gewinnen versucht haben, indem Sie versprochen haben, eine grundsätzliche Umkehr, was das Defizit im Bundestheaterbereich anbelangt, herbeizuführen. Wir haben jetzt ganz einfach das Gegenteil. Wenn in verschiedenen Bereichen eine derartige Politik geübt wird, daß man großartige Ankündigungen macht, aber dann das Gegenteil dessen in der praktischen

Dr. Höchl

Politik erfolgt, dann kann man doch nicht glauben, daß das zu einer höheren Glaubwürdigkeit in der Politik beiträgt, daß das zu einer höheren Glaubwürdigkeit der Politiker beiträgt und daß das zu einer höheren Glaubwürdigkeit einer Regierung beiträgt. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wir sind als Österreichische Volkspartei jedenfalls dieser Auffassung, daß Sie möglichst bald — in den letzten zehn Jahren haben Sie es nicht gemacht — ein solides, ein fundiertes Konzept zur echten Verringerung des Defizits der Österreichischen Bundestheater diesem Hohen Haus vorlegen sollen, wollen Sie mit der gesamten Ankündigungspolitik des Bundeskanzlers Kreisky endlich einmal ernstgenommen werden. Ansonsten ist das eine reine Ankündigungspolitik, das Gegenteil dessen wird in der praktischen Politik verwirklicht. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Zu einem zweiten Bereich, Herr Bundesminister, der Sie auch betrifft. Wir haben lange Zeit jedes Jahr über die Förderungsansätze, was die Jugendförderung anbelangt, verhandelt.

Sie haben bereits in den Jahren 1971 bis 1973 jeweils das Versprechen abgegeben, daß der Betrag für die Jugendförderung dem für die Erwachsenenbildungsförderung gleichgesetzt werden wird. Wir haben in den letzten Jahren eine sehr, sehr schwierige Förderungssituation bei den Jugendorganisationen erleben können. Aber das, was wir für das Budget 1982 in Ihrem Ansatz vorfinden, ist ganz einfach ein nominelles Niveau, das wir schon im Jahre 1974 erreicht hatten.

Herr Bundesminister! Ich glaube tatsächlich, daß das, was Sie hier mit diesen Ansätzen den 17 Jugendorganisationen im Bundesjugendring, die rund 700 000 Mitglieder umfassen, bieten, einen wahren Tiefpunkt in der Jugendförderung darstellt. Wenn vom Jahr 1981 auf das Jahr 1982 in nominellen Zahlen von 42,5 Millionen auf 40,3 Millionen der gesamte Jugendförderungsbereich reduziert wird, die Inflationsraten gar nicht hier eingerechnet, so können Sie sich wahrlich vorstellen, wie schwierig die Situation für die einzelnen Jugendorganisationen ist, die ja gerade in einer Zeit, in der zunehmend Probleme mit den einzelnen Jugendlichen auftreten, mehr an Aktivitäten zu setzen hätten, mehr Angebotsmöglichkeiten zu schaffen hätten. Sie werden sich wahrlich schwertun, mit einem derartig reduzierten Budgetansatz zu Rande zu kommen.

Ich glaube, die vorgelegten Zahlen beweisen, daß Sie zwar in Diskussionen groß ver-

künden, wie stark Ihre Jugendfreundlichkeit ist, aber dann, wenn Sie den konkreten Beweis antreten könnten, das Gegenteil erfolgt. Das ist nicht eine Politik, von der wir von der Österreichischen Volkspartei sagen können, sie wäre glaubwürdig und den Interessen der jugendlichen Österreicher tatsächlich entsprechend. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Nun zum dritten Bereich. Als Sportsprecher der Österreichischen Volkspartei ist es auch eine Aufgabe, innerhalb des Unterrichtskapitels gewisse Probleme und Ansätze im Sport zu erörtern. Wenn wir eine kurze diesbezügliche Sportdiskussion führen, ist es notwendig, uns einige Eckdaten in Erinnerung zu rufen, damit wir gewisse Größenordnungen haben, wie viele Personen davon betroffen sind.

Wir haben in Österreich derzeit rund 10 500 Sportvereine mit eingeschriebenen 1 580 000 Mitgliedern. Das heißt, rund 20 Prozent der gesamten Österreicher sind Mitglieder in einem Sportverein. Wir haben rund 50 000 ehrenamtliche aktive Funktionäre in diesen Sportvereinen. Rund 34 Prozent aller Österreicher betreiben laut ihren eigenen Angaben derzeit aktiv Sport. Das heißt, es ist eine große Gruppe von Menschen, die sich, natürlich von den jeweiligen Förderungsansätzen abhängig, diesem auch gesundheitspolitisch wichtigen Bereich widmen.

Wie ist nun, wenn man eine Globalbeurteilung Ihrer Sportförderungsansätze vornimmt, tatsächlich dieses Sportbudget ausgestattet? Wir müssen auch leider feststellen, daß in den letzten zwei Jahren eine beachtliche Kürzung des Sportbudgets seitens Ihres Ministeriums vorgenommen worden ist. Haben wir noch im Jahre 1980 eine nominelle Sportförderung von 79,5 Millionen und im Jahre 1981 eine von 78,7 Millionen gehabt, so wird sie im Jahre 1982 gar nur mehr 74 Millionen nominell betragen. Das heißt also, allein im Sportbereich ist es eine Summe von 5 560 000 S, die Sie diesen verschiedenen Verbänden und Aktivitäten im Vergleich zum Jahre 1980 vor enthalten. Das ist, mit der Inflationsrate von rund 12 Prozent und dieser nominellen Reduktion von 7 Prozent gerechnet, eine Verringerung um fast 20 Prozent. Und was 20 Prozent, also ein Fünftel an Verringerung, im Sportbudget bedeuten, wissen Sie auf Grund Ihrer vielen Kontakte und vielen Erfahrungen ganz genau!

Ich glaube, hier müssen Sie auch einmal, auch in Worten, auch in der Öffentlichkeit bekennen, daß das, was Sie jeweils an schönen Worten in schönen Sonntagsreden den vielen Sportinteressierten Österreichs sagen,

Dr. Höchtl

mit dem, was Sie in der konkreten Budgetpolitik an Taten setzen, überhaupt nicht übereinstimmt. Das ist eine Haltung auch im Sportbereich, die wir als Österreichische Volkspartei nicht akzeptieren können. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Herr Bundesminister, es geht ja nicht nur um die Zahlen des konkreten Sportbudgets. Sie wissen ganz genau, daß insbesondere in den letzten Monaten, und sogar gehäuft in den letzten Wochen, sehr viele Probleme von Sportvereinen auftreten. Ich glaube, daß Sie als zuständiger Minister auch eine Notwendigkeit, eine Verpflichtung sehen müßten, mit Ihrem Kollegen Finanzminister diesbezüglich ein ernstes Wort zu reden.

Herr Minister! Ich habe mir nur einige der Zuschriften kurz zusammengestellt, die in den letzten Wochen gekommen sind. Beispielsweise erhält der Sportverein Furth bei Göttweig eine Steuernachzahlungsvorschreibung von 170 000 S. Ich habe eine ganze Reihe derartiger Beispiele, daß massiv, insbesondere konzentriert in Niederösterreich, mit derartigen Steuervorschreibungen der Ruin von Sportvereinen erzeugt wird und gleichzeitig, weil ja eine entsprechende Haftung auch der Vorstandsmitglieder gegeben ist, eine zunehmende Nichtbereitschaft von Funktionären entsteht, überhaupt eine derartige verantwortungsvolle Funktion zu übernehmen.

Ich glaube, wir haben im Bereich des Sports jetzt einen Zeitpunkt erreicht, zu dem es dringend notwendig wäre, daß sich der Minister, der gerade mittels des Sports große Publizität erlangt hat, endlich mit dem Finanzminister zusammensetzen sollte, um dieser Tendenz ein Ende zu bereiten. Denn wir haben ein Interesse daran — ich glaube, auch Sie müßten ein Interesse daran haben —, daß die vielen aktiven Vereine tatsächlich die Möglichkeit haben, weiterhin, ohne durch das Damoklesschwert der Finanzbehörde andauernd bedroht zu sein, diese wertvolle, im gesundheitspolitischen, im sportpolitischen, im freizeitpolitischen Bereich gelegene Arbeit für Tausende und Abertausende Österreicher zu leisten. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich weiß, wir werden morgen in einer Novelle zum Gewerbesteuergesetz und zum Körperschaftsteuergesetz versuchen, eine kleine Erleichterung damit zu finden, daß ein Freibetrag festgelegt wird. Aber ich bitte Sie, Herr Unterrichtsminister, reden Sie mit Ihrem Finanzminister, daß auch all jene Vereine, die in den letzten Monaten auf Grund von nicht geklärten gesetzlichen Bedingungen tatsächlich in eine furchtbare Lage gekommen sind, aus dieser Malaise heraus-

kommen, denn ich weiß, wie betroffen diese Hunderte von Funktionären in den einzelnen Vereinen sind. Ich glaube, das wäre im Interesse der Aufrechterhaltung des österreichischen Sports eine vorrangige Aufgabe, der sich auch der für Sport zuständige Unterrichtsminister zu widmen hätte.

Zu einem weiteren Punkt im Sportbereich. Wir wissen, daß auch größere Förderungsbeiträge jedes Jahr für den Sportstättenbau ausgeschüttet werden. Ich habe mir in einer parlamentarischen Anfrage die einzelnen Beträge von Ihnen geben lassen. Rund 30 Millionen waren es für das Jahr 1980.

Ich habe mit einigen Kollegen in den einzelnen Ländern durchzuanalysieren versucht, ob diese Förderung nach objektiven, parteipolitisch unbeeinflussten Momenten vorgenommen wird. Herr Minister! Wenn diese Analyse nur annähernd wirklich stimmt, die wir in allen neun Bundesländern vorgenommen haben und die zeigt, daß von den 30 Millionen rund 16 Millionen in Vereine und Gemeinden geflossen sind, bei denen wir auf Grund von entsprechenden Analysen festgestellt haben, daß sie entweder ASKÖ-Vereine oder dem nahestehend sind, während sowohl Union als auch ASVÖ und die verschiedenen anderen Verbände von den 30 Millionen nur 14 Millionen, also weniger als die Hälfte, erhalten haben, dann, glaube ich, ist es mit dieser unparteilichen Vergabe nicht weit her.

Ich glaube, Herr Minister, diese Zahlen, diese Analysen wären es wert, daß eine gemeinsame Überprüfung erfolgt und daß Sie sich in den kommenden Jahren von dieser zumindest im Jahre 1980 geübten Praxis abkehren. Denn das wäre etwas, was den tatsächlichen Zahlenverhältnissen und den Quantitäten, die die österreichischen Verbände darstellen, keineswegs entspricht. Ansonst müßte man Ihnen den durch diese Zahlen berechtigten Vorwurf einer doch mit einigen parteipolitischen Akzenten versehenen Förderungspolitik im Sportstättenbau machen. Ich glaube, Herr Minister, es wäre richtig, wenn Sie sich also gerade in den kommenden Jahren von dieser Tendenz — vielleicht war es im Jahre 1980 erstmalig und einmalig — einer doch mit einigen parteipolitischen Akzenten versehenen Förderungspolitik abwenden würden.

Eine nächste Frage betrifft die verschiedenen Sportveranstaltungen auf dem schulischen Bereich. Herr Bundesminister! Sie wissen — und das wird allgemein sehr wohl geschätzt —, daß sehr viele Schulen an den Schülerligen Fußball, Volleyball et cetera teilnehmen, Meisterschaften veranstaltet werden

Dr. Höchtl

und sich diese Veranstaltungen eines relativ großen Interesses erfreuen.

Nun, das Problem, welches dabei auftritt, ist das, daß beispielsweise der rechtliche Status all dieser Veranstaltungen nicht geklärt ist, daß die Frage der Verantwortlichkeit bei diesen Veranstaltungen nicht geklärt ist, daß das Problem des Versicherungsschutzes der Schüler nicht geklärt ist, daß das Problem des Schülertransportes nicht geklärt ist. Deshalb haben sich die niederösterreichischen Lehrer im Ausschuß für Leibeserziehung und Schulsport in einer Resolution in diesem Jahr an Sie gewandt, indem sie um eine dringende Klärung dieser offenen Fragen ersuchen, ansonst sie sich nicht bereit erklären könnten, mit Beginn des Schuljahres 1982/83 diese sportlichen Veranstaltungen weiterhin durchzuführen.

Herr Minister, führen Sie — und das ist ein Ersuchen nicht nur dieser Lehrpersonen, sondern auch eine Bitte der Österreichischen Volkspartei — im Interesse der Aufrechterhaltung dieser Sportveranstaltungen möglichst bald eine Klärung dieser offenen Fragen herbei, um die sehr positiv bewerteten Veranstaltungen im Fußball, im Volleyball und die verschiedenen anderen Meisterschaften im schulischen Bereich aufrechtzuerhalten. Ein dringendes Problem, das ganz einfach einer Klärung zugeführt werden muß.

Und nun noch zu einem letzten Bereich, den ich an Sie herantrage. Sie wissen, daß es im Bundessportförderungsgesetz eine Bestimmung gibt, wonach die Bundessportheime ausgeglichen zu bilanzieren sind. Sie wissen, daß es in den letzten Jahren eine massive Kritik des Rechnungshofes an der Bilanzierung gibt, weil große Defizite aufgetreten sind. Sie wissen, daß allein für das Jahr 1981 mit einem Defizit von rund 48 Millionen Schilling zu rechnen ist. Mir ist bewußt, daß es im Interesse des Sports nicht möglich und nicht tragbar wäre, die gesamten Kosten, die tatsächlich dort auflaufen, den einzelnen Vereinen, den einzelnen Sportlern aufzulasten, weil nur einige Beispiele solcher Bundessportheime in ihren Zahlen schon massiv belegen, wie groß bereits jetzt die Belastung der Sportler und der Vereine mit den gegenwärtigen Tarifen beziehungsweise mit jenen Tarifen, die am 26. dieses Monats angehoben werden, ist.

Herr Minister, ich fordere Sie auf: Handeln Sie in dem Bereich! Legen Sie doch dem Parlament endlich eine diesbezügliche Novellierung, eine Novelle zum Sportförderungs-gesetz vor! Denn nur dann würde Ihr derzeitiges Handeln, das contra legem erfolgt, wiederum sanierbar sein, und gleichzeitig würden die

Bundessportheime zu jenen Bedingungen den Vereinen, den Sportlern angeboten werden, die für sie tragbar sind und die eine vernünftige Größenordnung haben.

In einem kurzem Diskussionsbeitrag von 20 Minuten ist es nicht möglich, mehr Probleme anzuführen. Aber, Herr Minister, allein diese wenigen Beispiele, die insbesondere im steuerlichen Bereich die Schwere der Problematik dokumentiert haben, zeigen, daß es nicht allein darum geht, bei allen Verbänden, bei den verschiedenen Vereinen in der Öffentlichkeit auf große Publizität Wert zu legen, sondern daß es im Interesse der Tausenden Vereine, im Interesse der Hunderttausenden Mitglieder und Sport betreibenden Österreicher vor allem darum geht, bei den vorhandenen Problemen einen Lösungsvorschlag zu bewirken, um dann die Situation für all diese Personen, die im Sportbereich tätig sind, wieder tragbar, wieder bewältigbar, wieder kalkulierbar zu machen.

Wir glauben, daß sich in den letzten Monaten Probleme angesammelt haben, die einer dringenden Lösung bedürfen. Herr Minister, wir fordern Sie im Interesse dieser Sportler namens der Österreichischen Volkspartei auf, zu handeln und nicht nur zu reden. *(Beifall bei der ÖVP.)* 17.38

Präsident Thalhammer: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Bundesminister für Unterricht und Kunst. Bitte, Herr Vizekanzler.

17.38

Vizekanzler Bundesminister für Unterricht und Kunst Dr. Sinowatz: Herr Präsident! Hohes Haus! Herr Abgeordneter Höchtl, ich fordere Sie ebenso auf, nicht nur zu reden, sondern das Budget zu lesen, um über den Sport auch wirklich richtige Auskünfte zu geben. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Sie müssen nämlich in bezug auf den Sport die Freundlichkeit haben, neben den Endziffern auch den Inhalt zu lesen. Dann werden Sie draufkommen, daß wir im Jahr 1981 15 Millionen Schilling für Schladming ausgegeben haben, daß wir aber 1982 nur mehr 2 Millionen zur Finanzierung der Schi-Weltmeisterschaften ausgeben müssen, sodaß in Wahrheit im nächsten Jahr für die Sportförderung um 9 Millionen Schilling mehr zur Verfügung stehen werden, als das heuer der Fall gewesen ist. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Meine Damen und Herren! Ich möchte aber eigentlich einige Worte zu einer Problematik sprechen, die mich selbst sehr bewegt: Wie kann man in einer vertretbaren Form die

Vizekanzler Dr. Sinowatz

Schulpolitik so planvoll gestalten, daß sie erstens die Zielsetzungen bringt beziehungsweise ermöglicht, die man sich zu setzen hat, und gleichzeitig vom größeren Teil der Beteiligten am Schulleben die Zustimmung findet? Wie ist es möglich, daß man in der Schulreform auch das richtige Tempo findet?

Ich glaube, daß uns das im letzten Jahrzehnt sehr wohl gelungen ist. In erster Linie ist es uns deswegen gelungen, meine Damen und Herren, weil wir die erste Voraussetzung für Reformen geschaffen haben, nämlich den materiellen Bereich bewältigen konnten. Es ist nämlich undenkbar, eine Schulreform durchführen zu können, wenn nicht die Beteiligten das Gefühl haben, daß vorher im materiellen Bereich der Schule alles getan wurde, um günstige Voraussetzungen zu schaffen.

Das ist in Österreich geschehen mit der Teilung des alten Unterrichtsministeriums, weil dadurch diesen Aufgaben eine besondere politische Priorität eingeräumt wurde. Das ist geschehen mit den materiellen Verbesserungen, daß wir statt 60 000 Lehrer 100 000 Lehrer haben, daß wir 230 Bundesschulen gebaut haben, daß wir mit den sozioökonomischen Maßnahmen den Eltern Hunderte Millionen Schilling jährlich beim Schulbesuch ihrer Kinder ersparen. Das ist uns gelungen dadurch, daß wir den ungeheuren Zudrang von Schülern in das weiterführende Schulwesen auch tatsächlich bewältigen konnten. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Und letzten Endes gehört auch dazu, meine Damen und Herren, die Einhaltung einer speziellen schulpolitischen Strategie, die sich wieder aus den ganz besonderen österreichischen Voraussetzungen in der Schulpolitik herleiten muß. Das ist die Zweidrittelmehrheit im Parlament, die wir für Schulorganisationsgesetze benötigen, das ist gleichzeitig die Berücksichtigung der besonderen Kompetenzsituation in Österreich, das ist aber auch die Berücksichtigung des Umstandes, daß halt Schulfragen Millionen Menschen bewegen und daß diese sensiblen Fragen schließlich tatsächlich eines breiten politischen Konsenses bedürfen.

Das nächste, das notwendig ist, ist, in einer neuen Form der Partnerschaft in der Schule zu trachten, daß Lehrer, Eltern und Schüler zusammenarbeiten, daß in der Schulgemeinschaft immer wieder versucht wird, die Zustimmung aller Partner zu finden. Es ist gar keine Frage, daß sich im letzten Jahrzehnt so viel in der Schule geändert hat, daß sich manche, die vor 20, 30 Jahren die Schule besucht haben, wundern würden, wenn sie heute die Schule besuchen könnten.

Das, was heute der Herr Abgeordnete Schnell gesagt hat, daß nämlich die normative Pädagogik abgelöst wird durch eine empirische Pädagogik, hat so viel Wahrheit, ist so bedeutsam für die Betrachtung der Schulpolitik, daß ich es gar nicht genug unterstreichen kann. Ich kann mir überhaupt in Zukunft keine Schulentwicklung mehr vorstellen ohne Schulversuche, ohne Erprobung, das heißt, ohne Demokratisierung in dem Sinne, daß in den Entscheidungsprozeß schon rechtzeitig die Beteiligten mit einbezogen werden, so wie das bei den Schulversuchen im letzten Jahrzehnt der Fall war. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Daher war es uns möglich, in einer 4., in einer 5., in einer 6. und jetzt — ich hoffe es — mit einer 7. Schulorganisationsgesetz-Novelle tatsächlich Unerhörtes in der Schule zu verändern und in die Wege zu leiten.

Ich bin fest davon überzeugt, daß die 7. Schulorganisationsgesetz-Novelle bis weit in die neunziger Jahre hinein die Schule regeln wird. Wir haben hier eine umfassende Novelle, die von den Vorschulklassen bis hin zu den Pädagogischen Akademien reicht, das allgemeinbildende Schulwesen mit Maßnahmen einschließt und das berufsbildende Schulwesen, die Lehrerbildungsfragen sowie die so schwierige politische Materie der neuen Mittelstufe berücksichtigt.

Ich bin aber ein bißchen enttäuscht über den Hinweis des Herrn Abgeordneten Leitner, daß es bei der Realisierung der Schulversuche im Bereich der Vorschulklassen Schwierigkeiten geben könnte. Es ist hier das Wort „Elternwahlrecht“ gefallen. Ich bekenne mich dazu, nur eines möchte ich sagen: Ein Wahlrecht kann es erst dann geben, wenn man sich überhaupt etwas auswählen kann. Der wichtigste Teil des Elternwahlrechts in unserer Zeit liegt darin, daß heute alle Menschen die Möglichkeit haben, ihre Kinder in weiterführende Schulen zu schicken, denn dieses Wahlrecht war früher nicht gegeben. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Bei dieser Lösung, die wir jetzt in der 7. Schulorganisationsgesetz-Novelle vorschlagen, ist das Elternwahlrecht im Hinblick auf die Schule der Zehn- bis Vierzehnjährigen nicht nur sozusagen beibehalten, sondern durch die Regelung zum Zugang in das Gymnasium und in die Neue Mittelschule ist es noch verbessert, weil es nicht etwa abhängt vom Beschluß eines Lehrers, sondern von der Absicht der Eltern.

Wenn man schon vom Elternwahlrecht spricht, dann muß man bei den ganztägigen Organisationsformen sagen: Wählen kann

Vizekanzler Dr. Sinowatz

man nur dann, wenn es neben der Tagesheimschule auch eine Ganztageschule zu wählen gibt. Es ist nun einmal so, meine Damen und Herren, wenn man das Elternwahlrecht ernst nimmt, daß man das mit einschließen muß.

Bei den Vorschulklassen ist es doch so, daß sie jenen Schülern zur Verfügung stehen sollen, die zwar schulpflichtig, aber noch nicht schulpflichtig sind, und jenen Schülern, die noch nicht schulpflichtig sind, die Dispens Kinder, aber die Eltern entscheiden, ob sie ihre Kinder in die Vorschulklasse schicken wollen. Das hängt nach dem Wortlaut des Gesetzes wieder von den Eltern ab. Ganz im Gegenteil: Das Elternwahlrecht ist erst durch diese Vorlage gegeben, die Eltern können sich entscheiden, ob sie die Dispens Kinder in die Vorschule schicken wollen oder nicht. Ich weiß gar nicht, was da gegen die Wünsche der Eltern sein sollte, wenn sie dem nicht ihre Zustimmung gäben. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Meine Damen und Herren! Es stimmt schon: Die Schule der Zehn- bis Vierzehnjährigen ist das Gebiet, welches in den letzten Jahrzehnten in Österreich am heftigsten umstritten gewesen ist. Nun haben wir aus den vielen, vielen Auseinandersetzungen sehr rasch gesehen, daß die ÖVP noch nicht bereit ist, einer Gesamtschule, einer gemeinsamen Schule der Zehn- bis Vierzehnjährigen, ihre Zustimmung zu geben. Ich habe mir daher seit einem halben Jahrzehnt — bitte, verzeihen Sie mir diese „Überheblichkeit“ — als ehrlicher Makler Mühe gemacht, einen Vorschlag auszuarbeiten, dem alle zustimmen können, der aber gleichzeitig keinen faulen Kompromiß darstellt, sondern wirklich einen Fortschritt für die österreichische Schule bedeuten kann. Ich bin fest davon überzeugt, daß dem, was jetzt als Vorlage für die Begutachtung vorliegt, Rechnung getragen wird, einerseits dadurch, daß das Elternwahlrecht aufrechterhalten bleibt, andererseits dadurch, daß tatsächlich für die Schüler in diesem Bereich unserer Schule weitaus mehr Chancengleichheit geschaffen wird.

Dieser Kompromiß, den wir hier schließen wollen, hat doch einen starken realistischen Bezug zu der heutigen Schulsituation. Er bringt eine weitere Annäherung der jetzigen Hauptschule zur Unterstufe der AHS. Das heißt, dieser Integrationsprozeß, der in den letzten Jahrzehnten unverkennbar ist, wird weiter fortgesetzt; er liegt auch im Interesse der Zehn- bis Vierzehnjährigen.

Wenn man nun von der Aufwertung der jetzigen Hauptschule spricht — ich bin dafür, denn immerhin 78 Prozent unserer Zehn- bis Vierzehnjährigen besuchen eine Hauptschule

—, so muß man sagen, daß alles getan werden soll, diese Schule attraktiv zu machen. Das geschieht jetzt dadurch, daß die guten, hervorragenden Ergebnisse des Schulversuchs „Integrierte Gesamtschule“ auf die Hauptschule übertragen werden. Das geschieht dadurch, daß gleiche Aufgabenstellungen für beide Schulen geschaffen werden.

Das ist auch vernünftig, weil es ja heute schon so ist, daß ein großer Teil jener Schüler, die in der Unterstufe des Gymnasiums beginnen, gar nicht über die vierte Klasse hinaus im Gymnasium bleiben, sondern nach der vierten Klasse des Gymnasiums entweder in eine andere Oberstufe übertreten oder einen Beruf ergreifen, daß aber andererseits aus der Hauptschule heute schon ein sehr großer Teil bis zur Matura kommt. Ja es ist so, daß heute schon mehr Schüler aus der Hauptschule zur Matura kommen als aus der Unterstufe des Gymnasiums.

Daher ist es sehr vernünftig, vor allem entspricht es der Chancengleichheit, und es ist im Interesse der Zehn- bis Vierzehnjährigen, daß wir endlich gleiche Aufgabenstellungen sowohl für die Unterstufe der AHS als auch für die Hauptschule einführen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Wenn man das tut, muß man folgerichtig auch gleiche Lehrpläne schaffen, sowohl für die Unterstufe des Gymnasiums als auch für die künftige „Mittelschule“, die Hauptschule.

Wir bringen damit auch den B-Zug von der Hauptschule weg, wir geben in der Hauptschule mit den drei Leistungsgruppen die Möglichkeit — und das wird ein Segen sein —, auf die besondere Begabung der Schüler weitaus mehr eingehen zu können, weitaus mehr Fördermöglichkeiten für die Schüler zur Verfügung zu stellen. Ich halte das für richtig.

Glauben Sie mir: Ich weiß nicht, ob es eine Zeit gegeben hat, in der für das Gymnasium mehr geschehen ist als in den siebziger Jahren. Das, was wir in diesem Zeitraum für das Gymnasium gemacht haben, ist unerhört viel.

Nur eines: Ein Monopol im Schulwesen kann das Gymnasium nicht mehr haben, das ist nicht möglich. Es ist schon deswegen nicht möglich — ich meine damit die Langform —, weil heute schon, wenn man die Schülerpopulation im Gymnasium und überhaupt bei den höheren Schulen betrachtet, ersichtlich ist, daß 68 Prozent dieser Schüler entweder in einem Oberstufenrealgymnasium oder in einer berufsbildenden höheren Schule und nur 32 Prozent in einer Langform sind. Das heißt, die schulische Szenerie hat sich im letz-

Vizekanzler Dr. Sinowatz

ten Jahrzehnt gewaltig geändert. Ganz neue Voraussetzungen sind geschaffen worden.

Daher bin ich fest davon überzeugt, daß die 7. Schulorganisationsgesetz-Novelle ein großer Fortschritt im Bereich des Schulwesens in Österreich ist und daß ein Weg vorgeschlagen wird, den alle mitgehen können, und zwar mit guter Überzeugung mitgehen können, weil hier wirklich mehr Chancengleichheit für die Zehn- bis Vierzehnjährigen in Österreich geschaffen wird, eine bessere Voraussetzung auch für diesen wirklich herrlichen Bereich der österreichischen Schule, für diese breite Palette der Oberstufe geschaffen wird.

Nur dann, wenn wir alle Zehn- bis Vierzehnjährigen insofern gleich behandeln, als wir ihnen eine vertiefte Allgemeinbildung geben, wir sie alle auf einen Beruf und auf den Eintritt in eine Oberstufe vorbereiten, werden wir die besten Voraussetzungen dafür schaffen, daß im Bereich der Berufsbildung gute Voraussetzungen vorhanden sind und gleichzeitig auch in der Oberstufe wirklich alles ausgenützt werden kann, was heute schon unsere Schule zur Verfügung stellt. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Natürlich — das hat der Herr Abgeordnete Schnell heute richtig gesagt — dürfen wir ernstens nicht glauben, daß wir mit dieser Lösung schon alle Probleme im Schulwesen in Österreich bewältigt haben. Das gibt es nicht, das ist nicht möglich, das ist ein Prozeß, der nie stillstehen kann.

Was die innere Schulreform betrifft, so bin ich nach wie vor der Meinung, meine Damen und Herren, daß es ein völlig falsches Bild vermittelt zu glauben, daß wir in dieser Lade die innere Schulreform und in jener Lade die äußere Schulreform haben können. Denn was heißt denn das? Ist etwa eine Senkung der Klassenschülerzahlen eine organisatorische Maßnahme, oder ist es eine Maßnahme zur Verbesserung der inneren Situation der Schule? — Beides ist es!

Und so ist alles, was wir unter „innerer Schulreform“ subsumieren, von beiden Seiten her zu betrachten: die gute Lehrerversorgung; der Schulbau; die Schulbuchaktion mit den Möglichkeiten, die sie gibt; die Lehrplanarbeiten; der Förderunterricht, den wir geschaffen haben; viele Schulversuchsergebnisse, die wir einfließen haben lassen; die Schulpartnerschaft, die wir eingeführt haben; die Verbesserung der Lehrerausbildung, die wir jetzt weiter fortsetzen; die Unterrichtsprinzipien, die wir geschaffen haben. All das gehört sowohl zur Organisation im schulischen Bereich als auch zur inneren Schulreform. Ich glaube,

daß das für uns von großer Bedeutung sein muß.

Wichtig ist es, daß wir immer darnach trachten, mehr Chancengleichheit zu schaffen. Dazu bekenne ich mich aus vollem Herzen.

Es ist wirklich eine „stille Revolution“, daß es uns in den siebziger Jahren gelungen ist, die Zahl jener Schüler in Österreich, die nach dem Pflichtschulalter noch eine Schule besuchen, um 70 Prozent zu erhöhen. *(Beifall bei der SPÖ.)* Denn das bedeutet, meine Damen und Herren, daß die Zahl jener jungen Österreicher, die weder einen Beruf erlernen noch weiter zur Schule gehen, heute nur mehr 10 oder 8 Prozent ausmacht. Das ist doch etwas, das für die geistige Infrastruktur unseres Staates für die achtziger und neunziger Jahre von größter Bedeutung ist.

Es ist halt so, daß man sehr genau überlegen muß, wenn man davon spricht, daß das Niveau gesenkt wurde. Da hat einmal einer gesagt, daß wir schon viel zuviel Gymnasien hätten, daß das eigentlich sehr schwierig sei und wir das ändern sollten; es müsse diese Schwemme von höheren Schulen endlich aufgehalten werden durch einen Damm, den man errichten sollte. Wissen Sie, wer das gesagt hat? — Kaiser Wilhelm II. im Jahre 1890. *(Abg. Dr. Mock: Der arme Wilhelm muß jetzt auch schon herhalten!)*

Man muß sehr aufpassen, wenn man davon spricht, daß zu viele gute schulische Einrichtungen geschaffen werden, denn man kann dabei leicht in einigen Jahrzehnten draufkommen, daß man absolut nicht mit den Notwendigkeiten der Zeit gegangen ist. Denn, Herr Abgeordneter Mock, niemand von uns kann sagen, wie im Jahre 2000 unsere Städte ausschauen werden, niemand kann sagen, wie die sozialen Bezüge des Lebens sein werden. Wenn die technische und soziale Dynamik so wie in den letzten Jahrzehnten weitergehen wird, dann kann ich nur sagen: Je mehr gut ausgebildete Menschen es in Österreich geben wird, umso besser wird der einzelne mit den Problemen des Lebens fertig werden, die er vorfindet. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Meine Damen und Herren! Es ist uns in Österreich auch gelungen, eine weitgehende Deckung von Beschäftigungssystem und von Schulsystem herbeizuführen, nicht zuletzt dadurch, daß wir das berufsbildende Schulwesen in der Form ausgebaut haben: Wir haben eine günstige Proportion in der Oberstufe, wir haben im Bereich der Schüler, die nach der Pflichtschule noch eine Schule besuchen, heute 43 Prozent Berufsschüler, 40 Prozent

Vizekanzler Dr. Sinowatz

Schüler an den berufsbildenden Schulen und nur 17 Prozent an der Oberstufe des Gymnasiums.

Das zeigt sehr deutlich, daß wir im Bereich des berufsbildenden Schulwesens ungeheuer viel getan haben. Dort liegt auch letzten Endes der Grund dafür, daß wir keine Jugend Arbeitslosigkeit in Österreich haben. *(Beifall bei der SPÖ.)* Das, Herr Abgeordneter Höchtel, halte ich für die beste Jugendpolitik, viel besser, als unter Umständen beim Ansatz im Budget 1 oder 2 Millionen Schilling mehr oder weniger zu haben. *(Neuerlicher Beifall bei der SPÖ.)*

Meine Damen und Herren! Wir wollen in den nächsten Jahren auch im Bereich der Erwachsenenbildung mit unseren Vorstellungen von einem Bildungssystem für das ganze Leben einen Schritt weiterkommen, unter Beachtung der freien Träger der Erwachsenenbildung in Österreich. Das, was wir vorhaben, ist ein kooperatives System im Hinblick auf ein besseres Angebot in der Erwachsenenpolitik.

Ich möchte es nicht verabsäumen, am Schluß zu sagen, daß ich letzten Endes alles das unter den Oberbegriff „Kulturpolitik“ subsumiert sehen möchte. Es geht uns nicht nur um die Vorbereitung auf den Beruf, es geht uns wahrhaftig — im wahrsten Sinne des Wortes, im umfassendsten Sinne des Wortes — um die Vorbereitung auf das Leben. Und hier schließe ich eine gute Kunstpolitik mit ein, eine Kunstpolitik, bei der man sich bekennen sollte zu der Aufgabe des Staates, die Entstehung von Kunstwerken, den Transport von Kunstwerken zu ermöglichen und in einer neuen Dimension auch zu beachten, daß sich nämlich die Chancengleichheit heute nicht auf den materiellen Teile des Lebens beschränken kann, sondern das Wissen unserer Zeit, die Anteilnahme am kulturellen Leben, das Vermögen zur glückhaften Gestaltung des Lebens durch den Menschen hier miteingeschlossen werden muß. In diesem Sinne muß man heute — so meine ich — Kulturpolitik und Bildungspolitik sehen.

In der Kunstpolitik müssen wir davon ausgehen, daß die Vielfalt der Förderung unser Leitbild sein muß, daß es keine Zensur geben darf und daß wir auch das Risiko auf uns nehmen müssen, bisweilen auch einmal etwas zu fördern, das sich nachher als nicht richtig herausstellt. Diese Liberalität, die wir in den siebziger Jahren im Bereich der Kunst geschaffen haben, ist darin begründet, daß wir bisweilen Experimente mutig gefördert haben, ohne zu wissen, ob sie zu Ergebnissen führen werden oder nicht. Darin liegt eben die

Kunstpolitik in der Form begründet, wie sie heute betrieben werden muß. Sie liegt in dieser Auffassung von künstlerischer Freiheit, in dieser Auffassung, daß der Künstler alles darf und nichts muß, in dieser Beschränkung des Staates, zu helfen und nicht zu bestimmen, nicht zu zensurieren, nicht zu gängeln, sondern allen Initiativen, sowohl von einzelnen als auch von Gruppierungen, freien Weg zu geben. Daher meine ich, daß wir dem ein bißchen entgegenreten sollten, was unter Verunglimpfung von Subventionen in der Öffentlichkeit diskutiert wird. Das, was wir mit der Kunstförderung zur Verfügung stellen, wird verdoppelt, verdreifacht und vervielfacht durch Initiativen einzelner und durch Initiativen vieler Gruppierungen in Österreich. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Das trägt zu jener Mitmenschlichkeit bei, die wir uns vorstellen und die letzten Endes über dem materiellen Bereich des Lebens stehen muß. Das wird dazu beitragen, daß wir mehr Verständnis dafür finden, was heute die Jungen oft so artikulieren, daß wir ihnen nicht folgen wollen. Das wird dazu beitragen, daß, ich möchte fast sagen, die Buntheit des Lebens gewahrt bleibt und ein Teil der Lebensqualität von morgen wird. Wenn ich von Gruppierungen spreche, dann muß ich zum Schluß auch auf die Bundestheater hinweisen, Herr Abgeordneter Höchtel. Die Bundestheater nehmen heute einen geringeren Anteil am Budget ein als vor zehn Jahren. Alle Theater in Österreich brauchen heute ein Mehrfaches an Geld, als dies vor zehn Jahren der Fall war. Alle, die mit Theater zu tun haben, wissen das sehr genau. Aber das Theater wieder ist eine Einrichtung, die besonders in Österreich in unerhörter Weise in Anspruch genommen wird. Vergessen Sie nicht, daß Fernsehen, Film, Rundfunk, daß all das gar nicht denkbar wäre, wenn wir nicht die Einrichtung des lebendigen Theaters hätten. Hier erfüllen wir eine große kulturpolitische Aufgabe, hier kommen wir letzten Endes einer kulturellen Verpflichtung nach, und zwar, wie ich überzeugt bin, auch im Einklang mit dem Bewußtsein vieler Österreicher.

Meine Damen und Herren! Ich möchte zum Schluß sagen, daß ich ein Verfechter der Auffassung bin, daß Bildungs- und Kulturpolitik lediglich als ein Teil der Gesamtpolitik betrachtet werden kann. Nur die großen Entwicklungslinien der letzten zwei Jahrhunderte machen es verständlich, daß nach den unerhörten Erfolgen in der Sozialpolitik heute die Bildungs- und Kulturpolitik sozusagen die Vorraussetzung dafür ist, daß wir mehr Chancengleichheit schaffen; mehr Chancengleichheit auch in dem Teil des Lebens, der letzten

Vizekanzler Dr. Sinowatz

Endes entscheidend sein kann für das Glück des Menschen. *(Beifall bei der SPÖ.)* 18.03

Präsident **Thalhammer**: Zum Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Edith Dobesberger. Ich erteile es ihr.

18.03

Abgeordnete **Edith Dobesberger (SPÖ)**: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich stellte im Finanz- und Budgetausschuß bei Kapitel Unterricht an den Herrn Minister einige kritische Fragen in bezug auf die Mädchenbildung und erhielt prompt vom Herrn Abgeordneten Bergmann den Zwischenruf: Sie sitzen auf der falschen Seite, Sie gehören ja eigentlich zu uns herüber! Ich war darüber sehr betroffen, weil es einmal mehr zeigt, wie sehr Sie glauben, nur die Sozialistische Partei könne zu allem ja sagen, und nur die ÖVP dürfe überall nein sagen. *(Abg. Dr. Mock: Vorige Woche haben wir auch nicht nein gesagt!)*

Ich habe heute dem Herrn Abgeordneten Leitner zugehört. Ich glaube, das Nein zur äußeren Schulreform war in seiner Rede wieder sehr weitgehend und sehr stark betont. Der Herr Minister hat jetzt schon darauf geantwortet. *(Abg. Dr. Leitner: Und ein Ja zur inneren!)* Aber diese innere ist ja ohne die äußere Schulreform nicht möglich!

Ich habe vor einigen Tagen in den „Oberösterreichischen Nachrichten“ von einer kleinen Mühlviertler Schule gelesen, die hätte aufgelöst werden sollen, weil zuwenig Schüler dort sind und weil mit der Schülerfreifahrt und dem Schulbus der nächste Ort gut erreicht werden kann. Was tut man mit der äußeren Reform ohne die innere Reform? Eine Schule mit 40 Schülern und 3 Lehrern wird dort weiter bestehen. Da frage ich: Kann man sich nicht vorstellen, daß ein Lehrer, der im Schnitt mit 13 Kindern zu arbeiten hat, wenn er nicht ein völliger Versager ist, Großartiges mit diesen Kindern erreichen wird? *(Abg. Dr. Leitner: Da treffen wir uns genau!)*

Ein Wort noch dazu — ich habe es hier schon einmal gesagt —: Ich habe trotzdem Angst vor diesen ganz kleinen Schulklassen. Können 13 Schulkinder eine Gemeinschaft bilden, die für das spätere Leben Vorbild sein soll? Diese Gemeinschaft ist zu klein. Die kleine Familie, die kleine Schulkasse — und dann treten sie ins Leben und stehen den großen Gemeinschaften gegenüber! Wo sollen sie gelernt haben, sich in Großgemeinschaften zu bewegen? Außerdem: Wo können sie sich verstecken, wenn der Druck in der Klasse einmal zu groß wird? Das wird ihnen alles nicht mehr

gelingen. Ich möchte heute vor allem die äußere und die innere Schulreform in bezug auf die Mädchen besprechen. 50 Prozent Mädchen maturieren heute an höheren Schulen. Das ist eine Reform, die großartig zu nennen ist. Dabei rede ich noch nicht über den Inhalt dieser Mädchenbildung. Dazu werde ich dann auch einige kritische Worte sagen. Aber daß es möglich geworden ist, 50 Prozent Mädchen zur Matura zu führen, hätten wir uns wirklich bis vor kurzem nicht träumen lassen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Nun zur Mädchenbildung: Ich lese im Bericht des Schulversuchszentrums 1980, daß in der IGS Mädchen zu 5 Prozent und Knaben zu 8 Prozent repetieren. Ich lese weiter im Bericht des Schulversuchszentrums 1981, daß Mädchen in Deutsch und Englisch in der ersten Leistungsgruppe überrepräsentiert und in Mathematik mit den Buben gleich sind. Ich lese auch, daß Mädchen weniger die Leistungsgruppen wechseln als die Knaben, daß sie öfter aufgestuft und seltener abgestuft werden und daß sie in allen drei Leistungsgruppen bessere Noten haben als die Knaben. Dies betrifft nicht nur die Gegenstände Deutsch, Mathematik und Englisch, darüber hinaus erhalten sie auch bessere Noten in Geschichte, Geographie, Biologie, Physik und Chemie.

Nun reden Sie dauernd von Leistung. Je besser die Leistung ist, je besser die Schulergebnisse sind, umso besser sind die Kinder für das Leben gerüstet. Nun frage ich mich: Sind diese Mädchen, die in der Schule so viel geleistet haben, die so fleißig, so geschickt und willig gewesen sind, dann im späteren Erwerbsleben als Frauen auf einmal fauler geworden? Erbringen sie dann weniger Leistung als Männer? Wenn ich aus Statistiken immer wieder sehe, daß zwei Drittel der Frauen in den untersten Erwerbsschichten sind und daß Frauen bei gleichwertiger Arbeit bis zu 50 Prozent weniger Lohn bekommen, dann muß ich mich doch fragen: Ist dieses Leistungssystem gerecht?

Nun stellt sich das Schulversuchszentrum auch die Frage, wieso die Mädchen bessere Leistungen erbringen. Man sagt: Vielleicht ist das biologisch bedingt. Herr Abgeordneter Leitner! Sie waren heute davon überzeugt, daß das biologisch bedingt ist. Ich bin genauso überzeugt, daß die weiblichen Geschlechtshormone nichts damit zu tun haben, daß wir gescheiter sind. Das spielt einfach keine Rolle.

Ich glaube, daß die Mädchenerziehung von Kleinkind auf schon auf „echt weibliche Tätigkeiten“, auf Genauigkeit, auf Ordnung,

Edith Dobesberger

auf Drill, auf Unterwürfigkeit ausgerichtet ist. Ich darf wieder das Schulbeispiel „Mädchenhandarbeiten“ nennen, das Sie auch heute angesprochen und von dem Sie gemeint haben, daß wir nicht „Werkerziehung“ sagen sollen. Ich erinnere mich noch, wie mir die Stricknadeln eingerostet sind. Heute rosten die den Mädchen nicht mehr ein, weil man besseres Material hat. Aber die Plage haben die Mädchen noch genauso. Ein siebenjähriges Mädchen wird einfach gequält, wenn es dieses Stricken über lange Zeit — immer wieder dieselbe Masche, immer wieder das Gleiche — durchhalten soll. Hier erhoffe ich mir mit Frau Staatssekretär Fast und mit Frau Staatssekretär Dohnal eine Verbesserung. *(Abg. Ottilie Rochus: Dann müssen Sie es halt als Frau lernen! — Abg. Dr. Stix: Ich habe kleine Töchter, die reißen sich darum und machen es freiwillig!)*

Herr Abgeordneter Stix! Ich bin eine begeisterte Handarbeiterin und stricke mit Begeisterung. *(Abg. Ottilie Rochus: Es gibt auch Burschen, die gerne stricken!)* Nur stelle ich in Frage, daß man das mit sieben Jahren lernen muß. Später würde man das viel leichter lernen. Für das Kind, das vom Spielen kommt, das nicht gewöhnt ist, ruhig zu sitzen, ist das zu früh. Seit auch die Buben das lernen sollen, kommt man darauf, daß diese Tätigkeiten zu schwierig sind. Und das gilt auch für die Mädchen.

Herr Abgeordneter Leitner! Sie haben sich so sehr für die verschiedenen Berufsschulen für Frauen ausgesprochen. Frauen besuchen andere Schulen als die Buben. *(Abg. Dr. Blenk: Nicht immer!)* Ich sehe nicht ein, warum das nur Frauenschulen sein sollen. Die Frau Abgeordnete Rochus sagt: Auch Männer stricken gern, auch Männer kochen gern. Warum sollen sie nicht die Möglichkeit haben, das zu erlernen? *(Abg. Ottilie Rochus: Die gehen auch schon, die machen es eh schon!)* Ja, aber das sind die Schwalben, die noch keinen Sommer machen. *(Neuerlicher Zwischenruf der Abg. Ottilie Rochus.)*

Ich will damit sagen: Ich möchte auch keine Schulen haben, wo so viele Frauen hingehen und wo man verhältnismäßig leicht zur Matura kommt. Einige Studenten haben mir vor kurzem gesagt, daß die Mädchen es besonders schwer haben, weil sie die mathematischen Voraussetzungen für die Universität nicht mitbringen. Wir geben den Mädchen das Gefühl, sie haben die Matura, sie haben eine Leistung erbracht, und trotzdem fehlt ihnen wichtiges Wissen.

Das gleiche wie für diese Frauenberufsschulen, nur mit etwas anderen Vorzeichen,

gilt für die Kindergartenschule. Herr Abgeordneter Leitner! Sie haben gemeint, es sei eine „großartige“ Änderung, daß wir sie als Kindergärtnerinnen bezeichnen wollen und nicht mehr als Kindergärtnerinnenschulen. Ich darf umgekehrt feststellen: Zur Zeit Anton Bruckners hat es nur Schulmeister und keine Schulmeisterinnen gegeben, und trotzdem stellen heute zwei Drittel der Lehrer die Frauen und nicht die Männer. Warum sollen nicht in Zukunft auch Kindergärtner möglich sein? Sicherlich wird es am Anfang langsam gehen. *(Zwischenruf des Abg. Dr. Leitner.)* Aber warum ändern wir dann nicht gleich den Namen? *(Abg. Graf: Das wird aber der Dohnal wieder unangenehm sein, wenn die Männer Kindergärtner werden!)* Das glaube ich nicht. Da unterschieben Sie ihr etwas, was sicherlich nicht stimmt. *(Beifall bei der SPÖ. — Abg. Graf: Ich unterschiebe ihr überhaupt nichts, ich habe nur gefragt!)* Herr Abgeordneter Graf! Ich kann sicherlich in ihrem Namen sagen, daß sie dafür ist. *(Ruf bei der SPÖ. — Gegenruf des Abg. Graf.)*

Nun noch zu einem Bereich, den man, glaube ich, doch auch in Beziehung zur Mädchenbildung bringen muß. Das ist der OECD-Bericht 1980. Er bewertet unsere Schulbemühungen, unsere Schulreform sehr positiv, er vergleicht mit anderen Ländern und sagt, daß die Berufsvorbereitung im österreichischen Schulwesen auf eine sehr gute Basis gestellt worden ist.

Was der Bericht kritisiert, ist, daß in Österreich unverhältnismäßig viele Fehler in der Berufsrichtung passieren. Er führt das darauf zurück, daß die Trennung in eine höhere Berufsbildung und in eine weniger qualifizierte Berufsausbildung schon mit zehn Jahren beginnt. Mit zehn Jahren entscheidet nur die Familie, in welche Richtung das Kind geführt wird. Das Kind selbst hat keine Möglichkeit zur Entscheidung.

Herr Abgeordneter Leitner! Bei den Kindern am Land ist die Entscheidung ja noch verhältnismäßig kindgemäß. Das Kind will natürlich daheim bleiben und nicht in ein Internat kommen. Wir haben aber heute so viele Schulen, daß die Kinder zu höheren Schulen fahren können. Damit fällt dieses Argument weg. Dann gehen sie halt ins Gymnasium, wenn die Mutter oder der Vater sagt: Geh ins Gymnasium, obwohl sie vielleicht dort gar nicht hingehören würden. Diese Fehler, die so entstehen, können durch die Erwachsenenbildung nicht mehr ausgebessert werden. Obwohl Umsteigmöglichkeiten geschaffen worden sind, ist das kaum mehr korrigierbar. *(Abg. Dr. Leitner: Der Minister hat gerade*

Edith Dobesberger

gesagt, daß 50 Prozent der Maturanten aus Hauptschulen kommen! Warum ist das dann nicht mehr korrigierbar?) Ich sage jetzt das, was der OECD-Bericht ausführt. Es ist ja auch so, daß viele, die in die Untermittelschule eintreten, die Unterstufe durchmachen und dann wieder wechseln. Da haben wir den zweiten Wechsel, da ist es dann schon viel schwieriger.

Vergangene Woche habe ich mir die „Bildungspolitischen Nachrichten“ der Bundeswirtschaftskammer angeschaut, die ein breites Angebot von Erwachsenenbildung in den verschiedenen Berufsbereichen bringen. Leider haben sie überhaupt nicht ausgewiesen, in welchem Verhältnis Frauen und Männer an dieser Weiterbildung teilnehmen. Ich kann also nichts dazu sagen. Nur im Arbeiterkammerbericht habe ich eine Zahl gefunden, die vielleicht auch auf die Bundeswirtschaftskammer umgelegt werden kann. Unter den Besuchern der Sozialakademie sind nur 8 Prozent Frauen. Frauen sind in der Erwachsenenbildung ganz gewaltig benachteiligt. Abschließend führt dieser OECD-Bericht noch etwas aus, was vielleicht nicht ganz in dieses Kapitel herein gehört, jedoch bei der Mädchenbildung eine Rolle spielt. Rollenfixiert sind die Mädchen noch immer auf ganz wenige Berufe konzentriert. Die Mädchen werden Friseurinnen. Der Beruf der Friseurin stellt geringere Anforderungen als zum Beispiel der Beruf des Mechanikers. Das hat wieder zur Folge, wenn das Mädchen später nicht als Friseurin arbeitet, daß ihr die Ausbildung als Friseurin nicht angerechnet wird. Wohl aber wird die Mechanikerlehre als Ausbildung angerechnet, wenn der Bursch in einem anderen Beruf arbeitet. Daher gehen die Bestrebungen des Sozialministeriums dahin, die Mädchen auch in andere, besser angesehene Berufe einzuschleusen.

Zum Abschluß möchte ich sagen: In den letzten zehn Jahren ist in der Mädchenbildung enorm viel geschehen. Es haben sich Entwicklungen ergeben, die wir nicht zu hoffen gewagt haben. Wir Sozialisten und Sozialistinnen stehen mit unseren Staatssekretärinnen auf einer Linie. Wir wollen für die Mädchen eine bessere, eine gleiche Ausbildung wie für die Burschen und die gleichen Berufschancen wie die Burschen. *(Beifall bei der SPÖ.)* ^{18.21}

Präsident Thalhammer: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Wolf. Ich erteile ihm das Wort.

^{18.21}

Abgeordneter Wolf (ÖVP): Herr Präsident!

Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Die heutige Debatte zum Budgetkapitel Unterricht nimmt selbstverständlich aus Aktualitätsgründen Rücksicht auf die 7. Schulorganisationsgesetz-Novelle und bietet Gelegenheit, zu Bildungsfragen überhaupt Stellung zu nehmen. Ich erlaube mir, in das gleiche Horn zu stoßen, darf aber eingangs doch zu einigen aufgeworfenen Fragen Stellung nehmen. Herr Vizekanzler! Sie haben bei Ihrer Beantwortung der Frage nach der Planung der Schulpolitik auf die Gestaltung der Schulpolitik hingewiesen und zuerst den materiellen Bereich herausgestellt. Ich glaube, da kann man in manchen Bereichen zustimmen, ich werde aber im Laufe meiner wenigen Minuten noch auf einige Zahlen eingehen.

Zur schulpolitischen Strategie haben Sie erklärt, hier stellt sich die Frage der Zweidrittelmehrheit und die Öffentlichkeit muß vorbereitet werden. Ich hoffe nur nicht, daß Sie damit meinen, die Öffentlichkeit und jener Teil der Österreichischen Volkspartei, den Sie zur Zweidrittelmehrheit brauchen, muß weichgeklopft werden, damit wir zustimmen. Ich habe fast das Gefühl, man operiert in der Öffentlichkeit so, ja man zwingt die Österreichische Volkspartei dazu, der 7. Schulorganisationsgesetz-Novelle zuzustimmen.

Ein glattes Ja sagen wir natürlich zur Partnerschaft in der Schule, das ist selbstverständlich. Wir haben bei allen Belangen, wenn es um Eltern, Schüler und Lehrer gegangen ist, mitgestimmt. Auch zu den Schulversuchen haben wir generell ja gesagt, ich brauche diese Dinge sicherlich nicht mehr zu wiederholen.

Aber nur zur Vorschule, Herr Vizekanzler, ein Wort: Das primäre Versuchsziel der Vorschulerziehung war die Förderung schulpflichtiger, aber nicht schulreifer Kinder, um Rückstellungen möglichst zu vermeiden. Erst eine Modifizierung des Schulversuchsplans brachte eine Erweiterung und damit die Einbeziehung der Dispenskinder. Das sind diejenigen, die zwischen dem 1. September und dem 31. Dezember geboren werden.

Herr Minister! Im Entwurf ist nun die Einbeziehung dieser Dispenskinder — heute wurde es bereits etliche Male erwähnt — als generelle Vorschulpflicht vorgesehen. Diese Maßnahme aber kann dazu führen, daß man still und leise ein zusätzliches Pflichtschuljahr schafft. Das ist eine Tatsache. Außerdem gibt es in keinem Land eine frühzeitige Verschulung, weder in den Niederlanden noch im berühmten Schweden. Dort gibt es wohl drei Jahre lang eine Vorschulstufe, die aber nicht

Wolf

so wie bei uns organisiert ist, sondern vor der Schule liegt und zum Teil den Kindergarten ersetzt.

Daher: Von Seite der Österreichischen Volkspartei ein Ja zur Vorschulklasse, aber ein Nein zur Einbeziehung der Dispenskinder. *(Beifall bei der ÖVP.)* Ein Ja zur Vorschulgruppe, aber auch in diesem Fall ein Nein zu den Dispenskindern.

Zur Schule der Zehn- bis Vierzehnjährigen haben Sie gemeint, das wäre das Nonplus-ultra hier bei uns. Die Annäherung zwischen Hauptschule und allgemeinbildender höherer Schule kann ich höchstens im Bereich der dritten Leistungsgruppe und im Bereich der Unterstufe der allgemeinbildenden höheren Schulen sehen. Direkt abzulehnen sind die gleichen Bildungsziele in der Mittelstufe.

Die gleiche Mittelstufe — mit einem einheitlichen Bildungsziel — bedeutet für uns, Herr Minister — das wissen Sie sehr genau, das haben wir öfters betont —, die Zerschlagung der allgemeinbildenden höheren Schule. Darum geht es in erster Linie.

Sie haben bei ihrer 7. Schulorganisationsgesetz-Novelle diese Einheitlichkeit verlassen und damit die Mittelstufe aus der Langform der AHS herausgelöst.

Für uns — für die Österreichische Volkspartei — gibt es keine „Mittelschule“, Herr Bundesminister, es gibt auch keine Integrierte Gesamtschule durch die Hintertür, wie Sie es versuchen. Ich glaube, Sie haben hier eine zwiespältige Haltung eingenommen. Wir haben das eindeutig in Gesprächen, die öfter geführt wurden, klargestellt. Herr Bundesminister! Die Österreichische Volkspartei erwartet die verbesserte Hauptschule und die Langform der allgemeinbildenden höheren Schule nebeneinander, sonst gibt es keine 7. Schulorganisations-Novelle. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ein Wort noch zum Abgeordneten Dr. Schnell, der in seiner Rede heute wieder auf die Gesamtschule in Münster hingewiesen hat. Er hat gemeint, daß der Bischof von Münster diese große Schule sehr befürwortet. Das stimmt, sie hat manch Gutes. Er hätte aber dazusagen müssen, daß der Bischof von Münster erklärt hat, daß diese Friedensschule für eine Regelschule nicht geeignet ist. Das sind nämlich zwei wesentliche Unterschiede: Das eine ist, man macht Versuche, und das zweite, man sagt ganz offen, wenn man selbst derjenige ist, der diese Versuche führt: für eine Regelschule nicht geeignet!

Daher ist auch die Idee, die eventuell dar-

aus hervorkommen könnte, und zwar die Idee einer Gesamtschule bis zum 18. Lebensjahr, weit von der Hand zu weisen. Das würde zum Beispiel für Österreich gleichzeitig die Zerschlagung des gesamten berufsbildenden Schulwesens nach sich ziehen.

Nun einige Worte zur Bildungspolitik bzw. zur 7. Schulorganisations-Novelle. Ich habe einige Zahlenspielerereien gemacht, Herr Vizekanzler, da Sie auf Fragen, die im Finanz- und Budgetausschuß an Sie gerichtet wurden, und zwar sind das die Kostenfragen der Schulversuche, geantwortet haben, ich habe summiert: Die Gesamtsumme der Schulversuche einschließlich der allgemeinbildenden höheren Schulen belaufen sich für das Schuljahr 1980/81 auf zirka 230 Millionen Schilling.

Diese Antwort und der Unmut der österreichischen Lehrerschaft, den ich hier auch ausdrücken möchte, seit der Überführung des Polytechnischen Lehrganges in die Regelschule veranlassen mich, etwas näher auf die Kostenschätzung der 7. Schulorganisations-Novelle einzugehen.

Erstens: Derzeit sind beim Bundeskanzleramt Verhandlungen mit der Gewerkschaft öffentlicher Dienst über die Forderungen der Lehrer der Polytechnischen Lehrgänge im Gange, die sich auf 78 Millionen Schilling stellen. Die Verwaltung bietet lediglich 11 Millionen. Die Schulversuche des Polytechnischen Lehrganges beliefen sich heuer noch auf 7 Millionen; im nächsten Jahr fallen sie nicht mehr an. Die Kosten der 7. Schulorganisations-Novelle, wie sie in den Erläuternden Bemerkungen angeführt sind, werden im Jahre 1983 mit einem Mehraufwand von 6,4 Millionen Schilling beginnen und sind für 1991 mit zirka 332 Millionen beziffert.

Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Der Mehraufwand der 7. Schulorganisations-Novelle für die nächsten 10 Jahre kann, vergleicht man die schriftlichen Antworten über die Schulversuche, die Nachforderungen der Lehrer der Polytechnischen Lehrgänge, nicht den Tatsachen entsprechen. Es fehlt zur genaueren Überprüfung natürlich die Aufschlüsselung der Kosten der 7. Schulorganisationsgesetz-Novelle. Doch wenn die Zahlen ernst gemeint sind, Herr Vizekanzler, rechnen Sie selbst mit einer kräftigen Kostensenkung nach der Gesetzwerdung der 7. Schulorganisationsgesetz-Novelle. Ich erlaube mir, das später zu begründen. Die Gewerkschaft der Pflichtschullehrer hegt ähnliche Befürchtungen.

Der Herr Abgeordnete Schnell und Sie selbst haben heute stolz verkündet, daß der-

Wolf

zeit mehr als 100 000 Lehrer im Dienst stehen. Das ist eine gewaltige Steigerung, ich kenne es aus dem eigenen Bereich. Er hat auch gemeint, daß die Klassenschülerhöchstzahlen beziehungsweise die Klassenschülerdurchschnittszahlen drastisch gesenkt wurden. Herr Abgeordneter Schnell ist nicht im Saal.

Die Schulorganisationsgesetz-Novelle, die wir im Frühjahr nach einer entsprechenden Begutachtung ins Parlament bekommen werden, bringt aber erstens eine drastische Senkung der Lehrerdienstposten und zweitens eine drastische Erhöhung der Klassenschülerdurchschnittszahlen. Ich begründe dies: Bei Führung in drei Leistungsgruppen mit der Schülerzahl 36 käme es allein in Oberösterreich zu einem Dienstpostenverlust von 1216 Dienstposten in diesem Bereich, wenn, Herr Bundesminister, die Klassenschülerhöchstzahlen nicht geändert werden. Das bedeutet umgerechnet in Millionen Schilling — ein Dienstposten bewertet mit 250 000 Schilling — rund 334 Millionen Schilling pro Jahr allein im Lande Oberösterreich. *(Zwischenruf der Abg. Edith Dobesberger.)*

Selbst bei einer Senkung — Frau Kollegin Dobesberger, Sie müßten das ja von Oberösterreich genau wissen — der Klassenschülerhöchstzahlen auf 30 käme es noch immer zu einem Verlust von 842 Dienstposten. Das heißt, daß die Maßnahme der Senkung der Klassenschülerhöchstzahl auf 30 noch immer nicht ausreicht, den derzeitigen Dienstpostenstand zu halten. Weiters tritt der Abfall der Organisationsform ein. Die Klassenzahl der einzelnen Schulen wird drastisch vermindert werden, wenn wir die Zahl 36 pro Klasse durchstehen müssen. Das bedeutet eine erhebliche Verschlechterung für die Leiter solcher Anstalten. Es sind ja einige Leiter von Hauptschulen von Oberösterreich da. Sie mögen es durchrechnen. Ferner besteht die Gefahr einer weiteren Einbuße der Stundenzahl für Arbeitslehrerinnen. Sie haben vorhin vom Hauswirtschaftsunterricht gesprochen. Wenn der Hauswirtschaftsunterricht vom Pflichtgegenstand zum Freigegenstand wird, dann bedenken Sie, daß das die Existenzfrage der weiblichen Arbeitskräfte an den Schulen bedeutet; das heißt, eine starke Verringerung. Aus diesen Gründen, Hohes Haus, ist eine Verbundlösung anzustreben, damit es uns nicht so geht wie bei der 6. Schulorganisationsgesetz-Novelle, als wir den Polytechnischen Lehrgang übergeführt haben. Jetzt tauchen die Schwierigkeiten auf: Über Schulorganisationsfragen, Lehrpläne, Schulbücher, Dienst- und Besoldungsrecht der Lehrer ist bei den Verhandlungen, die ja folgen werden, wie ich hoffe, zu sprechen.

Zu bedenken ist, daß Zahlenspiele zur 7. Schulorganisationsgesetz-Novelle von der Gewerkschaft angestellt wurden. Man hat mir einige Zahlen zur Verfügung gestellt. Überlegen Sie noch einmal — ich verweise auf die 6. Schulorganisationsgesetz-Novelle —: Der schöne Versuch Poytechnischer Lehrgang und das Ergebnis im Regelschulwesen: hundert und eins! Hier in dieser Vorlage ist es nicht viel anders. Herr Vizekanzler! Sie sind im Budgetausschuß am 25. November in einer Anfragebeantwortung auf die Verlängerung der Berufsschulzeit eingegangen und haben gemeint, daß der zweite Berufsschultag kommen wird. Sie haben gesagt, Sie treten auch dafür ein. Das bedeutet eine Verdoppelung der Berufsschulzeit für die Lehrgänge von 8 Wochen auf 16 Wochen. Dies ist der Grund, warum ich einiges über die Berufsschule an sich sagen möchte. Das Lehrlingswesen ist sicher einer der wichtigsten Bildungsbereiche und betrifft in Österreich zirka 200 000 Jugendliche, die in 65 000 Lehrbetrieben und 200 Berufsschulen für 220 Berufe ausgebildet werden. International hat unser System der dualen Berufsausbildung nicht nur einen guten Ruf, sondern dient in zunehmendem Maß als Vorbild für Bildungsreformen anderer Länder. Wir sollten es daher zielbewußt weiterentwickeln. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Diese zweibahnige Bildung der Lehrlinge bietet die Kombination des Lernens in der Praxis einerseits und des schulisch-systematischen Lernens andererseits. Unser System sichert die Jugendarbeitsplätze, die Vielfalt der Berufe, sowie auch die Qualität und die Bildungschance für speziell Begabte. Ich bestreite nicht, daß auch bei uns im Lehrlingswesen keine heile Welt herrscht. Es ist sicher noch viel zu tun, es gibt sicherlich eine Reihe von Reformen, die notwendig sind. Wenn wir aber hier am Ziel einer verstärkten Mobilität und am Ziel der Bildung von Berufspersönlichkeiten mitarbeiten, so glaube ich, daß wir eine vernünftige Weiterentwicklung erreichen werden. Die Österreichische Volkspartei hält es daher für notwendig, daß erstens die Aufwertung der praktischen Berufe und des Lehrlingswesens an vorderster Stelle stehen muß; das ist eine Frage der Bewußtseinsbildung in unserer Gesellschaft. Zum zweiten soll es ein intensiveres Zusammenwirken von Betrieb und Berufsschule geben. Zum dritten den besseren Einstieg in das Lehrverhältnis. Dies, so glauben wir, kann durch eine verbesserte Bildungs- und Berufsberatung in den vorhergehenden Schulen und durch das Gewerbe selbst geschehen. Zum vierten: Eine bessere Berufsbildung im Betrieb ist natür-

Wolf

lich auch notwendig. Nur muß bei der Berufsbildung im Betrieb gezielt und differenziert vorgegangen werden, und zwar jeweils den Erfordernissen angepaßt.

Wir könnten uns weiters vorstellen, daß eine Verbindung von verwandten Lehrberufen gefördert und dadurch die Schaffung von mehr Doppellehrern ermöglicht wird. Die Verbesserung der Berufsschule beziehungsweise der Ausbildungsstätte Schule verstehen wir so, daß im inneren Bereich die Lehrpläne modernisiert werden, das Lernen in kleinen Gruppen erfolgt und Förderunterricht gewährt wird, der ja in der 7. Schulorganisationsgesetz-Novelle sogar eingebaut ist, und daß freiwillige Lernmöglichkeiten angeboten werden. Schließlich ist es auch notwendig, die Eröffnung von Übertrittsmöglichkeiten in eine berufsbildende höhere Schule zu schaffen. Von den sozialpolitischen Maßnahmen, die wir nicht außer acht lassen dürfen, würde ich den Lehrberufswechsler und den Berufsabbrecher erwähnen. Hier müßte das Angebot kurzer Bildungsgänge geschaffen werden, damit nicht abseits von der Praxis herangebildet wird.

Eine besondere Betreuung, Frau Abgeordnete Dobesberger, würden wir weiblichen Lehrlingen zuordnen, besonders bei der Erlernung sogenannter Männerberufe. Hier, glaube ich, ist diese Unterstützung sicher erforderlich. Die Förderung von Betrieben, die Behinderte heranzubilden, und die Errichtung geschützter Lehrwerkstätten für Behinderte ist gerade im Jahr der Behinderten ein Gebot der Stunde. Schließlich darf auch auf die laufende Weiterbildung nicht vergessen werden. Dazu sind echte zweite Bildungswege zu eröffnen.

Wenn wir an einer Weiterentwicklung des Berufsschulwesens interessiert sind, darf das nicht durch Pauschalmaßnahmen geschehen. Pauschalmaßnahmen könnten die besten Anliegen zu Unsinnigkeiten verkehren.

Hier meine ich zum Beispiel, gleich lange Lehrzeiten für alle Lehrberufe sind abzulehnen. Weiters: Eine gleiche Ausweitung der Berufsschulzeit für alle Lehrberufe ist abzulehnen. In diesem Zusammenhang verweise ich sogar auf eine Äußerung des Abgeordneten Schnell, die er am 23. Jänner 1980 in der Schulreformkommission gemacht hat, wo er wortwörtlich sagte: „Für eine Reihe von Berufen sollte im Verhandlungswege (ohne generelle Verfügung) eine Ausweitung des Berufsschulunterrichtes erfolgen.“ (Abg. Dr. Schnell: *Erster Schritt! — Ruf bei der ÖVP: Zum Beispiel!*) „Zum Beispiel“ steht nicht. Hier könnte man ohne weiters zustimmen.

Herr Vizekanzler! Heute vormittag haben Sie die 7. Schulorganisationsgesetz-Novelle der Öffentlichkeit vorgestellt, und dabei finde ich eine Neuformulierung, die besagt: Unterrichtsgegenstände der Allgemeinbildung als Pflichtfach, insbesondere lebende Fremdsprache und politische Bildung. Die Einführung der politischen Bildung ist geschehen; nur, die lebende Fremdsprache generell für alle Berufsschüler einzuführen, wenn auch erst im Jahre 1990, halten wir für verfehlt. (Abg. Dr. Sinowatz: *Das hat der Abgeordnete Dr. Schüssel verlangt! — Ruf bei der ÖVP: Das hat er sicher nicht verlangt!*) Ich glaube nicht, daß der Abgeordnete Schüssel das verlangt hat. Wir meinen: Nicht generell, sondern für die Berufe, bei denen wir es für notwendig erachten. (Beifall bei der ÖVP.)

Hingegen sind die Einführung der Leistungsgruppen in den Berufsschulen und die Einrichtung des Förderunterrichtes selbstverständlich generell zu begrüßen.

Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Ich komme schon zum Schluß. Zu differenzierten Lösungen je nach Berufsbereichen und anstehenden Schwierigkeiten in den einzelnen Berufen ist die Österreichische Volkspartei sicher zu haben. Ein Ja also für die differenzierten Lösungen!

Ein Nein sagen wir aber zu allen Pauschalmaßnahmen im berufsbildenden Schulwesen, und heftigen Widerstand leistet die ÖVP gegen Fehlparolen im gesamten Bildungsreich.

Wir haben unsere Vorstellungen im „Modell Österreich — Unsere Jugend — Die Aufgabe lohnt sich“ fixiert. Diese Broschüre kann jeder nachlesen, Herr Bundesminister, ich darf sie Ihnen überreichen. — Danke sehr! (Beifall bei der ÖVP.) 18.43

Präsident **Thalhammer**: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Grabner. Ich erteile ihm das Wort.

18.44

Abgeordneter **Grabner** (SPÖ): Hohes Haus! Werter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich bin zwar noch nicht lange im Hohen Haus, doch glaube ich, daß ich als Stadtrat für Sportangelegenheiten in meiner achtjährigen Tätigkeit in Wiener Neustadt viel Erfahrung auf dem Gebiet des Sports gesammelt habe.

Über die Bedeutung des Sports brauche ich nicht viele Worte zu verlieren, sondern nur daran zu erinnern, was meine Kollegen in den letzten Jahren hier im Hohen Haus, die Kollegen Kerstnig, Stippel und Tonn, gesagt haben

Grabner

und was der Begründer, das heißt genauer gesagt, der Wiederbegründer der Olympischen Ideen, so ausdrückte: „Sport soll der spielerische Ausgleich zur Arbeitswelt des Menschen sein.“ Ein spanischer Philosoph faßte das noch kürzer und meinte, Sport sei der Bruder der Arbeit.

Unsere Bundesregierung und vor allem der für Sport zuständige Minister, Vizekanzler Dr. Sinowatz, haben in den Jahren seit 1970 auf diesem weiten Tätigkeitsfeld, auf das sich sowohl Schüler, der Lehrling und auch der Erwachsene begibt, nicht nur gewaltige Aufbauarbeit geleistet, sondern auch dafür gesorgt, daß die Sportausübung, wie sich unser Ressortminister Sinowatz im Februar dieses Jahres im Hohen Haus ausdrückte, als sozialer Tatbestand anerkannt wird und das Klassenmerkmal Luxus abgelegt hat. *(Beifall bei der SPÖ.)*

In diesem Sinne scheint es mir wichtig, daß schon die Kinder in der Schule die Möglichkeit haben, ihren Neigungen entsprechend diese oder jene Sportart zu bevorzugen; daß die Lehrlinge und die Besucher der Höheren Schulen ebenso die Möglichkeit haben, Sport zu betreiben, und daß auch die große Schicht der Berufstätigen, die Arbeiter, Angestellten und Beamten, mehr als bisher die Möglichkeit bekommen, im Breitensport beziehungsweise im Betriebssport ihren gesundheitlichen Ausgleich zu finden.

Dazu gehört in Übereinstimmung der jeweiligen medizinischen Erkenntnisse das Erkennen jener Sportart, die für den Beruf des einzelnen tatsächlich die besten Ausgleichsbewegungen darstellen.

So wie unsere Bundesregierung in der Wirtschaftspolitik mit gezielten Subventionen und Förderungsmaßnahmen bemüht ist, mit den vorhandenen Mitteln die größtmögliche Wirkung zu erzielen, so ist auch unser Bundesminister bemüht, die Sportförderungsmittel einzusetzen, damit sie einen möglichst hohen Multiplikationsfaktor ergeben. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Ein gut ausgebildeter Trainer ist der beste Multiplikator, der dann nach seiner Ausbildung eine Vielzahl von Talenten ausbilden kann.

In diesem Sinne ist auch der vorliegende Budgetentwurf ein weiterer Schritt vorwärts mit einigen Schwerpunkten, wie dies für einige konzentrierte Förderungsmaßnahmen unter Berücksichtigung der Arbeitsplatzsicherung wichtig ist.

Eines der größten und wichtigsten Sportereignisse für unser Land, jedoch auch für die Schisportler Europas und eines Teiles der Welt, stellt die Schiweltmeisterschaft 1982 in Schladming-Haus dar. Das erfreulich große Publikumsinteresse, das ausgezeichnete Management sind schon jetzt eine gewisse Garantie, daß diese Weltmeisterschaften einen guten und damit werbewirksamen Verlauf nehmen werden. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Damit wird sich unser Österreich wieder als ein Zentrum des internationalen Sports, als guter Platz für sportliche Großveranstaltungen und als Ort friedlicher Begegnungen weltweites Ansehen verschaffen.

Ich möchte hier an dieser Stelle schon jetzt allen jenen danken, die dafür sorgten, daß diese Großveranstaltung in unserem Land zur Austragung kommt. Allen voran darf ich Herrn Vizekanzler Dr. Sinowatz sowie den Beamten des Ministeriums danken, daß dieses weltweite Sportereignis bereits jetzt ein Rekordnennungsergebnis aufweist. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Daß solche Veranstaltungen auch eine gewichtige wirtschaftliche Rolle spielen, liegt auf der Hand. Die Bundesregierung hatte für die infrastrukturellen Begleitmaßnahmen dank der Initiative unseres Bundeskanzlers Dr. Bruno Kreisky für die Dachstein-Tauern-Region die beachtliche Summe von 454 Millionen Schilling bereitgestellt.

Meine Damen und Herren! Wenn der Herr Abgeordnete Höchtel gemeint hat, daß weniger Sportförderungsmittel für das Jahr 1982 zur Verfügung gestellt werden, so darf ich nochmals die Sportförderung mit 15 Millionen Schilling für Schladming erwähnen. Im Budget für 1981 waren rund 80,6 Millionen Schilling und für 1982 sind es 77,9 Millionen. Da muß man natürlich diesen Betrag für Schladming abziehen.

Dieses internationale Vertrauen in unser Land und seine Regierung sowie in die Organisation solcher sportlicher Großveranstaltungen, Herr Abgeordneter, beweist, daß die Sportpolitik unserer Bundesregierung goldrichtig ist. *(Beifall bei der SPÖ.)* Solche Veranstaltungen geben unserem Land auch weltweit gute, sogar beste Publizität.

Gestatten Sie, meine sehr geehrten Damen und Herren, daß ich einige sportliche Großveranstaltungen, die in den letzten zehn beziehungsweise elf Jahren seit 1970 — insgesamt waren es 16 Europameisterschaften, Weltmeisterschaften und Olympische Spiele — in unserem Land zur Durchführung gelangten, aufzähle:

Grabner

Die Sprintweltmeisterschaft im Eisschnelllaufen. (*Zwischenruf bei der ÖVP.*) — Herr Abgeordneter Blenk! Ja, in den letzten zehn Jahren!

Die Leichtathletik-Halleneuropameisterschaft, die Eishockeyweltmeisterschaft, die Schwimmeuropameisterschaft, die Olympischen Winterspiele, die Eiskunstlaufweltmeisterschaft, um nur einige zu nennen.

Im Zuge der Bemühungen des Herrn Bundesministers für Unterricht und Kunst, Vizekanzler Dr. Sinowatz, die Schulungsmöglichkeiten für Sportfunktionäre zu erhalten und wenn möglich zu verbessern, wird 1982, Herr Abgeordneter Höchtel, eine Novellierung des Bundessportförderungsgesetzes vorgelegt.

Diese Novelle soll gewährleisten, daß in den Bundessporteinrichtungen Österreichs weiterhin möglichst kostengünstige Tarife gestaltet werden können. Die bisherige Regelung, wonach die Tarife die Betriebskosten decken müssen, hätten in Anbetracht der Energiekostenverteuerung und der Indexsteigerung eine derartige Erhöhung der Tarife mit sich gebracht, daß die Sportvereine nicht mehr in der Lage gewesen wären, die Kosten zu begleichen.

Daß solche Maßnahmen wie die eben erwähnten, also die von unserer Bundesregierung durchgeführte Sportpolitik der vergangenen Jahre im Interesse der Sportler und unserer ganzen Nation liegen, kann den Unkenrufen von der anderen Seite nicht oft genug entgegengehalten werden.

Auch die jüngsten Zahlen über die Entwicklung des Sports bestätigen nur einmal mehr die Richtigkeit unseres Weges zur steten Entwicklung und Förderung möglichst vieler Sportarten sowohl im Bereich des Spitzensports wie auch im Leistungs- und im Breitensport.

Gegenwärtig — der Herr Abgeordnete Höchtel hat es bereits gesagt — sind in Österreich 10 406 Sportvereine gemeldet, die zusammen mehr als 1,5 Millionen Mitglieder zählen.

Aus dieser breiten Basis oder, wenn Sie wollen, aus dieser Grundlage für die Spitze wuchsen in den Jahren zwischen 1977 und 1981, also innerhalb von fünf Jahren, Spitzensportler heran, die in diesem Zeitraum, das heißt bei den Olympischen Spielen im Jahre 1980 dreimal Gold, dreimal Silber, fünf vierte Plätze, einen fünften und vier sechste Plätze erreichten.

Bei Weltmeisterschaften holten unsere Sportler 47 mal Gold, 51 mal Silber und 58 mal

Bronze und bei Europameisterschaften 59 mal Gold.

Von dieser stolzen Bilanz ausgehend möchte ich, meine sehr geehrten Damen und Herren des Hohen Hauses, in Erinnerung rufen, daß die Spitze ohne Grundlage nicht existieren kann, also muß man wie beim Bau einer Pyramide die Grundlage, die Basis möglichst großflächig anlegen, denn je größer die Basis, umso höher die Spitze.

So gesehen kommt also dem Breitensport beziehungsweise dem Betriebssport eine gewichtige Aufgabe zu.

Dank der vielfältigen Initiative unseres Herrn Bundesminister Dr. Sinowatz hat sich die Sportförderung auf eine Vielzahl von Sportarten ausgeweitet und wurde auch in der Qualität ständig gesteigert. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Als Beweis für diese meine Worte darf ich darauf verweisen, daß die Sportförderung auf dem Gebiet der Bundesanstalten für Leibeserziehungen in den Jahren 1970 bis 1981 von 51 Millionen Schilling auf 150 Millionen Schilling erhöht wurde. Ja, für Sportheime hat sich die Sportförderung sogar verfünffacht, und zwar von 8 Millionen Schilling auf 40 Millionen Schilling im Jahr 1981. (*Abg. Steinbauer: Wissen Sie, was Sie da tun? Einen Weltrekord an Verbeugungen!*) Gleichzeitig — wenn Sie wollen, Herr Abgeordneter Steinbauer — mit der Steigerung der Förderungsmaßnahmen können wir ein starkes Ansteigen der Sporttotomittel verzeichnen. Diese Mittel werden auch den Sportverbänden zur Verfügung gestellt.

Aber auch die österreichische Sporthilfe, die ja nach Bedürftigkeit dem einzelnen Sportler und nicht den Vereinen zugute kommt, wird unter Vorsitz des Herrn Vizekanzlers nächstes Jahr ihre Zuwendungen von 5 auf 10 Millionen Schilling erhöhen, was durch das ausgezeichnete Ergebnis der TV-Quizaktion ermöglicht wird. (*Abg. Steinbauer: Es sind auch die Totogewinne gestiegen!*) Das habe ich bereits erwähnt, Herr Abgeordneter Steinbauer. Ich glaube, Sie haben nicht zugehört. 1978 waren die Totomittel 114 Millionen Schilling, 1981, Herr Abgeordneter, 251 Millionen Schilling, und 1982 werden es aller Voraussicht nach 330 Millionen Schilling sein. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Erlauben Sie, meine sehr geehrten Damen und Herren, auch noch eine kurze Bemerkung zu den großartigen Leistungen unserer Bundesanstalten für Leibeserziehungen in Wien, Graz, Innsbruck und Linz. Diese Bildungsanstalten für Lehrwarte, Trainer und

Grabner

Lehrer für die verschiedensten Sportarten sind ein klassisches Beispiel dafür, wie man den Multiplikationsfaktor am besten zur Wirkung bringen kann.

In den beiden Jahren 1980 und 1981 haben rund 2 800 Personen die Bildungskurse positiv abgeschlossen. Das Sportleistungsmodell Südstadt geht nun in das sechste Jahr seines Bestandes und soll auf Grund der positiven Ergebnisse in eine ständige Einrichtung übergeführt werden. Zu den integrierten Sportarten Leichtathletik, Schwimmen, Fechten und Tennis kam 1980 das Radfahren hinzu.

Die 31 Kinder und 24 Angehörigen der Heeres- und Nahkampfschule haben 1980 neun österreichische Rekorde, 14 österreichische Meistertitel und 12 Olympiastarter hervorgebracht.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Leistungen des Bundesministeriums für Unterricht und Kunst, Abteilung Sport, können sich sehen lassen. Dank der vielschichtigen Energie unseres zuständigen Ministers Vizekanzler Dr. Sinowatz wurde zwischen der Sportpolitik der SPÖ-Bundesregierung beziehungsweise unseres Staates und den freien Trägern der Sportausübung, zwischen der Dienstleistung des Staates und der Selbstverwaltung der Sportverbände eine glückliche Symbiose hergestellt, die beiden Teilen, dem Staat und dem einzelnen, nützt und Ansehen bringt.

Darf ich noch einige Worte zur Erwachsenenbildung auch hier beim Budgetantrag sagen. Im Voranschlag für die Erwachsenenbildung für das Jahr 1982 ist eine erfreuliche Steigerung der Förderungsmittel zu erkennen. 1981 waren es 48,6 Millionen Schilling, 1982 werden es 49,8 Millionen Schilling sein, obwohl allgemein aus Spargründen eine 10prozentige Senkung der Förderungsmittel des Bundes verfügt werden müßte.

Der Grund für diese erfreuliche Steigerung bei der Erwachsenenbildung liegt darin, daß neben der Wichtigkeit der weiteren Erfüllung der Aufgaben der Erwachsenenbildung vor allem in Kürze eine „Entwicklungsplanung für ein kooperatives System der Erwachsenenbildung in Österreich“ realisiert werden soll, wofür natürlich Mittel erforderlich sind, und erfreulicherweise 1982 dafür allein 3,5 Millionen Schilling zur Verfügung stehen.

Die sich heute überaus rasch wandelnde Gesellschaft erfordert eine ununterbrochene Bildung und Weiterbildung der Menschen. Als Teil eines Gesamtbildungsprogramms trägt die Erwachsenenbildung nun dazu bei, daß sich die Menschen beruflich fortbilden kön-

nen, mit Problemen in Familie und Gesellschaft fertigwerden sowie ihre Freizeit sinnvoll verbringen können.

Nicht zuletzt zeigt der jeweilige Stand der Erwachsenenbildung den Entwicklungsstand einer modernen Gesellschaft überhaupt auf.

Im letzten Jahrzehnt ist in Österreich auf dem Gebiet der Erwachsenenbildung bereits überaus viel geschehen, worauf ich sofort näher eingehen werde. Doch vieles wird in Zukunft diesbezüglich noch geschaffen werden müssen. Beispielsweise eine stärkere Einbeziehung der Medien in das Programmangebot, ein weiterer Ausbau der Bildungs- und Kulturzentren, eine besondere Förderung des Volksbüchereiwesens, die gesetzliche Bildungsfreistellung und die Ausarbeitung eines Strukturplanes.

Die sozialistische Bundesregierung hat diesbezüglich ganz konkrete Vorstellungen und fördert seit der Beschlußfassung des Erwachsenenbildungsgesetzes im Jahr 1973 sehr deutlich und grundsätzlich auf zwei Arten die Erwachsenenbildung.

Erstens einmal durch die finanzielle Unterstützung von Verbänden und Einrichtungen der Erwachsenenbildung, wobei anerkannte gesamtösterreichische Einrichtungen der Erwachsenenbildung dabei sicher im Vordergrund stehen, zum Beispiel die Arbeitsgemeinschaft der Bildungsheime Österreichs, das Berufsförderungsinstitut, das ländliche Fortbildungsinstitut, die Österreichische Volkswirtschaftliche Gesellschaft, der Ring Österreichischer Bildungswerke und so weiter. (*Der Präsident übernimmt den Vorsitz.*)

Zweitens dadurch, daß der Bund Einrichtungen der Erwachsenenbildung fördert, die zwar nicht selbst unmittelbare Erwachsenenbildung betreiben, aber als Servicestellen für die Einrichtungen der Erwachsenenbildung anzusehen sind, wie zum Beispiel die Förderungsstellen des Bundes für Erwachsenenbildung für die einzelnen Bundesländer, das „Bundesinstitut für Erwachsenenbildung“ in Sankt Wolfgang, das „Österreichische Institut für politische Bildung“ in Mattersburg, das vom Bundesministerium für Unterricht und Kunst und den neun Bundesländern finanziert wird und andere mehr.

Zwecks größerer Effizienz der Erwachsenenbildung in Österreich gibt es seit 1972 sozusagen als Dachverband der großen gesamtösterreichischen Verbände der Erwachsenenbildung die ständige Konferenz der Erwachsenenbildung für Österreich. Bei dieser ist zu beachten, daß die einzelnen in ihr zusammengefaßten Institutionen selbständig

Grabner

bleiben und auch ihre ursprüngliche Zielsetzung weiterhin verfolgen können.

Über die bisher von mir genannten Einrichtungen der Erwachsenenbildung in Österreich und über ihren großen Rahmen hinaus betreiben und fördern die Erwachsenenbildung auch die Gewerkschaften, die Kammern, Kirchen, die politischen Parteien, ferner die Träger der Privatschulen, wie zum Beispiel in erster Linie die gemeindeeigenen Musikschulen.

Die Erwachsenenbildung soll unserer Gesellschaft noch mehr Chancengleichheit bringen, sie soll die zunehmende Freizeit, in deren Genuß die arbeitenden Menschen gekommen sind, sinnvoll verbringen helfen und damit insgesamt eine Verbesserung der Lebensqualität herbeiführen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Das Erwachsenenbildungsbudget für 1982 hilft sicher ein Stück auf diesem von einer sozialistischen Bundesregierung geplanten Weg weiter. *(Beifall bei der SPÖ.)* 19.01

Präsident: Zum Wort gemeldet hat sich die Frau Bundesminister Dr. Firnberg. Bitte, Frau Minister.

19.02

Bundesminister für Wissenschaft und Forschung Dr. Hertha **Firnberg:** Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Wie immer man die Budgetzahlen des Bundesvoranschlages 1982 für das Kapitel Wissenschaft und Forschung drehen und wenden mag, das Ergebnis bleibt ein positives, ich sage das noch einmal sehr nachdrücklich dem Herrn Kollegen Dr. Blenk.

Der Bundesvoranschlag 1982 dokumentiert gerade angesichts eines Sparbudgets — und das wird ja von der Opposition immer wieder nachhaltig verlangt — eindeutig den Vorrang von Wissenschaft und Forschung als einem zentralen Anliegen.

Der Gesamthaushalt des Bundes steigt abzüglich des Staatsschuldendienstes um 4,9 Prozent. Die Steigerung des Wissenschaftsbudgets ist mehr als 10 Prozent, also mehr als doppelt so hoch! *(Beifall bei der SPÖ.)*

Es wird 1982 erstmals die 10 Milliarden-Grenze überschritten. Und das ist schon ein Markstein. Der Anteil des Wissenschafts- und Forschungsbudgets am Gesamthaushalt ist wie im Vorjahr 2,76 Prozent. Aber gerade angesichts des erhöhten Finanzschuldenaufwands und eines generellen Sparbudgets ist das sicherlich weit höher zu bewerten. Man kann das Wissenschaftsbudget eben nicht los-

gelöst von der allgemeinen Wirtschaftssituation ansehen.

Wenn wir im langfristigen Vergleich die Zahlen betrachten, so ist sicherlich das noch eindrucksvoller, etwa wenn wir überlegen, Herr Kollege Dr. Blenk — und ich muß Ihnen das doch noch einmal wiederholen —, daß wir 1970 2,35 Milliarden im Budget hatten und heute 10,2 Milliarden, so ist der Unterschied doch nicht bestreitbar.

Natürlich, Herr Kollege Dr. Stix, ich will nicht bestreiten, daß es wünschenswert wäre, wenn es noch mehr wäre, so wie Sie richtig sagen, Wissenschaft und Forschung ist ein „bodenloses Faß“. Aber trotz alledem müssen wir doch einsehen — und Sie haben das ja auch gesagt —, daß vor dem Hintergrund stagnierender und restriktiver Vorgänge für Wissenschaft und Forschung im internationalen Bezug wir in Österreich eine andere Situation haben. In zahlreichen Industriestaaten — so hat auch der Herr Abgeordnete Wille das schon eingeführt — sind die Aufwendungen für Wissenschaft, Forschung und für die Universitäten nicht nur stagnierend, sondern mit großen Kürzungen versehen. Ich weise etwa auf die Vereinigten Staaten oder auf die Bundesrepublik Deutschland hin, wo die Proteste gegen die Budgets für Wissenschaft, Forschung und Universitäten ungeheuer sind, weil die Kürzungen ungeheuer sind.

In Österreich werden die Ausgaben für Wissenschaft und Forschung um 10 Prozent erhöht! Und das geschieht mit Rücksicht auf die Rolle der Forschung. Alle in Wissenschaft und Forschung erhalten wesentlich erhöhte Mittel.

Der Fonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung, Herr Kollege Dr. Blenk, fast 177 Millionen. 45 Millionen waren es im Jahr 1970.

Sie sagen, es sei weniger als 1980. Aber Sie als exzellenter Kenner der Materie müssen doch auch wissen, daß damals eine Rücklage, eine thesaurierte Rücklage aufgelöst worden ist, denn der Fonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung, der auch damals geklagt hat, daß er zu wenig Geld hat, hat so viel erspart gehabt, daß er dies im folgenden Jahr auflösen konnte.

Der Forschungsförderungsfonds für die gewerbliche Wirtschaft hat fast 294 Millionen. 49 Millionen waren es im Jahr 1970. Angesichts dieser Entwicklung kann doch nicht behauptet werden, daß nichts geschehen ist.

Die Akademie der Wissenschaften hat 127 Millionen Schilling. Es waren 21,8 Millio-

Bundesminister Dr. Hertha Firnberg

nen im Jahr 1970. (*Abg. Dr. Blenk: Aber das kann man doch nicht vergleichen!*) Das kann man schon mit 1970 vergleichen! Man muß diese Dinge eben in der längerfristigen Entwicklung ansehen und nicht nur von Jahr zu Jahr. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Mit anderen Worten, wir haben die Kontinuität unserer Forschungspolitik gewahrt.

Weil Sie sich lustig gemacht haben, Herr Kollege Dr. Blenk, über diesen gemeinsamen Antrag mit der Freiheitlichen Partei, zusätzlich 10 Millionen aus der Disposition des Bundesministeriums für Wissenschaft und Forschung an den Fonds für die gewerbliche Wirtschaft zu übertragen, mit der ausdrücklichen Zweckwidmung, das für eine Zinsstützung zu verwenden.

Diese Aktion und die Zweckwidmung ist sehr wohl überlegt. (*Abg. Dr. Blenk: Aber das Geld hat ja kein „Mascherl“!*) O ja, das hat ein „Mascherl“, weil das wird vereinbart, daß es in dieser Form verwendet wird. Diese Zustimmung ist zum Fonds bereits erreicht. Selbstverständlich!

Auf nationaler und auf internationaler Ebene wird der Innovation für Forschung und Entwicklung eine zentrale Bedeutung eingeräumt. Es war daher sehr naheliegend und auch mein Bestreben, insbesondere im letzten Jahr, innerhalb der Vorbereitungen für den Voranschlag 1982 sowohl aus forschungspolitischer als auch aus wirtschaftspolitischer Überlegung heraus die Innovationsförderung im besonderen Maße zu berücksichtigen.

Wir haben bereits flankierende Maßnahmen. Zum Forschungsorganisationsgesetz konnten wir sowohl im Abgabenänderungsgesetz 1980 als auch im Abgabenänderungsgesetz 1981 zusätzlich steuerpolitische Förderungsmaßnahmen erwirken.

Der Forschungsförderungsfonds der gewerblichen Wirtschaft, ein wichtiges Instrument, wurde auch kräftig aufgestockt. Nicht nur die genannte Zahl, sondern ich darf zur Überlegung geben, daß durch das BÜG 1981 mit 60 Millionen, durch die Budgeterhöhung für das Jahr 1982 um 35 Millionen und den Übertrag vom Ministerium auf den Fonds mit 10 Millionen dem Fonds auf einen Schlag 105 Millionen zugeführt werden.

Sie können doch wahrlich nicht sagen, daß das eine kleine und unbeachtliche Erhöhung ist. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Wie der Kollege Dr. Stix bereits ausgeführt hat, wird durch diese Übertragung keinesfalls eine Verringerung der Energieforschung oder der Rohstoffforschung eintreten, da gerade

diese Mittel auch im Rahmen des Fonds für den von der Bundesregierung erklärten Förderungsschwerpunkt Energie- und Rohstoffforschung mitverwendet werden. Ein Zinsenzuschuß wird ein sehr wesentliches Forschungsmittelvolumen auslösen. (*Abg. Dr. Blenk: Aber das ist doch alles nichts Neues!*) Das ist ganz neu, das wird zum ersten Mal gemacht, und daher ist es auch neu!

Die österreichische Forschungspolitik hat sich bisher und wird sich auch weiterhin als eine kooperative verstehen. Das bedeutet ein sehr enges Zusammenwirken zwischen Staat, Wissenschaft, Wirtschaft in der Forschungsplanung, in der Forschungsfinanzierung und in der Forschungsdurchführung bei allen zuständigen Einrichtungen.

Vom Ressort unmittelbar vergebene Auftragsforschungsmittel, über die Sie sich ja auch immer sehr kritisch äußern, wurden immer in einem ganz engen Zusammenwirken mit den anderen Finanzeinrichtungen und unter Ausrichtung auf gemeinsame österreichische forschungspolitische und innovationspolitische Ziele eingesetzt, zum Beispiel in der Forschungsk Kooperation zwischen Bundesländern und Bund.

Wir haben damit erreicht — das möchte ich hier vor dem Hohen Haus besonders betonen —, daß die konkrete Zusammenarbeit zwischen Universitäten und außeruniversitären Forschungseinrichtungen viel enger wurde, einschließlich der Wirtschaftsforschungseinrichtungen.

Ich möchte nur als einziges Beispiel die Österreichische Computergesellschaft erwähnen, die derzeit die Vorarbeiten zur Gründung eines Forschungsinstitutes für angewandte Informationsverarbeitung zur Durchführung gemeinsamer Forschungsprojekte mit Universitätsinstituten, österreichischen Industrieunternehmen unter der Leitung von Professor Maurer, Technische Universität Graz, erarbeitet.

Als zweites Beispiel möchte ich etwa die Wissenschaftsmesse anführen, die doch zeigt, in welchem Maße heute die Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft, Universitäten, Forschung und Industrie bereits gewährleistet ist.

Nun, Herr Dr. Blenk, ein Wort zur Auftragsforschung, die Sie immer so kritisch bedenken. Sie scheint Ihnen ein Dorn im Auge zu sein, und wir hören darüber nichts außer verächtlichen Äußerungen von Ihnen. Ich möchte nicht auf Einzelheiten eingehen, ich will nur eine einzelne Frage hier richtigstellen, nämlich die Frage der Energieforschung, die Sie

Bundesminister Dr. Hertha Firnberg

derart abgewertet haben. (*Abg. Dr. Blenk: Nicht ich, die OECD!*) Ja, Sie haben sie abgewertet. Hören Sie mir zu! Sie werden vielleicht Ihre Meinung revidieren müssen.

Ende des Jahres 1980 wurden unter der Leitung von Vertretern der Bundesrepublik und unter Mitwirkung von Vertretern Japans die österreichischen Energieforschungs- und Entwicklungsaktivitäten im Detail einer Prüfung unterzogen. Also eine OECD-Prüfung. Die Ergebnisse dieser Tiefenprüfung wurden in einem sehr ausführlichen Bericht des Prüfer-teams festgehalten und werden in Kürze veröffentlicht werden.

In diesem Bericht wird sehr positiv festgestellt — ich bringe das ganz verkürzt —, daß das Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung im Jahre 1980 das neue österreichische Energieforschungskonzept ausgearbeitet hat und nach ausführlichen Diskussionen mit allen Betroffenen und Interessierten der Öffentlichkeit vorlegte.

Dieses Team stellt fest, daß dieses Forschungskonzept eine sehr gute Basis für eine Überführung der politischen Maßnahmen in praktische Arbeits- und Forschungsprogramme darstelle und Leitlinie für eine koordinierte Energieforschungs- und Entwicklungspolitik in Österreich ist.

Es stellt ferner fest, daß die Aktivitäten im Bereich der Energieforschung und Entwicklung koordiniert mit der nationalen Energiepolitik durchgeführt werden. Eine völlige Koordination.

Es stellt schließlich und endlich noch sehr positiv fest, daß, die Überleitung von Forschungs- und Entwicklungsergebnissen in die Praxis betreffend, eine Reihe von Aktivitäten des Bundesministeriums für Wissenschaft und Forschung besonders wirkungsvoll sind. Es wurden dabei insbesondere die Errichtung von Demonstrationsanlagen für die Anwendung alternativer Energiequellen und die Errichtung zum Beispiel des österreichischen Meßnetzes zur Nutzung der Sonnenenergie hervorgehoben, da dadurch die Markteinführung derartiger Technologien beschleunigt werden kann.

Ebenso positiv wurden die Maßnahmen des Forschungsförderungsfonds für die gewerbliche Wirtschaft hervorgehoben.

Es ist also keinerlei negatives Urteil, sondern ein durchaus positives. Ich bitte, dieses positive Urteil nicht nur auf die Energieforschung des Bundesministeriums für Wissenschaft und Forschung anzulegen, sondern auf unsere gesamte Auftragsforschung. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Alles in allem, um hier zum Schluß zu kommen, Herr Kollege Dr. Blenk: Die österreichische Forschungslandschaft hat sich in den letzten Jahren und auch im letzten Jahr wesentlich erweitert, auf universitärer und auf außeruniversitärer Seite. Es sind eine Reihe wichtiger Institute geschaffen worden, und es sind Aktivitäten in Gang gesetzt worden, die es kreativen Persönlichkeiten der Wissenschaft ermöglichen, ihre Pläne zu verwirklichen und die Wissenschaft in den Dienst der Gesellschaft zu stellen.

Ich erinnere an das Institut für Rohstoffforschung, das mit der Geologischen Bundesanstalt der Montanuniversität Leoben, den Bundesländerforschungseinrichtungen, der Forschungsgesellschaft Joanneum und der Vereinigung für angewandte Lagerstättenforschung als ein Institut an der Akademie der Wissenschaften gegründet wird.

Ich erinnere an das Institut für Forschung und Entwicklung in neuen Energietechnologien.

Ich erinnere an das im Zusammenwirken mit der Österreichischen Notariatskammer geschaffene Institut für Rechtsvorsorge und Urkundenwesen.

Ich erinnere an das Institut für Erdölverarbeitung, das an der Technischen Universität in Planung ist.

Ich erinnere daran, daß in der nächsten Zeit ein Institut für Friedensforschung geschaffen werden wird, für das die Vorbereitungsarbeiten bereits im Gange sind.

Ich erinnere ferner: an den Universitäten: das neue Institut für vergleichende Literaturwissenschaft, das Interfakultäre Institut für Sonder- und Heilpädagogik, ein gesellschaftlich unglaublich relevantes Institut, an die Interfakultäre Forschungsstelle für Rechtspsychologie, an das Zentrum für Ultrastrukturforschung, an das Forschungsinstitut für Universitätsrecht.

Das ist nur eine kleine Auswahl aus der großen Vielfalt wissenschaftlicher Bereiche, die jetzt durch Initiative der Wissenschaftler geschaffen worden und wo die Arbeiten bereits im Gange sind.

Ich erinnere an die internationale Mitwirkung Österreichs bei sehr vielen wissenschaftlichen Aktivitäten. Wir sind zum Beispiel als kleines Land in dreifacher Beziehung in der Weltraumforschung tätig. Wir haben die Möglichkeit, mit der Sowjetischen Akademie der Wissenschaften bei Weltraumsonden mitzuwirken, „mitzufliegen“ zur Venus mit Geräten, die in Österreich erzeugt wurden. Wir haben gleichzeitig die Möglichkeit, mit

Bundesminister Dr. Hertha Firnberg

der ESA zu arbeiten im SPACELAB-Programm, und schließlich und endlich haben wir noch die Möglichkeiten, mit der NASA zu arbeiten.

Es gibt kaum ein Land, das so wie wir beteiligt ist auf diesem wichtigen mit vielen anderen wissenschaftlichen Bereichen verflochtenen Gebiet, wie es die Weltraumforschung ist.

Ich denke zum Beispiel an das Gebiet der Musiksoziologie, wo Österreich international führend ist.

Ich denke etwa an unsere Arbeiten mit der Energieagentur oder mit dem CERN.

Ich denke daran, an wie vielen wissenschaftlichen internationalen Projekten Österreich an führender Stelle mittätig ist. All das könnte nicht geschehen, wenn sich unser wissenschaftliches Leben gerade in den letzten Jahren nicht in einem hohen Maße entwickelt hätte.

Die Forschungskonzeption für die achtziger Jahre ist in Vorbereitung. Wir werden die Prioritäten nach eingehenden Diskussionen mit allen betroffenen, allen gesellschaftlichen Schichten, Wissenschaft, Wirtschaft, Verwaltung, endgültig festsetzen, umfassende konkrete, aktuelle, gesellschaftsrelevante Programmatiken entwickeln. Diese Forschungskonzeption wird der Rahmen sein für die weitere Planung unserer Forschungsentwicklung. All jene Wissenschaftler, die an der Ausarbeitung beteiligt sind, sind im höchsten Maße engagiert, und ich glaube, daß dieses Konzept in Kürze vorgestellt werden kann.

Noch einige Worte zur Frage der Hochschulen, zu unseren wichtigsten Forschungsstätten. Auch hier kann ich nur sagen, Herr Abgeordneter Dr. Blenk, wie immer man die Zahlen dreht und wendet, die Hochschulausgaben des Bundes (*Abg. Dr. Blenk: Ich habe die Zahlen nicht gedreht und nicht gewendet!*) — o ja! — werden 1982 gleichfalls erstmals die 10-Milliarden-Grenze überschreiten und um 10,9 Prozent gegenüber dem laufenden Haushaltsjahr steigen. Es werden sich gegenüber 1970 die Hochschulausgaben mehr als vervierfacht haben.

Das wieder im Gegensatz zu vielen ausländischen Beispielen! Ich möchte Sie einladen, sich von den Tatsachen im Ausland einmal persönlich zu überzeugen.

Ich war kürzlich in der Bundesrepublik Deutschland und habe mir angesehen, was dort an den Hochschulen vorgeht: die Kürzungen an Personal, an Finanzen, die sich in der Bundesrepublik abspielen; daran erst kann man ermesen, um wieviel günstiger die

Situation bei uns in Österreich ist, wo es nicht nur zu keinen Kürzungen kommt, sondern wo auch 1982 die Fortsetzung des weiteren Ausbaues der Hochschulen ermöglicht ist. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Wer sich, meine sehr geehrten Damen und Herren, in unserem Land umsieht und nicht den Tatsachen verschließen will, der wird an allen Hochschulorten den Beweis dafür finden. Natürlich, unser Hochschulwesen hat zahlreiche Probleme, Schwierigkeiten, das ist überhaupt keine Frage. Wir werden die Aufgaben lösen können, nicht perfekt, aber wir werden sie lösen können.

Natürlich sind unsere Hochschulbauten keine „Sanatorien“, aber es sind funktionelle Bauten. Und was sich in Innsbruck abgespielt hat, ist etwas, das unseren Studierenden und insbesondere diesen Gruppen an Demonstrierenden keine besondere Ehre antut.

Wir haben das Problem der Assistenten; der Herr Abgeordnete Dr. Stix hat darauf hingewiesen. Wir werden eine Lösung finden müssen, aber ich muß darauf hinweisen, daß ein bestellter Assistent eben 30 Jahre diesen Platz innehat und daß die große Sorge von uns allen, auch der Universitäten ist, daß wir alle Plätze verstellen und für den jungen und begabten Nachwuchs dann keine Plätze mehr frei haben. Das sind Gesichtspunkte, die berücksichtigt werden müssen, wenn wir unseren Hochschulen ihre Entwicklungsfähigkeit sichern wollen.

Der Herr Abgeordnete Wille hat eine ganze Reihe von Zahlen zum Budget 1982 für die Hochschulen gebracht. Ich will sie nicht wiederholen. Ich will nur eine Zahl noch bringen, auf die er nicht hingewiesen hat und die mir sehr signifikant erscheint.

Nicht nur ist das Personal, sind die Planstellen an unseren Universitäten und Hochschulen von 8 700 auf 12 700 und die der Professoren von 1 000 auf über 2 000 gestiegen, sondern ist die Zahl der Lehraufträge von 1 100 auf 6 000 und die der Lehrbeauftragten von 1 000 auf 3 700, die der Semester-Wochenstunden von 4 900 auf 12 500 gestiegen. Das ist eine Explosion, wie wir sie kaum auf einem anderen Gebiet erlebt haben. Und das ist der Beweis dafür, daß wir versuchen, mit all den Problemen unserer Hochschulen fertig zu werden, und daß wir auch fähig sind, mit diesen Problemen fertig zu werden.

Es hat mein Kollege Wille in diesem Zusammenhang bereits gesprochen von den Studentenprotesten gegen die AHStG-Novelle, und ich möchte ein paar Worte hinzufügen. Wir haben diese Proteste keineswegs leicht

Bundesminister Dr. Hertha Firnberg

genommen. Wünsche und Proteste müssen in Ruhe und Verantwortung behandelt werden, und es sind Korrekturen sicher möglich. Aber eines ist sicherlich nicht möglich: daß eine Veränderung eines Gesetzes unter Druck durchgeführt wird (*Beifall bei der SPÖ*), unter dem Druck, der sich in einer Form äußert, wie es in einer Demokratie nicht gestattet ist.

Ich glaube, man muß den Ursachen nachgehen, ernstlich nachgehen. Es hängt sicherlich mit der Zukunftsangst unserer jungen Leute zusammen, und deshalb ist es so besonders wichtig, daß man sich mit diesen Problemen beschäftigt. Es bleiben eben die ständigen Worte und Mahnungen vor der „Akademikerschwemme“ nicht ganz ohne Wirkung bei unseren jungen Leuten. Aber Österreich hat nicht allein Jugendproteste und nicht allein Studentenproteste. Daher erscheint es mir sehr merkwürdig, daß man gleich ohne jede Analyse ein Urteil fällt, noch dazu als Soziologe, daß „die Reform danebengegangen ist, und das sei die Ursache“. Ich glaube, daß zuerst eine Analyse angebracht ist.

Und eines ist sicher — ich möchte das hier vor dem Hohen Hause wiederholen —: Zweifellos waren hier extreme Gruppen von Anfang an am Werk. Die Initiative ging von extremen Gruppen aus. Das hat mir für Salzburg der Rektor selbst beschwörend berichtet, das hat das Flugblatt, das der Kollege Wille hier aufgezeigt hat, für Innsbruck ganz eindeutig gezeigt. Für Graz, mit den Besetzern, ist das gleichfalls leicht nachweisbar, denn es geht hier nicht um ein Gespräch, sondern es geht darum, die Besetzung aufrechtzuerhalten. Im übrigen wird die Besetzung — wie mir zugegangen ist — jetzt abgeschlossen werden, auch wenn die von mir angebotenen Termine für eine Aussprache, 7. und 8. Jänner 1982, abgelehnt werden, weil zu diesem Zeitpunkt zuwenig Studenten an der Universität Graz sein werden. Die sind alle noch in den Ferien.

Andere studentische Gruppen sind mitgegangen, denn bei der Studentenpolitik ist es einmal so, es ist Radikalität Pflicht, jede Studentengruppe muß sich radikal zeigen, sonst kommt sie bei den anderen Studenten nicht an. Aber ich hoffe doch sehr, daß der Delegationsbesuch der Österreichischen Hochschülerschaft in der Sowjetunion, der vor kurzer Zeit stattgefunden hat — wo unsere Studenten Gespräche mit Studentenvertretern der Sowjetunion hatten und das System dort kennenlernten —, doch dazu geführt hat, daß sie die Freiheit des Studiums in Österreich schätzelgelernt haben. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Denn die Studiensituation in Österreich, meine Damen und Herren, ist wohl im inter-

nationalen Vergleich, was die Freiheit und Liberalität betrifft, eine unter den günstigsten Bedingungen. Das ist wahre Begabtenförderung, eine völlig liberale Studiengesetzgebung. Wir haben keinen „Numerus clausus“, wir haben fast als einziges Land Europas keinen „Numerus clausus“, wir haben keine Zulassungsbeschränkungen.

Wenn Sie, wie ich, täglich Briefe bekämen aus der Bundesrepublik Deutschland und anderen Ländern, in denen junge Leute schreiben:

„Wegen des ‚Numerus clausus‘ bin ich bisher nicht zum Studium der Medizin zugelassen worden, weil ich mein Abitur mit dem Notendurchschnitt 2,4 abgelegt habe“ — da kommt er schon nicht zum Studium. „Ich bin 21 Jahre alt“ und so weiter, und so weiter, und „möchte gerne studieren“; wenn Sie täglich solche Briefe bekommen, dann wissen Sie, was es heißt, unter der Herrschaft, unter dem Druck des „Numerus clausus“ zu leben.

In Hamburg hat man „Numerus clausus“ jetzt für fast alle Fächer eingeführt. Überall haben wir die Verschärfungen des „Numerus clausus“. In Österreich haben wir völlig freien Zugang für jeden Bildungswilligen und jeden Begabten. Jeder hat die Möglichkeit zu studieren und er hat die freie Wahl des Studiums und muß nicht zuerst ein sogenanntes „Parkstudium“ wählen. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Wir haben zusätzliche Zugangsmöglichkeiten ohne Matura geschaffen. Wir haben ein kostenloses Studium, und wenn es nach uns geht, wird es auch kostenlos bleiben, auch wenn Rektoren die Wiedereinführung der Studienkosten und Hochschultaxen und -gebühren verlangen. Das ist für uns einer jener Momente, die für die Chancengleichheit für die Studierenden geschaffen wurden, und davon werden wir nicht abgehen.

Bei uns ist das Studieren, das heißt die Immatrikulation und Inskription, mit zahlreichen Begünstigungen verknüpft; ich will sie gar nicht alle anführen: die Familienbeihilfe, die Schülerfreifahrt, die Krankenversicherung, die Unfallversicherung, und alle möglichen Ermäßigungen für die Studierenden.

Wir haben die Studienförderung, kein Darlehen, keine Rückzahlung. Wir haben eine studentische Interessens- und Standesvertretung, die Österreichische Hochschülerschaft als Körperschaft des öffentlichen Rechtes, wie es kaum irgendwo anders eine Studentenvertretung in dieser Form hat, eine starke rechtliche Stellung. Mitsprache, Mitwirkung im Universitäts- und Hochschulbetrieb, bis

Bundesminister Dr. Hertha Firnberg

hin zur drittelparitätischen Mitwirkung in der Studienkommission. Das UOG hat den Studenten eine Mitsprache und eine Mitbestimmung eingeräumt, wie wir sie kaum in einem anderen Land finden. Wir haben eine ganz liberale Studiengesetzgebung.

Die Exmatrikulation kommt erst nach Überschreitung der dreifachen Mindeststudiendauer. Und dabei bleibt noch das Recht, Prüfungen abzulegen, auch nach der Exmatrikulation gewährt. Jeder Student kann zu den Prüfungen bis zu sechsmal antreten. Sechsmal antreten! Wir haben eine Lernfreiheit wie nirgends sonst, die Wahl zwischen den Lehrangeboten, zwischen den Lehrern, zum Teil auch die Prüferwahl, wir haben die freie Wahl der Diplomarbeit und der Dissertation und der Betreuer der Dissertation und Diplomarbeit. Und wir haben in allen Studiengesetzen Wahl- und Freifächer und Fächertausch und das Studium irregulare und was es hier noch alles gibt an Vorteilen, an Liberalität für die Studierenden.

Wir haben ungeheure Erleichterungen bei den Prüfungen, wir haben die großen Prüfungen aufgelöst zu Teilprüfungen und Teilen der Teilprüfung, und es kann der Student sich die Prüfungsform wählen. Wird seine Prüfung negativ beurteilt, muß dies begründet werden, und der Student hat die Möglichkeit, Einsicht zu nehmen in die Beurteilungsunterlagen.

Wir haben beim Studium großzügige Möglichkeiten der Anrechnung und Einrechnung durch die Universitäten. Kurz: Wir haben für Studenten eine liberale Studiengesetzgebung wie kaum in irgendeinem anderen Land.

Alle Studienrichtungen haben heute neue Studiengesetze und Studienordnungen. Es ist nur noch für die Evangelische Theologie und einige wenige andere unbedeutende Studienrichtungen die Studienordnung ausständig. Seit Jahren haben wir diese Studienordnungen, und deshalb war die Forderung, daß nach diesen neuen Studienordnungen studiert werden soll, auch wenn der Studienplan noch nicht hier ist, keine ungerechtfertigte Forderung, denn schon lange wissen alle Studienkommissionen, daß sie die Studienpläne fertigzustellen haben.

Diese Studiengesetzgebung, meine Damen und Herren, geht zurück bis auf das Jahr 1966, und es war ein großes Reformwerk. Wir alle haben daran gearbeitet. Es war das Allgemeine Hochschul-Studiengesetz das große Reformwerk — und ich möchte das hier mit großer Hochachtung aussprechen —, das unter Minister Piffl-Perčević begonnen und beendet wurde. Nach dieser Studiengesetzge-

bung gehen wir heute noch vor, mit kleinen Reformen.

Wir gehen jetzt in die zweite Runde der Studienreform. Es ist also keineswegs ein Stillstand eingetreten. Diese zweite Runde wird nicht weniger schwierig werden als die erste Runde. Wenn wir das neue Studiengesetz für Sozial- und wirtschaftswissenschaftliche Studienrichtungen nach jahrelangen Beratungen im Parlament vorgelegt haben, so wissen wir jetzt schon, daß wir neue Schwierigkeiten haben werden; denn die Vorschläge, die wir dem Parlament nach endlosen langen Gesprächen nach allen Seiten hin unterbreitet haben, stoßen schon wieder auf Schwierigkeiten: die Fremdsprachen werden für die Nationalökonomien und Betriebswirte wieder abgelehnt, und so weiter, und so weiter.

Es ist nicht einfach, heute ein Studiengesetz im zweiten Durchgang zu reformieren. Es beschäftigt sich der Akademische Rat jetzt mit den Fristen und Terminen im Studiensystem und seiner Überprüfung und einer allfälligen Neuordnung.

Ich darf zum Schluß noch sagen: Auch die Novelle zum AHStG, um die ein solcher Streit entstanden ist, ist trotz aller Auseinandersetzungen in den letzten Wochen ein Baustein in der liberalen Studiengesetzgebung, wenn man sie objektiv betrachtet.

Hier möchte ich dem Kollegen Dr. Stix nur eines noch sagen: Dieser Erlass des Ministeriums war nicht überflüssig, sondern er ist auf eine Anfrage hin erfolgt; und es ist auch nicht so, daß wir die Wahl der Interpretation hatten, sondern es steht in den Erläuterungen zur Regierungsvorlage, die auch so akzeptiert wurde — und es wurde darüber diskutiert —:

„Mit der Neufassung dieser Übergangsbestimmungen ist auch sichergestellt, daß die alten Studienvorschriften außer Kraft treten und ein Studienanfänger nur mehr nach den neuen Vorschriften das Studium absolvieren kann.“ — Das ist die eindeutige Aussage in den Erläuterungen.

Wir werden also hier noch einmal darüber sprechen müssen, aber der Erlass war weder überflüssig noch gegen das Gesetz.

Wir haben, meine Damen und Herren, die Verantwortung gegenüber unserer studierenden Jugend nie übersehen. Der österreichische Steuerzahler hat einen gewaltigen Konsumverzicht geleistet, um unsere Hochschulen zu finanzieren und damit auch unseren Studierenden die Möglichkeit zu geben, zu studieren.

Aber wir haben auch Verantwortung der

Bundesminister Dr. Hertha Firnberg

Gesellschaft gegenüber, in zweifacher Richtung: Es müssen die Absolventen unserer Hochschulen fähig sein, ihre Aufgaben zu erfüllen. Der Arzt und der Ingenieur, der Lehrer und auch der Außenhandelskaufmann — sie müssen die notwendigen Kenntnisse mitbringen.

Wir haben zum zweiten auch einen Ruf im Ausland zu verlieren oder zu gewinnen. Nur allzuoft ist in der letzten Zeit in bezug auf manche Studien erklärt worden, daß wir in Österreich allzu „billige Studien“ haben, und das werde unserem Land nicht guttun. Es sind das die Studienrichtungen, für die die Reformgesetze noch nicht in Gültigkeit sind. Wir werden in der nächsten Zeit versuchen müssen, die richtige Grenze zwischen Freiheit und Verpflichtung zu finden. Ich glaube, auch hier kann es eigentlich keine Differenz zwischen uns geben.

Im internationalen Vergleich schneiden wir aber so schlecht nicht ab. Es hat unser Kollege Wille schon die „Frankfurter Zeitung“ zitiert, und ich möchte betonen, daß wir das noch viel stärker bei den Verhandlungen über Gleichwertigkeiten im Hochschulbereich sehen, daß wir so schlecht nicht im Ansehen stehen.

Wir haben eine schwierige Phase vor uns. Diese Flut von Schülern, die vor zehn Jahren die Pflichtschulen und die allgemeinbildenden höheren Schulen überfüllt haben oder zum Teil noch überfüllen, rücken eben jetzt in die Hochschulen ein. Und das ist notwendig. Gerade wenn wir die Notwendigkeit von innovatorischen Entwicklungen akzeptieren und bejahen; dann bejahen wir damit auch, daß wir mehr hochqualifizierte Leute brauchen.

Und wenn Herr Kollege Dr. Stix betont, daß ich heuer die Studenten vor übergroßen Hoffnungen in bestimmten Studienrichtungen gewarnt habe, so darf ich sagen: Nicht nur heuer! Es wird wichtig sein, durch unseren Rat und durch eine unentwegte gemeinsame Aufklärung den „Studentenstrom“ richtig zu verteilen, keine Unklarheiten über die Schwierigkeiten, die den jungen Menschen im Leben und Beruf erwarten und die er zu bewältigen hat, zu lassen. Wir müssen hier ganz deutlich sein.

Aber, meine Damen und Herren, wir müssen den jungen Menschen auch sagen, daß es ein großes Privileg ist, zu studieren, denn nichts kommt Lebensqualität mehr gleich als der Schatz, den wir mit der Bildung mitgeben. Das Beste, das wir unseren jungen Leuten mitgeben können. *(Beifall bei der SPÖ.)* 19.39

Präsident: Nächster Redner ist der Abgeordnete Neisser.

19.39

Abgeordneter Dr. Neisser (ÖVP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die alljährliche Budgetdiskussion zum Kapitel Wissenschaft und Forschung ist seit Jahren eine Diskussion um Zahlen, die zum Großteil sicher nicht bestreitbar sind, deren Wirksamkeit aber für die bestehenden Probleme und Verhältnisse kritisch zu prüfen ist.

Wir haben es heute wieder, gerade jetzt auch, Frau Bundesminister, durch Ihre Wortmeldung erlebt. Ich halte es nach wie vor für falsch, eine solche Zahlendiskussion als statistisches Hochamt zu feiern. *(Beifall bei der ÖVP.)* Denn wenn man, wozu Sie aufgefordert haben, sich in der Welt die Realität anschauen soll, so, glaube ich, wäre es eher Zeit zu Bittgottesdiensten als zu solchen permanenten — ich sage es ganz offen — Selbstbeweihräucherungen, bei denen ich heute gar nicht mehr das Gefühl habe, daß Sie das tun, um die Opposition sozusagen hier abzuwimmeln, sondern, meine Damen und Herren von der Regierungspartei, was viel gefährlicher ist: Ich glaube, daß Sie heute schon selbst an die historische Größe Ihrer Wissenschafts- und Forschungspolitik glauben. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Herr Kollege Nowotny! Sicher hat das Budget für Wissenschaft und Forschung im Jahr 1982 erstmals die Zehn-Milliarden-Grenze überschritten. Die Frau Bundesminister sagt immer, 1970 waren es 2,3 Milliarden. Das ist nicht zu bestreiten. Sie müssen aber auch zugeben, daß der Gesamtausgabenrahmen des Budgets im Jahr 1970 100 Milliarden betrug, und heute ist er bereits 368 Milliarden.

Die Bedarfsseite lassen Sie bei allen Ihren Argumentationen ganz bewußt außerhalb. Es gab im Jahr 1970 in etwa über 50 000 Studierende an den österreichischen Universitäten. Heute sind es — der Kollege Wille hat die Zahl genannt — 125 000 Studierende. Ja, Herr Kollege Wille, glauben Sie nicht auch, daß die Zahl der Studierenden als Parameter auch ganz wesentlich für die Bewertung eines Budgets und eines Budgetanteils für Wissenschaft und Forschung am Gesamtbudget ist? *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Ich kann Ihnen auch noch andere Fakten bringen, die, glaube ich, immer ganz bewußt von Ihrer Seite nicht in die Diskussion gebracht werden. Wir haben seit Jahren eine Stagnation — und das ist für mich eine Meßzahl — im Anteil des Wissenschafts- und Forschungsbudgets am Gesamtbudget. Wir hat-

Dr. Neisser

ten im Jahr 1976 eine Rekordzahl mit 3,11 Prozent, 1977 2,86, 1978 2,82, 1979 2,83, 1980 2,87 und 1981 und 1982 je 2,76.

Für mich ist daher, Herr Dr. Stix, gar nicht der Anlaß, wie Sie heute gemeint haben, dafür vorhanden, zu meinen, da sei jetzt eine Tendenzwende zu erkennen. 2,76 voriges Jahr, 2,76 1982 — bitte, das ist der klassische numerische Beweis für das Gleichbleiben, für die Stagnation.

Meine Damen und Herren! Die Problematik heute, die budgetären Schwierigkeiten, sind in vielem begründet. Sie sind nicht nur ... (Abg. Dr. Jörg Haider: Das ist jetzt auch ein statistisches Hochamt, Herr Kollege!) Ich verstehe Sie nicht. (Abg. Dr. Haider: Ein statistisches Hochamt war das jetzt!) Verzeihen Sie, die 125 000 Studierenden stehen ja außer Streit, diese Zahl hat der Kollege Wille genannt, und die geben Sie auch zu, nicht? (Abg. Dipl.-Vw. Josseck: Das war eine schwarze Messe! — Abg. Graf: Eine blaue wird er lesen!) Das ist die Wirklichkeit, Herr Kollege. (Zustimmung bei der ÖVP.)

Sie haben während der vergangenen Jahre — das ist ein ganz wichtiges Problem — Studienreformen beschlossen, ohne daß Sie das Folgekostenproblem miteinbezogen haben. Wenn ich an die Studienreform der Medizin im Jahr 1973 denke: bis heute ist noch immer ein Manko in der Frage der Planstellen, der Ausstattung der Hörsäle und der Geräteausstattung. Sie haben gewisse Entwicklungen — und das ist für mich doch immerhin Aufgabe einer vorausschauenden, planvollen Wissenschaftspolitik — gar nicht erkannt. Sie haben nicht erkannt, daß die Informatik heute einfach notwendigerweise ein Zweig ist, der intensiv ist. Erst eine Besetzung des Rechenzentrums an der TU Wien hat dazu geführt, daß Sie dann gesagt haben, es müsse hier personell vorgesorgt werden. Wobei in einer sehr wesentlichen Frage, nämlich der Frage der Assistenten, bis heute noch immer die Probleme offen sind.

Meine Damen und Herren! Ich möchte mich aber auch noch kurz mit dem auseinandersetzen, was Kollege Blenk angeschnitten hat. Und da muß ich sagen, Frau Bundesminister: Es besteht bei Ihnen immer die Tendenz, dem Dr. Blenk zu unterstellen, er habe gesagt, da sei überhaupt keine Steigerung drinnen und es sei alles schlechter als früher.

Ich darf sagen, ich habe zwischen den Jahren 1966 und 1970 Ihre oppositionelle Kritik erlebt, und wenn jemand damals nur halb so differenziert argumentiert hätte, wie es heute etwa Blenk getan hat, indem er sehr wohl

zugegeben hat, wo es etwas dazugegeben hat, aber wie man es bewerten muß, so wären wir glücklich gewesen. (Zustimmung bei der ÖVP.)

Gerade in dieser Zeit, Herr Kollege Wille — weil Sie so gern das Ausland vergleichen: Ich bin da etwas anderer Meinung. Ich meine sogar, daß man internationale Entwicklungen und Strukturen sehr wohl berücksichtigen sollte. Nur, gerade in diesen vier Jahren der ÖVP-Alleinregierung war es immer so, daß, wann immer ein Minister der ÖVP-Regierung aufgestanden ist und mit internationalen Vergleichen begonnen hat, aus Ihren Reihen der geharnischte Ruf kam: Sie haben für Österreich Politik zu machen und nicht für das Ausland!

Ich sage Ihnen gleich, ich nehme diesen Standpunkt in dieser Form gar nicht ein, weil ich glaube, daß es gerade auch im Bereiche der Universitäten eine internationale Entwicklung gibt, die sich auf die nationalen Systeme auswirkt.

Meine Damen und Herren von der Freiheitlichen Partei. Ein paar Sätze muß ich doch noch zu Ihren Budgeterfolgen sagen, die für mich nicht diese Erfolge sind, als die Sie sie darstellen. (Zwischenruf des Abg. Dr. Stix.) Herr Kollege Stix, ich habe das sehr wohl registriert. Sie haben im heutigen Debattenbeitrag etwas anders argumentiert, indem Sie gesagt haben: Die Freiheitliche Partei stimmt zu, weil bei diesem Kapitel keine globale Kürzung erfolgt ist und im gleichen Ausmaß wie beim Gesamtbudget auch bei diesem Kapitel die Steigerung erfolgte. (Abg. Dr. Stix: Sogar etwas mehr!)

Verzeihen Sie, das ist ein Argumentationswechsel, den ich durchaus anerkenne, denn im Ausschuß — und das können Sie in der „Parlamentskorrespondenz“ nachlesen — haben Sie zuerst auf den Umschichtungsantrag hingewiesen. (Abg. Dr. Stix: Da habe ich nicht argumentiert, sondern gefragt!) Dann haben Sie erzählt, daß die Begabtenförderungsmittel erhöht werden, und zum Schluß haben Sie dann gesagt — bitte, hier nachzulesen —: „Im Hinblick auf diese Verbesserungen des Budgetentwurfs geben die Freiheitlichen dem Kapitel Wissenschaft und Forschung die Zustimmung.“ (Abg. Dr. Stix: Das ist genau das, was ich auch hier im Hause gesagt habe!)

Ich verstehe durchaus, daß Sie sich nicht auf diese beiden Verbesserungen berufen, denn — bitte schön, mit Verlaub gesagt — das sind keine Verbesserungen, Herr Kollege Stix, denn bis heute ist eine Frage unbeant-

Dr. Neisser

wortet gewesen: Sie schichten um mit einem gemeinsamen Antrag der SPÖ 10 Millionen von der Auftragsforschung zum Fonds für die gewerbliche Forschung.

Die Aufstockung beim Fonds für die gewerbliche Forschung ist unbestritten. Das ist gar keine Frage. Aber Sie haben uns bis heute nicht erklärt, von wo Sie die 10 Millionen bei der Auftragsforschung wegnehmen, Frau Bundesminister. Das ist das Problem! Statt daß Sie heute mit langer Liste erklärt haben (*Abg. Dr. Stix: Die Auftragsforschung hat Ihr Kollege Dr. Blenk in Grund und Boden hinein verurteilt!*), welche Projekte Sie haben. Hätten Sie uns das erklärt! Wir haben beim Ausschuß gefragt und bis heute keine Antwort bekommen, meine Damen und Herren, denn Sie haben unter dem Block der Auftragsforschung zwei Posten: Energie- und Rohstoff-Forschung, einmal 15 und einmal 51 Millionen. Das heißt, Sie können die 10 Millionen nur aufbringen, wenn Sie davon kürzen.

Nun ist es so, Herr Kollege Stix, daß der Fonds für die gewerbliche Wirtschaft im Bereich der Rohstoff-Forschung überhaupt keine Funktion hat (*Abg. Dr. Stix: Das ist nicht wahr! Ein volles Viertel!*), also da gilt Ihr Argument nicht für den Bereich der Rohstoff-Forschung. (*Abg. Dr. Stix: Auch! Auch!*)

Im Gegenteil, Frau Bundesminister, Sie haben sich gerühmt und haben mir gesagt, an wieviel Projekten Ihre Regierung unterstützend mitwirkt. Ich habe bis heute keine Antwort auf die Frage bekommen, bei welchen Kooperationsprojekten zwischen Bund und Ländern diese Kürzung sich jetzt auswirken wird. Ich meine, Sie müssen doch spätestens heute hier in diesem Haus klar sagen können, wo Sie die 10 Millionen wegnehmen, damit Sie sie woanders dazugeben können. (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Noch mit einem zweiten Argument muß ich Ihre Euphorie etwas dämpfen: Es ist zwar sehr schön, daß der gewerbliche Forschungsförderungsfonds 10 Millionen dazubekommt. Aber, meine Damen und Herren, es ist in diesem Haus schon mehrfach gesagt worden, die Bedarfsforderung des Fonds für gewerbliche Forschung für das Jahr 1982 lautet auf 490 Millionen. Was wird er nach Ihrem Abänderungsantrag bekommen? 293 Millionen. Diese Zahl, die der Fonds selbst als Richtzahl verlangt hat, ist keine Vision oder Utopie, denn er hat in seinem Bericht dazu geschrieben, dieser Betrag würde lediglich die Aufrechterhaltung der bisherigen Förderungsquote von rund 6 Prozent ermöglichen, die wesentlich unter der der wichtigsten Konkur-

renzländer Österreichs liegt. Das ist die Realität, meine Damen und Herren.

Noch etwas in diesem Zusammenhang: Ich glaube, wenn es hier zu einem spürbaren Fortschritt und zu einer weiteren Ausstattung, die sich bei den Fonds auch qualitativ auswirkt, kommt, dann nur, weil wir — und das möchte ich hier positiv festhalten — bei den Parteiengesprächen, bei den Wirtschaftsgesprächen zum Thema Forschungsförderung zwischen der Sozialistischen Partei und unserer Partei eine Übereinstimmung dahin gehend erzielt haben, daß die Bundesmittel, die den Fonds zugewendet werden, erheblich erhöht werden müssen. Ich glaube, das ist die Chance, um einigermaßen dorthin zu kommen, dieses Instrument der Forschungsförderung durch die Fonds auch entsprechend finanziell auszustatten.

Meine Damen und Herren! Aber noch etwas gestatten Sie mir in diesem Zusammenhang festzustellen: Der Kollege Stix hat gemeint, es sei seine Zustimmung zu dem Budgetkapitel auch deshalb zu erklären, weil es eine Übereinstimmung gebe, bei der Förderung der Begabten die Stipendien, also jene Mittel, die für die Begabtenstipendien vorgesehen sind, von 5 000 auf 6 000 zu erhöhen. (*Abg. Dr. Stix: Sind Sie dagegen?*) Nein! (*Abg. Dr. Stix: Danke!*)

Seien Sie nicht gleich so freudig, denn ich muß Ihnen leider gleich wieder einen kleinen Dämpfer versetzen.

Ich habe Ihren Antrag hier. Dieser Antrag begründet zwar, daß es sicher Ziel einer modernen Universitätspolitik sein muß, der Förderung von Begabten besonders Rechnung zu tragen. Damit bin ich mit Ihnen völlig d'accord. Aber es steht kein Satz drinnen, wie Sie diese Erhöhung im Budget unterbringen wollen. Wenn man ein scharfer Kritiker ist, könnte man sogar sagen, dieser Antrag ist geschäftsordnungswidrig, weil § 28 des Geschäftsordnungsgesetzes Ihnen zwingend vorschreibt, daß Sie auch bei jedem selbständigen Antrag einen Bedeckungsantrag einbringen müssen. (*Abg. Dr. Stix: Schauen Sie nach! Das steht doch dort!*) Nein, da steht leider nichts. Weder vorne noch hier, Herr Kollege Stix. Vielleicht ist es ein Schreibfehler und ist unterblieben. Aber ich kann Ihnen nur sagen ... (*Abg. Dr. Stix: Darf ich Ihnen Nachhilfeunterricht geben? Schauen Sie, für welches Studienjahr das gilt!*) Wofür das gilt? Herr Kollege Stix, das kann ich Ihnen sehr wohl sagen, da Sie meinen, das sollte bereits vom Wintersemester 1982 auf 1983 wirksam werden. Es wird also immerhin ein Teil ab September 1982 wirksam, und dafür müßte im

Dr. Neisser

Budget Vorsorge getroffen werden. (*Abg. Dr. Stix: Die Anträge werden immer erst am Jahresende eingereicht!*)

Frau Bundesminister! Jetzt kommt meine Frage an Sie. Sie haben ja im Finanzgesetz 1982 für die Studienförderung 428 Millionen Schilling vorgesehen. Das ist eine Steigerung gegenüber 1981, als es nur 380 Millionen waren.

Ich frage mich: Was ist denn Ihre Vorstellung über die Bedeckung dieses Antrages? Geht das auf Kosten dieser 428 Millionen? Bedeutet das, daß damit sozusagen eine Kürzung der normalen Studienförderung erfolgt oder nicht? Bitte schön, das sind die Fragen, die zu beantworten wären.

In dem Zusammenhang noch eine Stilfrage. Wir saßen zusammen — ich glaube, es war am 23. November — im Akademischen Rat und haben dort eine Reform der Förderung der Begabten diskutiert. Damals haben Sie uns eine Serie von Protokollen einer Arbeitsgruppe vorgelegt. Es ist kein Ergebnis erzielt worden. Man hat gesagt, man werde weiter reden, und sowohl Dr. Fischer, der damals im Akademischen Rat war, als auch Sie — ich habe das genau in Erinnerung — haben zweimal gesagt, es gehe darum, die vorhandenen 35 oder 36 Millionen sozusagen nach neuen Kriterien zu verteilen. Kein Wort davon, daß eine Erhöhung von 5 000 auf 6 000 pro Begabtenstipendium drinnen war.

Zwei Tage später, am 25. November, wird uns dieser Antrag mit Ihrer Zustimmung serviert. Ich muß sagen, das ist schon eine Stilfrage. Der ganze Akademische Rat könnte sich eigentlich gepflanzt fühlen, wenn man ihn zwei Tage vorher zu einer Reformdiskussion einlädt, ohne auch nur ein Wort darüber zu sagen, daß geplant ist, diese Mittel zu erhöhen. (*Abg. Dr. Mock: Eine Beleidigung!*) Bitte, ich sage noch einmal, eine Stilfrage, über die ich mich nicht näher verbreiten möchte.

Ich möchte nur eines grundsätzlich sagen, Frau Bundesminister. Ich halte eine Reformdiskussion für das Begabtenstipendium grundsätzlich für sinnvoll, weil wir wissen, daß bei der bestehenden Praxis — das hat auch die Volksanwaltschaft kritisiert — manches nicht in Ordnung ist.

Aber ich möchte folgendes sagen: Für mich ist die Förderung der Begabten, die Unterstützung, das Erkennen von Begabung und die Förderung von Begabung ein ganz essentielles Anliegen der Universität. (*Beifall bei der ÖVP.*) Wir werden keinem Reformkonzept zustimmen, wo das ganze sozusagen in einen

Topf geworfen wird und das Element der Begabung, der besonderen Leistung, hier nicht mehr eine besondere Honorierung erfährt! (*Beifall bei der ÖVP.*)

Meine Damen und Herren! Mir ist klar, daß man bei dieser schwierigen Budgetlage — das möchte ich ohne weiteres akzeptieren — natürlich nicht nur mit einer Erhöhung der Mittel eine Politik betreiben kann, sondern daß es sehr wesentlich auch darum geht, zu rationalisieren. Für mich scheint für die nächsten Jahre der Rationalisierungsgedanke ein ganz, ganz wesentlicher Gedanke zu sein, und ich möchte dabei auch nicht die Universitäten ausnehmen. Nur meine ich, wir sollten uns in der Diskussion hüten, unausgegorene Rationalisierungsvorschläge vorzubringen. Denn gerade Ihr Vorschlag der Trimestereinteilung bringt unter dem Gesichtspunkt der Rationalisierung und der damit verbundenen Personalkosten überhaupt nichts, Herr Abgeordneter Stix. Ich muß Sie leider noch einmal apostrophieren, auch da war Ihre Argumentation heute nicht sehr schlüssig. Sie haben damals die SPÖ in dieser Forderung unterstützt und haben heute gesagt, Sie verwahren sich gegen jede Beschränkung der Forschungsfähigkeit der Universitäten.

Bitte, nachzulesen in Leserbriefserien, in Zeitungsartikeln, daß gerade ein wesentliches Argument gegen die Trimestereinteilung das Bedenken ist, daß damit die Forschungsfunktion der Universitäten weiter reduziert wird. (*Abg. Dr. Stix: Der Vorschlag kam vom Kollegen Nowotny!*) Sie haben ja gesagt!

Ich sage Ihnen gleich: Gegen eine solche Reduktion wehren wir uns! Wir wehren uns im besonderen auch deshalb, weil ich seit Jahren einen Prozeß feststellen kann, daß gerade durch die finanziellen Schwierigkeiten der Universitäten die Wahrnehmung der universitären Forschungsfunktion immer schwieriger wird. Für uns ist es eine grundsätzliche Frage: Die Universität der Zukunft darf nicht zu einer wissenschaftlichen Lehranstalt degradiert werden (*Beifall bei der ÖVP.*), sondern es geht hier darum, noch einigermaßen sinnvoll den Grundsatz der Einheit von Lehre und Forschung zu verwirklichen.

Noch einmal zum Thema Rationalisierung. Ich halte es durchaus für sinnvoll, mit den Universitäten einmal zu reden; mit dem Ziel in etwa, zu einem fünfjährigen Rationalisierungsplan zu kommen, wo man in der Lage wäre, auch regionale Schwerpunkte zu setzen und umzuverteilen. Es ist gar keine Frage, daß die Situation an den Universitäten und den Fakultäten unausgeglichen ist. Es gibt Studienrichtungen und Institute, die unter

Dr. Neisser

der Massenuniversität leiden, voll und ganz. Und dann gibt es solche, die vielleicht gar nicht ausgelastet sind in jenem Maß, das sie leisten könnten. Hier einen Ausgleich herbeizuführen, ist durchaus sinnvoll. Ich würde sofort mittun bei einem Bestreben, das in die Richtung auf einen mehrjährigen Rationalisierungsplan der Universitäten geht.

Aber nicht nur die Universitäten, Frau Bundesminister, auch Sie selbst könnten Beispiele der Rationalisierung und der Sparsamkeit leisten. Ich habe Ihnen bereits im Ausschuß ein solches Beispiel genannt. Ich habe durch eine Anfrage zufällig erfahren, daß Ihr Ministerium sozusagen das konsulentenreiche Ministerium genannt werden könnte. Es ist ganz eigenartig. Sie haben in Ihrem Ministerium einen Konsulenten angestellt — ich habe nichts gegen die Personen, bitte, mögen alle höchst qualifiziert sein, ich frage nur nach der Sinnhaftigkeit unter dem Gesichtspunkt der Sparsamkeit einer Ressortführung —, der Richter ist, der Geschäftsführer der Verwaltungsreformkommission ist. Haben Sie in Ihrem Ministerium niemand, der in der Lage ist, diese Aufgabe effizient zu erfüllen?

Aber es kommt noch lustiger. Sie haben in Ihrem Ministerium einen Konsulenten, gleichfalls einen Richter, der zur Führung einer Rechtssatzkartei angestellt ist. Ja jetzt kommt für mich die Frage, gibt es unter Ihren jungen Juristen — jeder, der von der Universität kommt, muß nach zwei Wochen in der Lage sein, eine solche Aufgabe zu erfüllen — niemanden, der in der Lage ist, einen Katalog über die relevante Judikatur und die Rechtsentwicklung auf einem bestimmten Rechtsgebiet zu führen? Nein, ein Konsulentenvertrag. Sie haben einen Konsulentenvertrag mit einem Universitätsprofessor für die Beratung in Fragen der Beziehung der Hochschulen zur Industrie. Ja gibt es von Ihrer Seite keine Vorstellungen? Arbeitet nicht das Ressort? Was macht Ihre Forschungssektion? Sie arbeitet sehr wohl auf dem Gebiet, wie ich weiß. Nur wäre es da gar nicht notwendig, daß Sie sich hier die Unterstützung eines Konsulenten suchen. Sie haben einen Konsulenten, einen Redakteur, der die Aufgabe hat, Betreuung der Bereiche Energie- und Rohstoff-Forschung sowie ihrer Verbindung zur Öffentlichkeit und zu einschlägigen Institutionen. Bitte, was wird der jetzt machen? Er wird wahrscheinlich der Öffentlichkeit erklären müssen, wo Sie die 10 Millionen von der Auftragsforschung wegnehmen, die Sie den Fonds geben. Das ist eine Aufgabe, die Sie bis heute nicht bewältigt haben. Ich zweifle sehr, ob das ein Konsulent zusammenbringt. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren! Gestatten Sie aber noch, daß ich doch einige Worte zu einem Problem sage, das heute hier auch von meinen Vorrednern schon angesprochen wurde, nämlich das Problem der Situation der Studierenden an der Universität, virulent geworden durch die berühmt berüchtigte AHStG-Novelle.

Ich möchte etwas Grundsätzliches sagen. Ich bin der Meinung, daß man sich nicht dem Diktat von radikalen Gruppen und Outsidern unterwerfen soll. Frau Bundesminister! Ich mute es Ihnen auch nicht zu, mit diesen Leuten zu diskutieren. Der Kollege Nowotny und ich, wir haben vor kurzem hier ein gemeinsames Erlebnis gehabt. Das ist, würde ich sagen, für Sie als Ressortminister und als Dame wirklich nicht zumutbar.

Nur: Es sich so einfach zu machen, zu sagen: Das ist die Aktivität einer kleinen Randgruppe und die große Mehrheit ist ja ohnehin überhaupt nicht damit einverstanden! — Frau Bundesminister, der Streik war von der Idee her nicht eine Initiative dieser Basisgruppen. Diese haben dann versucht, das ganze umzufunktionieren. Der Streik war der artikulierteste Unmut der gesetzlichen Vertretung der österreichischen Studierenden. Es gibt immerhin spontane Hörerversammlungen mit einer großen Anzahl, in denen sicher mehr drinnen sitzen als nur radikale Randgruppen, die zu diesem Thema hier Stellung genommen und diskutiert haben. Ich bin nicht der Meinung, das möchte ich auch sagen, daß wir heute schon eine Neuauflage unter geänderten Bedingungen der Achtundsechzigerrevolution haben.

Ich glaube, man sollte hier etwas kühl und realistisch analysieren. Aber es ist so, daß es doch eine zunehmend unruhige Generation auch auf den Hochschulen gibt.

Das hat viele Ursachen, Frau Bundesminister. Ich muß aber offen sagen: Das ist unter anderem auch dadurch bedingt, daß Ihre Gesprächsfreudigkeit, die Sie jetzt signalisieren — das möchte ich anerkennen — in den letzten Jahren doch sehr reduziert war.

Und diese ganze Diskussion um die AHStG-Novelle ist durch ein Verhalten Ihrerseits ausgelöst worden, das ich nicht billigen kann. Ich möchte noch einmal sagen: Der Durchführungserlaß, den Sie zu den Übergangsbestimmungen der Novelle herausgegeben haben, entspricht nicht dem Gesetz. Es ist im Ausschuß mehrfach von mehreren Rednern gesagt worden, daß wir von der Annahme ausgehen, daß, solange die Studienpläne nicht fix und fertig da sind, jeder ein Wahlrecht haben

Dr. Neisser

soll, sich für die neue oder für die alte Studienordnung zu entscheiden.

Und Sie haben jetzt in Ihrer Antwort genau das gemacht, was Sie auch dem Kollegen Stix geantwortet haben, wo Sie nämlich gemeint haben, die Erläuterungen hätten genau diese Interpretation sichergestellt.

Ich darf Ihnen mit Verlaub sagen: Die Übergangsbestimmungen sind von uns ganz bewußt in diesem Sinne beschlossen worden. Das ist der Wille des Gesetzgebers und nicht das, was in der Regierungsvorlage schon lang vorher drinnen gestanden ist. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich bedaure das vor allem deshalb, weil mir das eine zunehmende Praxis des Ministeriums beziehungsweise Ihrer Ressortführung zu sein scheint, durch Erlässe einfach Gesetze umzuinterpretieren. Der Verwaltungsgerichtshof entscheidet, daß die Verlängerung eines Assistentenvertrages in den autonomen Wirkungsbereich hineingehört. Sie geben in einer schriftlichen Anfragebeantwortung darauf zur Antwort, das Wissenschaftsministerium und das Bundeskanzleramt halten diese Begründung für widersprüchlich und für nicht stichhältig, und man solle trotzdem bei der alten Auffassung bleiben. *(Abg. Dr. Mock: Wo bleibt der Rechtsstaat?)*

Ich muß dann wirklich fragen: Was ist das überhaupt für ein rechtsstaatliches Verständnis, wenn ich ein Judikat habe — das kann wohl vom Inhalt her von mir aus widersprüchlich sein; wir haben schon oft Judikate der Höchstgerichte erlebt, die wahrscheinlich nicht schlüssig sind und die, das sage ich ganz offen, falsch waren —, und ein Minister fordert sozusagen auf, dieses Erkenntnis als nicht gegeben anzunehmen *(Abg. Dr. Mock: Ungeheuerlich!)* und trotzdem bei der anderen Meinung zu bleiben? — Das halte ich wirklich aus grundsätzlichen Überlegungen für bedenklich. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren! Ich stehe nicht an, auch als Parlamentarier die Verantwortlichkeit für die Beschlußfassung dieser AHStG-Novelle mit zu tragen. Wir haben das beschlossen. Aber was ich nicht mitverantwortete, ist eine gesetzeswidrige Vollziehung durch Ihr Ressort. Und das sind die Grenzen und genau das war das Anliegen unseres Initiativantrages. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Frau Bundesminister! Das muß man auch sagen, und das werden Sie mir ja zugeben müssen: Es war ja so, daß die Universitäten bei Beginn der Inskriptionsfrist genau jene Auffassung vertreten haben, die wir im Ausschuß hatten, und daß dann mitten in die

Inskriptionsfrist hinein Ihr Erlaß kam, der einem Teil der Leute, nämlich denjenigen, die neu studierten, das Recht der Wahl weggenommen hat. Und damit war das Chaos perfekt.

Weil wir ein solches Chaos bei der nächsten Inskriptionsfrist verhindern wollen, deshalb haben wir diesen Initiativantrag eingebracht, um noch einmal klarzustellen, daß eine derartige Erlaßpraxis absolut unzulässig ist, meine Damen und Herren!

Und genau aus diesem Grunde haben wir heute diesen Fristsetzungsantrag gestellt, weil ich es merkwürdig finde, daß kein Termin zur Verfügung steht, daß man für Ihre Seite oft gar nicht weiß: Stimmen Sie jetzt dem Antrag zu oder nicht? Wir wissen nicht, was in dieser Sache geschehen wird.

Ich sage Ihnen noch einmal: Wir sollen die AHStG-Diskussion weiterführen. Ich begrüße es, daß Sie am 18. Dezember mit den Studentenvertretern die Gespräche führen, nur: Die Frage, der eigentliche Anlaß dieses ganzen Unmutes, diese Erlaßfrage, die ist vor dem nächsten Semesterbeginn zu bereinigen! Und aus diesem Grund unser Initiativantrag und unser Fristsetzungsantrag am heutigen Tag. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren! Ich glaube, es wäre etwas zuwenig, wenn wir die Situation der heutigen Wissenschaftspolitik lediglich aus dem Gesichtspunkt des Budgets und der Zahlen, die im Budget vorhanden sind, beurteilen würden. Frau Bundesminister! Ich habe Ihnen vor zwei Jahren, am 12. Dezember 1979, hier eine Kritik vorgebracht, die sich auf Ihren Stil und auf Ihre Ressortführung bezogen hat. Sie haben mir damals wörtlich zur Antwort gegeben: Ich habe zu sehr und zu erfolgreich meinen eigenen Stil gepflegt, als daß ich noch bereit wäre, ihn zu ändern! *(Abg. Dr. Mock: Autoritär!)* Daß Sie ihn sehr gepflegt haben, das bestätige ich Ihnen. Daß Sie ihn erfolgreich gepflegt haben, das bezweifle ich sehr, das bezweifeln nämlich nicht nur wir von der Österreichischen Volkspartei, sondern auch die Stimmen in Ihrer Partei, die hier kritisch sind, werden immer lauter. Und daß Sie nicht bereit sind, diesen Stil zu ändern, das nehmen wir mit Bedauern zur Kenntnis. *(Zwischenruf des Abg. Steinbauer.)*

Frau Bundesminister! Ich weiß durchaus, daß man Zeitungsartikel und Zeitungsmeldungen kritisch beleuchten soll, aber das, was vor kurzem im „profil“ geschrieben wurde, gibt mir zu denken. Weniger das, was Sie in Ihrer Privatsphäre betroffen hat. Ich meine,

9800

Nationalrat XV. GP — 97. Sitzung — 14. Dezember 1981

Dr. Neisser

die Tatsache, daß Sie jetzt in einem adeligen Damenstift offensichtlich eine Wohnung beziehen, ist ein Identitätsproblem, das Sie sich mit Ihrer eigenen Partei ausmachen müssen. Das ist Ihre Glaubwürdigkeit als sozialistische Politikerin. Nein, vielmehr das gibt mir zu denken, was in diesem Artikel über den Zustand des Ressorts drinnen gestanden ist.

Ich erwähne das deshalb, weil ich glaube, daß es im Kern richtig ist. Hier wird Ihnen der Vorwurf gemacht, daß Sie zunehmend in einem elfenbeinernen Turm leben, daß Sie seit Jahren keinen Kontakt zu den Hochschulen haben. Sie hätten es in der Hand gehabt, seit Jahren schon mit den Vernünftigen zu diskutieren; nicht mit den Outsidern und mit den Radikalen. Aber es ist eine Realität, daß eine Menge von Leuten monatelang warten müssen, bis sie bei Ihnen einen Vorsprachetermin bekommen.

Und auch die Art und Weise, wie Sie in der Diskussion auf gutgemeinte, wenn auch durchaus kritisch zu sehende Vorschläge reagieren, halte ich für bedenklich.

Da macht sich ein früherer Rektor Gedanken über die Massenuniversität und über eine Neustrukturierung. Seine Gedanken werden sozusagen als abstruse Ideen eines gewissen Herrn qualifiziert!

Da versuche ich, ein paar Vorschläge in die Diskussion zu bringen. Sie sagen, es ist lächerlich und demagogisch, und alles ist schon verwirklicht. — Bitte, nur zur Klarstellung: Ich kränke mich nicht darüber. Ich weiß, man braucht eine harte Haut in der politischen Auseinandersetzung. Aber nur die Art und Weise, wie Sie reagieren: Es darf nicht einmal darüber geredet werden. (*Abg. Dr. Mock: Kaiser Ferdinand!*) Es ist alles in Ordnung! Unsere Universitäten und unsere Wissenschaft und Forschung sind eine Insel der Seligen!

Das bedaure ich jetzt gar nicht unter einer parteipolitischen Sicht, sondern deshalb, weil ich meine, daß gerade in Zeiten wie diesen, wenn ich das sagen darf, ein funktionierendes, planvolles, zielstrebiges Ressort und eine solche Ressortführung wichtig wären. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Wenn man diesem Artikel Glauben schenken darf, so gibt es offensichtlich eine zentrale Person in Ihrem Ressort, die persönlicher Sekretär, politischer Berater und Gruppenleiter ist und die sozusagen als ministerielle Dreifaltigkeit (*Heiterkeit bei der ÖVP.*) das Ressort, würde ich sagen, weniger dynamisiert, sondern eher behindert.

Ich sage Ihnen noch einmal: Es ist eine Frage Ihres Stils. Aber Sie haben in Ihrem Ressort eine Reihe von hochqualifizierten Beamten, ohne jetzt auf die politische Zuordnung überhaupt Bezug zu nehmen, die durchaus in der Lage wären, Ihnen mehr Unterstützung zu geben, als Sie in Ihrer Ressortpolitik zu haben scheinen. Das möchte ich hier auch einmal mit aller Deutlichkeit sagen.

Frau Bundesminister! Wenn jetzt die Recherchen beginnen, wer solche Äußerungen hinausgelassen hat, und dergleichen — ich sage Ihnen gleich: So einen Artikel, den können Sie nicht den schwarzen Beamten des Ressorts in die Schuhe schieben, sondern die Leute, die hier ihren Unmut äußern, die kommen zum Großteil aus Ihren eigenen Reihen!

Ich möchte Ihnen das nicht mit der Schadenfreude — ich sage es noch einmal — eines oppositionellen Politikers sagen, sondern, noch einmal, weil ich glaube, daß die Universitäten auf Grund einer vielfältigen Entwicklung, auf Grund der finanziellen Entwicklung, auf Grund der explodierenden Studentenzahlen, auf Grund ihrer unglaublichen Aufgabensteigerung in neue Kraftproben hineinkommen. Und hier brauchten sie von der Politik jenen Rückhalt, jene Direktion und jene Führung, die Sie ihnen heute nicht mehr geben können. (*Lebhafter Beifall bei der ÖVP.*) 20.09

Präsident: Zu einer tatsächlichen Berichtigung hat sich der Abgeordnete Stix gemeldet.

20.09

Abgeordneter Dr. Stix (FPÖ): Der Herr Abgeordnete Dr. Neisser hat in seiner soeben abgehaltenen Rede gemeint, der Forschungsförderungsfonds für die gewerbliche Wirtschaft beschäftige sich nur wenig mit Energieforschung und gar nicht mit Rohstoffforschung. Dem darf ich die Wirklichkeit, die genau anders ist, entgegenhalten.

Zunächst zitiere ich noch einmal den Presdienst der Industrie vom 30. November dieses Jahres, der sich mit dem heuer eingereichten Auftragsvolumen auseinandersetzt und dann wörtlich schreibt: Zu einem der wichtigsten industriellen Forschungszweige hat sich in den letzten Jahren die Energietechnik entwickelt, ein Viertel der vom Fonds unterstützten Projekte betrifft Verfahren zur Verbesserung des Energieeinsatzes und des Recyclings von Rohstoffen.

Dazu nehme ich den Bericht 1981 des Forschungsförderungsfonds der gewerblichen Wirtschaft, der die Zahlen für 1980 enthält. Darin sind ausgewiesen für Energieforschung bewilligte Förderungsmittel von 64 Millionen

Dr. Stix

Schilling, was 18,3 Prozent der Förderungsmittel des Fonds ausmacht.

Und dann heißt es: Gleichrangig mit dem Problem der Energieversorgung ist das Problem der Rohstoffversorgung.

Und dafür betragen die bewilligten Förderungsmittel 8,4 Millionen Schilling und 2,4 Prozent. Das ist zusammen also über 20 Prozent der Förderungsvolumen des Fonds für Energiefragen und Rohstofffragen.

Damit sind die Tatsachen zurechtgerückt.

Ich darf in einem Aufwaschen noch eine zweite Richtigestellung vornehmen. Kollege Neisser meinte, von mir stamme der Vorschlag, Trimester einzuführen. Diese Ehre kommt aber dem Herrn Abgeordneten Prof. Dr. Nowotny zu, und meine Feststellung dazu, hier von diesem Rednerpult aus, war lediglich, daß man darüber nachdenken müsse und ernsthaft darüber reden müsse. Aber der Vorschlag stammt nicht von mir, sondern kommt vom Abgeordneten Prof. Nowotny.

Das zur tatsächlichen Berichtigung. *(Beifall bei der FPÖ.)* 20.12

Präsident: Nächster Redner ist der Abgeordnete Nowotny.

20.12

Abgeordneter Dr. Nowotny (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Der Herr Kollege Neisser hat seine Rede sehr blumenreich begonnen, indem er von einem Statistischen Hochamt gesprochen hat. Was er dann zelebriert hat, war eher eine Schwarze Messe des Argumentationsnotstandes.

Ich muß schon sagen, Herr Kollege Neisser: Sosehr ich Sie in manchen Gelegenheiten schätzen lernte, habe ich aber für heute doch den Eindruck gehabt, daß es sehr bedauerlich ist, daß Sie zu einer Argumentation gegriffen haben *(Abg. Bergmann: Sehr gute Rede!)*, zu einer Form, ich muß schon sagen, auch des persönlichen Untergriffs, des subjektiven Eingehens auf und Abhandelns von Stilfragen, die meines Erachtens einer Budgetdebatte in einem Parlament nicht würdig sind. *(Zustimmung bei der SPÖ.)* Und ich muß auch sagen, Herr Kollege Neisser... *(Abg. Dr. Neisser: Haben Sie das „profil“ gelesen?)* Ja. Aber das finde ich genau als den Punkt, daß Sie sich hinter einem Artikel verstecken, von dem, glaube ich, ein anständiger Mann nur sagen kann: Das ist Journalismus, wie er nicht sein sollte, nämlich ohne Fakten einfach Stimmungsmache. Und was Sie jetzt machen, das ist, diese Stimmungsmache weitertragen. Das ist nicht politischer Stil!

Und, Herr Kollege Neisser, wenn Sie glauben, daß man mit diesem politischen Stil konstruktive Hochschulpolitik machen kann, so sind Sie sehr im Irrtum, und ich hoffe sehr, daß das eine einmalige Entgleisung war *(Zwischenruf bei der ÖVP)*, denn wir haben bis jetzt, Gott sei Dank, im wissenschaftspolitischen Bereich ein gutes Klima zwischen allen Fraktionen und wir sollten uns dieses Klima erhalten und nicht durch persönliche Verunglimpfungen dieses Klima stören. Ich hoffe, daß Sie das überlegen. *(Beifall bei der SPÖ. — Abg. Dr. König: ... konstruktives Gespräch führen, auch hier im Hause, und nicht nur einseitige Lobeshymnen!)*

Herr Kollege! Sie sind leider nicht Mitglied des Wissenschaftsausschusses, sonst würden Sie genau wissen, wie konstruktiv das Klima ist, das wir gerade im hochschulpolitischen Bereich pflegen. Vor einer Woche erst bin ich mit dem Kollegen Neisser im Rahmen der beiderseitigen Parteiengespräche zusammengesessen, da haben wir durchaus verhandeln können. Ich wundere mich daher, woher er glaubt, es notwendig zu haben, auf einmal auf so persönliche, verletzende Weise zu argumentieren. Das ist ein Niveau, auf das er nicht sinken sollte, in seinem Interesse. *(Beifall bei der SPÖ. — Zwischenrufe bei der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren! Und ich hoffe auch, daß das nicht von Ihnen honoriert werden wird, denn es ist sicherlich auch nicht das, was für Sie repräsentativ sein sollte. *(Abg. Dr. König: ... Vordebatte ...!)* Die habe ich voll... *(Abg. Dr. König: ... ganz einseitige Lobeshymnen, ohne jede Selbstkritik, ohne Eingehen auf die Probleme!)* Herr Kollege König! Ich glaube schon, daß Ihnen das vielleicht nicht ganz richtig paßt, daß die Dinge, die hier der Herr Kollege Neisser sozusagen so abtun wollte, daß gewisse Fakten bestehen *(Zwischenruf des Abg. Dr. Blenk)*, daß das Wissenschaftsressort, Herr Kollege Blenk, eben tatsächlich eine Ausweitung gehabt hat, die doppelt so groß ist wie die Ausweitung der übrigen Bereiche, wenn Sie den Schuldendienst abrechnen *(neuerlicher Zwischenruf des Abg. Dr. Blenk)*, das heißt, daß wir eben tatsächlich einen Vorrang für Wissenschaft und Forschung gesichert haben. Das war ja auch der Grund, weshalb sich die FPÖ erfreulicherweise in der Lage gesehen hat, für dieses Budget mitzustimmen, weil sie eben differenzierter argumentiert und nicht so einseitig und stumpf in einer Oppositionsrolle verhaftet ist, wie es Ihnen leider passiert ist. *(Abg. Dr. Blenk: Eine Frage!)*

Das tut mir leid für Sie, denn Ihre Glaubwürdigkeit wird dadurch nicht erhöht, daß Sie

Dr. Nowotny

sozusagen mit dem Schlaghammer alles eindeutig ablehnen und sich nicht die Mühe machen, differenziert auf ein Budget einzugehen, wie es gerade dieses Wissenschaftsbudget verdient. Sie haben selber auch im Ausschuß argumentiert... (*Abg. Dr. Blenk: Nur eine Frage: Rechnen Sie bei früheren Budgets die Schuldendienste auch ab?*) Ich muß natürlich die Sachressorts untereinander vergleichen, und wenn Sie das tun, so werden Sie ganz deutlich sehen, daß das Wissenschaftsressort ein wesentlich stärkeres Wachstum gehabt hat. Das ist ein Faktum. Ich brauche Ihnen nichts zu erzählen. Sie können durch einen Blick ins Budget sich selber überzeugen.

Ich glaube, hier muß ganz deutlich festgestellt werden: Auch in diesem Jahr 1982 haben wir einen Vorrang für Wissenschaft und Forschung gesichert, und in diesem Sinn ist dieses Budget ein positiver Beitrag für die Entwicklung in diesem Land! (*Beifall bei der SPÖ.*)

Wobei ich vor allem glaube, daß hier bemerkenswert ist, daß es gelungen ist, die Kontinuität des Wissenschaftsbudgets zu sichern, weil gerade Wissenschaft als ein Bereich, der notwendigerweise auf lange Entwicklungen ausgerichtet ist, ein Bereich ist, der eben Kontinuität braucht. Und wenn Sie gerade hier vergleichen — und deshalb ist es auch wichtig, mit dem Ausland zu vergleichen (*Zwischenruf des Abg. Dr. Blenk*) —, wie die Entwicklungen im Ausland sind, dann werden Sie sehen, was es bedeutet, Kontinuität in einer Entwicklung zu haben. Man hat im Ausland, zugegebenermaßen, zu Ende der sechziger Jahre, zu Beginn der siebziger Jahre zum Teil einen sehr starken und vielfach, wie sich jetzt herausstellt, auch zu starken und zu hektischen Ausbau gehabt, und man hat jetzt in vielen Staaten des Auslandes auch einen ganz dramatischen Rückgang. Es sind hier schon Beispiele genannt worden: Die Bundesrepublik Deutschland, wo ganze Forschungsprogramme aufgelassen werden. Großbritannien: Erst gestern habe ich mit einem Kollegen aus Großbritannien gesprochen, wo jetzt die Kündigung von 3 000 Hochschullehrern zur Diskussion steht. Die USA, wo ganze Bereiche der sozialwissenschaftlichen Forschungen nicht mehr finanziert werden.

Da sehen Sie eben, was Kontinuität bedeutet. Und in diesem Sinn, glaube ich, ist der große Erfolg des Wissenschaftsministeriums und des Wissenschaftsbudgets zu sehen, daß es uns in Österreich gelungen ist, diese Kontinuität der wissenschaftlichen Entwicklung

und diese Kontinuität der Finanzierung zu sichern.

Und das hat ja auch seine positiven Folgen gehabt. Wir sehen heute auch tatsächlich in Österreich bereits erhebliche positive wissenschaftliche Erfolge, obwohl man sagen muß, daß sicherlich Investitionen in den Bereichen von Wissenschaft und Forschung Investitionen sind, die erst nach langer Zeit voll ausreifen.

Ich darf auf zwei Dinge verweisen, etwa auf einen Artikel von Professor Paschke von der TU in der Zeitung „Die Presse“, wo er vor einiger Zeit gezeigt hat, was es denn eigentlich in Österreich tatsächlich alles an wissenschaftlichen Leistungen gibt, und dann möchte ich doch diesen einen Artikel auch in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ heranziehen, von dem der Herr Kollege Blenk gemeint hat, er hat ihn gelesen, aber ich fürchte: „Gelesen“ muß ja nicht auch gleich sein „beherzigt“. (*Abg. Dr. Blenk: Auszugsweise!*) Sie sagen „auszugsweise“; vielleicht haben Sie die falschen Auszüge gelesen!

Ich darf Ihnen jetzt einmal zwei Auszüge vorlesen, die ich für sehr charakteristisch halte.

Die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“, also sicherlich kein Blatt, das sozusagen mit unserer Partei in einem innigen Naheverhältnis steht (*Abg. Steinbauer: Es kann nicht alles „Arbeiter-Zeitung“ sein! Das geht nicht!*), hat geschrieben:

„Warum sind deutsche Unternehmen, die auf ihre Wettbewerbsfähigkeit bedacht sind, so interessiert an österreichischen Hochschulabsolventen? Es gibt keine andere Erklärung: Die Erfahrungen, die man mit diesen Leuten gemacht hat, sprechen eben für sie; offensichtlich sind sie hervorragend und oft besser ausgebildet.“ — Bitte, von österreichischen Universitäten hervorragend ausgebildet! (*Abg. Steinbauer: Kollege Nowotny! Warum denn? Weil die Linken an den Hochschulen nicht so weit vorgedrungen sind wie in Deutschland! — Weitere Zwischenrufe bei der ÖVP.*) Ich darf Ihnen noch ein zweites Zitat bringen; wir können dann gleich darüber diskutieren. Ich möchte Ihnen noch ein zweites Beispiel bringen. Das zweite Zitat heißt:

„Das Beispiel Österreichs zeigt, wieviel industrielle Kompetenz davon abhängt, wie intakt die Universitäten und die dorthin führenden Schulen sind. Wir sollten daraus lernen.“

Deutschland sollte von Österreich lernen! (*Zwischenruf des Abg. Steinbauer.*)

Dr. Nowotny

Meine Herren! Das ist ein stolzes Ergebnis von zehn Jahren sozialistischer Wissenschaftspolitik, denn vor zehn Jahren hat es noch ganz anders ausgesehen, das wissen Sie alle ganz genau! *(Beifall bei der SPÖ. — Abg. Steinbauer: Herr Kollege, wissen Sie, worauf Sie stolz sind? Daß es Ihnen in zehn Jahren nicht gelungen ist, die Universitäten zu ruinieren!)* Das ist doch eine wirklich unerhörte Unterstellung, Herr Kollege Steinbauer. Was soll denn heißen „ruinieren“?

Den Aufbau, den wir gemacht haben, die Expansion der Studentenzahlen, die Expansion der Professorenzahlen, die Expansion im Bereich der Möglichkeiten eines Studiums, das nennen Sie „ruinieren“? *(Abg. Steinbauer: Daß es Ihnen nicht gelungen ist!)* Herr Kollege Steinbauer! Sie müssen schon sehr lange keine Universität mehr gesehen haben, um zu wissen, wie es tatsächlich zugeht, und um zu wissen, was an österreichischen Universitäten gearbeitet wird. *(Zustimmung bei der SPÖ. — Weitere Zwischenrufe bei der ÖVP.)*

Ich glaube, es zeigt sich eben hier sehr deutlich ... *(Zwischenruf des Abg. Blecha.)* Er spricht aus Ignoranz, das ist verzeihlich für ihn. Aber das ist ja nicht der einzige Fall, wo ihm das passiert. *(Abg. Steinbauer: Einen Ordnungsruf für „Ignoranz“!)* Ich bin bereit, als Märtyrer für die gute Sache aufzutreten.

Das Faktum bleibt, Herr Kollege Steinbauer, daß das, was Sie gesagt haben, mindestens mehr als den Ordnungsruf verdient. Das zeigt, daß Sie — ich hoffe, Sie sind da nicht repräsentativ für die ÖVP — vom Hochschulwesen wirklich überhaupt nichts verstehen. Sonst könnten Sie keine solche Verurteilung treffen. *(Zustimmung bei der SPÖ. — Abg. Vetter: Überheblich, sonst gar nichts! — Abg. Dr. Blenk: Das ist ein Zeichen von Schwäche!)*

Herr Kollege Blenk! Von Ihnen nehme ich an, daß Sie es doch besser wissen müßten. Ich möchte anregen: Vielleicht könnten Sie dann später einmal ein ruhiges Gespräch mit Ihren Fraktionskollegen führen, damit nicht mehr solche Zwischenrufe kommen, die eben wirklich eine Geisteshaltung zeigen, die eigentlich für eine große Partei in einem gewissen Sinn erschreckend und auf jeden Fall beschämend ist. *(Zwischenrufe bei der ÖVP.)*

Das zeigt sich ja doch, meine Damen und Herren, auch in dem Bereich, wie Sie jetzt gerade agiert haben in diesen letzten Wochen, als es auf den Hochschulen gewisse Probleme gegeben hat, obwohl — und das muß man doch dazusagen — auch für das Budget 1982

eine ganz erhebliche Expansion der Hochschulhaushalte vorgesehen ist, obwohl die österreichischen Hochschulen eine der wenigen der Welt sind, die einen offenen Zugang haben, und obwohl es keinen Numerus clausus gibt.

Es hat aber nun eben doch eine gewisse Unzufriedenheit, gewisse Unruhen gegeben, und leider haben eben auch manche Politiker der ÖVP — ich möchte aber auch gleich hinzufügen: nicht alle ÖVP-Politiker; aber eben manche — sich doch nicht davon enthalten können zu versuchen, daraus politisches Kapital zu schlagen.

Ich möchte ganz deutlich sagen, daß ich glaube, daß das nicht der richtige Weg ist. Es wäre viel vernünftiger, jenseits parteipolitischer Überlegungen sachbezogen zu argumentieren und gerade mit Studenten in einer Mischung von Grundsatztreue und Sensibilität das Gespräch zu suchen. Ein billiges Anbieten bringt überhaupt nichts. Das führt dann zwar vielleicht dazu, daß der KSV, also der Kommunistische Studentenverband, den Herrn Abgeordneten Neisser als einen Mitkämpfer feiert oder daß die „Volksstimme“ lobende Worte für den Herrn Landeshauptmann Krainer findet. Das mag Sie vielleicht freuen. Den Hochschulen bringt das sicher nichts.

Ich frage mich auch, ob es der ÖVP sehr viel bringt, wenn Sie zuerst einem Gesetz zustimmen und danach, sobald es ein bisserl Schwierigkeiten gibt, sagen: Wir haben uns eben geirrt!, und sofort eine völlige Kehrtwendung machen. Ob das Ihre Glaubwürdigkeit sehr erhöht, mögen Sie bitte mit sich selbst ausmachen. Auf den Hochschulen jedenfalls nicht. *(Zustimmung bei der SPÖ.)*

Meine Damen und Herren! Das soll natürlich nicht heißen, daß man nicht stets das Gespräch suchen soll. Wir haben ja auch mit der gesetzlich legitimierten Interessenvertretung der Studenten über eine sinnvolle Weiterentwicklung des AHStG verhandelt. Aber wohlgemerkt: Mit den gesetzlich legitimierten Vertretern, weil wir eben glauben, daß es ein wichtiges Prinzip des Parlamentarismus ist, sich nicht dem Druck von Gruppen und von Aktionisten zu beugen, hinter denen keine eindeutige demokratische Legitimation steht. Wir haben auch in schwierigen Situationen diesem Prinzip entsprechend gehandelt.

Bei den vielen und langen Diskussionen, die ich sehr häufig mit Studenten führe, ist aber doch auch klar geworden — ich glaube, auch das sollten wir bei dieser Diskussion bedenken —, daß hinter dem AHStG, hinter

Dr. Nowotny

diesem Allgemeinen Hochschulstudiengesetz eine viel breitere Orientierungslosigkeit, eine gewisse Unruhe unter den Studenten herrscht, die es sicherlich verdient, in vieler Hinsicht ernst genommen zu werden.

Es ist ein Teil einer internationalen Entwicklung, die sich eben in Österreich auf die Universitäten konzentriert, während sie ja im Ausland durch Numerus clausus, durch Radikalen-Erlaß aus den Universitäten weggedrängt und auf die Straße gedrängt wird, was ja jeweils auch nicht zum großen Vorteil der dortigen Gesellschaften ist.

Dabei ist ein Aspekt, der unmittelbar an die Studienbedingungen anknüpft, zweifellos eine Folge der demographischen Entwicklung, wo eben nun starke Jahrgänge auf die Universitäten kommen und zusammen mit einer steigenden Studentenquote zu einer sehr deutlichen Erhöhung der Studentenzahlen führt.

Es ist gar kein Zweifel, daß die Studenten dieser starken Jahrgänge, die eben jetzt auf die Universitäten kommen, in vieler Hinsicht demographisch benachteiligt sind. Benachteiligt sicherlich in einem gewissen Sinn im Rahmen ihrer Studienmöglichkeiten, benachteiligt dann natürlich auch im Rahmen ihrer Berufsmöglichkeiten, wo sie es schwerer haben, als es ihre Vorgänger gehabt haben, und wo sie es auch schwerer haben, als es wahrscheinlich in nicht allzulanger Zeit ihre Nachfolger haben werden, weil wir ja aus den Eigenheiten dieser demographischen Entwicklung eben jetzt für diese nächsten fünf, sechs Jahre einen besonders starken Zuzug zu den Hochschulen haben, was sich in dem Sinn tatsächlich als eine gewisse Sonderentwicklung darstellt.

Das heißt aber auch, daß es sowohl gesellschaftspolitisch als auch vor allem finanziell sicher nicht vertretbar wäre, die langfristige Kapazitätsplanung der Universitäten nach diesen besonderen gegenwärtigen Anspannungen auszurichten, abgesehen davon, daß ja eben auch diese Anspannung vielfach gar nicht so dramatisch ist, wie sie eben vielfach geschildert wird. Im Gegenteil: Es mehren sich ja in letzter Zeit eher von den Universitäten die Stimmen, daß in vielen Bereichen dieser Andrang gar nicht so stark sei.

Der Herr Professor Kummer, der Vorsitzende des Professorenverbandes, hat in einer Stellungnahme in der „Presse“ gemeint: So arg sei dieser Andrang sowieso nicht. Und der frühere Rektor Komarek hat in einem Interview gemeint, es gebe jetzt sogar schon wieder zu viele Professoren, wobei man wohlge-

merkt wissen muß, daß alle diese Professoren ja vorher auf Antrag der Fakultät bestellt wurden.

Das heißt: All das zeigt einfach nur, wie unterschiedlich eben die Einschätzungen sind, die von den Universitäten selbst kommen, die von den Universitätslehrern selbst vorgebracht werden.

Ich möchte auch ganz offen sagen — gerade auch als jemand, der die Universitäten kennt und der sie auch liebt und der auch gern dort arbeitet —: Es ist sicherlich so, daß es für das Geld der Steuerzahler eben doch sehr riskant wäre, sich in Fragen der Planung und der Organisation eben nur nach den jeweiligen Vorstellungen der Hochschulen auszurichten. Daher ist auch das Argument des Kollegen Neisser, der von irgendwelchen Bedarfszahlen ausgeht, ein eben nur sehr schwaches Argument, weil wir ja sehen, in wieviel Unklarheiten und auf welch schwankendem Boden diese Planungen gemacht werden.

Konkret heißt das, Hohes Haus, daß angesichts dieser besonderen Situation einer rasch wechselnden Bedarfsentwicklung personell ein großer Ausbau erfolgt ist. Es sind die Planstellen im Zeitraum 1970 bis 1982 von 8 600 auf 12 600 angestiegen. Eine weitere Anpassung kann aber sicherlich nicht nur oder nicht überwiegend durch permanente zusätzliche Planstellen geschehen, die eben dann nach diesem Studentenberg Überkapazitäten bedeuten würden.

Das bedeutet zweitens im Räumlichen, daß ja auch der Raumbestand gewaltig ausgedehnt wurde; von 450 000 Quadratmeter auf 720 000 Quadratmeter. Dazu kommen 150 000 Quadratmeter, die noch in Bau sind. Für die weitere Entwicklung ist aber sicherlich die kritische Größe eher in der Frage einer besseren Auslastung der bestehenden Kapazitäten zu suchen.

Ich muß ganz offen sagen: Ich persönlich halte es für finanziell gegenüber dem Steuerzahler, der ja die Universitäten trägt, für wenig verantwortbar, auch nur einen Quadratmeter zusätzliche Hörsaalfläche zu bauen, sofern und soweit auf das Jahr gerechnet die gegenwärtigen Kapazitäten zu 30 Prozent, bestenfalls zu 50 Prozent ausgelastet sind, wobei man sicherlich nach Universitätsformen, nach Studiengängen differenzieren kann.

Aber ganz allgemein muß man, glaube ich, davon ausgehen, daß die Frage der Rationalisierungsmöglichkeiten in verstärktem Maß von den Universitäten selbst anzugehen ist. Das gilt auch für die allfällige Idee einer

Dr. Nowotny

Trimesterregelung, die ja heute angeschnitten wurde. Ich bekenne mich gern dazu, daß ich diese Diskussion heute wieder einmal — das ist ja nicht neu — aufgebracht habe. Ich kann das jetzt nicht näher ausführen.

Ich möchte dazu aber nur so viel sagen: Es ist sicherlich falsch, anzunehmen, daß die Forschungszeit oder die Freiheit des Studiums beschnitten würde. Im Gegenteil: Es würde ja eine zusätzliche größere Flexibilität geschaffen, und es würde vor allem die Möglichkeit geschaffen werden, bei einer künftigen Expansion der Universitäten die vorhandenen Mittel für zusätzliche personelle Kapazitäten und nicht für zusätzlichen Beton verwenden zu müssen.

Ich darf noch hinzufügen, daß an führenden amerikanischen Universitäten dieses System ja schon längst eine Selbstverständlichkeit ist. Ich selbst habe etwa an der Harvard-Universität in diesem System gearbeitet, und niemand wird behaupten, daß das eine Universität wäre, deren wissenschaftliches Niveau sich irgendwo verstecken müßte.

Hohes Haus! Ich glaube aber, daß die geistige Situation an den Universitäten und die Unruhe, die wir ja vielfach heute in der Jugend sehen, zweifellos nicht nur von demographischen und nicht nur von ökonomischen Faktoren in Österreich bestimmt ist, sondern eben den Niederschlag einer europaweiten Jugendbewegung ausmacht, die sich ja auch in Deutschland gerade in sehr vehementen Aktionen äußert, wobei es eben in Österreich durch das liberale Klima gerade der Wissenschaftspolitik möglich war, diese Konflikte zu einem erheblichen Teil innerhalb der Universitäten auszutragen und damit doch auch die Chance zu einem rationalen Dialog zu schaffen, der nicht in die gewaltsame Konfrontation ausmündet.

Ich glaube, es ist ein gutes Zeichen, daß es in Österreich nach wie vor Dialoge zwischen Studenten und Parteien gibt, zwischen Studenten und dem Parlament, Kontakte, die eben — das muß man deutlich sehen — anderswo nicht mehr bestehen und wo Österreich einen gewaltigen Vorsprung in diesem Sinne gegenüber anderen Staaten hat. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Ich glaube, daß neben allen quantitativen Aspekten, die heute schon angeführt wurden, dieser qualitative Aspekt zweifellos einer der wichtigsten ist. Daß es nämlich — und nicht zuletzt — durch die geduldige Arbeit des Wissenschaftsministers gelungen ist, bei allen Konflikten, die es im Hochschulbereich ja immer geben wird, ein Klima der Liberalität

und ein Klima des Kontaktes zu schaffen und zu erhalten. Es ist das ein Klima, um das uns viele beneiden, das auch von vielen Beobachtern gewürdigt wird, die nicht unserer Partei angehören, und das ja auch Auswirkungen hat, die weit über die Universitäten selbst hinausgehen.

Denn selbstverständlich sind die Entwicklungen an den Universitäten von Interesse für die gesamte Gesellschaft eines Landes, wie ja auch die Gesellschaft umgekehrt, vertreten eben durch die politischen Instanzen, das Recht und auch die Pflicht hat, ihre Interessen und ihre Vorstellungen gegenüber den Universitäten zu entwickeln.

Aus dieser gegenseitigen Beziehung können sich natürlich Spannungen ergeben, die aber auch keineswegs negativ zu sehen sind und die auch keineswegs — und das ist, glaube ich, auch wichtig, Herr Kollege Neisser, anzumerken — immer dem Ministerium anzulasten sind, sondern diese Spannungen zwischen den Universitäten und politischen Instanzen sind ein notwendiger und fruchtbarer Teil unseres Universitätssystems, das eben auf dieser Trennung dieser beiden Instanzen aufgebaut ist.

Nicht zuletzt zeigt ja auch das vorliegende Budget, welche große Aufwendungen die Öffentlichkeit in Österreich für Wissenschaft und Forschung erbringt, wobei wir sicher sind, daß es Aufwendungen sind, die im Interesse unseres Landes gut angelegt sind und die vom zuständigen Ressort gut und effizient verwaltet werden. *(Beifall bei der SPÖ.)* 20.33

Präsident: Nächster Redner ist der Abgeordnete Probst.

20.34

Abgeordneter Probst (FPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Ich möchte zuerst einige Zahlen richtigstellen. Es wurde vorhin die Frage aufgeworfen, ob es im Wissenschaftsressort eine Steigerung gegeben hat oder nicht. Ich möchte nur in den Raum stellen: Die Budgetgesamtwachstumsrate 1982 beträgt plus 9,93 Prozent, und das Wissenschafts- und Forschungsressort hat plus 10,03 Prozent. Also kann man doch von einer Schwerpunktbildung reden, und wir sind froh darüber. Ich glaube, daß das zwei sehr logische und objektive Zahlen sind.

Ich darf aber wieder zurückführen zum Unterrichtsressort und anknüpfen an die Ausführungen des Hauptredners der Sozialistischen Partei, des Herrn Abgeordneten Schnell, und mich ein wenig über die „Schnell-Schwärmereien“ unterhalten. Sie waren gespickt mit Vergleichen mit dem Aus-

Probst

land, waren voll des Lobes und haben gegipfelt quasi in der Aufforderung, es sollen noch mehr Schüler in die AHS gehen. (*Abg. Dr. Schnell: Das haben Sie gedichtet jetzt!*) Das war die Folgerung, Herr Präsident!

Theoretisch klingt das ja recht gut, aber es steht ein wenig im Widerspruch mit der Realität und es steht ein wenig im Widerspruch mit diesem Werk, vom Bundesministerium für Unterricht und Kunst herausgegeben: Schulstress muß nicht sein — was Eltern und Lehrer und Schüler dagegen tun können!, und in dem einige recht interessante Anregungen zu finden sind. (*Der Redner zeigt diese Broschüre vor.*) Das, was ich herausgreifen möchte, ist jene Passage, in der eben völlig richtig gemeint wird, daß es in vielen Fällen ein Prestigestandpunkt der Eltern ist, der die Kinder in die AHS zwingt, daß es doch nicht richtig ist, wenn man Kinder in eine Schulform oder in eine Ausbildung hineinpreßt, die sie vielleicht nicht wollen, für die sie gar nicht die Neigungen haben und für die sie nicht geeignet sind und daß man bei Nichtfortkommen dann Frustrationen erzeugt.

Noch etwas ist bei einem solchen Standpunkt sehr gefährlich: Dadurch, daß das zum Prestigestandpunkt wird, wird doch — das ist gerade von seiten der Sozialistischen Partei so unverstänlich — das Ethos der manuellen Arbeit, der Wert der Arbeit, die Wertigkeit manueller Arbeit, das Ethos des Handwerkes zerstört. Es gibt doch keine Gesellschaft, die ohne manuelle Arbeit, ohne Handwerk auskommt. Wir können doch nicht ein Denken im Volk, in der Gesellschaft einpflanzen, wonach man jene negativ klassifiziert, die die AHS oder die Matura nicht schaffen. Das ist der große Fehler, den wir ankreiden.

Herr Präsident Schnell! Sie haben sich dann voll des Lobes über die IGS und über die großen Erfolge der Integrierten Gesamtschule geäußert und haben das im Inland gelobt und im Ausland gelobt und haben auch die Bundesrepublik Deutschland erwähnt. Ich darf Ihnen aber auch sagen... (*Abg. Dr. Schnell: Dann nehmen Sie sich ein Beispiel an der FDP in der Bundesrepublik! Sie sind doch die Schwesterpartei!*)

Herr Präsident Schnell! Ich komme darauf zurück. Es ist eine Frage der Zeit und der Einstellung, ob man bereit ist, anderswo gemachte Fehler zur Kenntnis zu nehmen, oder ob man blind in unserem bekannten, manchmal schon pathologischen Provinzialismus hergeht und, obwohl anderswo die Erfahrungen schon längst in eine andere Richtung laufen, die gleichen Fehler nachmacht.

(*Zustimmung bei der FPÖ. — Abg. Dr. Schnell: Gehören Sie zur zweiten Gruppe?*)

Herr Präsident! Sie gehen vom sozialen Standpunkt aus. Es gibt genug Studien in der BRD, die beweisen, daß gerade die Integrierte Gesamtschule eine Keimzelle des Unsozialen ist, daß sie nicht sozial ist, daß der Leistungsdruck dort unter Umständen noch größer ist, daß das Gefälle größer ist, daß der Unterschied für jene, die eben weniger begabt sind, viel deutlicher wird als für die Begabten.

Ich darf Ihnen noch etwas sagen: Sie haben von der normativen Pädagogik gesprochen und von der empirischen Pädagogik. Jetzt darf ich Ihnen einen sehr jungen und sehr neuen Beweis bringen, nämlich einen Test, der in Bonn vom Institut für Test- und Begabungsforschung der Studienstiftung angestellt wurde, und zwar ein Test für medizinische Studiengänge. Man wollte dort und will dort weg vom reinen Numerus clausus und neben den Maturanoten einen Eignungstest machen.

Von den 37 000 Medizinstudienbewerbern für die drei Studiengänge Human-, Veterinär- und Dentalmedizin haben knapp 30 000 am Test teilnehmen wollen. 6 000 wurden durch Los zur Teilnahme ausgewählt. 1 200 Studienplätze wurden dann daraufhin vergeben. Das Wesentliche bei einem Sempel von 6 000 Abiturienten erscheint mir das folgende Testergebnis. Ich zitiere wörtlich:

Deutlich schlechtere Testergebnisse — Herr Präsident Schnell, vielleicht interessiert Sie das! — erreichten übrigens Abiturienten aus Gesamtschulen — durchschnittlich sechs Punkte weniger — und Absolventen von Kollegs und Abendgymnasien.

Und weiter heißt es dann — und das ist auch sehr interessant für die Sozialistische Partei —: Zwischen den Testwerten und der Berufsposition der Eltern wurde ein nur geringer Zusammenhang festgestellt. — Also das Märchen mit der sozialen Herkunft stimmt ja doch nicht so. Das ist den Testentwicklern wichtig, weil damit, wie sie meinen, der Argwohn aus der Welt sein dürfte, daß der Test von einer Mittelschicht für eine Mittelschicht konstruiert sei.

Ein Stadt-Land-Gefälle, häufig für die Schulleistungen angenommen, gibt es nach den Testleistungen nicht. Eher gilt die umgekehrte Tendenz. Mit der steigenden Größe des Wohnortes wurden die Testleistungen geringfügig schwächer.

Das ist immerhin das Institut für Test- und Begabungsforschung der Studienstiftung in

Probst

Bonn, und die werden sich überlegen, was sie als amtliche Stelle herausgeben.

Es ist klar, daß in der Bevölkerung Unbehagen herrscht, wenn es zu Mißbräuchen kommt, wenn es zu Mißständen kommt, wenn es zu Willkürhandlungen kommt und wenn Eltern ununterbrochen und immer wieder durch Jahre hindurch die gleichen Ärgernisse mit den gleichen Anstalten haben.

Ich habe hier ein Beispiel eines Grazer Gymnasiums, einer Grazer AHS. Alles, was ich Ihnen erzähle, kommt von dieser Schule. Vor zwei Jahren waren dort von 31 Schülern 30 zu einer Mathematik-Schularbeit angetreten, davon haben 29 ein Nichtgenügend bekommen und einer ein Genügend. Und der Mathematiklehrer hat auf die Frage einer Mutter, wie denn so etwas möglich sei, warum er denn die Klasse nicht besser auf diese Mathematik-Schularbeit vorbereitet habe, geantwortet: Ja, was wollen Sie denn mit 30 Trotteln von 30 Schülern in einer Klasse! — Das muß sich eine Mutter sagen lassen!

In dieser Klasse waren in der ersten Klasse 41 Schüler, jetzt, in der fünften Klasse, sind es noch 18 Schüler. In einer anderen Klasse waren in der ersten Klasse 21 Schüler. Zur Matura sind aus dieser Klasse zwei Schüler angetreten. Das sind Mißbräuche, die sich seit Jahren hinziehen, das sind Mißstände, die ununterbrochen aufgezeigt werden; und nichts rührt sich.

Auch sonst — so klagen die Schüler — haben sie angeblich keinerlei Unterstützung durch den Direktor, seien es irgendwelche Sportangelegenheiten, Schulmilchaktion et cetera. Was sie nicht selbst besorgen, passiert nicht.

Und trotzdem, Herr Präsident (zu Abg. Dr. Schnell), ist daran nicht irgendein System schuld, denn wir haben genügend positive Beispiele in allen Städten Österreichs, wo solche Zustände nicht oder höchst vereinzelt möglich sind, sondern es sind in solchen Fällen immer die Menschen, es sind menschliche Unzulänglichkeiten. Man kann nicht immer am System herumdoktern und glauben, daß davon die Menschen, die dieses System tragen sollen, besser werden. Das wird uns leider nicht gelingen. Wir müssen hier eine Auswahl treffen. Ich glaube, darauf kommt es an. Wir müssen auch wissen, wie wir darauf reagieren.

Eine Reaktion, wie ich sie jetzt in dem Schülerkalender 1981/82 vom Sozialistischen Schülerzentrum hier in der Hand habe, scheint mir keine richtige Reaktion. Ich ver-

stehe nicht, wie man so etwas überhaupt hinauslassen kann.

Ich darf zitieren: „Die Schule, die wir besuchen. — Wer von uns wünscht sich nicht eine bessere Schule? Wem befriedigt die momentane Schulsituation tatsächlich? Wer kennt nicht den Prüfungsstreß, die Angst vor schlechten Noten, das frustrierende Gefühl, den Lehrern ausgeliefert zu sein?“

Dann wird von Verhaltensstörungen gesprochen: „... Schulsituation dar, in der nicht die Bedürfnisse der Schüler, sondern das Ziel, die Schüler möglichst optimal in unser Gesellschaftssystem einzuordnen, im Vordergrund steht. Unter dem Slogan ‚Nur die besten sollen bestehen‘, versucht man in Gymnasien, möglichst viele Schüler auszusortieren. Alle diejenigen, die sich nicht kritiklos in die Schulhierarchie einordnen, die dem uninteressanten Lehrstoffbombardement nicht standhalten, die am Notendruck und vor der Angst durchzufallen scheitern, werden in die Hauptschule abgeschoben. Untersuchungen zeigen aber, daß diese sogenannte Trennung in gute und schlechte Schüler in Wirklichkeit eine soziale Auslese ist, mit der unsere gegenwärtige Klassengesellschaft erhalten wird. Arbeiterkinder werden fast immer Arbeiter, Intellektuellenkinder werden fast immer Intellektuelle.“

Das muß ein Abgänger einer IGS geschrieben haben, denn es finden sich hier einige schwere Rechtschreibfehler, davon ein Fallfehler, dann zwei Fremdworte und zweimal hintereinander Intellektuelle mit einem „l“.

Es wird noch besser: Unter der Überschrift „Unsere Vorstellungen“ ... Ich meine, wenn ich dazu vergleiche, was der Kollege Wille früher gesagt hat — das paßt nicht in dieselbe Partei, meine Damen und Herren! Das sind die drei Prozent, von denen der Herr Kollege Wille gesprochen hat, jene drei Prozent Randschichten, oder ich weiß nicht, wie er sie bezeichnet hat, von denen wir uns nichts aufdiktieren lassen sollen.

„Unsere Vorstellungen: Die Schüler sollten lernen, sich gegen Herrschaften zu wehren, was bedeutet, daß die momentanen Herrschaftsstrukturen nicht schon in der Schule verinnerlicht sein dürfen. Noten und Leistungsbeurteilungen erzeugen Angst und Frustration, sie erziehen zu Konkurrenz, Egoismus und Duckmäusertum. Wichtig ist daher der Abbau der Leistungsbeurteilung und die Entwicklung von Lehr- und Lernformen, die die Schüler zur selbständigen Organisation ihrer Arbeit und zur Entwicklung solidarischer Beziehungen befähigen. Versagen“ —

9808

Nationalrat XV. GP — 97. Sitzung — 14. Dezember 1981

Probst

und jetzt wird es ganz dick! — „in der Schule darf nicht als individuelles Versagen gelten, sondern muß als ein Versagen des Schulsystems der Gesellschaft erkannt werden. Es darf daher keine Bestrafung geben (etwa durch Noten), keine Auslese, die nie gerecht sein kann.“ Soweit das Zitat.

Hier wird ausdrücklich jeglicher Form von Leistung abgeschworen, hier wird ausdrücklich die Erziehung zur Qualität abgelehnt. Ich frage Sie: Wie stellen Sie sich bitte eine Gesellschaft vor, in der es ohne Leistung zugehen soll, wie stellen Sie sich einen Arzt vor, der sich nicht an das hält? Wie stellen Sie sich einen Richter vor, der nach diesen Grundsätzen in so eine Schule gegangen ist; einen Lehrer oder auch einen Handwerker? Wie stellen Sie sich einen Automechaniker vor, der mit dieser Einstellung an die Montage eines Autoreifens geht?

Ich sage Ihnen, das ist unsozial. Denn damit erziehen Sie die Menschen zur hoffnungslosen Unterlegenheit, nicht nur in Österreich, in unserer Gesellschaft, sondern vor allem im internationalen Wettbewerb, dem wir doch auch ausgeliefert sind. Wir Freiheitlichen bekennen uns zur Leistung und bekennen uns zu einer Leistungsgesellschaft, ohne die es einfach nicht geht. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Wir bekennen uns auch zu einer Leistungsbeurteilung, denn sie ist etwas Grundlegendes, das dem Menschen innewohnt. Sie können es bereits beim Kleinstkind beobachten. Dieser Wille zur Leistung darf dem Menschen nicht abgesprochen werden. Das ist tiefster Provinzialismus, wenn wir heute versuchen, etwas nachzuvollziehen, was anderswo schon längst als irrig und falsch erkannt worden ist.

Ich habe hier in einer Anfrage einmal von der Möglichkeit gesprochen, besonders begabte Schüler besonders zu fördern. Das wurde mir sofort in die Errichtung von Eliteschulen umgemünzt. Nein, das soll es nicht geben! Aber es soll in einer Gesellschaft jenen, die besonders begabt sind, natürlich die Möglichkeit gegeben werden, ihre Begabung besonders gefördert zu erhalten. Es sollen die Leistungswilligen ihre Leistungsmöglichkeiten haben. Und eine Gesellschaft braucht das, auch Österreich braucht das. Denn bei uns gibt es Schwache, die nur dann gehalten und im sozialen Gefüge mitgetragen werden können, wenn Leistungsstarke vorhanden sind. Und was können wir ohne Leistungswillen und ohne Leistung in Wissenschaft und Forschung ausrichten? Sie haben jetzt die ganze Zeit davon gesprochen.

Und eine dritte Frage, die ich für zutiefst

sozial halte. Wie stellen Sie sich eine Hilfe für die Dritte Welt vor, wenn wir nicht hier versuchen, unser Potential maximal auszuschöpfen, um zu erhöhter Leistung zu kommen?

Ein anderes Kapitel. Herr Bundesminister, Sie haben dem Österreichischen Turnerbund den Ehrenschatz beim Bundesturnfest zuerst gegeben und dann wieder entzogen, auf Grund von Protesten einer Gruppe, die ich ebenfalls unter die vom Kollegen Wille zitierten drei Prozent Außenseiter und Radikalskis einordnen möchte.

Sie haben den Ehrenschatz entzogen für das Bundesturnfest 1981, und ich möchte jetzt alles, was ich sage, in die Bitte kleiden, Sie mögen diese Aktion überdenken. Sie mögen bitte so gut sein und darüber nachdenken, ob die Erfahrung gezeigt hat, daß das wirklich richtig war.

Es gibt ein Machwerk in Österreich — anders mag ich es nicht bezeichnen —, das nennt sich „Rechtsextremismus in Österreich“. In diesem Buch werden 600 000 Österreicher zu Rechtsextremisten abgestempelt. Ich möchte behaupten, daß jene Extremisten sind, die solche Bücher verfassen und damit vollkommen unreflektiert 600 000 brave Österreicher zu Rechtsextremisten abstempeln. Ich behaupte, daß jene Autoren ebenfalls zu jenen 3 Prozent gehören.

Ich frage Sie, Herr Bundesminister: Haben Sie bei Ihrem Nein zum Ehrenschatz auch an die vielen Staatsmeister im Österreichischen Turnerbund gedacht, an jene vielen braven Sportler, die dort unter Einsatz eines Maximums an Zeit den österreichischen Sport vorantreiben? Haben Sie bedacht nach dem Sprichwort „An ihren Taten sollt ihr sie erkennen“, und nicht an ihren Behauptungen und Büchern, wieviel Arbeit an der österreichischen Jugend in diesem Turnerbund steckt, wieviel Erziehungsarbeit, genauso gute Arbeit wie in Ihrem ASKÖ, den Sie fördern, wie in der Union, die Sie ebenfalls zu Recht fördern, und wie im ASVÖ, den Sie fördern, weil Sie erkennen, daß dort gute Erziehungsarbeit geleistet wird, weil Sie erkennen, daß dort die Jugend zur Gesundheit, zur Leistung und zum Leistungswillen motiviert wird, zum Leben in der Gemeinschaft erzogen wird. Ich glaube, das ist mehr Leistung, als so ein Buch zu erfinden und 600 000 Österreicher zu diskriminieren.

Die Gesundheitserziehung, die in unseren Vereinen geleistet wird, ist, wenn ich es materialistisch ausdrücken darf, bares Geld. Bares Geld, das wir uns bei der Beherrschung der Probleme im Gesundheitswesen ersparen,

Probst

wenn die Menschen zu einem gesunden Leben, zu gesunder Lebensführung erzogen werden.

Sie haben damit alle jene braven Sportler und Funktionäre schwerstens gekränkt. Und ich wiederhole noch einmal: Keiner von denen, die vergeblich darauf gewartet haben, daß Sie ein Zeichen setzen, Herr Bundesminister, hat sich in irgendeiner Weise schuldig gemacht.

Deshalb wiederhole ich meine Bitte: Überdenken Sie Ihre Haltung. Schauen Sie sich das noch einmal an. Schauen Sie sich das Ergebnis dieses Bundesturnfestes an. 8 000 und etliche Wettkämpfer waren dort, davon allein 3 800 aus elf ausländischen Staaten. Das sind mehr Wettkämpfer gewesen als seinerzeit bei den Olympischen Spielen in Innsbruck.

Es wurde auch von anderen ein Zeichen gesetzt: Alle bisherigen Bürgermeister, die diese Bundesturnfeste beherbergt haben, haben Gruß- und Dankadressen für das vorbildliche Verhalten der Turner an das Bundesturnfest geschickt. Alle Parteien haben sich positiv geäußert, und Herr Landeshauptmann Wagner hat — ich war dabei und habe es gehört — dieses Turnfest aus freiem Herzen und guten Gewissens eröffnet. Und er hat gut daran getan.

Herr Bundesminister! Ich bitte Sie, überdenken Sie diesen Ihren Standpunkt. 75 000 anständige Österreicher warten darauf, daß Sie ein Zeichen setzen, daß Sie ihre Arbeit anerkennen. *(Beifall bei der FPÖ.)* 20.54

Präsident: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Bayr.

20.54

Abgeordneter **Bayr** (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Das Plenum wird gelegentlich mit einer Arena verglichen, und als bisher stiller und aufmerksamer Zuhörer muß ich sagen, daß dieser Vergleich einiges für sich hat. Die Schaukämpfe werden mit Verstand und List in verschiedener Gewichtung ausge tragen, und das Arsenal der Waffen ist unerschöpflich; es reicht vom Florett bis zur Streitaxt, und auch der Bumerang gehört dazu. Netz und Fußangeln sind strategische Accessoires, die den Kampf phantasievoll beleben, und das Publikum schaut teils interessiert, teils amüsiert zu, zum Teil auch verärgert darüber, weil die Mitstreiter in so geringer Zahl in der Arena anwesend sind.

Wenn ich diesen Vergleich fortführen darf, dann könnte man sagen: Die Schulszene ist zu

vergleichen mit einem Seiltanz, der allerdings durch eine Matte beziehungsweise durch ein Netz abgesichert ist. Dieses Netz ist die Zweidrittelmehrheit. Und diese Zweidrittelmehrheit, meine sehr verehrten Damen und Herren, schützt uns auch davor, daß trotz der 7. Schulorganisationsgesetz-Novelle unser differenziertes Schulsystem abstürzt und aus der Fallgrube linker Ideologen wieder als Einheitsschule auftaucht. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Diese Zweidrittelmehrheit, meine sehr verehrten Damen und Herren, erspart uns auch solche Kraftakte wie etwa das eigentumsfeindliche Mietengesetz, das vor kurzem hier beschlossen worden ist. Sie bewahrt uns auch vor Dressurakten, wie sie der Herr Minister Dallinger mit seinem sozialpolitischen Elefanten im wirtschaftlichen Porzellanladen durchführt.

Dieser Zwang zur Zusammenarbeit, meine sehr verehrten Damen und Herren, bremst zwar allzu stürmische Entwicklungen, deren Zweckmäßigkeit für den sensiblen Schulbereich ohnedies von fragwürdigem Wert ist, denn was der Entwicklung der Schule eher förderlich ist, ist eine ausgewogene Balance zwischen pädagogischen Erfordernissen und gesellschaftlichen Erwartungen.

Nun aber zum Budget.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Das Budget bedarf keiner Zweidrittelmehrheit. Es schaut auch danach aus. Von ihm geht kein Impuls für die Weiterentwicklung unseres Schulsystems aus. *(Beifall bei der ÖVP. — Präsident Mag. Minkowitsch übernimmt den Vorsitz.)*

Dieses Budget ist ein statisches, eine Fortschreibung der Ansätze des Vorjahres, reduziert um einige Prozente, weil es nicht die Gesamtausweitung des Budgetrahmens von 9,9 Prozent mitmacht. Und wenn ich davon ausgehe, daß Sie, Herr Minister, bei den Verhandlungen mit Ihren Ressortkollegen Ihr ganzes Gewicht in die Waagschale geworfen haben, dann muß ich von dem Paradoxon ausgehen, daß Sie zu leicht befunden worden sind. So blieben langjährige Forderungen der Österreichischen Volkspartei unberücksichtigt, Forderungen, die auch von Ihrem Ressort bisher völlig unbestritten waren. *(Abg. Dr. Fischer: Wie wäre es denn bei Ihnen gewesen, das Budget?)*

Ich komme noch zu den einzelnen Punkten. Ich darf die Kritik an diesem Budget in vier Punkten zusammenfassen.

Zunächst: Das Budget nimmt nicht Rücksicht auf pädagogische Notwendigkeiten. Ein

Bayr

solches Erfordernis — ein pädagogisches Erfordernis — ist die stärkere Individualisierung des Unterrichtes, das Eingehen auf die Interessenslage der Schüler, auf die Neigungen und auf die Fähigkeiten. Das wird umso leichter möglich sein, je kleinere Klassengrößen wir haben, denn die Partnerbeziehung zwischen dem Lehrer und dem Schüler ist eben nur dann in entsprechendem Ausmaße möglich, wenn das Kommunikationsfeld einigermaßen begrenzt ist. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Es bestehen ja, wie heute bereits gesagt wurde, noch gar keine Vorstellungen darüber, was die Absenkung der Klassenschülerzahl bedeuten würde. Der Herr Finanzminister hat bei einer Anfragebeantwortung erklärt, das würde 5 000 zusätzliche Lehrerposten erfordern. *(Abg. Dr. Schnell: 32 Kinder pro Klasse in der ÖVP-Zeit! Jetzt 22!)*

Herr Präsident Schnell! Sie kennen genau die Situation! Argumentieren wir nicht aneinander vorbei, Sie wissen, daß wir nach wie vor Klassen haben, wo die Klassenschülerhöchstzahl von 36 überschritten wird. Und daß die Statistik natürlich dadurch optisch verändert wird, wenn wir etwa im Volksschulbereich auch Klassengrößen zwischen 10 und 20 haben, das wissen Sie ja wohl.

Wenn ich die Senkung der Klassenschülerhöchstzahl reklamiere, dann bezieht sich das, wie Sie auch wissen, auf den Bereich der Hauptschule und auf den Bereich der allgemeinbildenden höheren Schulen und berufsbildenden Schulen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Eine stärkere Individualisierung des Unterrichtes wäre natürlich auch durch eine Ausweitung des Förderunterrichtes möglich, wie er etwa jetzt bereits in der Volksschule gang und gäbe ist, und zwar in Form einer durchlaufenden Förderstunde. In den Hauptschulen gibt es bekanntlich diese drei Förderkurse für je 6 Wochen; in der AHS fehlt das überhaupt.

Eine Individualisierung des Unterrichtes würde auch dadurch erreicht, daß das Angebot, das respektable Angebot an Freigegegenständen und Unverbindlichen Übungen auch tatsächlich genützt werden könnte.

Wir wissen, daß etwa in Niederösterreich 400 Stunden an Schülerwünschen zurückgestellt, abgewiesen werden mußten, und zwar infolge dieses ministeriellen Sparerlasses Verordnung 38B, die ja bekanntlicherweise einen Rahmen festlegt. 39 C bezieht sich ja auf die Hauptschulen, wie Sie wissen, Herr Kollege. Dieser festgelegte Stundenrahmen stellt eine Einschränkung insofern dar, als erstens durch die Pflichtgegenstände und zweitens durch die Einführung, daß in Bildnerischer

Erziehung und in Englisch Klassenteilungen vorzunehmen sind, dieser vorgegebene Rahmen weitgehend ausgeschöpft wird. Für Freigegegenstände und Unverbindliche Übungen bleibt kaum mehr Platz, sodaß wir das Faktum haben, daß es zwar eine phantastische Bildungsspeisekarte gibt, die nach wie vor in der Auslage hängt. Wenn aber ein Schüler einmal Appetit auf eine dieser dort angeführten Speisen bekäme, dann wird er erfahren, daß es diese Kost nicht gibt.

Zweiter Kritikpunkt: Das Budget nimmt nicht Rücksicht auf die Strukturveränderungen im Lehrkörper. Es ist ja heute schon mehrmals mit Stolz darauf hingewiesen worden, daß sich die Anzahl der Lehrer sehr stark vermehrt hat. Es hat sich aber innerhalb des Lehrpersonals eine wesentliche Verschiebung zugunsten der Lehrerinnen ergeben. Durch die starke Aufstockung hat sich die Alterspyramide ganz beträchtlich verändert. Wir haben daher nahezu 80 Prozent der 49 000 Lehrerinnen im Bereich der Pflichtschulen und der AHS im Alter bis zu 40 Jahren. Das bedingt natürlich starke Ausfälle durch Schutzurlaub beziehungsweise durch Karenzurlauben. Und diese hohe Ausfallquote kann pädagogisch sinnvoll nur durch den Einsatz einer Lehrerreserve gemeistert werden.

Daher fordern wir schon seit langem, daß hier eine entsprechende Vorsorge getroffen werden soll. In diesem Budget ist eine Vorsorge nicht zu finden.

Außerdem stellen wir als weiteren Kritikpunkt fest, daß auch keine Rücksicht auf die sich verschärfende Arbeitsplatzsituation im Schulbereich genommen wurde. Erstmals haben wir heuer eine Lehrerarbeitslosigkeit, und wir wissen, daß sich diese in den kommenden Jahren massiv verschärfen wird. Es ist mir sehr wohl bekannt, daß im Bereich der Wirtschaft natürlich die Nachfrage nach Arbeitsplätzen noch wesentlich größer ist. Wir kennen die Situation der vielen Insolvenzen, der Schwierigkeiten in der Verstaatlichten Industrie. Wir wissen aber auch, daß das Übereinkommen Mock — Kreisky diesem Umstand Rechnung trägt, daß man bereit ist, entsprechende Milliardenbeträge zur Sicherung der Arbeitsplätze flüssig zu machen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Es ist daher auch angebracht, darauf hinzuweisen, daß sich im Bereich des öffentlichen Dienstes, im Bereich der Lehrerschaft eine ähnliche Entwicklung abzeichnet.

Ich glaube, es wäre auch einmal angebracht, Überlegungen darüber anzustellen, ob es nicht sinnvoll wäre, auch eine Teilzeitbe-

Bayr

schäftigung anzubieten. Gerade im Hinblick darauf, daß der Anteil der weiblichen Lehrer so stark ist, wäre es doch sinnvoll, diesen die Möglichkeit einer Teilzeitbeschäftigung einzuräumen. Das würde auf der einen Seite die Arbeitsplatzsituation entschärfen, auf der anderen Seite auch familienpolitisch sehr vernünftig sein. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich glaube, meine sehr verehrten Damen und Herren, daß hier etwas mehr Beweglichkeit am Platz wäre.

Vierter Kritikpunkt, der über den Bereich des Budgets hinausgeht: Es ist heute schon sehr viel von der inneren Schulreform gesprochen worden. Ich gehe konform mit dem Herrn Minister, daß es nicht sehr leicht ist, den Bereich der inneren Schulreform und der Reform der Schulorganisation abzugrenzen. Aber an einigen Punkten kann man doch sehr deutlich machen, was damit gemeint ist.

Die Schulreform hat sich bisher, ich behaupte das mit Fug und Recht, sehr stark auf die Schulorganisation fixiert. Man hat aber die Frage der Erziehung nur am Rande diskutiert. Dabei spüren wir alle, was auch Professor Aurin an der Universität in Freiburg bewegt. Ich zitiere wörtlich:

„Wir müssen feststellen, daß die Grundwerte unseres gesellschaftlichen Lebens in Frage gestellt und sittliche Vorstellungen aufgebrochen werden. Es ist daher erforderlich, daß die in der Erziehungsverantwortung Stehenden sich wieder der geistig-sittlichen Kräfte und ihrer Grundüberzeugungen bewußt werden, die ihnen Halt und Ermutigung in den tagtäglichen Bewährungssituationen des Lebens geben.“ *(Beifall bei der ÖVP.)*

Dr. Tenbruck von der Universität in Tübingen führt für diese Entwicklung folgende Begründung an. Ich zitiere wieder wörtlich: „In einer säkularisierten Welt bindet keine öffentliche Religion. In einer künstlichen Welt diszipliniert keine Natur. In einer organisierten Gesellschaft regiert keine Sitte.“

Das Erziehungsziel, meine sehr verehrten Damen und Herren, das im § 2 des Schulorganisationsgesetzes fixiert ist, hat nach wie vor seine Gültigkeit. Wenn ich das jedoch den Äußerungen von Ernst Gehmacher gegenüberstelle, dann muß ich echt Sorge haben, daß auch dieses Erziehungsziel sehr bald in Frage gestellt wird. Er schreibt nämlich im Jahre 1977 in dem Artikel „Sozialistische Erziehungsmodelle“ wortwörtlich, daß die Grundlage jedes progressiven Erziehungsmodells die Überwindung der konservativen, weil tradierten und prägenden Wirkung jeder Erziehung sei.

Es ist hier, meine sehr verehrten Damen und Herren, nicht Zeit, auf diese Problematik näher einzugehen. Es sei mir aber eine Bemerkung gestattet. Es gibt kein progressiveres Erziehungsziel als das Bemühen, christliche Wertvorstellungen umzusetzen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Denn, meine sehr verehrten Damen und Herren, was sind denn die großen Bewegungen der Jugend in unserer Zeit, Bewegungen, die an den Grundstrukturen und Grundhaltungen unserer Gesellschaft rütteln? Ich verweise auf die Friedensbewegung, der Ausdruck einer zutiefst christlichen Sehnsucht; die Sorge um die Armen und Hungernden, ebenfalls ein Uranliegen des Christentums. — *(Zwischenruf.)* Päpste werden auch von Ihnen sehr gerne zitiert.

Es ist in einer pluralistischen Gesellschaft sicherlich nicht leicht, Übereinstimmung hinsichtlich der Normen, Werte und Vorbilder zu erreichen, an denen sich die Erziehung auszurichten hat. Deshalb aber in eine wertfreie Erziehung zu flüchten, hieße die Augen vor der Wirklichkeit verschließen. *(Beifall bei der ÖVP.)* Denn viele Jugendliche scheitern an der Orientierungslosigkeit, an der inneren Leere und an der unbeantworteten Sinnfrage des Lebens und suchen Zuflucht in Drogen und in Extremfällen sogar beim Selbstmord.

Die Erziehung des Menschen ist fundamental in der Familie angesiedelt. Dort ist ihr erster und wichtigster Ort. Erziehung ist das Werk einer Partnerbeziehung. Entscheidend ist — ich zitiere nochmals Tenbruck — „... , daß Kind und Erzieher sich aufeinander einlassen. Deshalb bleibt die Beziehung zwischen Mutter und Kind die Ursituation der Erziehung“.

In der Erziehungswissenschaft ist man sich darüber einig, daß nur die ständige Zuwendung einer Person zum Kind, insbesondere im ersten Lebensjahr, den Aufbau des sogenannten Urvertrauens gewährleistet.

Diese unersetzbare Partnerschaftsbeziehung, wie sie in der Familie am besten verwirklicht werden kann, wird dann in subsidiärer Weise von der Schule weitergeführt. Wertvolle Erziehung kann allerdings in der Schule auch nur dann stattfinden, wenn zwischen dem Schüler und dem Lehrer eine personale Beziehung stattfindet. Erziehung ist ja Prägung eines Menschen durch einen Menschen.

Wir stellen allerdings fest — und ich glaube, ich sehe das nicht zu düster —, daß diese Erziehung in zunehmend geringerem Ausmaße geschieht. Wir beklagen eine gewisse Indifferenz, eine gewisse Resignation. Und

Bayr

ich glaube, dem müßte eine Renaissance des Erziehungsbemühens entgegengesetzt werden. Geeignete Impulse seitens des Ministeriums sehe ich allerdings nicht.

Voraussetzung für diese Zielsetzung ist natürlich auch eine Neuorientierung der Lehrerbildung. Wir brauchen mehr Pädagogik im Ursinn des Wortes, Pädagogik als Kunst der Kindesführung. Es wird vielfach darüber Klage geführt, daß die Lehrer theorieüberfrachtet hinauskommen und den Anforderungen hinsichtlich kindgerechter Wissensvermittlung und Erziehung nicht entsprechen. Das setzt allerdings gewisse Klassengrößen voraus, ich habe das heute schon gesagt.

Eine weitere Vorbedingung allerdings ist der Abbau der lähmenden und die Kreativität der Lehrer beeinträchtigenden Bürokratie. Alle, die im Lehrberuf stehen, und jene, die an der Schule interessiert sind, wissen, daß die rechtliche Reglementierung schon bis tief in die Schulstube hinein reicht und daß die Angst bei manchen Lehrern, in diesem Netz von Fallfristen, Verständigungspflichten, Beweissicherungen und so weiter verstrickt zu werden, sehr groß geworden ist. Die latente Gefahr, daß möglicherweise der Vater mit einem Rechtsanwalt kommt, daß die „Kronen-Zeitung“ informiert wird, ist sicherlich keine gute Motivation für die Arbeit des Lehrers.

Die Einengung der pädagogischen Freiheit unterbindet die Eigeninitiative und die Eigenverantwortlichkeit. Durch Bürokratismus und Papierflutpraxis werden die Lehrer im besten Falle zu Ignoranten von Behörden erzogen.

Den Schulen und den Lehrern müßten daher mehr Freiräume eingeräumt werden, mehr Entscheidungsbefugnisse zurückgegeben werden. Das, was die Lehrer seitens der Gesellschaft brauchen, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist, daß man ihnen mehr Vertrauen entgegenbringt, mehr Vertrauen statt Verwaltung. Die Folge wäre mehr Freude statt Frustration. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ein weiteres Anliegen der inneren Schulreform ist die Lehrplanreform. In einer solchen käme es natürlich auf eine bestmögliche Abstimmung der Bildungsziele und Bildungsaufgaben der einzelnen Schularten unter Berücksichtigung der Individualisierung und der Durchlässigkeit an. Dabei müßten aber auch strukturelle Veränderungen des Lehrplanes ins Auge gefaßt werden, etwa weniger Pflichtwochenstunden, dafür mehr Zeit zum Üben und Festigen, weniger Inhalte, dafür mehr Zeit für das „Lernen-lernen“ oder für zusammenschauendes Denken.

Auch die Fülle der Unterrichtsprinzipien, die heute schon einmal angesprochen worden sind, müßte auf ihre Wirksamkeit hin überdacht werden. Denn ich habe den Eindruck, daß immer dann, wenn die Gesellschaft ein schlechtes Gewissen hat, weil sie irgendein Problem nicht bewältigen kann, der Schule ein neues Unterrichtsprinzip verordnet wird. Wenn dann dieses Unterrichtsprinzip nicht vollinhaltlich von heute auf morgen die Situation verbessert, dann werden mit aller Regelmäßigkeit die Lehrer zu Sündenböcken gestempelt und in die pädagogische Wüste geschickt.

Ich komme daher zum Schluß, meine sehr verehrten Damen und Herren. Ich habe einleitend darauf hingewiesen, daß vom Unterrichtsbudget keine Impulse für eine Weiterentwicklung ausgehen. Es nimmt nicht auf pädagogische Notwendigkeiten Rücksicht. Es wird daher weiterhin im Bereich der Hauptschule, der AHS, der berufsbildenden Schulen überfüllte Klassen geben, es wird weiterhin die Teilnahme an Freigegegenständen und unverbindlichen Übungen in den AHS in Frage gestellt sein. Es wird weiterhin auch infolge des Mangels an Förderunterricht das Nachhilfeunwesen geben.

Im Budget ist keine Vorsorge für die Lehrerreserve getroffen worden, die den vielen Ausfällen durch Mutterschafts- und Karenzurlauben begegnen könnte.

Im Budget sind auch keine ministeriellen Intentionen zu entdecken, die geeignet wären, der Lehrerarbeitslosigkeit zu begegnen.

Ich habe weiters darauf hingewiesen, daß nach meiner Überzeugung oder nach Überzeugung meiner Partei auf dem Gebiet der inneren Schulreform mehr Reformeifer entwickelt werden müßte. Unsere Vorschläge zielen auf eine noch besser pädagogisch eingerichtete und auf eine noch stärker menschlich ausgerichtete Schule. Das, was wir anstreben, sind etwas entlastete, glücklichere Kinder, motiviertere Lehrer und zufriedene Eltern. *(Beifall bei der ÖVP.)* 21.16

Präsident Mag. Minkowitsch: Als nächste zum Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Dr. Hilde Hawlicek. Ich erteile es ihr.

21.16

Abgeordnete Dr. Hilde Hawlicek (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Auf die vielbelatschte philosophische Antrittsvorlesung meines Vorredners möchte ich nicht näher eingehen, denn sonst müßte ich eine Gegenvorlesung halten und ihm explizieren, daß die Urchristen eigentlich die ersten Marxisten

Dr. Hilde Hawlicek

oder, wie Sie es nennen würden, Kollege Bayr, die Urmarxisten waren. *(Beifall bei der SPÖ.)* Aber ich werde darauf verzichten, Kollege Lichal.

Ich möchte Sie vielmehr fragen, Kollege Bayr: Wo können Sie mir einen Staat und eine Regierung in Zeiten wie diesen nennen, die den Schwerpunkt Bildung und Forschung, und das nun schon Jahr für Jahr und durch 12 Budgets hindurch, gesetzt haben? *(Beifall bei der SPÖ.)* Denn das Wissenschaftsbudget konnten wir während der Zeit unserer Regierungen von 2,3 auf über 10 Milliarden erhöhen, also mehr als vervierfachen. Und genau so ist es mit dem Budget für Unterricht und Kunst, das nun schon über 33 Milliarden zählt.

Bildungsausgaben, Bildungsinvestitionen sind nicht nur Zahlen auf dem Papier oder für eine Statistik, sondern sie sind Investitionen, die sich immer lohnen. Sie sind nur nicht immer in Zahlen meßbar.

Vizekanzler Sinowatz sagte im Budgetausschuß so treffend, daß hier Quantität in Qualität umschlägt. Denn wenn wir zum Beispiel — Kollege Bayr, davon haben Sie auch gesprochen — vor 11 Jahren noch 65 000 Lehrer hatten und heute 100 000 Lehrer haben, für die wir damals 6 Milliarden ausgaben und heute fast 27 Milliarden ausgeben, dann sind das nicht nur Zahlen, nicht nur Budgetzahlen, sondern das bedeutet kleinere Klassenzahlzahlen und eine intensivere und bessere Betreuung unserer Kinder. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Wenn wir um 260 Bundesschulen mehr haben, dann bedeutet das nicht nur 115 000 zusätzliche Ausbildungsplätze, sondern es hat das sicherlich auch mit zur Folge, daß eben vor 30 Jahren nur 9 Prozent der 14- bis 18-jährigen Schulen besuchten, vor 10 Jahren 23 Prozent und jetzt schon 35 Prozent.

Wenn wir 2,9 Milliarden für Schulfahrten und Schulfahrtbeihilfen und eine Milliarde für Schulbücher ausgeben, dann ist das nicht nur eine Erleichterung für die Familien, die sich Geld ersparen, sondern für Zehntausende Kinder mehr eine Chance.

Meine Damen und Herren vor allem der Opposition! Darauf sind wir stolz, das ist das Ergebnis sozialistischer Schulpolitik der Chancengleichheit, und das ist das Ergebnis der Schwerpunktsetzung im Budget.

Wenn vor zehn Jahren noch jedes dritte Kind keine weiterführende Schule besuchen konnte, das heißt, Hilfsarbeiter wurde, und es heute nicht einmal mehr jedes zehnte Kind

ist, dann ist das der Erfolg des letzten Jahrzehnts sozialistischer Regierungspolitik. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Wenn heute 125 000 Studenten auf unseren Hochschulen studieren, und zwar ohne Numerus clausus und damit ohne Prüfungsstreß schon in den höheren Schulen und ohne Angst, ob sie einen Studienplatz ohne Wartefristen bekommen, und mit einer liberalen Studiengesetzgebung, dann ist das das Verdienst unserer sozialistischen Hochschulpolitik des letzten Jahrzehnts. Es wirkt sich eben aus, daß wir in diesem Jahrzehnt die Hochschuleausgaben von 2,3 auf 10 Milliarden Schilling vervierfacht, daß wir die Planstellen von 8 600 auf 12 600 erhöht und damit um 4 000 vermehrt und daß wir den Raumbestand, wenn wir die Ausbaustufe im Jahr 1982/83 mitzählen, praktisch fast verdoppelt haben.

Auch im letzten Jahr — wir scheuen hier keinen Vergleich, wir vergleichen nicht nur innerhalb des letzten Jahrzehnts — haben wir im Wissenschaftsbudget eine Gesamtsteigerung um 10,02 Prozent. Wir haben eine Steigerung der Planstellen und wir haben eine Steigerung der Mittel für Unterrichts- und Forschungserfordernisse der Universitäten im autonomen Bereich um 20 Millionen Schilling. Wir haben, was ich noch besonders hervorheben möchte, bei den Kunsthochschulen eine Steigerung des Gesamtaufwandes um 50 Millionen Schilling und eine Planstellenvermehrung um 33, während es im vergangenen Jahr um 15 mehr waren, und zwar vor allem durch Neueinrichtungen in Innsbruck, Graz und Salzburg. Wir haben auch mehr Mittel im Bereich der Museen, im Bereich des Denkmalschutzes, dort vor allem als Zuschüsse für die Gemeinden, und mehr für die Bibliotheken.

Hohes Haus! Diese Budgetkapitel Kultur, Bildung und Forschung sind nicht nur Ausdruck des kulturpolitischen Wollens eines Staates, sondern sie sind darüber hinaus, wie ich glaube, gemeinsam mit dem Kapitel Soziales Aussage über den Stellenwert des Menschen, wie weit seinen sozialen und kulturellen Bedürfnissen Rechnung getragen wird. Selbst ein Sparbudget bedeutet für eine sozialistische Regierung nicht Sparen bei Sozialausgaben oder eine Kürzung der Bildungsausgaben. Es ist erschreckend, wenn man sich die Budgets anderer Industrieländer ansieht. Darin unterscheiden wir uns von konservativen Regierungen und von Koalitionsregierungen. Für uns steht nach wie vor der Mensch im Mittelpunkt. Dazu bekennen wir uns. Das ist nicht nur ein Lippenbekenntnis, das sehen wir auch an den Budgetzahlen, und darauf sind wir stolz. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Dr. Hilde Hawlicek

Abgeordneter Wille hat Vergleiche mit dem Ausland gebracht. Kollege Schnell hat auch schon auf eine Studienreise hingewiesen, die wir nach Großbritannien, in die Bundesrepublik und nach Schweden unternehmen konnten. Ich kann Ihnen nur sagen: Es ist erschütternd, welche Auswirkungen der Numerus clausus und die Jugendarbeitslosigkeit auf das ganze Schul- und Erziehungssystem haben. Es ist nicht nur entmutigend und deprimierend für die Betroffenen, die keine Motivation mehr zum Lernen haben — wir haben mit solchen Schülern und ihren Lehrern gesprochen —, sondern für die ganze Gesellschaft.

Ich kann nur hoffen, daß wir vor dieser Entwicklung verschont bleiben. Aber ich möchte als sozialistische Abgeordnete versprechen, daß wir, solange wir Verantwortung in diesem Staat tragen, alles daransetzen werden, um eine solche Entwicklung zu vermeiden. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Mir ist lieber, unsere Studenten protestieren, weil sie, wie jetzt beim AHStG, vielleicht einmal freiwillig in den Ferien eine Vorlesung besuchen werden oder nicht mehr gleichzeitig Studienplätze an zwei bis drei Universitäten haben und damit dort auch die Prüfungen ablegen können oder weil sie vielleicht nach teilweise schon zehnjähriger Übergangszeit nach den neuen Studienplänen studieren sollen. Das alles ist mir lieber, als sie sitzen auf der Straße ohne Studienplatz und ohne Arbeitsplatz.

Damit meine ich jetzt nicht, daß die Studentenproteste bei uns überflüssig sind. Wir denken alle über die Gründe nach und wissen, daß die einstimmig beschlossene kleine Novelle des AHStG nur Anlaß ist, und wir werden weiter diskutieren, obwohl einige Formen der Auseinandersetzung, wenn schon nicht indiskutabel, so doch befremdend sind.

Ich denke — Kollege Neisser hat heute so viel von Stilfragen gesprochen —, daß es auch eine Stilfrage von Plakaten, Aussendungen und Flugzetteln gibt und daß sicherlich auch mutwillige Beschädigungen von neuen, auf Kosten aller Steuerzahler errichteten Universitätsgebäuden strafrechtlich zu verfolgen sind. In diesem Zusammenhang ist befremdend — jene, die im Budgetausschuß waren, haben es miterlebt —, daß Kollege Ermacora, der an jenen entscheidenden Tagen an der Universität Innsbruck weilte, zwar, wie er dem Budgetausschuß mitteilte, freundlich mit einem der Wändebesprüher diskutierte, aber im gleichen Atemzug die Frau Bundesminister nach der Identität der Täter befragt hat.

Man wird also auch über das manchmal merkwürdige Engagement einiger Politiker diskutieren. Die Studenten werden über die Effizienz der offiziellen Studentenvertretung, der Österreichischen Hochschülerschaft, zu diskutieren haben. Aber sicherlich wird es notwendig sein, mehr über die grundsätzliche Funktion der Universitäten in unserer Gesellschaft und die daraus resultierenden aktuellen Erfordernisse der Hochschulpolitik zu sprechen.

Man ersieht nämlich aus den Schriften der Studenten und aus Diskussionen, wenn man sich etwas intensiver damit beschäftigt, daß es selbst den Studenten um mehr geht. Wenn zum Beispiel in der „INFO“-Zeitschrift der TU Graz auf dem Titelblatt steht: „Universitäten im Würgegriff, härteste Situation seit Jahrzehnten“, dann können wir uns alle nur wünschen, daß die Situation auf den Universitäten nie härter wird, als sie jetzt ist. Aber wenn man die Seite 2 aufschlägt, dann schreiben die Studenten selbst von „vordergründig kurzfristigen Interessen von Studenten“ — was das AHStG betrifft —, die sich vielleicht scheuen, eine Prüfung mehr zu machen. Sie schreiben selbst: „Es wird notwendig sein, eine umfassende, kontinuierliche Diskussion über die Lage als Studenten und die Perspektiven als Akademiker im Gesamtzusammenhang: Funktionalität der Universitäten innerhalb der Gesamtgesellschaft, zu führen.“

Oder: In der „Uni aktuell“ der Jus-Studenten, die ich erst heute zugeschickt bekommen habe, wird sogar etwas Lobendes über das Allgemeine Hochschulstudiengesetz geschrieben. Diese Objektivität hat mich sehr gefreut. Sie schreiben hier: „Wir sollten uns aber auch der positiven Ergebnisse der Novelle bewußt werden: die Möglichkeit für Projekte, ‚freie‘ Lehrveranstaltungsformen... und die freie Prüferwahl!“ Sie werden als ein wichtiger Schritt in Richtung Lernfreiheit und gezielte Prüfungsvorbereitung bezeichnet.

Ich habe erst kürzlich einen Artikel gelesen, der zwar nicht neu ist, sondern schon vor zwei Jahren erschienen ist. Er hat sich mit der Frage beschäftigt, warum es heute in Westeuropa keine Studentenrevolte wie im Jahr 1968 gibt, nachdem wir doch eine objektiv viel schwierigere Situation haben, siehe Numerus clausus und Arbeitslosigkeit in den meisten westlichen Industriestaaten. Hier habe ich eine interessante These gefunden. Der Autor meint, daß für die Entwicklung kritischen Denkens und entsprechenden Verhaltens entscheidend ist — neben sozialem Leid, neben Kenntnis von Alternativen — die Freiheit von Furcht, den erstrebten Status zu gefährden.

Dr. Hilde Hawlicek

Ich glaube, das trifft genau dort zu, wo die Studenten Numerus clausus und Arbeitslosigkeit zu fürchten haben. Bei uns aber — so kann man den Schluß ziehen — trauen sich Gott sei Dank die Studenten noch zu protestieren, weil sie eben nichts zu fürchten haben. Ich glaube, das alles wird man in die Diskussion mit einbeziehen müssen, in die Funktion der Universitäten bei Vorantreiben der Schulreform und der Studienreform, aber unter den Grundsätzen: Weiterhin Demokratisierung und weiterhin offener Zugang für alle! *(Beifall bei der SPÖ.)*

Es geht uns nicht nur um den offenen Zugang, sondern sogar noch um die Erweiterung der Zugangsmöglichkeiten. Ich erwähne nur schlagwortartig die Fernstudien und das Studium ohne Matura, das wir neben der Berufsreifeprüfung, die es ja schon seit 1945 gibt, vorsehen. Die Berufsreifeprüfung haben leider nur sehr wenige genützt. In insgesamt 33 Jahren — ich habe mir das angesehen — hat es nur 1 200 Zulassungsansuchen und 690 erfolgreiche Prüfungen gegeben. Das ist nur ein Durchschnitt von 20 im Jahr. Dazu haben wir jetzt Vorbereitungskurse, die übrigens auch an drei Wiener Volkshochschulen laufen. Neu haben wir seit drei Jahren die Studienberechtigungsprüfung, zu der es 20 Vorbereitungslehrgänge gibt. In diesen drei Jahren konnten bereits 192 Personen eine Studienberechtigung erreichen.

Ein weiterer Bereich ist die Erwachsenenbildung, die miteinbezogen wird in all diese Erweiterungsmöglichkeiten. Immer mehr Menschen haben heute eine stärkere Motivation zur Weiterbildung, zur *éducation permanente*, also zum dauernden Lernen, sei es aus Gründen der Mobilität des Arbeitsmarktes oder sei es aus Gründen der Freude und der persönlichen Entfaltung. Hier wird es sicherlich notwendig sein, eine stärkere Zusammenarbeit der Erwachsenenbildung, für die wir übrigens heuer auch wieder mehr Mittel zur Verfügung haben, mit der Schule und mit den Universitäten zu erreichen.

Ich möchte im Zusammenhang mit der Studienberatung, die immer mehr intensiviert wird, neben den traditionellen Beratungsstellen auch den psychologischen Studienberatungsdienst erwähnen. Es gibt die Telefonaktion des Bundesministeriums für Wissenschaft und Forschung, es gibt die Broschüren, die das Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung gemeinsam mit dem Bundesministerium für soziale Verwaltung zur Studien- und gleichzeitig zur Berufssituation herausgibt.

Dazu möchte ich noch eine Aktion nennen,

die heuer schon zum zweitenmal durchgeführt wird: Die Universität geht in die Außenbezirke; eine Aktion, die ich für sehr wertvoll halte. Ich habe selbst die erste Veranstaltung dieser Reihe an meiner Hochschule im Norden Wiens besucht. Sie wurde übrigens auch von Rektor Plaschka besucht. Ich habe es als sehr positiv empfunden, daß sich der Rektor persönlich bemüht hat um die Intensivierung des sozialen und kommunikativen Charakters der Aufgabenstellung der Universitäten heute. Es erscheint mir wichtig, daß die Universitäten heute in die Gesellschaft integriert werden, denn die Bildung ist ja bekanntlich für alle da.

Sehr geehrte Damen und Herren! Damit komme ich schon zum letzten Teil meiner Budgetrede. Nicht nur die Bildung ist für alle da, sondern auch die Kultur ist für alle da. Diese Öffnung ist uns auch in der Kulturpolitik ein Anliegen. Besonders herausheben möchte ich die Bundestheater, weil heuer der zehnjährige Bestand des Bundestheaterverbandes gefeiert wird. Jedenfalls haben wir eine wunderschöne Bundestheaterbroschüre bekommen, die mit hervorragenden Vorreden vor allem auch der Oppositionspolitiker geziert ist. Es zeigt ja schon die Tatsache, daß heute die Bundestheater außer vom Herrn Vizekanzler eigentlich von niemandem erwähnt wurden, daß alle damit einverstanden sind. *(Abg. Steinbauer: Der Höchtl hat alles gesagt!)* Dann muß ich gerade fünf Minuten draußen gewesen sein, entschuldigen Sie, Kollege Steinbauer. *(Abg. Steinbauer: Ich hoffe, es war keine Absicht, gerade beim Höchtl hinauszugehen!)* Es war sicherlich keine Absicht. Ich werde es dann natürlich nachlesen, Kollege Höchtl. Ich nehme aber an, Ihre Ausführungen können denen Ihres Parteiobmannes in der Einbegleitung zur Broschüre nicht widersprechen.

Wie gesagt, mir klingen noch ein wenig die Ohren von heftigen Debatten, die früher hier im Haus über die Bundestheater geführt wurden. Aber heute sind alle voll des Lobes. Ich kann hier nur mit Parteiobmann Steger sprechen, der den Anteil der Bundestheater am Gesamtbudget im Jahr 1971/1972 — da hat er 0,41 Prozent betragen — und im Jahr 1980 zitiert. Da hat er nur 0,36 Prozent betragen. Messerscharf — so schließt allein aus diesen beiden Ziffern Steger — kann der Beobachter den Schluß ziehen, daß die notwendigen Rationalisierungs- und Sparmaßnahmen voll gegriffen haben. Er erwähnt noch, daß die Bundestheater jährlich mehr Besucher haben als alle österreichischen Fußballstadien. Diesen sprechenden Vergleich hat auch schon der Herr Vizekanzler vor Jahren gebracht.

Dr. Hilde Hawlicek

Steger bestätigt den Bundestheatern, daß sie für relativ wenig Geld wirklich außerordentliche Leistungen vollbringen. Umso anerkennenswerter ist die Öffnung der Bundestheater in Richtung Allgemeinheit.

Hohes Haus! Die Öffnung der Bundestheater ist uns auch das wichtigste Anliegen. Wie so oft hat es auch hier unser Bundeskanzler Kreisky am treffendsten ausgedrückt in seinem Vorwort, in dem er schrieb: „Die Bewohner der Bundesländer haben heute das Gefühl, daß Oper, Burg und Volksoper nicht mehr allein den Wienern gehören, sondern auch ihre Theater sind. Diese innerösterreichische kulturelle Integration ist eines der erfreulichsten Ergebnisse der Tätigkeit des neuen Bundestheaterverbandes.“ *(Ruf bei der ÖVP: Zahlen dürfen sie! — Ironische Heiterkeit bei der ÖVP.)*

Ich weiß nicht, was das Lachen auf Ihrer Seite soll, meine Herren von der ÖVP, denn Ihr Parteiboss weist besonders auf die 25jährige Verantwortung der ÖVP bei den Bundestheatern hin. *(Beifall bei der SPÖ. — Abg. Dr. Höchtl: Derartige Defizite haben wir überhaupt nie gemacht!)*

Vizekanzler Sinowatz weist darauf hin, daß mehr als in früheren Jahren die Bundestheater Eigentum aller Österreicher geworden sind und daß die Bereitschaft zur Öffnung eben nicht ein bloßes Schlagwort ist. Die Bundestheater haben zurzeit im Rahmen ihrer Bundesländertourneen immerhin 70 Spielstätten zu ihrer Verfügung. Es werden, was neu ist — das wurde noch nicht in Ihrer Ära gemacht, Kollege Höchtl —, eigene Kinder Vorstellungen aufgeführt. Es gibt Ausstellungen. *(Zwischenruf.)*

Nein, eine Höchtl'sche Ära gibt es noch nicht in der ÖVP-Verantwortung der Bundestheater. Ich habe mich in meiner Kurzfassung zu kurz gefaßt. *(Abg. Graf: Das ist, weil Sie hudeln beim Reden, weil Sie sich so tummeln!)* Weil ich meine Zeit einhalten möchte, Herr Kollege Graf.

Es gibt einen „Tag der offenen Tür“ im Burgtheater. Es besuchen zum Beispiel immer mehr Pensionisten die Vorstellungen. Heuer waren es über 20 000 vom Pensionistenverband. Vom Pensionistenbund waren es 668, Kollege Steinbauer; also auch Ihre Freunde haben sich daran beteiligt.

Vor allem konnten wir durch die bauliche Modernisierung der Arbeitsstätten in den Bundestheatern die Erhaltung des kostbaren Baugutes von Staatsoper und Burgtheater, den Neubau der Ballettschule, die Zusammenführung der Werkstätten und schließlich auch

noch die Sanierung von Volksoper und Akademietheater erreichen. Trotz all dieser Aktivitäten konnte, wie gesagt, der Anteil am Budget gesenkt werden. Bei gleichbleibenden Eintrittspreisen sind übrigens, was ich besonders beachtlich finde, im vergangenen Jahr die Einnahmen um 14 Prozent — das sind 41 Millionen Schilling — gestiegen.

Wir bemühen uns durch Zusammenarbeit mit dem ORF, die Bundestheater für noch mehr Menschen zugänglich zu machen. Auch bei anderen Aktivitäten, wie bei der Filmförderung, wo wir vergangenes Jahr ein eigenes Filmförderungsgesetz beschlossen haben, arbeiten wir mit dem ORF zusammen, sodaß für den Film in Österreich nicht nur 26 Millionen Schilling des Bundes, sondern auch noch 20 Millionen Schilling des ORF zur Verfügung stehen.

Für Literatur gibt es heuer auch mehr im Budget. Wir haben den österreichischen Schriftstellerkongreß, der heuer erstmals stattgefunden hat, subventioniert. Auf diesem Kongreß wurden Fragen und Probleme der Schriftsteller, der Künstler überhaupt behandelt, und zwar vor allem auch im Hinblick auf ihre soziale und wirtschaftliche Stellung.

Ich möchte in diesem Zusammenhang erwähnen, daß sich meine Fraktion einem Entschließungsantrag der Freiheitlichen Partei, den voraussichtlich mein „Nachredner“, wenn man so sagen kann, Kollege Frischenschlager, einbringen wird, anschließen wird. Im nächsten Kunstbericht soll auch eine eigene Untersuchung über die soziale Lage der Künstler beinhaltet sein.

Ich habe schon erwähnt — damit komme ich schon zum Schluß, Hohes Haus —, daß wir auch mehr Mittel im Bereich der Museen zur Verfügung haben. Ich bin persönlich besonders froh über die Aktivitäten des Museums moderner Kunst im Palais Liechtenstein und im Museum des 20. Jahrhunderts.

Mit Diskussionen, Filmvorführungen, Lesungen, Modeschauen und besonderen Aktivitäten für die Kinder konnten heuer über 160 000 Menschen etwas näher zur modernen Kunst kommen.

Es war zu jeder Zeit schwierig, die Kunst der Zeit und den zeitgenössischen Künstler zu beurteilen. In jeder Zeit hat es tragische oder auch lächerliche Fehlbeurteilungen gegeben. Ich erinnere nur daran, daß Michelangelo sein Werk in der Sixtinischen Kapelle Das jüngste Gericht, die Erschaffung der Erde übermalen mußte, weil die Kirche, sprich: der Papst, auf Bekleidung oder zumindest auf

Dr. Hilde Hawlicek

Schleier Wert legte. Das gehört bereits der Geschichte an und kostet uns heute eher nur ein Kopfschütteln.

Daß zum Beispiel Egon Schieles Werk als Pornographie verurteilt wurde, ist wahrscheinlich noch gar nicht so gründlich von allen Menschen revidiert worden, zumindest traut man es sich aber heute nicht mehr laut auszusprechen. (*Abg. Steinbauer: Kollegen, wann haben Sie den letzten Schiele angeschaut?*) Vor ungefähr einem Monat, als ich die Ausstellung im Historischen Museum der Stadt Wien besucht habe, Kollege Steinbauer!

Daß Kunst nicht nur ein ästhetisches Ziel vor Augen haben kann, hat sich bis zu Österreichs Kolumnisten und auch bis zu einem Bürgermeister leider noch nicht herumgesprochen, denn es ist zutiefst bedauerlich und blamabel, wenn man Künstler in Österreich mit „Gesindel“ und ihre Kunst als „ekelhafte Dreck“ tituliert.

Es gilt von der Kunst genauso wie von anderen Gebieten, daß man davon etwas verstehen muß, um sie zu beurteilen. Niemand wird sich ein Urteil über ein physikalisches Problem, über Elektronik oder auch über einen Philosophen erlauben, wenn er nichts davon versteht.

Hermann Nitsch hat selbst einmal präzisiert: „Die Masse selbst muß sich um das Verständnis der Kunst als höchste Entwicklung bemühen.“

Um eine Nitsch-Ausstellung zu beurteilen, muß man eben über die Wiener Aktionisten Bescheid wissen und daß sie seit Jahren in internationalen Kunstlexika genannt werden. Man müßte auch über Nitschs Grundlage der griechischen und frühchristlichen Mythen und Mysterien, wo es eben blutig zugeht, Bescheid wissen.

Was aber in einer Demokratie auf alle Fälle garantiert sein muß, ist, daß ein Künstler die Möglichkeit hat, seine Kunst nicht nur auszuüben, sondern sie auch zu präsentieren und zu zeigen.

Für die Vielfalt der Kunst, für ihre Freiheit haben wir Sozialisten uns immer eingesetzt und werden wir uns immer einsetzen. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Solch unerfreuliche Vorfälle wie die Schließung der Nitsch-Ausstellung in Graz, die Gott sei Dank nur von einer kleinen Minderheit getragen werden, zeigen aber, daß noch sehr viel an der Bewußtseinsbildung und am Verständnis gearbeitet werden muß, um wirklich ein Klima der Liberalität in Österreich zu gewährleisten.

Es zeigt, daß elf Jahre sozialistischer Regierung noch nicht genug sind. Aber ich bin hier hoffnungsfroh, nicht nur, was die längere Dauer der sozialistischen Regierung betrifft, sondern auch, was den Lernprozeß der Österreicher betrifft.

Damit schließe ich schon. Ich habe erst gestern von einer Untersuchung gelesen, daß heute jeder dritte Österreicher lernt: 166 000 besuchen einen Kindergarten, 1 360 000 Schüler gibt es, 125 000 Studenten und, was ich selbst nicht erwartet habe, eine so hohe Zahl, 700 000 Menschen lernen in Formen der Erwachsenenbildung. (*Abg. Steinbauer: Gnädige Frau, Sie sind eine Zahlenfetischistin!*)

Zusammenfassend kann also gesagt werden: Die Österreicher sind bildungsbewußter, aufgeschlossener geworden, sie sind bereit, die Bildungschancen zu ergreifen.

Es haben daher Forschung und Bildung, Kunst und Kultur in Österreich mehr Chancen, mehr Möglichkeiten der Entfaltung. Immer mehr Menschen in Österreich tragen zu dieser Entwicklung bei und nehmen an ihr teil.

Mit der Zustimmung zu diesen beiden Budgetkapiteln ist die weitere positive Entwicklung gesichert. (*Beifall bei der SPÖ.*) 21.45

Präsident Mag. Minkowitsch: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Dr. Frischenschlager. Ich erteile es ihm. (*Abg. Steinbauer: Ein gewisser Zahlenfetischismus kennzeichnete die Rede!*)

21.45

Abgeordneter Dr. Frischenschlager (FPÖ): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Kollege Steinbauer hat gerade von Zahlenfetischismus gesprochen, er wird es daher verzeihen, wenn ich seinen Klubkollegen Neisser erwähne, der sehr wenig Verständnis aufgebracht hat, wenn ich mich vorsichtig ausdrücken darf, was die Zustimmung der Freiheitlichen zum Wissenschaftsbudget betrifft.

Er hat zu Recht darauf hingewiesen, daß der Budgetanteil dieses Ressorts gleich geblieben ist. Das muß man aber nicht überbewerten, denn es geht gar nicht darum, daß man ein Budgetkapitel nur deshalb positiv oder negativ beurteilt, ob draufgelegt wird oder heruntergekratzt wird, sondern im wesentlichen geht es ja darum, welche Politik gemacht wird.

Aber wenn man schon Budgetzahlen anführt, und das hätte ich dem Kollegen Neis-

Dr. Frischenschlager

ser ganz gerne gesagt, dann hätte er zumindest bei seiner Aufzählung mit erwähnen können, daß der Anteil des Wissenschaftsbudgets am Gesamtbudget zwar keine enorme Ausweitung erfahren hat, aber immerhin von 9,93 Prozent auf 10,03 Prozent. Das ist kein Berg und kein Haus, aber man kann zumindest sagen, daß trotz der angespannten Finanz- und Budgetlage das Wissenschaftsressort in geringem Ausmaß aufgestockt wurde.

Aber, wie gesagt, das war ja nicht der Hauptgrund, weil das noch gar nichts sagt, in welchem Ausmaß man das Geld hat, sondern es geht darum, daß man etwas Vernünftiges tut.

Hier haben wir Freiheitlichen zwei politische Akzente gesetzt, die uns so wichtig erscheinen, daß wir diesem Budgetkapitel zustimmen.

Das eine ist, daß wir in der Wirtschaftspolitik über die Forschung einen Input, eine zusätzliche Leistungssteigerung der Forschungspolitik insbesondere für den wirtschaftlichen Bereich erreichen wollten. Es geht um die Verstärkung der Innovation unserer Wirtschaft, und da sind 10 Millionen Schilling als Zinsenzuschuß, was ja einen gewissen Multiplikatoreffekt mit sich bringt, kein kleiner Happen. Das ist ein wesentlicher politischer Punkt, der uns wichtig erschienen ist.

Der zweite: Wir haben von der Kollegin Hawlicek in ihrer Schlußpassage eine gewisse Freude oder einen Stolz gehört, wenn sie uns erzählt, wie viele Kindergartenkinder es gibt, wie viele Schulkinder, wie viele Studenten und wie viele von der Erwachsenenbildung erfaßt werden.

Auch wir halten eine Entwicklung zu einer Verstärkung, zu einer Verbesserung und zu einer Ausweitung des Bildungsangebotes für gut. Nur glaube ich, eine Berausung an den Zahlen sagt noch nichts über die Qualität aus.

Wir beide, ÖVP und FPÖ, kritisieren immer — und da habe ich mich jetzt über die Argumentation der ÖVP eigentlich gewundert — diese quantitativen Sichtweise der Bildungspolitik, weil wir meinen, daß die Bildungspolitik wesentlich stärker mit der Qualität zu tun hat. Da haben wir ebenfalls einen Schwerpunkt gesetzt, wo es uns darum gegangen ist, für diejenigen, die besonders begabt sind, etwas herauszuholen, indem wir unterstreichen, daß der Begabte in diesem Bildungssystem zu kurz kommt. Und da ist eben ein Instrument — sicherlich nicht das wichtigste — das Begabtenstipendium. Das haben wir für die Zukunft wesentlich aufgestockt, und es

war ein weiterer Punkt auch mit politischem Gewicht, daß die Sozialistische Partei damit zumindest Flagge gezeigt hat, daß sie der Begabtenförderung nicht generell ablehnend gegenübersteht. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sie werden nicht gekränkt sein, wenn ich meinen Debattenbeitrag kurz halte und nur auf drei Diskussionspunkte eingehe.

In der Hochschulpolitik haben wir es heute in der Debatte wieder vorgeführt bekommen. Da gibt es die sozialistische Position: Alles Gute kommt von oben, sprich vom Ministerium, und dann, wenn es nicht klappt, dann sind die unten an den Hochschulen und in den Einrichtungen schuld. Und umgekehrt — gebe ich gerne zu — passiert es auch, daß man sagt: Es ist immer der Gesetzgeber, das Ministerium schuld!, und vor der eigenen Türe kehrt man dann weniger gerne.

Diese Grundhaltung der hochschulpolitischen Debatte läßt sich meines Erachtens an drei Beispielen, die heute bereits angeschnitten wurden, sehr schön aufzeigen.

Das eine ist die AHStG-Debatte. Da scheint mir die studentische Kritik, die so tut, als ob hier eine Welle von Mehrbelastungen käme und die das AHStG geradezu als Schikane auffaßt, sachlich nicht gerechtfertigt, und zwar deshalb — in aller Kürze —: Wer nicht einsieht, daß die Belastungen, die heute im wissenschaftlichen Bereich auch für die Studenten existieren, zunehmen und daß man diese Belastungen zur Kenntnis nehmen muß, der sitzt bildungspolitisch auf dem falschen Dampfer.

Wer heute bei einer eklatanten Mehrbelastung, was die Studentenzahlen betrifft, was die Zunahme des Stoffes betrifft, und vor allem, was die Belastung des Akademikers im Berufsleben betrifft, diese Belastungszunahmen negiert und glaubt, er kann diese mit Verringerung der Anforderungen in den Griff bekommen, der tut seinen eigenen Leuten nichts Gutes. Man sollte das ganz klar aussprechen.

Eine Studentenvertretung, die nicht diese Anforderungsansteigerungen zur Kenntnis nimmt, wird ihren eigenen Leuten einen schlechten Dienst erweisen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Es gibt zum AHStG eine Fülle von Kritik, und es waren gerade der Kollege Neisser und ich in der Generaldebatte, die zu Beginn der Beratungen sehr wohl darauf hingewiesen haben, daß die AHStG-Novelle für eine durchgreifende Verbesserung des Lehrbetriebes

Dr. Frischenschlager

sehr wenig bringt. Aber das, was drinnensteht, ist im großen und ganzen zu akzeptieren.

Ich war es hauptsächlich, der darauf hingewiesen hat, daß die Möglichkeiten der Hochschuldidaktik zuwenig genutzt werden. Das ist Schuld einerseits natürlich des Ministeriums, aber zum Teil auch des Hochschulpersonals, daß auf diesem Gebiet zuwenig weitergeht. Das war ein Kritikpunkt. Es gab etliche andere mehr.

Zusammenfassend möchte ich sagen: Was die Lehrmethoden betrifft, sind unsere Hochschulen sicherlich in weiten Bereichen, ich möchte nicht sagen, steinzeitlich, aber weit zurück.

Die Debatte um das AHStG zeigt eines sehr deutlich: Wenn wir Studiengesetze verabschieden, müssen wir davon ausgehen, daß sie modern sein müssen, daß sie Neues bringen müssen, daß sie sich an den Gegebenheiten beziehungsweise an den Notwendigkeiten orientieren. Der Weg, hier einfach nur von einer Arbeitsleidphilosophie der Studenten auszugehen, ist im Prinzip falsch.

Ich möchte in dem Zusammenhang auf den Antrag des Kollegen Neisser eingehen, der einen Befristungsantrag zur Novellierung des AHStG eingebracht hat. Wir glauben, daß eine Klarstellung in der von der ÖVP angepeilten Richtung notwendig ist und werden daher diesem Befristungsantrag die Zustimmung erteilen.

Einen zweiten Punkt, auf den ich ganz kurz eingehe — wenn es auch ein Vorgriff ist —: Diese irrationale Haltung, was die Anforderung an die Studenten betrifft, läßt sich an einem zweiten Bereich sehr deutlich aufzeigen, der mich, ehrlich gesagt, besonders ärgert: das ist im Bereich des sozial- und wirtschaftswissenschaftlichen Studiengesetzes, wo sich ein Teil der Studenten gegen die Fremdsprachenunterrichtsausweitung wehrt.

Genau das ist der falsche Weg. Wer heute nicht zur Kenntnis nimmt, daß der Akademiker als Student, aber auch später Fremdsprachen braucht, übersieht die Weiterentwicklung der internationalen Verflechtung von Wissenschaft, von Berufsleben, von Wirtschaft und so weiter. Daher: Wir stehen dazu, dieses Fremdsprachenprogramm im sozial- und wirtschaftswissenschaftlichen Gesetz als eine positive Entwicklung anzusehen, ja wir meinen, daß die Fremdsprachen in anderen Studienbereichen noch viel zuwenig berücksichtigt werden. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Als letzter Punkt. Es ist die Trimesterfrage

angeschnitten worden. Ich sehe schon ein, daß Studenten, die im Sommer arbeiten wollen oder müssen, sich zunächst einmal dagegen wehren. Aber ich glaube, es ist wiederum der falsche Weg, wie man an das Problem herangeht.

Bei den derzeitigen Strukturen der Hochschulen ist ein Umsteigen auf Trimesterbetrieb sicherlich unmöglich, weil der Forschungsbetrieb, der Wissenschaftsbetrieb nicht durchgeführt werden kann, wenn es nicht die vorlesungsfreien Zeiten gibt. Das ist ganz klar.

Ich verstehe auch das Hochschulpersonal, das sich dagegen wehrt, weil in der Öffentlichkeit immer so der Eindruck vermittelt wird, vorlesungsfrei sei gleich Urlaub. Dieser Irrglaube führt zu der Reaktion, daß man sich von vornherein gegen derartige Absichten wehrt.

Nur meine ich, der politische Weg wäre umgekehrt zu nehmen: Läßt sich mit einer wesentlichen Umstrukturierung des Personals, mit einer Umstrukturierung des Studienbetriebes eine bessere Ausnutzung unserer Hochschuleinrichtungen verwirklichen?

Der Ausgangspunkt müssen die Funktionen der Hochschulen, die Wissenschaft und die Lehre sein, die müssen optimal erfüllt werden. Wenn das mit einer Trimesterregelung möglich ist, mit Begleitmaßnahmen, dann sollte man zumindest darüber reden. — Das auch zur Aufklärung des Kollegen Neisser.

Ganz zum Schluß. Es ist heute schon über die soziale Situation der Künstler debattiert worden. Wir meinen, das ist ein wichtiges Thema, das untersucht werden muß.

Ich bringe aus diesem Grund einen Entschließungsantrag der Abgeordneten Peter, Dr. Hilde Hawlicek — ich danke für das Mitgehen —, Dr. Frischenschlager ein.

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Peter, Dr. Hawlicek, Dr. Frischenschlager zum Kapitel 13: Kunst, des Bundesfinanzgesetzes 1982 (815 d. B./900 d. B.) betreffend Ergänzung des Kunstberichtes.

Es ist sicher sehr zweckmäßig, einen umfassenden Überblick über die soziale Situation der Künstler zu erhalten, um gegebenenfalls eine Weiterentwicklung der sozialen Sicherheit auch dieser Gruppe in Angriff nehmen zu können.

Die unterzeichneten Abgeordneten stellen daher den

9820

Nationalrat XV. GP — 97. Sitzung — 14. Dezember 1981

Dr. Frischenschlager**Antrag:**

Der Nationalrat wolle beschließen:

Der Herr Bundesminister für Unterricht und Kunst wird ersucht, den nächsten Kunstbericht durch einen Abschnitt mit Daten über die soziale Lage der Künstler zu ergänzen.

Wir halten diese Vorgangsweise für richtig. Es wurde unlängst auf parlamentarischer Ebene Übereinstimmung erzielt, daß die Anzahl der Berichte nicht vermehrt werden soll. Wir glauben, daß der Kunstbericht die Stelle ist, wo die Frage der sozialen Situation der Künstler optimal eingebaut werden kann. Wir brauchen keinen Extrabericht, und deshalb der Antrag in dieser Form. *(Beifall bei der FPÖ.)* 21.55

Präsident Mag. Minkowitsch: Der soeben verlesene Entschließungsantrag der Abgeordneten Peter, Dr. Hawlicek, Dr. Frischenschlager ist genügend unterstützt und steht mit zur Debatte.

Als nächste zum Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Ottilie Rochus. Ich erteile es ihr.

21.55

Abgeordnete Ottilie Rochus (ÖVP): Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Die breite Palette des Unterrichtsressorts wurde heute im Blickwinkel des Budgets 1982 und der 7. SCHOG-Novelle von Pro- und Kontrarednern dem Hohen Haus vorgetragen und erläutert. Ich glaube, diese Debatte hat mehr denn je die ideologischen Gegensätze der politischen Parteien zum Ausdruck gebracht.

Meine Ausführungen werden die Erwachsenenbildung und einen Teil des berufsbildenden Schulwesens beleuchten.

Bei der Erwachsenenbildung sieht es im Budget auf den ersten Blick nicht ganz so schlecht aus, doch hält sich die Steigerung mit 2,4 Prozent in Grenzen. Seit Jahren stagniert eigentlich der Ansatz für die Erwachsenenbildung. Somit kann man die Erwachsenenbildung noch immer als Stiefkind des Ressorts betrachten. Die freien Erwachsenenbildungsträger sind nach wie vor finanziell benachteiligt.

Es muß und es soll aber — das hat auch die Frau Abgeordnete Hawlicek betont — die Vielfalt der Erwachsenenbildung erhalten bleiben, denn die Erwachsenenbildung muß den Anforderungen eines lebenslangen Lernens gerecht werden. Dazu gehört Einfallsreichtum, die Vielfalt, die Flexibilität und vieles andere mehr. Dazu gehört aber auch, Herr

Minister, die Förderung, und die alte Forderung der Erwachsenenbildner ist ja: 1 Prozent des Ressortbudgets. Das ist aber noch lange nicht erreicht, das ist noch immer ein Wunschbild.

Bei der Erwachsenenbildung darf es keine Verschulung und auch keine Verstaatlichung geben, denn jeder erwachsene Staatsbürger muß selbst bestimmen können, was er wann, bei wem und wie lernen will. *(Beifall bei der ÖVP.)* Diese Möglichkeit muß nach wie vor gesichert bleiben.

Und nun zu den höheren berufsbildenden Lehranstalten! Die Lehrer, die Eltern und auch die Schüler der höheren Bundeslehranstalten für wirtschaftliche Frauenberufe sind in großer Unruhe, nicht nur wegen der 7. SCHOG-Novelle, sondern auch wegen des Entwurfes eines neuen Lehrplanes.

Es wurde — so scheint es — seitens des Ressorts zum Großangriff auf diesen Schultyp geblasen. Vor allem will man einen neuen Namen. Ich weiß nicht, warum man darauf so drängt, denn schon jetzt können männliche Schüler diese Schulen besuchen. Und im österreichischen Schulsystem stehen für Bur-schen und Mädchen alle Schultypen offen.

Deshalb ist es mir ein bißerl unverständlich, weshalb man gerade den Namen jetzt ändern will! Die Schulraumnot ist auf diesem Sektor groß. Der Herr Abgeordnete Dr. Schnell hat heute erklärt, wir hätten keine Schulraumnot mehr. Aber wenn man bedenkt, wie viele Schüler sich jährlich gerade für diese Schultype anmelden und abgewiesen werden müssen, so weiß man, daß es hier doch noch große Schulraumnot gibt.

Die Egalisierungswalze ist also losgefahren durch die Hintertüre des Lehrplanes. Dazu braucht man keine Gesetzesnovelle, dazu braucht man keine Organisationsnovelle, man ändert ganz einfach den Lehrplan!

Weshalb ein neuer Lehrplan notwendig geworden ist, weiß man auch nicht, denn erst 1979 war ein neuer Lehrplan erstellt worden, von dem man noch keine Erfahrungswerte hat; und trotzdem hat man jetzt schon wieder einen neuen Lehrplan erarbeitet.

Man sollte meinen, daß bei den berufsbildenden Schulen die Fachgegenstände gewichtigen Platz einnehmen sollten. Gerade bei dieser Schultype ist aber das Bestreben vorhanden, gravierende Streichungen vorzunehmen und die kaufmännischen Fächer aufzublähen. Man kann sagen, daß man sie der HAK oder einer ähnlich gearteten Schule angleichen möchte.

Ottillie Rochus

Ich kann nicht verstehen, daß man gerade in dieser Schule, die ja spezifisch für die Heranbildung im wirtschaftlichen Bereich eingeführt ist, wobei auch die Ziele dorthin gehen, die Haushaltstechnik streicht, daß man die Küchenpraxis im vierten Jahrgang streicht. Das hört sich von dieser Schule aus gesehen fast wie ein schlechter Witz an.

Wenn man bedenkt, daß man etwa in einer anderen berufsbildenden höheren Schule die Fachgegenstände herausnimmt, so muß man sich auch vorstellen, wie sich das zum Beispiel in einer technischen Schule oder in einer ähnlich gearteten Schule auswirken würde. Sicher kommt niemand auf die absurde Idee!

Nur bei der höheren Bundeslehranstalt für wirtschaftliche Frauenberufe ist man mit großen Schritten daran gegangen, die Fachgegenstände wegzustreichen beziehungsweise zu kürzen.

Auch für den Fall, daß ich in die Gefahr komme, als altmodisch zu gelten — im Zeitalter der Emanzipation —, so bejahe ich, ich glaube, auch meine Fraktion, eine Mädchenbildung sowohl in formaler Hinsicht als auch in bezug auf die Auswahl und Behandlung der Bildungsinhalte. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Ich bin der Meinung — ich hoffe, daß auch einige von den sozialistischen Frauen meiner Meinung sind —, eine forcierte und aufgedrängte Emanzipation hat große Rollenunsicherheit zur Folge und bringt gerade für Mädchen neue Zwänge und Abhängigkeiten. Es liegt hier sicher die irrige Auffassung zugrunde, man müsse allen das gleiche bieten. Man kann aber so doch nicht jedem das Seine bringen.

Es ist eine Tatsache — und ich muß es auch von dieser Stelle aus unterstreichen, weil dies heute schon fast in Frage gestellt wird, wenn man die Äußerungen einiger Staatssekretärinnen hört —: Eine Frau wird eben als Frau geboren mit einer physischen Bestimmung, die anders programmiert ist als die des Mannes mit allen psychologischen und sozialen Konsequenzen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Trotzdem kann jedes Mädchen heute doch lernen, was sie will, weil sie sich entweder anpaßt oder einen völlig anderen Weg einschlägt. Es steht ihr praktisch im Lernbereich die Welt offen, sie kann jeden Beruf ergreifen. Weshalb versucht man nun hier, eine Nivellierung vorzunehmen, die fast unverantwortlich erscheint?

Wir können es ganz einfach nicht zulassen, daß einige Frauen, die frustriert, die vom Leben enttäuscht und unzufrieden sind, ihre

Geschlechtsgenossinnen zwangsbeglücken wollen und ihnen einen Weg aufzeigen, den die Mädchen und Frauen ja gar nicht gehen wollen, denn das sieht man aus den vielen Anmeldungen für die wirtschaftlichen Schulen. Ich glaube, es wäre eine echte Zwangsbeglückung, die man hier den Mädchen und den Frauen auferlegen will. Diese skurrilen und verkrampten Vorstellungen weniger Frauen dürfen daher nicht das Motiv sein, einen Schultyp auf kaltem Wege zu eliminieren. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Wer diesen Schultyp nur ein bißchen kennt und sich mit den Lehrplänen befaßt hat, mit den Lehrkräften und mit der Schulaufsicht Kontakt hat, der weiß ganz genau, daß in diesen Schulen keine Glashauspädagogik betrieben wird, sondern Bildungsarbeit, die geistige Anstrengung mit Freude verbindet und so die Voraussetzungen schafft für den späteren Beitrag der Frau im Beruf, in der Gesellschaft, in der Ehe und in der Familie.

Mir scheint, daß, je mehr die Sozialisten von der Selbstverwirklichung der Frauen reden und darüber schreiben, desto weniger sie über die Voraussetzungen nachdenken, die den Mädchen und Frauen helfen, die neuerrungenen Freiheiten auch sinnvoll zu nützen. *(Widerspruch des Abg. Köck.)* Ja, das stimmt schon! *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Bei der Vielfalt unseres Schulwesens sehe ich daher keinen Anlaß, die höheren Bundeslehranstalten für wirtschaftliche Frauenberufe oder wie immer sie in Zukunft heißen mögen ihres Bildungsinhaltes und ihres Bildungszieles zu berauben. Ich danke schön für Ihre Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der ÖVP.)* 22.05

Präsident Mag. **Minkowitsch**: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Bergmann. Ich erteile es ihm.

22.06

Abgeordneter **Bergmann** (ÖVP): Hohes Haus! Meine Damen und Herren! In einem Artikel des Kulturchefs der „Presse“, Franz Endler, vom vergangenen Wochenende unter dem Titel „Was Sinowatz gefragt werden könnte“ heißt es:

„In all den Jahren, in denen das Kapitel Kultur überhaupt Gesprächsthema im Hohen Haus ist, war's so nebstbei und so wenig aufregend abgehandelt, daß man darüber ziemlich verzweifeln konnte.“

Und tatsächlich, die Probleme der Kunst- und der Kulturpolitik haben heute — obwohl es auch darum ging — kaum Platz in der Debatte gehabt, wenn man von einigen

Bergmann

Bemerkungen der Frau Abgeordneten Hawlicek, einigen Bemerkungen des Dr. Frischenschlager absieht.

Die ideologischen Fragen der Unterrichtspolitik, die 7. Schulorganisationsgesetz-Novelle und aktuelle Fragen der Hochschulpolitik standen im Vordergrund.

Dennoch bitte ich Sie, mir als letztem Redner dieses Abends noch kurz die Chance zu geben, mich mit einigen Fragen der Kulturpolitik zu befassen, nicht als Alibi, sondern als Auftakt, Herr Minister, für eine größere Debatte, die wir in diesem Haus anlässlich des Kunstberichtes 1980 noch führen werden.

Wenn man die Kulturberichte der letzten Jahre durcharbeitet, dann merkt man, daß auf dem Sektor Kunst- und Kulturpolitik durchaus einiges geschieht, und es ist nicht von ungefähr, daß bei der Debatte über den Kunstbericht 1979 hier einiges Lob für eine Reihe von Maßnahmen der Kulturpolitik von diesem Platz aus und von allen Fraktionen gezollt wurde.

Wenn wir, Herr Minister, daher im nächsten Jahr eine ähnlich sachliche Debatte über die Kulturpolitik an Hand des zitierten Berichts 1980 führen wollen, eine Debatte, die Franz Endler schon für heute erwartet hat, dann wird es notwendig sein, einige Dinge zurechtzurücken, Vorausleistungen vielleicht im Umdenken zu erbringen. Dazu möchte ich einige Anmerkungen machen.

Erste Bemerkung: Ich behaupte, für das Kapitel Kunst wird zu wenig Geld ausgegeben. *(Beifall bei der ÖVP. — Ruf bei der SPÖ: Na so etwas!)* Für den Zwischenruf bin ich dankbar, weil man so leichtfertig sagt: Typisch Opposition, alles ist ihr zu wenig.

Aber ich sage noch einmal: Es wird für die Kunstförderung zuwenig Geld ausgegeben, weil zuviel Geld für die Kunstbürokratie verschwendet wird. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Als Beweis dafür: Es sind drei Ministerien zuständig: Das Außenamt, das Wissenschaftsministerium und das Unterrichtsministerium. Der Herr Minister Sinowatz hat in der Debatte über den Kunstbericht 1979 gemeint: Ja, das würde viel mehr Möglichkeiten eröffnen. Ich glaube, es eröffnet zu viele Möglichkeiten für eine zu teure Bürokratie, die dem Steuerzahler und dem Künstler nichts bringt. Beispiel: Für das Raimundtheater gibt es 1981 — Herr Minister, mit Ihrer Genehmigung beziehe ich mich dann in der Folge auch noch auf ein, zwei Daten des Kunstberichtes 1980 — rund 15,6 Millionen Schilling, für das Schauspielhaus 3,1 Millionen Schilling und für das Serapionstheater gar nur 90 000 S.

Gerade die von mir zuletzt genannten beiden Häuser bieten aber derzeit das Spektakulärste, was es an Theater in Wien gibt. Warum also diese Diskrepanz? — Die geht deutlich aus dem Bericht 1980 hervor, denn dort heißt es:

„Der Subventionsbedarf der Groß- und Mittelbühnen... in Wien für ihren laufenden Betrieb wurde vom Bund und von der Stadt Wien seit jeher zu gleichen Teilen getragen; wie schon im Kunstbericht 1979 ausgeführt, zwingen die zunehmende Zahl von kostenintensiven Betrieben in Wien und die Verpflichtung zu einer föderalistischen Orientierung der Kulturpolitik des Bundes zu einer Revision dieser Übung: Seit 1978 wurden die Subventionen für den laufenden Betrieb neu gegründeter Unternehmen nur mehr zu einem Drittel vom Bund getragen.“

Also nicht die Frage der Qualität, nicht die Frage der Leistung, nicht die Frage der Weiterentwicklung, sondern die bürokratische Maßnahme, bis zu einem Stichtag alles bis zur Hälfte, ab einem gewissen Stichtag nur noch ein Drittel. Ein Anlaß, umzudenken für eine vernünftige Auseinandersetzung auf dem Sektor der Kulturpolitik.

Zweite Bemerkung: Mir ist eine Information zugegangen, daß 1982 die Mittel für die Aktion „Der gute Film“ um 15 Prozent reduziert werden sollen. Bei steigenden Rundumkosten ein klarer Fall, daß dabei vor allem die Schulen, Jugendorganisationen und Erwachsenenbildungseinrichtungen geringer versorgt werden können als bisher.

Ein bißchen weniger Kulturbürokratie und ein bißchen weniger parteiliches Augenzwinkern und die Gelder, die fehlen, könnten leicht von der übersubventionierten Zeitschrift „Neues Forum“ und von den manchmal zweifelhaften Tätigkeiten des „Dramatischen Zentrums“ abgezweigt werden. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Bemerkung Nummer drei: Im nächsten Jahr sind die Chefposten des Kunsthistorischen Museums und im Bundesdenkmalamt zu besetzen. Die Ausschreibung für beide Posten hat bereits den Kunstsenat auf den Plan gerufen. Entsprechende Proteste liegen vor, weil die Ausschreibung — so der Kunstsenatspräsident Professor Roland Rainer — zu sehr auf Personen zugeschnitten ist, die vielleicht diese Posten bekommen sollten und die zuwenig Breite haben, um die entsprechenden Kapazitäten auch hereinholen zu können.

Der ÖVP-Kultursprecher Dr. Busek hat heute in einer Pressekonferenz einige Krite-

Bergmann

rien aufgestellt, wonach nämlich ein international anerkannter Fachmann mit entsprechenden museumsdidaktischen Vorstellungen berufen werden soll, ein Österreicher, der sich einen entsprechenden Ruf im Ausland erworben hat; ich füge hinzu: zum Beispiel Werner Hoffmann.

Es ist nicht von ungefähr, wenn man von Kulturbürokratie spricht, daß die Ausschreibung für den künftigen Leiter des Bundesdenkmalamts auf einen Juristen zugeschnitten ist.

Wir glauben — so auch Busek heute —, in die Ausschreibung um die Spitze des Bundesdenkmalamtes sollten auch Persönlichkeiten mit kunsthistorischer und künstlerischer Vorbildung und Qualifikation einbezogen werden.

Wieder weniger Kulturbürokratie und mehr Anpassung an die entsprechenden Notwendigkeiten!

Bemerkung Nummer 4. Wenn Sie mir hier gestatten, nur einige Minuten etwas ausführlicher zu werden.

Die SPÖ hat hier in diesem Haus — ich bedaure das — dreimal einen Antrag meiner Fraktion abgelehnt, vom Unterrichtsminister einen umfassenden Bericht über die soziale Lage der Künstler in Österreich zu verlangen. Zuletzt geschah dies am 26. Feber im Rahmen der Debatte über den Kunstbericht 1979.

Damals hat die Frau Abgeordnete Hawlicek gleichsam im Gegenzug einen Antrag gestellt, der folgenden Wortlaut hatte:

„Die Bundesregierung wird ersucht, dem Nationalrat im Laufe des Jahres“ — also 1981 — „eine Regierungsvorlage zuzuleiten, mit der den freiberuflich tätigen Schriftstellern der Schutz der Sozialversicherung in angemessener Weise zuteil wird.“

Dieser Antrag wurde laut Protokoll einstimmig angenommen.

Geschehen ist nichts.

Der Antrag, die soziale Lage der Künstler seitens des Unterrichtsministers in einem Bericht zu behandeln, wurde leider abgelehnt.

Wenn meine Informationen stimmen und wenn die Äußerungen des Ministers von mir richtig gedeutet werden, dann ist bis zum Jahresende mit einer Regierungsvorlage, wie sie hier vom Hohen Haus einstimmig gefordert wurde, nicht zu rechnen.

Aber es ist ja wahrscheinlich auch schwer, dieses Problem zu lösen, wenn man keine entsprechenden Grundlagen über die Komplexität der Materie hat.

Im Interesse dieser österreichischen Künstler haben daher mein Freund Steinbauer und ich heute neuerlich einen Anlauf versucht, zu einem solchen Bericht zu kommen, denn derzeit gibt es nur sehr bruchstückhafte Unterlagen.

Wenn Sie trotz der vorgeschrittenen Stunde mir kurz zuhören und sich anhören möchten, wie die Situation bildender Künstler nach einem Bericht aussieht, den das Institut für Stadtforschung in Wien erstellt hat. Ich glaube, wir sollten einmal kurz innehalten und sehen, welche Sozialsituationen es in Österreich immer noch gibt, obwohl man unser soziales Sicherheitsnetz für äußerst eng geknüpft hält.

Man schätzt, daß es in Wien knapp 1 000 hauptberuflich tätige bildende Künstler gibt. Für ein Drittel dieser Künstler wäre es nach eigenem Empfinden nicht möglich, von den künstlerischen Einnahmen zu leben, für weitere 28 Prozent wäre dies nur schlecht möglich.

Die Verdienstchancen der bildenden Kunst liegen durchschnittlich unter jenen von unselbständigen Erwerbstätigen. Die Hälfte der Männer und, Frau Abgeordnete Dobesberger, drei Viertel der Künstlerinnen haben ein künstlerisches Einkommen von unter 5 000 S oder gar keines.

Dies nur als wenige Eckdaten einer umfassenden Untersuchung auf einem beschränkten Gebiet, wo Sozialversicherung ohnehin schon in besserer Form gegeben ist.

Es gibt Sozialversicherungsmöglichkeiten für Künstler, gewiß, allerdings gibt es kaum etwas im Bereich der österreichischen Schriftsteller. Die größte Sorge gilt hier zweifellos den Autoren, wo seit vielen Jahren Lösungen diskutiert werden, aber eben nur diskutiert werden.

1976 gab es einen Regierungsentwurf für einen sogenannten Bibliotheksgroschen. Das war ein Anlauf, der aber im Finanzministerium hängenblieb. Milo Dor hat vor dem Österreichischen Schriftstellerkongreß im März 1981 den Leidensweg dieser Bemühungen um den Bibliotheksgroschen geschildert. 16 Millionen Schilling sollten nach diesem Modell für die Autoren — ich sage dazu: auch für die Übersetzer — flüssiggemacht werden. Die Hälfte für einen Sozialfonds, der von den Autoren selbst geführt werden sollte; der für Pensionen und Krankenunterstützungen für in Not geratene Künstler da sein sollte.

Das war dem damaligen Finanzminister Androsch zu viel. Man handelte, so hat Milo

Bergmann

Dor in seiner Rede festgestellt, zunächst einmal die Hälfte herunter. Auch das war noch zu viel. Und dann Milo Dor im Originaltext: „Um uns nicht alle zu Feinden der Regierung zu machen, gab man uns schließlich 4 Millionen Schilling für einen Sozialfonds.“ — Eine Geste ohne jede rechtliche Absicherung.

Ich weiß durchaus um die Probleme und Bedenken, die es um den Bibliotheksgroschen gibt, und es ist nicht von ungefähr, daß auch in den Zeitungen und bei allen Leuten, die darüber diskutieren, viele Pro- und Kontraargumente gegeben sind.

Hans Haider hat erst vor wenigen Tagen in der „Presse“ diese Gegenpositionen dargestellt. Er schrieb:

„Die einen wollen ihre Interessen künftig im Bannkreis der Gewerkschaftsmacht vertreten lassen — und bekamen Unterstützung von ÖGB-Funktionären, die ihrerseits an der Ausdehnung ihres Einflusses interessiert sind. Die anderen streiten weiter für den ‚Bibliotheksgroschen‘, der einen Sozialfonds für Schriftsteller zur Eigenversorgungseinrichtung machen soll.“

Herr Minister! Meine Damen und Herren von der SPÖ! Mein Freund Neisser und ich haben im Sommer einen Entschließungsantrag in Richtung eines Bibliotheksgroschengesetzes eingebracht. Ohne auf Prestigestandpunkte zu beharren, glaube ich, sollte hier der Weg freigemacht werden, endlich dieses soziale Problem anzugehen.

Wir wollen heute mit dem Appell an Sie nochmals den Versuch machen, daß dieses Parlament zu einem umfassenden Bericht über die soziale Lage der Künstler in Österreich kommt. Wir wollen Sie mit dem Antrag zum Bibliotheksgroschen animieren, gemeinsam eine Lösung gegen diesen größten weißen Flecken auf der Landkarte unserer sozialen Sicherheit zu finden. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren! Schon bei der Debatte über den Kunstbericht ist es meinem Kollegen Steinbauer gelungen, durch die Vorlage eines Entschließungsantrages Sie von der SPÖ gleichfalls zu einem Entschließungsantrag zu motivieren, der die Regierung aufgefordert hat, bis Jahresende eine entsprechende Gesetzesvorlage einzubringen. Dies ist bedauerlicherweise bis zur Stunde nicht geschehen.

Heute haben mein Kollege Steinbauer und ich versucht, mit einer weiterentwickelten Entschließung Sie doch noch zu bewegen, vom Unterrichtsminister einen Bericht zu verlangen, der die soziale Lage der österreichischen Künstler darlegt.

Ich weiß genau: Die Frau Abgeordnete Hawlicek hat in der letzten Debatte diesen Bericht abgelehnt, weil sie gemeint hat, in der Präsidiale dieses Hauses würde nun debattiert werden, ob man nicht die Berichtsflut hier eindämmen soll. Es hätte sich zwar nur um einen einmaligen und nicht um einen regelmäßigen Bericht gehandelt, aber sie hat dieses Argument vorgebracht.

Der Herr Abgeordnete Peter als Sprecher der FPÖ hat erklärt, daß es viele Bedenken gäbe hinsichtlich des Schutzes der Intimsphäre von Künstlern.

Heute haben wir einen Entschließungsantrag vorbereitet, der davon ausgeht, daß trotz des Vorliegens von Ergebnissen in einzelnen Teilbereichen in Österreich noch immer keine umfassende Studie über die soziale Lage der österreichischen Künstler Aufschluß gibt und daß es gerade in einem Land, das ein sehr enges Netz der sozialen Sicherheit geschaffen hat, nur gerecht erscheint, auch jenen Künstlern, die bisher keine sozialrechtliche Absicherung haben, jenen Schutz zu gewähren, der für andere Gruppen seit langem selbstverständlich ist. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wir haben daher formuliert: Der Bundesminister für Unterricht und Kunst wird aufgefordert, bis Mitte 1982 einen umfassenden Bericht über die soziale Lage der Künstler dem Nationalrat vorzulegen.

Dieser Antrag lag dem Präsidium vor, und dieser Antrag hat nun ausgelöst, daß diese Barriere, die einem Bericht über die soziale Lage der Künstler bisher gegenüberstand, zumindest umgangen, wenn schon nicht übersprungen wird.

Es liegt nun vor — von Dr. Frischenschlager eingebracht — ein Antrag, der lautet:

„Der Herr Bundesminister für Unterricht und Kunst wird“ untersucht, „den nächsten Kunstbericht durch einen ...“ *(Ruf bei der FPÖ: Ersucht!)* Ersucht. Habe ich „untersucht“ gesagt? Sie werden das verstehen, Herr Steger, von gemeinsamen Taten des AKH-Ausschusses ist man dazu leicht verführt. *(Abg. Dr. Steger: Ich habe schon ärgste Befürchtungen gehabt!)* Sie brauchen sich vor mir nicht zu fürchten.

„Der Herr Bundesminister für Unterricht und Kunst wird ersucht, den nächsten Kunstbericht durch einen Abschnitt mit Daten über die soziale Lage der Künstler zu ergänzen.“

Nun frage ich mich, ob die österreichischen Künstler, vor allem die, die unter dieser 5 000 S-Grenze leben, verstehen würden, daß wir hier auf ein paar Prestigestandpunkten

Bergmann

beharren, wie etwa: Wer hat früher einen Antrag formuliert? Wer hat ihn eingebracht? Welcher Gegenantrag ist eingebracht? Soll man den einen als zu wenig und den anderen als zu groß ablehnen, umleiten oder ähnliches?

Unter dem Gesichtspunkt, daß ein Schritt mehr getan wird als bisher und ich annehme, daß der Minister in diesem Fall, weil er ja über viele Daten verfügt, dieser Entschlie-ßung eher gerecht werden kann als der Auf-forderung an die Bundesregierung, endlich Gesetzesvorlagen zu machen, bringen mein Kollege Steinbauer und ich diesen Antrag nicht ein, sondern stimmen — mit einer Träne im Auge, weil dieser Bericht erst im Oktober, November kommen wird, weil er nicht so umfassend sein wird, wie wir ihn gedacht haben — mit einer Träne im Auge also dem anderen Antrag zu.

Dies, Herr Dr. Fischer, weil ich Sie gerade vor mir habe, auch als eine Geste in Ihre Rich-tung, da Sie noch vor einem dreiviertel Jahr gemeint haben, als der Kollege Steinbauer einen ähnlichen Antrag beim Kunstbericht hier eingebracht hat, daß Sie sich nicht vor-stellen können, daß die SPÖ einem Initiativ-antrag, der die Unterschrift oder den Namen des Abgeordneten Steinbauer trägt, zustim-men könne.

Herr Bundesminister! Ich weiß schon, daß der Unterrichtsminister das Opfer der gesam-ten Budget- und Finanzpolitik ist, ein Budget mit den höchsten Steuern aller Zeiten, mit dem höchsten Defizit aller Zeiten und mit fixierten Ausgaben in der Höhe von 87 Pro-zent. Da gibt es kaum mehr einen Spielraum für direkte Förderung der Kunst.

Ehe aber ein wirtschaftspolitischer Kurs-wechsel die notwendigen Mittel beschafft, wird es notwendig sein, daß sich das Unter-richtsressort selber hilft. Daher auch zur Vor-bereitung der Debatte über den Kunstbericht am Beginn des nächsten Jahres, Herr Mini-ster, ein paar Aufforderungen von uns an Sie:

Bauen Sie die teure Kulturbükratie ab und machen Sie Gelder frei, um den Künst-lern jenes Minimum an sozialer Sicherheit zu schaffen, das man in Österreich heute — lei-der fälschlich — für selbstverständlich hält! *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Stoppen Sie die explosionsartig wachsen-den Ausgaben für die reproduzierende Kunst und schichten Sie die Gelder um zugunsten der produzierenden Künstler!

Beseitigen Sie komplizierte und teure För-dermethoden, die bei den Künstlern nur das Gefühl der Abhängigkeit erzeugen!

Meine Damen und Herren! Die im Zusam-menhang mit Kunst- und Kulturbudgets leid-lich immer wieder zitierte Zeitung „Forum“, die am meisten mit Subventionen begünstigte Quasi-Literaturzeitschrift der Republik, hat auf ihrer letzten Seite ein Inserat „SPÖ-Klub-information“, in der es zu diesem Thema heißt: „Verfassungsmäßige Verankerung der Freiheit und Vielfalt der Kunst. Das Klima der Liberalität soll gegen zunehmende kon-servative Intoleranz bewahrt werden.“

Ich will mich mit diesem Satz in seiner Demagogie nicht auseinandersetzen. Ich glaube nur, daß die Künstler diese verfas-sungsmäßige Verankerung nur schwer essen werden können.

Der zweite Satz heißt: „Ausbau der sozial- und arbeitsrechtlichen Stellung von Kultur-schaffenden, um den kreativen und schöpferi-schen Kräften in unserem Land noch bessere Entfaltungsmöglichkeiten zu geben.“

Durchaus zu unterschreiben. Aber was ist dann geschehen mit diesem Entschlie-ßungs-antrag, der ein Dreivierteljahr lang Ihnen die Chance gegeben hat, entsprechende gesetzli-che Regelungen vorzulegen?

Teure Inserate in einem überbezahlten und vom Steuerzahler her übersubventionierten Organ machen noch lange keine Kulturförde-rung im Sinne der österreichischen Künstler aus. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Herr Minister! Zum Schluß an diesem spä-ten Abend das Versprechen unsererseits, daß wir uns bei der Diskussion über den Kunstbe-richt 1980 zu jener ausführlichen Debatte wie-dersehen werden, die sich Franz Endler für heute gewünscht hat. Es wäre fein, wenn Sie in Richtung dieser Debatte einiges an Schutt am Weg zu gemeinsamen Lösungen wegräu-men könnten. *(Beifall bei der ÖVP.)* 22.32

Präsident Mag. **Minkowitsch**: Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen.

Die Herren Spezialberichterstatter verzich-ten auf ein Schlußwort.

Wir gelangen nunmehr zur Abstim-mung.

Ich lasse zunächst über die Beratungs-gruppe VI, Unterricht und Kunst, des Bundes-voranschlags 1982 abstimmen. Diese umfaßt die Kapitel 12 und 13 samt den dazugehören-den Teilen des Konjunkturausgleich-Voran-schlages sowie das Kapitel 71 in 815 der Beila-gen.

Ich bitte jene Damen und Herren, die hiezu

Präsident Mag. Minkowitsch

ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. — Das ist mit Mehrheit angenommen.

Gemäß § 55 Abs. 5 der Geschäftsordnung schlage ich vor, die Abstimmung über den bei der Verhandlung der Beratungsgruppe VI des Bundesfinanzgesetzentwurfes eingebrachten Entschließungsantrag sogleich vorzunehmen. Erhebt sich dagegen eine Einwendung? — Das ist nicht der Fall.

Wir kommen daher zur Abstimmung über den Entschließungsantrag der Abgeordneten Peter, Dr. Hilde Hawlicek und Genossen betreffend Ergänzung des Kunstberichtes.

Ich bitte jene Damen und Herren, die hiezu ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. — Das ist einstimmig angenommen. (E 70.)

Wir gelangen nunmehr zur Abstimmung über die Beratungsgruppe XIV, Wissenschaft und Forschung, des Bundesvoranschlages 1982. Diese umfaßt das Kapitel 14 samt dem dazugehörenden Teil des Konjunkturausgleich-Voranschlages in 815 der Beilagen in der Fassung des Ausschlußberichtes 900 der Beilagen.

Ich bitte jene Damen und Herren, die hiezu ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. — Das ist mit Mehrheit angenommen.

Die Tagesordnung ist erschöpft.

Vertagung

Präsident Mag. Minkowitsch: Einvernehmlich soll abermals die Verhandlung über das Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1982 gemäß § 53 Absatz 7 der Geschäftsordnung vertagt werden, um eine Sitzung zur Erledigung anderer Vorlagen einzuschieben. Wird dagegen eine Einwendung erhoben? — Das ist nicht der Fall.

Abstimmung über Fristsetzungsantrag

Präsident Mag. Minkowitsch: Wir kommen nunmehr zur Abstimmung über den Antrag, dem Ausschuß für Wissenschaft und Forschung zur Berichterstattung über den Antrag 136/A der Abgeordneten Dr. Neisser und Genossen betreffend Änderung des Allgemeinen Hochschul-Studiengesetzes gemäß § 43 der Geschäftsordnung eine Frist bis 30. Jänner 1982 zu setzen.

Ich bitte jene Damen und Herren, die hiezu ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. — Das ist die Minderheit. Abgelehnt.

Ich gebe bekannt, daß in der heutigen Sitzung die Anfragen 1605/J bis 1613/J eingelangt sind.

Die nächste Sitzung des Nationalrates berufe ich für morgen, Dienstag, den 15. Dezember, um 9 Uhr ein. Die Tagesordnung ist der im Saal verteilten schriftlichen Mitteilung zu entnehmen.

Diese Sitzung wird mit einer Fragestunde eingeleitet werden.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluß der Sitzung: 22 Uhr 35 Minuten